NUNC COGNOSCO EX PARTE

TRENT UNIVERSITY
LIBRARY

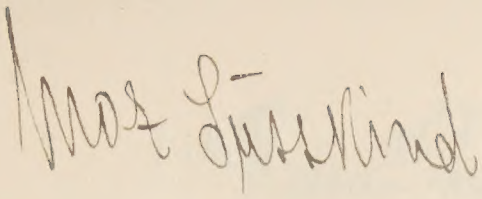
2 Vol. Set

Digitized by the Internet Archive
in 2019 with funding from
Kahle/Austin Foundation

https://archive.org/details/schriftenaufzeic0000eber

CRV

Max Lüsskind



Friedrich Ebert

SCHRIFTEN, AUFZEICHNUNGEN, REDEN

Mit unveröffentlichten Erinnerungen
aus dem Nachlaß

Erster Band

1926
CARL REISSNER - VERLAG - DRESDEN

DDa2a1.E2 Bd.1

Mit 16 Bildern

Herausgegeben von Friedrich Ebert jun.

Mit einem Lebensbild von Paul Kampffmeyer

Copyright 1926 by Carl Reissner, Dresden.

Gedruckt bei Petzschke & Gretschel, Dresden-A.

Berlin-Treptow,

Mein lieber Georg!

Wir erwarten täglich mit großer Spannung deine Mitteilungen. Du hast es nicht gut getroffen, daß du gleich in das Gebiet der heftigen Kämpfe gekommen bist. Wir wissen zwar nicht wo du stehst, wir vermuten nur, daß du in Nordfrankreich bist. Kannst du uns nicht nähere Mitteilungen machen, wo ungefähr deine Stellung ist?

Jedenfalls freuen wir uns,

57306

Tagen in Berlin hatten. Sie sind
wahrlich nicht übermäßig ernst zu
nehmen. Der eigentliche Anlaß war
die Kürzung unserer Korrektion.
Gewiß, eine tiefeinschneidende
Maßnahme, die vermieden werden
konnte, wenn durch schärferen Zu-
griff das Getreide mehr vor dem
Verfüttern geschützt worden wäre.
Gewissenlose demagogen versuchten
diesen Vorgang zu politischen Zwecken
auszunützen. Damit sind sie aber
elend abgefallen. Nach einigen
Tagen ist die Geschichte ohne Zusam-
menstoß und scharfes Eingreifen an
dem gesunden Sinn der Arbeiter
gescheitert. ~~[illegible]~~ Freilich will ~~alles~~ den

den baldigen Frieden. Solche Narrenstreiche
dienen aber nicht dem Frieden. Sie ge-
fährden sich draußen an der Front und
steigern die Kampflust der Feinde. Aber
wie gesagt, der Kreis ist eben gescheitert.

Dem Frieden gehen wir sicher entgegen.
Das russische Heer wird mehr und mehr des-
organisiert, das russische Volk will den
Frieden. Wir tun alles, um eine Ver-
ständigung mit den russischen Sozialisten
herbeizuführen. Ich hoffe, daß uns das
bald gelingt. Die Franzosen und Engländer
werden dann auch folgen müssen. –

Bei uns ist alles wohl. Fritz geht es
gut. Auch an seiner Front wollen die Russen
nicht mehr kämpfen.

Dir, mein lieber Junge, wünschen wir
Glück, Gesundheit und baldiges Wiedersehen.
Herzlichste Grüße von uns allen dein

Vater

Lebak geht morgen ab.

Der Kampf ist das Leben der Arbeiterbewegung. In Kämpfen und Stürmen sind wir groß geworden. Das Resultat aller Verfolgungen und Kämpfe gegen uns war letzten Endes immer der Triumph der Sozialdemokratie. Die kommenden Kämpfe werden zeigen, daß es Stärkeres gibt als die brutale Gewalt: die stählerne Solidarität und äußerste Entschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse. Der Sammlung der Volksfeinde setzen wir die Sammlung des ausgebeuteten und entrechteten Volkes entgegen. Wenn Mann und Frau, wenn alt und jung in Treue und Entschlossenheit zum Sturmbanner ihrer Klasse stehen, dann wird allen Gewalten zum Trotz der Tag kommen, an dem die politische Macht in die Hände des schaffenden Volkes fällt. Dann wird der Tag, an dem wir siegreich unser Ziel begrüßen: Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, Verbrüderung aller Menschen und Zusammenwirken zur höchsten Wohlfahrt und zur höchsten Kultur. Mit uns der Sieg!

(Aus dem Nachlaß.)

FRIEDRICH EBERT / EIN LEBENSBILD VON PAUL KAMPFFMEYER

DAS ALTE UND DAS NEUE DEUTSCHLAND

Wenige Wochen nach der Kaiserproklamation von Versailles wird Fritz Ebert in Heidelberg geboren. Diese Proklamation ist das Schlußglied einer Kette tiefgreifender politischer Umwälzungen, die Deutschlands politische Karte völlig neugestaltet haben. Bismarck, ein praktischer Verächter des Legitimitätsprinzips, leitet 1866 eine Revolution von oben ein, sprengt den alten verrotteten „Deutschen Bund" in die Luft, dem schon ein ganz durchdringender Verwesungsgeruch entströmte, und annektiert das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen-Kassel, das Herzogtum Nassau und die freie Stadt Frankfurt a. M.

Drei erfolgreiche Kriege festigen einen autoritären Obrigkeitsstaat, der das Parlament zu einer Schattenexistenz verkümmert und die staatsgestaltende Kraft der aufkommenden neuen Klassen der Arbeiter und Angestellten in eisernen Zwangsfesseln hält.

Das „Deutsche Reich" ist politisch eine Fortsetzung des alten Preußens, wirtschaftlich aber streben im Rahmen des geeinten Reiches neue wirtschaftliche und politische Mächte empor, die schließlich die atembeklemmende Schnürbrust der veralteten Reichsverfassung mit einem gewaltigen Ruck zerreißen. In ihr konnte sich aber immerhin wirtschaftlich ein Großkapitalismus mit starken kollektivistischen Ansätzen

entfalten, in ihr konnte sich eine Partei organisieren, die folgerichtig die Ideale der Demokratie des Jahres 1848 erweiterte und vertiefte und den bürgerlichen Republikanismus in einen Sozialrepublikanismus umformte.

Bereits im Jahre 1871 treten sich das alte autoritäre, machtpolitische Deutschland und das neue, freiheitliche, sich auf das Selbstbestimmungsrecht stützende Deutschland messerscharf gegenüber. Am 10. Mai 1871 schließt das preußisch-deutsche Kaisertum den Frankfurter Frieden mit Frankreich ab und entreißt dem besiegten Lande das in der politischen Kultur Frankreichs wurzelnde Elsaß-Lothringen. Damit wird das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer mit Füßen getreten, und damit werden zugleich die Scheite für den Weltkriegsbrand des Jahres 1914 gehäuft. Am 21. Juli 1871 erhebt die sächsische Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen vorbereitenden Hochverrats gegen die leidenschaftlichen Vorkämpfer des neuen Deutschlands, gegen Liebknecht und Bebel, weil diese im engsten Bunde mit dem Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Partei zu großen Massendemonstrationen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen aufgerufen hatten. Bebel und Liebknecht waren mit dem Geist und Feuer des Jahres 1848 getauft. Sie wollten das Deutsche Reich von unten auf durch eine allgemeine Volksbewegung schaffen. Es war ein tief symbolischer Akt, als der Reichspräsident Ebert in den Maitagen 1923 in Frankfurt a. M. der nationaldemokratischen Bewegung des Jahres 1848 huldigte. Das neue soziale Deutschland reichte damit dem demokratisch-nationalen Deutschland des Jahres 1848 die Hand.

Die deutschen Fürsten hatten durch eine Politik gegenrevolutionärer Staatsstreiche und Verfassungs-

brüche die Fundamentierung eines einigen Deutschland durch eine demokratisch-nationale Bewegung verhindert und damit eine gewaltsame Lösung des deutschen Problems durch den Militarismus vorbereitet, der durch drei blutige Kriege doch nur zu einem fragmentarischen Deutschland und zu einem bewaffneten, durch den deutsch-französischen Konflikt zerklüfteten Europa geführt hat.

Diese Zerklüftung Europas hat 1870/71 das junge soziale Deutschland zu verhindern gesucht. Wenige Tage nach der Septemberniederlage des französischen Kaiserreichs veröffentlichte der Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Partei einen Aufruf, der einen ehrenvollen Verständigungsfrieden Deutschlands mit Frankreich und eine radikale Abwendung von jeder Annexionspolitik forderte. Das Braunschweiger Manifest sagte den furchtbaren Weltkrieg voraus. „Nehmen sie Elsaß-Lothringen", so hieß es in dem Aufruf, „so wird Frankreich mit Rußland Deutschland bekriegen, und es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten." Kühn warf das neue Deutschland den unerhört neuen Ruf in die Massen hinein: „Es lebe die Republik!" Das neue Deutschland geht also seinen eigenen Weg in der Außenpolitik. Es bricht grundsätzlich mit einer Eroberungspolitik, die mit dem Schwerte ganze Landesteile einem Staat ab- oder zuschlägt, ohne nach den Lebensinteressen ihrer Bewohner zu fragen. Keine Herren- und Sklavenvölker sollen mehr bestehen, sondern nur noch gleichberechtigte Nationen.

Innerpolitisch knüpft das neue Deutschland an die Demokratie des Jahres 1848 an. Es ruft die volle Volkssouveränität aus und will in den Verfassungsformen alles beseitigen, was den Staat zu der Domäne einer Herrscherfamilie, einer Dynastie herabdrückt. Mehr als fünfzig Jahre ist die deutsche Geschichte von dem

großen Kampfe für eine freie politische Selbstbetätigung der Volksmassen ausgefüllt. Die Sozialdemokratie leitete ihre Anhängerschaft zur lebendigsten Anteilnahme an allen bedeutungsvollen staatlichen Aktionen an, sie erzog sie in jahrzehntelangem Ringen um die Demokratie zum Staate selbst.

Das neue Deutschland ist das Deutschland der politischen und wirtschaftlichen Selbstbetätigung der Massen. Ein neuer Typus des Deutschen entsteht: der Gewerkschaftler, der organisierte Angestellte, das rührige Mitglied einer großen Partei. Das neue Deutschland offenbart sich in den Vereinigungen und Verbänden der um ihre wirtschaftliche und politische Befreiung ringenden Frauen.

Das neue Deutschland ist das Deutschland der Volksbühnen, der Arbeiterbildungskommissionen, das Deutschland der Jugendbewegung und der Körperkultur der Massen. Das neue Deutschland wirkt sich in der Begründung einer alle Wissensgebiete umfassenden selbständigen Arbeiterliteratur aus.

In dem großen Ringen des neuen Deutschlands um Macht und Ansehen hat sich die eigenartige Persönlichkeit Fritz Eberts voll entfaltet. Wer die ganze geistige und sittliche Struktur dieses Mannes von der vielgestaltigen deutschen Arbeiterbewegung loslösen will, der vernichtet damit das Geschichtlich-Bedeutsame in der Person Fritz Eberts.

Natürlich ist Fritz Ebert nicht ein bloßes passives Geschöpf der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der großen Umwälzungsperiode von 1871 bis 1918, sondern er ist ein hochaktiver Mitschöpfer der Geschichte dieser Zeit gewesen. In sich vereinigt er eben die wertvollen geistigen und sittlichen Qualitäten, die ihn zum wirklichen Führer unserer Zeit bestimmten. Und es wird gerade die Aufgabe unserer

kurzen Lebensbeschreibung des Menschen und Politikers Ebert sein, diese persönlichen Fähigkeiten, die den ehemaligen Arbeiter zum höchsten Staatsamte in Deutschland emportrugen, tageshell zu beleuchten.

IN HEIDELBERG

Der Kanonendonner des siebziger Krieges rollte noch über die Schlachtfelder Frankreichs, als Fritz Ebert zur Welt kam. In der engen Pfaffengasse Heidelbergs beschrie er am 4. Februar 1871 zuerst die Wände einer einfachen Schneiderwohnung, in der die ernste Sorge um die nackte Existenz oft zu Tische saß. Der Vater Eberts, ein Schneidermeister, arbeitete mit mehreren Gesellen und Lehrlingen. Die Mutter Eberts stammte aus einem Dorfe des Odenwaldes und war protestantisch getauft und erzogen worden. Der Schneider Ebert, der in einer katholischen Häuslichkeit aufgewachsen war, nahm an dem protestantischen Glaubensbekenntnis seiner Frau keinen Anstoß, und so blieb denn sein enges Heim von allem konfessionellen Hader verschont, den der harte, mit der Polizeiplempe geführte Bismarcksche „Kulturkampf" in so überreichlichem Maße in Preußen und auch in den deutschen Einzelstaaten entzündet hatte. Der idealistische Schwarm für das sogenannte „protestantische Kaisertum" hat wohl nie den tief in sehr realen Ängsten und Nöten steckenden Schneidermeister Ebert ergriffen. Schnell wuchs nämlich die Familie heran, und gar flink mußte die Nadel fliegen, da sie acht hungrige Magen mit Brot versorgen mußte.

In die enge Pfaffengasse leuchtete von jenseits des Neckars das Grün der Berge hinein, und in dem alten Hof des Hauses spann sich in den Winkeln und Trep-

pen romantischer Zauber. Die Berge lockten, und so litt es den jungen Fritz nicht in der drangvollen Häuslichkeit in der Pfaffengasse. Der tobte seine Jugendlust in den waldumkränzten Bergen und am rauschenden Neckar aus. Die Wein- und Obstgärten Heidelbergs wußten viel von den losen Streichen des Knaben Fritz und seiner Kameraden zu erzählen. Von den Bergen stieg die übermütige Jugend zum Neckar hinab. Hier tummelte sich Ebert mit seinen Freunden besonders häufig, und man heftete ihnen den Spottnamen der „Neckarschleimer" an.

In der Nachbarschaft der väterlichen Werkstatt befand sich die Mietskutscherei von Seppich. Ebert sprang helfend den Kutschern bei, erlernte im Fluge ihr Handwerk; er wartete sorgfältig die Pferde ab, spannte sie vor den Wagen und lenkte mit Umsicht das Gefährt. Noch heute erinnert sich die alte Mutter Seppich freudig ihres stets hilfsbereiten „Friederle". Schon frühzeitig betätigt Ebert den Grundsatz, der ihm tief im Fleisch und Blut sitzt: „Bloß nicht ohne Arbeit!"

Fritz besuchte die Volksschule, und er wurde mit der dürftigen geistigen Volksküchenkost gespeist, die in den siebziger und achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts allgemein verabreicht wurde. Was er aber nicht in der Schule lernen konnte, das lernte er da draußen im Leben. Eine mehrhundertjährige Geschichte erhob sich vor ihm in Stein. Moosbewachsene Trümmer und efeuumrankte Türme erzählten von wüsten Kriegszügen und Einbrüchen, die grausam die höchsten Schöpfungen deutscher Baukunst zerstört hatten. Aber von welcher Romantik und Schönheit waren diese Ruinen noch umflossen! Diese redeten stimmungsvoll und mächtig packend auf den jungen Ebert ein.

Die Pfarrgasse in Heidelberg mit Eberts Geburtshaus

So hart auch der Existenzkampf der Familie Ebert war, so schallte doch die jubelnde Lebensfreude einer sangesfrohen studentischen Jugend in die enge Schneiderwerkstatt Meister Eberts hinein. Kommersliedergesang füllte oft die alten Straßen Heidelbergs, und bis tief in die Nächte hinein lärmte studentische Ausgelassenheit. Da mochte oft noch die Mahnung des kunstverständigen Fürsten Otto Heinrich an die Studentenschaft am Platze sein: „Dess tags friedlich, dess nachts auch mit gebührlichem licht und laterne, ohne geschrey, ungestümmigkeit, unlust und betrübtnuss anderer Leute ihres weges zu gehen." Ja, nach der „betrübtnuss anderer Leute" wurde von den trunkenen dionysischen Schwärmern nicht viel gefragt, wenn sie nachts durch die schwach erleuchteten Straßen Heidelbergs tollten!

Unvergeßliche Bilder von jugendlicher Schönheit und Kraft strömten in den Heidelberger Jahren auf den jungen Ebert ein. Da bedeckte sich der Neckar mit zahllosen geschmückten Booten, und in ihnen sangen die jungen Musensöhne ihre übermütig-lustigen Weisen, da schritten historische Festzüge durch die Straßen dahin, da lag im roten qualmenden Feuer der Fackeln die ehrwürdige Ruperto-Carola, die Universität, da flammten in magisch-bengalischem Licht die herrlichen Fassaden der Heidelberger Prunkbauten auf.

Am Vormittag des Sonntags Laetare durchströmte ein langer, langer Kinderzug unter Führung des „Sommers" und „Winters" Alt-Heidelberg. Die Kinder schwangen lustig die „Sommerstecken" und sangen das „Sommertagslied" mit dem Kehrreim:

Schtrih, schtrah, schtroh,
Der Summerdag ist do,
Heit ibers Johr,
Do simmer widder do(r)!

Der junge Ebert hatte das fröhliche Herz des Pfälzers mit auf die Welt gebracht, und er nahm durstig all das Farbige und Freudige in sich auf, was eine sonnige, durch erhabene Kunstschöpfungen verklärte Natur an Schönheit und Größe darbieten kann. Das aus Blüten gewebte „schimmernde Brautgewand" Alt-Heidelbergs, das der Dichter Viktor v. Scheffel so begeistert besungen hat, hob ihn über die Alltagsmisere der bescheidenen Schneiderwerkstatt des Vaters hinweg. Auch das rege Interesse an der ernsten Arbeit lebensgestaltender Wissenschaft scheint schon in ihm in der Musenstadt Heidelberg erwacht zu sein. Als er die Gewerbeschule seiner Vaterstadt besuchte, bewies er ein ganz hervorragendes Können in der Projektionslehre. Sein Lehrer Dr. Lender bemühte sich daher, den geweckten Knaben dem Baufach zuzuführen. Aber Nadel und Schere des Vaters, die sechs Kinder ernähren und kleiden mußten, konnten nicht die Mittel für ein derartiges Studium aufbringen.

Ebert wurde katholisch erzogen, und er nahm zur Ergänzung des Volksschulunterrichts zwei Jahre an der pfarrlichen Christenlehre teil. Auch hier erwies er sich als ein geweckter Schüler, dem von der Kanzel herab öffentlich Lob erteilt wurde. Eine besondere Begabung für die Gottesgelahrsamkeit scheint er allerdings nicht bekundet zu haben. Aber vielleicht ist ihm dort einmal nahegelegt worden, Geistlicher zu werden. Das Dogmatische lag allerdings nicht in seinem Wesen. Der kritische Geist war in ihm frühzeitig lebendig. Der Pfälzer — und dieser prägt sich klar in der ganzen Persönlichkeit Eberts aus — ist ein stets auf der Wacht liegender Kritiker, der alle Dinge von vorn und hinten prüft und dann sehr offenherzig und derb mit seinem scharfen Urteil herauskommt. Die Pfälzer sind im allgemeinen keine religiösen Grübler. Auch die Eltern

Eberts haben keinen Einschlag von religiösem Fanatismus. Von der religiösen Frömmigkeit der Pfälzer hat schon der Kulturhistoriker W. H. Riehl in seiner Studie „Die Pfälzer" vor mehr als einem halben Jahrhundert geschrieben: „Die Pfälzer sind von Hause aus religiös, aber ein besonders kirchliches Volk kann man sie nicht nennen. In der Familie und in der persönlichen sittlichen Tüchtigkeit wurzelt ihre Religiosität viel mehr als in einem festen kirchlichen Gemeindeleben. Die Moral steht ihnen über der Dogmatik und beide über dem Kirchenregiment, wohl auch die Schule über der Kirche. Der Pfälzer ist duldsam gegen Andersgläubige, drückt aber leichter da ein Auge zu, wo er zu wenig, als wo er zu viel Glauben und Kirchentum sieht."

Fritz Ebert hat auf der Straße gelernt, was viele in langen Jahren im Studierzimmer nicht lernen und auch nicht lernen können: das Leben richtig zu ergreifen und es zweckvoll zu gestalten. Seiner intellektuellen Begabung nach hätte er sicher einen tüchtigen wissenschaftlichen Fachmann abgegeben. In der Gewerbeschule leistete er Hervorragendes, und er wurde mit einer Prämie ausgezeichnet, mit Schillers Werken. Aber die Fähigkeit der schnellen Aneignung wissenschaftlicher Kenntnisse charakterisiert noch nicht das ureigenste Wesen Fritz Eberts. Dieser ist durch und durch Tatmensch, er will organisieren, schaffen, umgestalten. In ganz jungen Jahren wird er schon ein Organisator von ganz besonderer Tüchtigkeit.

Helle Augen und helle Ohren sind eine Mitgift der Natur, sie können nicht künstlich angezüchtet werden. Der Gelehrte häuft oft ein riesenhaftes Wissen im Kopfe an, aber dadurch werden kurzsichtige geistige Augen nicht fernsichtig. Unser mit formalem Wissen überladenes Zeitalter verkennt häufig die ausschlaggebende Bedeutung angeborener Anlagen, weittragen-

der geistiger Augen, schnell und sicher zupackender Hände. Da wundert man sich über den schnellen Aufstieg einfacher Arbeiter zu führenden Männern in der Wirtschaft und Politik. Ja, diese Männer haben ja nicht einmal den „Berechtigungsschein zum einjährigen Dienst"! Sie sind „ungebildet". Die Bildung eines Menschen wird in unserer Zeit immer noch nach der rein mechanischen, gedächtnismäßigen Einprägung zahlreicher, meist unzusammenhängender Tatsachen aus allen möglichen Wissensgebieten gemessen. Ob diese Tatsachen innerlich verarbeitet und in den Menschen gleichsam hineingebildet wurden, ob sie mit ihm wirklich verwuchsen und seine eigene ursprüngliche Kraft zu größerer Aktivität steigerten, darüber zerbrechen sich die Bildungsstolzen unserer Tage nicht den Kopf, wenn sie die „Bildung" irgendeines Mitmenschen bewerten sollen.

Nur dann ist ein Mensch gebildet, wenn er sich bestimmte äußere Kenntnisse zu „eigen" gemacht hat, so daß sie nun die tiefsten inneren Bedürfnisse seiner Natur befriedigen. Nur Menschen mit wirklichen Bildungsbedürfnissen können gebildete Menschen werden. Der Mensch muß sich von vornherein darüber entscheiden, was zu ihm und was nicht zu ihm gehört, wenn er sich tatsächlich „bilden" will. Ein Ebert griff aus den mannigfaltigen Bildungselementen, die auf ihn einstürmten, gerade die heraus, die seinem ganzen tatfreudigen Wesen entsprachen. Er eignete sich die naturwissenschaftlichen, nationalökonomischen und historischen Tatsachen an, die ihn zum Wecker und Führer einer sich auf sich selbst besinnenden Klasse erziehen halfen.

Nietzsche spricht einmal in den höchsten Wendungen von der griechischen Bildung, weil die Griechen „das Chaos zu organisieren" lernten, weil sie sich auf

ihre echten Bedürfnisse zurückbesannen und die Scheinbedürfnisse absterben ließen. Dieses sich Zurückbesinnen auf seine eigenen echten Bedürfnisse charakterisiert nun vor allem den modernen Arbeiterführer. Seine Wissenschaft ist schaffendes Wissen, ein seine und die Energie seiner Klasse steigerndes Wissen. Seine Wissenschaft ist eine kämpfende Wissenschaft. Sie entspringt den wirklich elementaren Bedürfnissen seiner Klasse.

Der moderne Arbeiterführer lebt in einer von ungeheuren Revolutionen erschütterten Zeit. Alles ist im Werden, alles in fast katastrophaler Entwicklung. Das Eindringen in die großen Entwicklungstendenzen auf allen Gebieten wird für ihn eine Lebensnotwendigkeit. Man blättere den Verlagskatalog einer Arbeiterbuchhandlung durch, und man wird daraus überall den Schrei der Arbeitermassen nach Belehrung über die großen Umwälzungen in den Naturwissenschaften und in den historisch-gesellschaftlichen Wissenschaften vernehmen.

Der Arbeiterführer vom Schlage Fritz Eberts besann sich auf seine echten Bedürfnisse. Er schöpfte seine Kenntnisse aus der unmittelbaren Gegenwart, er erlebte an seinem eigenen Leibe und an seiner eigenen Seele ein gewaltiges Stück gesellschaftlicher Entwicklung. Das, was er sich an Kenntnissen erwarb, gehörte geistig zu ihm. Diese Kenntnisse waren keine äußere „Dekoration des Lebens", kein schmückendes Beiwerk. Diese Arbeiterbildung hatte etwas Echtes, aus den brennenden Lebenswünschen und Lebensforderungen der Arbeiter Entsprungenes an sich. Sie hatte einen stärkeren Einschlag von Kultur als das konventionelle, angedrillte äußere Wissen des „Einjährig-Freiwilligen".

Ein tüchtige, weitsichtige, geistige Gestaltungskraft macht einen Mann erst zu einem wirklich gebildeten

Menschen. Aus dieser Kraft erst wachsen elementare geistige Bedürfnisse heraus, die ja notwendige Vorbedingungen jeder echten Bildung sind. Über diese weitschauende Gestaltungskraft verfügte aber Fritz Ebert. Nach ihr schätzt man schon längst in dem „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten" den Menschen und nicht nach der Zahl seiner „Berechtigungsscheine". Dort klomm der ehemalige Ackerknecht und Holzhauer Abraham Lincoln zum Präsidenten der Vereinigten Staaten empor.

Männer von starker Fähigkeit des Erlebens und von großer Schaffenskraft werden vor allem durch das Leben erzogen. In einer mit geistiger Kultur geladenen Atmosphäre wird Fritz Ebert groß. Sein angeborenes Interesse für wissenschaftliche Arbeit findet willkommene Nahrung in der Universitätsstadt Heidelberg. Zu seinen offenen Sinnen spricht die Geschichte der Pfalz in ihren glänzenden Kulturschöpfungen. Aus dieser vor ihm liegenden greifbaren Geschichte hat er mehr gelernt als Stubenhocker aus den dicksten historischen Schmökern.

Ebert ist ein impulsiver Mensch mit stark entwickeltem Ehrgefühl. Jede körperliche Züchtigung bringt sein Blut in heftige Wallungen. In seinem letzten Lehrjahr in einer größeren Sattlerei und Täschnerei Heidelbergs werden ihm Ohrfeigen angedroht. Er wirft den Hammer empört hin und schaut sich nach neuer Arbeit um. Er wird früh in das Leben hineingestellt und muß sich als Achtzehnjähriger wirtschaftlich behaupten.

Ein Mann mit hochentwickeltem persönlichen Ehrgefühl hat oft auch ein feines Verständnis für das, was sich für seine ganze Klasse geziemt. Die Mißachtung, die seine Klasse trifft, beleidigt ihn persönlich. Das gilt vor allem für einen jungen Mann wie Fritz Ebert,

in dem frühzeitig der Kulturmensch durch die Universitätsstadt Heidelberg geweckt ist. Die von Lassalle so heftig gescholtene „verfluchte Bedürfnislosigkeit" des deutschen Arbeiters, der sich in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts noch leicht mit einem Stück schlechter Wurst und mit einem Glas Bier zufrieden gab, ist von ihm gewichen. Er will an den Kulturerrungenschaften seiner Zeit, die ihn überall in der schönen Musenstadt grüßen, teilnehmen. Aber von diesen drängt ihn eine harte, kampferfüllte Klassenwelt rücksichtslos ab. Sein scharfer Verstand begreift schnell, daß diese Welt überwunden werden muß, wenn er als voller Kulturmensch erstehen will. Diese Erkenntnis macht Ebert zum Sozialisten.

ERSTE POLITISCHE LEHRJAHRE EBERTS

Nach strenger Lehrzeit greift Fritz Ebert zum Wanderstab. Zunächst wendet er sich nach Karlsruhe und München, dann nach Mannheim, der mächtig aufblühenden Industrie- und Handelsstadt Badens. Aus der poetischen Romantik Heidelbergs wird er in die prosaische Nüchternheit einer Handels- und Industriestadt geschleudert. Wie auf einem Reißbrett gezeichnet, liegt Mannheim vor ihm: Schnurgerade Straßen schneiden sich rechtwinklig und setzen sich regelrecht zu Quadraten zusammen, nach denen sich die ganze Stadt gliedert. Alles Historisch-Traditionelle scheint von dieser Stadt abgestreift zu sein. Der rechnende Zahlenmensch ist hier zu Hause; Zahlen und Buchstaben bezeichnen in Mannheim die Wohnviertel und Straßen.

Ebert wird in Mannheim von dem gewaltigen Strom modernen Großstadtlebens gepackt. Fast drei Jahrzehnte pulst hier eine an Kämpfen und Siegen reiche

Arbeiterbewegung. Vor einem Vierteljahrhundert wurde in Mannheim von Dreesbach das „Badisch-Pfälzische Volksblatt" gegründet. Im Stadtrat hatte sich die Arbeiterschaft bereits 1878 eine gewisse Machtposition erobert.

In enge Berührung mit der Arbeiterbewegung Mannheims kam Ebert durch den Stiefbruder seines Vaters, durch den Schneider Strötz. Dieser war ein sehr rühriger Sozialdemokrat, der in den Ideengängen des Sozialismus heimisch war. Im allgemeinen wurzelte wohl die Sozialdemokratie Mannheims noch stark im Lassalleanismus. Dreesbach, der Mannheim in unermüdlicher Werbetätigkeit für die Sozialdemokratie gewann, war ein alter Lassalleaner. Der Lassalleanismus betont vor allem die Bedeutung des Staates für den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse. Der Staat war einem Lassalle nicht nur ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klassen, er war ihm auch ein Organ der ganzen Gesellschaft zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Durch den Staat setzte sich das allgemeine Interesse durch, und, den Spuren Hegels folgend, übertrug der große Agitator dem Staate die große Mission, die Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat des allgemeinen Wahlrechts sollte die wirtschaftlichen Mittel vorstrecken, um die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische umzuwandeln.

Lassalle begeisterte die Arbeiter stürmisch für ihre weltgeschichtliche Mission, eine neue Kulturepoche heraufzuführen. Ihr Ziel wurde zu einem allgemeinen Menschheitsziel, ihr Interesse zum großen Menschheitsinteresse. Lassalle gab nach Oncken den Arbeitern den „Gott", für den sie sterben konnten, er trug einen neuen idealen Inhalt in ihre ganzen Kämpfe hinein.

Der Lassalleanismus vermittelte den Arbeitern eine hohe Meinung von der schöpferischen, Staat und Wirtschaft umgestaltenden Kraft des allgemeinen Wahlrechts. Eine sozialistische Seele strömte dadurch in die Wahlkämpfe der Arbeiter über, sie schlugen sich in diesen Kämpfen, gerade als wenn es sich um den Sozialismus selbst handelte.

Der Marxismus sieht in dem Staat nur das Geschöpf der wirtschaftenden Gesellschaft. Der Staat formt nicht die Wirtschaft, nein, die Wirtschaft formt den Staat. In der kapitalistischen Gesellschaft reift eine neue gesellschaftliche Produktion, die nun mit Naturnotwendigkeit die kapitalistische Hülle, die alte Produktionsform sprengt. Das neue revolutionäre Moment liegt nicht im Staat, sondern in der Wirtschaft. Für den „Staatskultus" eines Lassalle hatte Karl Marx nur derbe spöttische Bemerkungen übrig.

Die kritisch-wegwerfende Behandlung, die Marx dem Staate angedeihen ließ, paßte zunächst nicht in den Rahmen einer Bewegung hinein, die zum ersten Male die Arbeiter zu einer politischen Partei mit bestimmten politischen Zielen vereinigte. Gerade weil diesen Arbeitern der Staat mit dem allgemeinen Wahlrecht von so entscheidender Bedeutung für ihren ganzen Emanzipationskampf erschien, legten sie eine elementare Wucht und einen begeisterungsvollen Schwung in ihre Wahlkämpfe hinein.

Der Marxismus mit seiner eigenartigen Wertung der Wirtschaft für die staatliche Entwicklung, mit seiner Lehre vom Klassenkampf und Klassenstaat begann erst mit dem Erscheinen der „Neuen Zeit" (Januar 1883) seinen Vormarsch. Erst das Jahr 1891 brachte mit dem Erfurter Programm den wirklichen Sieg des Marxismus.

Jedenfalls gab es 1889 in Mannheim nur wenige

Sozialdemokraten, die sich als sattelfeste Marxisten aufspielen und den jungen Ebert in die Grundlehren von Karl Marx einführen konnten. Und so schwangen denn wohl Lassallesche Ideen in seinem Denken, das ein schärferes sozialistisches Gepräge erst durch seine Beteiligung an den praktischen Arbeiterkämpfen erhielt.

In den Jahren 1889 und 1890, in diesen zwei letzten Jahren der Handhabung des „Sozialistengesetzes", regte sich nämlich kräftig die Fachvereinsbewegung. Die Arbeiter, über denen drohend das Sozialistengesetz schwebte, konnten es noch nicht wagen, sich zu großen zentralen Gewerkschaftsverbänden zusammenzuschließen. Sie gründeten daher Fachvereine, Vereine der Tischler, Zimmerer, Sattler usw. Dieser Fachvereinsbewegung schloß sich der junge Ebert in Mannheim an.

Als Pfälzer war Ebert von vornherein nicht stark in seiner inneren Entwicklung vom katholischen Dogma beeinflußt worden. Seine Befreiung von der Kirche vollzog sich daher ohne jede innere Hemmung.

Katholiken, die aus dem mystischen Halbdunkel der Kirche den Weg „ins Freie" finden, werden häufig fanatische „Freidenker". Der erste sozialdemokratische Redner, den Fritz Ebert in einer Mannheimer Versammlung hörte, war der „Freidenker" Dr. Rüdt. Dieser war ein sehr wirksamer Massenredner, in dessen Ansprachen und Vorträgen der Kampf gegen die Religion und Kirche eine große Rolle spielte. Gerade dieser beredte Mann übte häufig auf Katholiken, die an ihrem Glauben irre geworden waren, eine große Suggestivkraft aus. Sie gaben sich mit voller Leidenschaft der freireligiösen Bewegung hin und vergaßen über die Propaganda des freireligiösen Gedankens das Werben für den Sozialismus. In Dr. Rüdt steckte viel

Kulturkämpferisches. Er war mehr Freireligiöser als Sozialdemokrat. Sein freireligiöses Bekenntnis, das im wesentlichen wohl der Apothekerweisheit des Kraft- und Stoffphilosophen Ludwig Büchner entstammte, trug er offen in die Tagespolitik hinein. Dadurch schädigte er schwer den klugen realpolitischen Kurs der sozialdemokratischen Partei in Baden, der trefflich von dem Stadtrat Dreesbach gesteuert wurde. Dr. Rüdt verschwand bald aus dem badischen Landtag und widmete sich ganz der freireligiösen Bewegung. Er ist als Hauptsprecher der „proletarischen Freidenker" in München gestorben.

Es ist bezeichnend, daß sich der junge Ebert nicht von der freireligiösen Musik des Menschenfängers Rüdt betören ließ. Mit klaren Augen erkannte er das, was vor allem einer aufstrebenden Klasse nottut: Brot und Freiheit. Ihn zog die politische und gewerkschaftliche Bewegung an, die den breiten Massen als Ziel eine menschenwürdige Existenz vor Augen stellt. In seinen Reden finden sich keine Spuren eines kulturkämpferischen Draufgängertums, einer grundsätzlichen Kriegsansage gegen Religion und Kirche.

Der im Katholizismus erzogene junge Mensch begreift im allgemeinen die sich in vielen Menschenherzen regenden metaphysischen Bedürfnisse viel klarer als der Protestant, dessen Religion im allgemeinen fest auf den Rationalismus eingestellt ist. Der Katholizismus umschließt das ganze menschliche Leben mit der Mystik seiner Sakramente und verschmilzt den ganzen Menschen innig mit einer einheitlichen, weltbeherrschenden kirchlichen Organisation.

Fritz Ebert, als er in sich die katholische Weltanschauung überwunden hatte, huldigte nicht der Illusion, er könne mit einigen Kraftsprüchlein aus dem „Pfaffenspiegel" das Fundament einer Machtinstitution

erschüttern, das standhaft den Stürmen der Reformation und vieler Revolutionen getrotzt hatte.

Ebert ist für die Kraftphrase unempfänglich, sie umnebelt seine Sinne nicht. Für die wirklichen Dimensionen der Dinge hat er ein angeborenes feines Schätzungsvermögen. Seine Vorstellungskraft ruht auf der festen Erde und schweift nicht in blaue Fernen. Er ist ein Wirklichkeitsmensch, ein kräftiger Pfälzer. Der Pfälzer will alles im klaren Lichte des Tages sehen, und nicht im mystischen Halbdunkel der Kirche oder in den schreienden Farben einer künstlichen Theaterbeleuchtung. Gleichsam mit den Händen tastet er die Dinge ab, er prüft mit allen fünf Sinnen. Nach Riehl wurzelt der Geist des Selbstprüfens, Selbsturteilens, Selbstentscheidens bei keiner deutschen Volksgruppe tiefer als bei den Badensern und Pfälzern. „Mit diesem Geiste der Kritik und des Widerspruches sind", so schreibt Riehl, „viele der leuchtendsten Vorzüge der Pfälzer verbrüdert: ihre Aufgewecktheit, Rührigkeit, ihr Fortschrittseifer, ihre unverwüstliche Schnellkraft . . ."

Der kritische Zug des Pfälzers und Badensers, der sich im ganzen Wesen Fritz Eberts ausprägt, macht ihn besonders empfänglich für den sozialkritischen Geist der modernen Arbeiterbewegung.

Der junge Ebert betätigt sich Anfang 1889 vorwiegend gewerkschaftlich. Der leidenschaftliche achtzehnjährige junge Mensch marschiert seinen älteren Arbeitskameraden voran, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse des Sattlergewerbes planmäßig zu heben.

Unleugbar muß in dem jungen Stürmer ein sehr tüchtiger Organisator und Agitator gesteckt haben, denn sehr verantwortliche Arbeiten werden ihm schon in Hannover von seinen Kameraden auf die Schultern gepackt. Im August 1889 tut sich dort die erste Zahl-

stelle des Sattlerverbandes auf, und Fritz Ebert wird schon zum Schriftführer dieser Stelle erkoren! Aber nicht nur im engen Rahmen des Sattlerverbandes wirkt er sich als eifriger Propagandist des Gewerkschaftsgedankens aus. In zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen spricht er zu seinen Klassengenossen. In einer Riesenversammlung im Odeon Hannovers hebt er den Kampfesmut streikender Former.

In Hannover stürmte 1889 auch die populäre wissenschaftliche Literatur des Sozialismus, die der Guillotine des Ausnahmegesetzes verfallen war, auf den jungen Ebert ein. Diese Literatur brachte besonders plastisch den Entwicklungsgedanken zum Ausdruck. Mit dramatischer Wucht wälzte sich in dieser Literatur die ganze Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen und staatlichen Institutionen, ihre Welt- und Lebensanschauung mit der technisch-wirtschaftlichen Umgestaltung der Produktionsmittel um.

Die illegale, die verbotene Literatur der Sozialdemokratie flutete in starken Strömen nach Deutschland. Der „rote Postmeister", Julius Motteler, versorgte von Zürich und London aus die heißhungrigen Leser der verfolgten Presse mit den schwersten Sendungen des verbotenen „Sozialdemokrat". Das war ein gepfefferter „Schweizer Käse", so hieß in Arbeiterkreisen vielfach der von der Polizei verfemte „Sozialdemokrat", der da den kämpfenden deutschen sozialistischen Proletariern geboten wurde!

Das verbotene Blatt lief in den Werkstätten herum, und in den Wirtschaften zog wohl dann und wann ein Arbeiter den „Sozialdemokrat" aus der Rocktasche und vertrieb ihn an Gesinnungsgenossen. Eine Hochflut von Broschüren ergoß sich überdies aus der Druckerei des „Sozialdemokrat" in Zürich-Holtingen über die deutschen Arbeiter.

Im Gesangverein „Waldesgrün" erhielt Ebert mit der verbotenen sozialistischen Literatur enge Fühlung. Mit gutem Menschenkennerblick entdeckten die Leiter des Vereins in Ebert die Charaktereigenschaften, die ihn zur Ausführung vertraulicher politischer Aufgaben befähigten. Und der neunzehnjährige junge Mensch führte mit größter Gewissenhaftigkeit die verschwiegenen Arbeiten aus, die ihn bei der drakonischen Handhabung des Sozialistengesetzes einige Monate hinter Schloß und Riegel setzen konnten.

Die revolutionär-sozialistische Literatur, in der das Feuer des „Kommunistischen Manifests" brannte, trieb zwar den jungen Brausekopf in die Reihen der entschlossensten und wagemutigsten Kämpfer, aber nicht in die Konventikel eines unfruchtbaren Radikalismus, der, auf das dreimal heilige Prinzip eingeschworen, in jeder praktisch-parlamentarischen Politik einen leibhaftigen Verrat des Sozialismus sah.

Ebert ist in diesen Zeiten ein leidenschaftlicher Sturmgeselle, der sein elementar durchbrechendes Temperament noch nicht recht meistern kann. Sein Arbeitsfeld ist aber im wesentlichen der gesetzliche Boden der Gewerkschaftsbewegung. Die gewerkschaftliche Tätigkeit trägt ihm scharfe Maßregelungen ein. Seine wirtschaftliche Position wird in Hannover unmöglich. Er muß sich eine neue Arbeitsstätte außerhalb Hannovers suchen. Und das gerade in einer Zeit, in der die Hochflut der Wahlbewegung durch diese Industriestadt (1890) braust. Er muß Hannover verlassen, das seinem ganzen Leben eine in die Zukunft weisende Richtung gegeben hat.

Der Historiker Seignobos bezeichnet einmal die Gründung der sozialdemokratischen Partei als „ein Ereignis von internationaler Bedeutung". Zum ersten Male bildete „sich in einem Großstaat eine sozialistische Arbeiterpartei, die von einer ständigen Organisation (Zentralleitung, jährliches Parlament, offizielles Parteiorgan) geleitet war, über einen regelmäßigen Etat verfügte, im Namen eines bestimmten, gleichzeitig theoretischen und praktischen Programms vorging und unter den politischen Parteien eine dauernde Stellung behauptete. Diese deutsche Partei sollte für die übrigen Länder das Musterbeispiel liefern".

Diese Bewegung war, ganz objektiv betrachtet, eine Kulturbewegung von gigantischem Ausmaß. Sie schuf einer großen aufsteigenden Klasse eine populär-wissenschaftliche und schöngeistige Literatur, weckte in ihr den politischen Kampfesmut, erzog sie in praktischen Wahlkämpfen, rüstete sie in Gewerkschaften und Genossenschaften mit wirtschaftlichen Waffen aus und entwickelte in demokratischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen den Selbstverwaltungsgeist der arbeitenden Klasse.

Mit der Arbeitermassenbewegung ist Fritz Ebert in die umfassenden und vielseitigen Aufgaben eines modernen Arbeiterführers hineingewachsen. Im Jahre 1890 stimmen dem Ausnahmegesetz zum Trotz 1 427 298 deutsche Reichstagswähler für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften Deutschlands stehen aber noch auf sehr schwachen Füßen; denn ihre lose gefügten und durch den Organisationsstreit zerklüfteten Vereinigungen mustern nur 200 000 Mitglieder.

Ebert ist bereits 1889 ein Anhänger des gewerk-

schaftlichen Zentralverbandes, er hat die wirtschaftliche Schwäche lokaler Fachvereine schnell erkannt. Die Gewerkschaft hat nach seiner Überzeugung die Produzenten eines ganzen Arbeitszweiges zu erfassen, sie ist eine dauernde Institution, die dem Arbeiter in allen wirtschaftlichen Fährnissen eine gewisse Existenzsicherheit bieten muß. Sie rüstet den Proletarier nicht nur für den Lohnkampf aus, sondern sucht ihn auch gegen die existenzvernichtenden Folgen der Krankheit und Arbeitslosigkeit zu schützen. Sie ist ein soziales Versicherungsinstitut. Vor allem hat er tätigen Anteil an der Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens genommen. Er ist auch noch als Reichspräsident Mitglied des Sattlerverbandes geblieben.

Den Gewerkschaften hat Ebert ein ausgedehntes Tätigkeitsfeld erkämpfen helfen. Fanatische Lassalleaner sahen lange Zeit in der gewerkschaftlichen Propaganda einen Verrat am sozialistischen Prinzip des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Bebel glaubte noch 1893 an ein zunehmendes Zusammenschrumpfen der Aufgaben der Gewerkschaften. Er führte auf dem Kölner Parteitag 1893 aus: „In Deutschland ist durch die sozialpolitische Gesetzgebung, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehörten, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden . . ."

Die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften wurden also im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts selbst von weitsichtigen Parteiführern sehr gering eingeschätzt. Um so höher ist der Eifer zu werten, den

Der Hof von Eberts Geburtshaus

4 Der Laden des Sattlermeisters Schmitt in Heidelberg, bei dem Ebert das Sattler-Handwerk erlernte

der junge Ebert in die Werbung neuer Gewerkschaftsmitglieder setzte.

Die ersten gewerkschaftlichen Agitatoren vereinigten um sich nur einen kleinen Stamm von Gewerkschaftsmitgliedern. Sie mußten ihre eigene wirtschaftliche Existenz immer und immer wieder zum Opfer bringen, wenn sie ihre Arbeitskameraden in einen Lohnkampf führten. Was der junge Gewerkschaftsleiter, wenn er dem Gewerkschaftsgedanken ein neues Terrain gewinnen wollte, für persönliche Opfer zu bringen hatte, das beweist die Lebensgeschichte Fritz Eberts, die Dr. Franz Diederich in seiner Schrift: „Führer des Volkes: Fritz Ebert" (Verl. C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin) aufgezeichnet hat: „Fortan lernte er, was es heißt, bei den Innungsmeistern des Sattlerhandwerks rot angestrichen zu sein. In Cassel, wo er alsbald Wilhelm Pfannkuch und die Runde der anderen Sozialisten kennen lernt, gründet er wieder eine Sattlerzahlstelle, wird ihr Vorsitzender, leitet erfolgreich einen Streik der Militärsattler und wird kurz vor Pfingsten gemaßregelt. In Braunschweig, wo er die Aufhebung des Sozialistengesetzes erlebt, wird er wieder an die Spitze der Sattlerorganisation gestellt; weil er aber an den Innungsmeister Repenhagen, der Prügelstrafe für die Arbeitslosen vorschlug, einen Angriffsbrief losläßt, kann sein Meister, obschon er ein prächtiger Mensch ist, ihn nicht mehr halten. In Elberfeld-Barmen stürzt er sich emsig in die Verwaltungsarbeit, die in der ersten Zeit nach dem Fall des Sozialistengesetzes aufflammte. Nach Bochum als Helfer bei der Dezembernachwahl geschickt, wird er auf diesem für die Sozialdemokratie noch heißen Boden verprügelt; als seine Elberfelder Kollegen ihn zur Verbandsgeneralversammlung delegieren, wird er gemaßregelt. Erst bei einem Kleinmeister in dem Städtchen Quakenbrück

im Osnabrückischen kann er sich eine Weile verschnaufen, und vom Mai 1891 ab sattlert er noch ein Jahr in Bremen. Dann allerdings ist die Arbeit in diesem Handwerk für ihn zu Ende."

Kurze Zeit ist Fritz Ebert „selbständiger" Sattler gewesen, und als solcher fristete er eine geradezu kümmerliche Existenz. Es fehlten ihm die notwendigsten Betriebsmittel an allen Ecken und Enden. Er mußte sich daher die Auslagen vorschießen lassen, wenn er eine „selbständige" Arbeit übernahm. Er verrichtete für gewöhnlich Reparaturarbeiten bei seinen selbst durchweg unbemittelten Genossen.

In Bremen befördert der Sattlerverband den jungen Ebert wieder an die leitende Stellung. Das Gewerkschaftskartell erkürt ihn zum Vorsitzenden. Die jämmerliche Lage der Bäcker ruft ihn auf den Kampfplatz. Er springt in einer Broschüre mit Feuereifer für die streikenden Bäcker ein, und er weiß einflußreiche Männer in bürgerlichen Kreisen für diese Bewegung zu interessieren. Er gewinnt sich einen wackeren Kampfgefährten in dem Pfarrer Albert Kalthoff, der in bürgerlichen Blättern eine Lanze für die Bäcker bricht. Ebert erkämpft den Sieg für die streikenden Bäcker, die Führer der Bäcker aber werden gemaßregelt.

Ihnen sucht der Rastlose nun zu helfen. Er wird praktischer Genossenschafter. Ein Genosse Rönitz schießt Mittel für die Errichtung einer Genossenschaftsbäckerei vor. Nun setzt die unablässige Werbearbeit Eberts für die neue Genossenschaft ein. Aber damit nicht genug: Ebert fährt persönlich das Brot für die Arbeiterkonsumenten aus. Morgens früh fünf Uhr putzt er die Pferde, füttert sie und befördert das Brot in die Arbeiterquartiere. Abends aber steht er auf der Rednertribüne und befeuert den Eifer seiner Kameraden. In diesem kleinen Zuge charakterisiert sich

Ebert trefflich als Mann der Tat. Sein Wesen ist Schaffen, Gestalten.

Neu ist die kühne Art, mit der sich Ebert in den Dienst des Genossenschaftsgedankens stellt. Frischfröhlich wagt er ein genossenschaftliches Experiment, obwohl die Arbeiterschaft im allgemeinen noch meilenfern der genossenschaftlichen Praxis steht. Und nicht nur das. Der Arbeiterschaft war noch nicht einmal theoretisch die große Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Hebung ihrer sozialen Lage aufgegangen. Gegen den Genossenschaftsgedanken verhielten sich noch große Gruppen der freiorganisierten Arbeiterschaft kühl und ablehnend. Die Lassallesche Lehrmeinung, daß die Genossenschaften niemals dauernd die proletarische Lebenshaltung beeinflussen könnten, war in den Köpfen führender Arbeiterschichten noch ein unumstößliches Dogma. Ebert aber läßt sich sofort in das große Wagnis der Begründung einer Bäckereigenossenschaft ein. Die Genossenschaft scheitert, da die Arbeiter, durch die Konsumvereine noch nicht zur sofortigen Bargeldzahlung erzogen, auf Kredit ihr Brot beziehen wollten, und da die junge Genossenschaft, die nur mit vier Bäckergesellen arbeitete, niemals imstande war, den großen Massen Kredit zu gewähren. Aber eine große und fruchtbare Lehre zog damals Ebert aus dem verunglückten genossenschaftlichen Experiment: Er begriff die Notwendigkeit der Organisation der genossenschaftlichen Kundschaft, bevor die genossenschaftliche Produktion irgendeines Bedarfsartikels mit Erfolg aufgenommen werden konnte. Der Konsumverein, der die Kundschaft erst zusammenfaßt, muß der genossenschaftlichen Produktivgenossenschaft vorausgehen. Ebert wird in der Folgezeit ein umsichtiger Förderer der Konsumvereinsbewegung. Er hat praktisch die Vorurteile nieder-

kämpfen helfen, die sich noch in sozialistischen Parteikreisen gegen die Genossenschaftsbewegung erhoben. Freundschaftliche Beziehungen verknüpften ihn in der Folgezeit mit den Leitern der deutschen Konsumvereinsbewegung.

Ebert ist seiner ganzen Richtung nach der Typus des modernen Arbeiterführers. Der alte Arbeiterführer war im wesentlichen ein politischer Agitator, der bestimmte allgemeine Grundgedanken des Sozialismus in die Massen warf. Er war unter Umständen durch die Schriften Lassalles theoretisch für seinen Posten nicht schlecht vorgebildet worden, aber er ermangelte im allgemeinen einer gründlichen Schulung durch die politische Praxis. Der moderne Arbeiterführer erkämpft sich ein ständig wachsendes praktisches Arbeitsgebiet. Er wird Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Stadtverordneter, Arbeitersekretär, Landtags- und Reichstagsabgeordneter. Eine fast unübersehbare, vielseitige politische Praxis öffnet sich ihm nun. Er verwächst fest mit der Wirklichkeit, und er wurzelt im Bestehenden. Nüchterne politische Gegenwartsfragen verdrängen oft die in die blaue Ferne verschwimmenden Zukunftsfragen. Gewiß, dem theoretischen Kopf werden die großen, in die Zukunft führenden Entwicklungslinien nicht verlorengehen, aber dem Naturpraktiker verengt sich leicht in der Kleinarbeit der Gegenwart der geistige Horizont. Diese Entgleisung in die Beschränktheit einer nicht über die Nase schauenden politischen und wirtschaftlichen Tagesarbeit war bei einem Ebert ausgeschlossen, der durch den Marxismus in die allgemeinen, über den Kapitalismus hinausweisenden Entwicklungstendenzen eingedrungen war.

Die Aufgaben der Tagespresse wurden dem jungen Ebert durch seine Betätigung in der Preßkommission

der „Bremer Bürgerzeitung" nähergeführt. Die Preßkommission hatte die ganze Haltung dieser Zeitung zu kontrollieren. Die Beschwerden, die gegen die redaktionelle Behandlung politischer, gewerkschaftlicher und lokaler Fragen erhoben wurden, gingen durch die Hand der Preßkommission. Diese Beschwerden führten häufig zu langwierigen Diskussionen in den Preßkommissionen; aber aus den Diskussionen erhielt ein geweckter Kopf wie Ebert sehr wertvolle politische Anregungen.

Von großer Bedeutung für die geistige Fortentwicklung Eberts wurde dessen Beschäftigung in der lokalen Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung".

Am Beginn der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts gebot eine deutsche Arbeiterzeitung nicht über den großen persönlichen und sachlichen Apparat, der damals jeder einflußreichen bürgerlichen Zeitung zur Verfügung stand. Ein Stab befähigter Berichterstatter fehlte den Redaktionen der Arbeiterzeitungen der Provinz fast vollständig. Geweckte Arbeiter trugen vielfach den Arbeiterzeitungen Nachrichten zu. Diese Nachrichten waren in der Hast des Arbeitslebens schnell auf das Papier geworfen. Die freiwilligen Mitarbeiter der Arbeiterpresse konnten die Glaubwürdigkeit dieser Nachrichten nicht nachprüfen.

Die flüchtigen Aufzeichnungen von Arbeitern wurden nun von den Lokalredaktionen zu Notizen, Berichten und Aufsätzen verarbeitet. Diese redaktionelle Tätigkeit erforderte eine angestrengte kritische Arbeit, denn oft wüteten sich die Gefühle der Empörung und Erbitterung in den Aufzeichnungen der Arbeiter hemmungslos aus, die ihre sozialen Konflikte mit staatlichen und bürgerlichen Gewalten zu Papier gebracht hatten. Man lernte aus den Berichten oft nicht die Wirklichkeit kennen, sondern nur die Leidenschaften,

die diese Wirklichkeit in den Seelen der Arbeiter erzeugt hatte.

In der redaktionellen Verarbeitung der Einsendungen der Arbeiter erwies sich nun Ebert als guter Psycholog. Er hatte tief in die sozial erregten Seelen der Arbeiter hineingeschaut, und er kannte gut die massenpsychologischen Kräfte, die häufig Wahrheit in Dichtung wandelten. Neben der Lokalredaktion wurde ihm noch die Berichterstattung für den Gerichtsteil der „Bremer Bürgerzeitung" aufgepackt. Eine unerschöpfliche Belehrung über Menschen und Dinge floß ihm aus dieser Tätigkeit zu.

In der Lokalredaktion der „Bremer Bürgerzeitung" hat Ebert ein Jahr lang in blutsaurer Schweißarbeit gestanden. Er erhielt für seine aufreibende Tätigkeit 25 Mark wöchentlich. Ein Entgelt, das die mit Arbeitergroschen geschaffenen kleinen Provinzblätter mit Mühe und Not für ihre Redakteure auslegen konnten. Der Arbeiterredakteur hatte am Beginn der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts immer noch schwere persönliche Opfer zu bringen, wenn er das verantwortliche Amt eines Arbeiterredakteurs übernahm.

In Bremen half Fritz Ebert noch nebenher in der Expedition der Zeitung. Er stand in der Nacht zwischen zwei und halb drei Uhr auf, begab sich zur Expedition und übermittelte den Zeitungsträgerinnen die „Bremer Bürgerzeitung" zum Austragen in die Häuser der Abonnenten.

Aber die Bremer Arbeiterschaft schätzte in Ebert nicht allein den Redakteur, sondern auch den volkstümlichen Redner. Als Minderjähriger hat er in Bremen oft auf der Rednertribüne gestanden. Da lärmten denn die „Bürgerlichen" über den jungen Mann, der zu Reichstagswählern sprach und nicht einmal das

Reichstagswahlrecht selbst besaß. Aber gestützt auf eine fest zu ihm stehende Masse, wußte sich der junge Politiker Gehör zu verschaffen, und so heimste er schon in ganz jungen Jahren schöne propagandistische Erfolge ein.

In diesen Zeiten ist Ebert ein Agitator im edelsten Sinne des Wortes gewesen, ein Tätigkeitswecker, der die Massen zur lebendigen Gestaltung politischer und sozialwirtschaftlicher Gedanken anregen will. Ein Agitator — ich schlage ein Fremdwörterbuch der Globus-Bücherei nach und lese dort: Agitator = Aufwiegler, Hetzer. Diese Definition des Agitators ist nicht ungewöhnlich, sie ist typisch. Sie ist aus der Psychologie eines ruhebedürftigen Bürgertums geschöpft, dem die Entfesselung aller Massenenergien ein Greuel ist. Es hält dumpfe Passivität der Massen für einen normalen, gesunden Zustand der Gesellschaft.

Die Masse will politisch und sozial über sich hinausgeführt werden, so faßt Fritz Ebert seine Aufgabe als Agitator auf. Selbst ein unablässig Tätiger, will er politisch schaffende Kräfte in den Massen entbinden. Als Former eines emporführenden Massenwillens folgt er den Fußspuren der großen Meister der deutschen Arbeiterbewegung, der Bebel, Auer, Grillenberger, Vollmar usw. Er wird ein erfolgreicher Agitator; ich kenne keine ehrenvollere Bezeichnung für einen wegweisenden Führer als die eines Agitators.

In Bremen legt Fritz Ebert nun Quaderstein auf Quaderstein zur Fundamentierung eines neuen Deutschlands. Die moderne Demokratie findet in ihm einen der wirksamsten und erfolgreichsten Förderer. Er hilft die reaktionäre Strömung niederkämpfen, die, von Wilhelm II. dirigiert, mit Umsturz- und Zuchthausgesetzen der modernen Arbeitermassenbewegung drohte. Ebert arbeitet an der Befestigung der industriellen Demo-

kratie durch unablässige Werbearbeit für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, und er leiht seine kräftig zugreifende Hand der Genossenschaftsbewegung.

Das neue demokratische Deutschland steigt auf dem Rücken einer gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Massenbewegung empor. Diese Bewegung hat den auf allen Lebensgebieten tätigen Arbeiterführer geschaffen. Eine Demokratisierungsarbeit größten Stils breitet sich vor unseren Augen aus, wenn wir die moderne Arbeiterbewegung in allen ihren Ausstrahlungen verfolgen.

Durch ihr neues umsichtiges Führertum, dessen vollendeter Typus Fritz Ebert ist, wurde die soziale Demokratie aus einer Partei der Wahlpropaganda, die nur in den Zeiten der Reichstagswahl in eine nähere Berührung mit den Volksmassen trat, zu einer tief im Volke wurzelnden Institution.

DIE WELTANSCHAUUNG EBERTS

Die großen Begründer der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland betrachteten diese als eine den ganzen Menschen sittlich und geistig emporhebende Kulturbewegung. „Ich bin der erste, zu erklären", so rief Lassalle mit tiefer Überzeugung aus, „daß jede soziale Verbesserung nicht einmal der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben — was zum Glück objektiv ganz unmöglich — die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in ihrer großen Masse heute sind."

In dem sozialistischen Grundgedanken ist die Beseitigung jedes Klassenrechts, ist die Aufhebung der sozialen Klassen, die Befreiung der Menschheit eingeschlossen. Nach dem Erfurter Programm bedeutet

die durch den Sozialismus erstrebte „gesellschaftliche Umwandlung die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet". Der Sozialismus erscheint als die allgemeine, von der geschichtlichen Entwicklung selbst getragene Menschheitssache. Für diese Entwicklung suchten die Begründer des Sozialismus die Augen ihren Anhängern zu öffnen; aus der vorliegenden Tatsachenwelt sollte sich diesen die neue werdende sozialistische Wirklichkeit erschließen. Marx kehrte sich mit grundsätzlicher Schärfe gegen einen Utopismus, der sich von der Wirklichkeit loslöste und aus dem Handgelenk die ganze zukünftige Gesellschaft konstruierte.

Durch das Studium der populären Schriften von Marx und Engels dringt nun Fritz Ebert in das Verständnis der Grundlehre des Marxismus ein, daß in der ökonomischen Gegenwart die Keime der ökonomischen Zukunft liegen. Aus der bestehenden Welt sucht er an der Hand von Marx die Bewegungsgesetze zu schöpfen, nach denen sich der Kapitalismus im Zusammenprall schärfster wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze in den Sozialismus umformt. In der Produktion der Gegenwart regt sich bereits die Produktion der Zukunft. Im Zusammenarbeiten der Arbeiter zu Hunderten und Tausenden in der Fabrik kündet sich die neue gesellschaftliche Produktionsform an.

Der Marxismus vermittelt dem jungen Ebert eine neue Weltanschauung: Die Gesellschaft betrachtet er mit Marx als einen beständig im Prozeß der Umwandlung begriffenen „Organismus". Die Geschichte ist ihm nicht ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten, sondern ein im harten Ringen der Gegensätze zur Höhe emporführender organischer Entwicklungsprozeß. Durch die sozialen Zwangsinstitutionen der Sklaverei,

Leibeigenschaft, Hörigkeit usw., die ständig die Produktion steigern und damit den Nahrungsspielraum für die Menschheit erweitern, wächst diese zu einem sozialen Zustand hinauf, in dem alle Arbeitenden einen ausreichenden Lebensunterhalt und freie Muße für wissenschaftliche, künstlerische und sportliche Betätigung finden.

Die proletarische Lebenslage der großen Masse der deutschen Arbeiterschaft war nach seiner durch Marx gefestigten Überzeugung das Resultat einer ungeheuren, die Grundtiefen der Gesellschaft erschütternden wirtschaftlichen Revolution. Er sprach im Jahre 1892 in seiner Streitschrift: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung" (Verlag von P. Sandhoff 1892) den Gedanken aus, daß diese Revolution die ganzen Lebensverhältnisse des Menschen völlig neugestalten werde. Ebert schrieb in seiner Broschüre: „Die Menschheit ist in ein neues Zeitalter eingetreten, welches der Wissenschaft gehört. Wenn unsere Voreltern auferstehen könnten aus ihren Gräbern und die technischen Errungenschaften unserer Zeit in Augenschein nehmen, wie würden sie staunen! Wie ein Ungeheuer, wie ein Drache aus der Sagenzeit, würde ihnen die rauch- und feuerspeiende, blitzschnell dahersausende Lokomotive erscheinen, oder der haushohe, gewaltig die Wogen durchflutende Dampfer; an Hexenspuk würden sie glauben, könnten sie vernehmen, wie wir uns mit Hilfe des Telephons auf eine Entfernung von mehreren Meilen gemütlich unterhalten, oder sähen sie, wie wir Ströme elektrischen Lichts, Tageshelle verbreitend, dahinfluten lassen. Wie würde unser Großvater, der Spinn- oder Webemeister, staunen, wenn er heute in das Etablissement einer mechanischen Spinnerei oder Weberei käme, wo ein menschenähn-

licher Mechanismus mit Hunderten und Tausenden von Händen in Bewegung ist, wie die Arbeiter oder Arbeiterinnen nur als Aufseher an der Maschine stehen, und wenn er dann hörte, daß sein früher so erträgliches Handwerk voll und ganz von der Bildfläche verschwunden ist. Die großartigen Entdeckungen und Erfindungen der Naturwissenschaft und Technik werden in den Dienst der Industrie gestellt. Große Fabriken mit turmhohen Schornsteinen und großartige Bankhäuser deuten an, daß sich die Produktion heute in anderen Händen befindet als vor einem Menschenalter. Wo eine Fabrik entstand, ist die Existenz von Hunderten von kleinen Handwerksmeistern begraben worden, er hat seine Selbständigkeit verloren, er ist zum Fabrikarbeiter gestempelt, und keine Leiter ist vorhanden, auf deren Sprossen er wieder zu dem heraufsteigen könnte, was er war. In ununterbrochenem Siegeslauf schreitet diese Entwicklung vorwärts und alle widerstrebenden Kräfte stellt sie in ihren Dienst; mit demselben Arbeitsaufwand bringt sie Produkte in ungeahnter Fülle hervor, und wenn die Menschheit dieselbe Lebensweise führen wollte, wie vor zwanzig oder dreißig Jahren, so braucht sie heute unendlich Arbeit weniger auf sich nehmen."

In voller Hingabe an den Gedanken einer sieghaft fortschreitenden ökonomisch-technischen Entwicklung der Gesellschaft schaut Fritz Ebert frohgestimmt in die Zukunft. Muß sie doch den sicheren Triumph des völkerbefreienden Sozialismus bringen! Er spricht in dem Vorwort zu seinem Schriftchen: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe usw." begeistert von der im Proletariat flammenden, heißen Sehnsucht nach Erlösung". „Die Lehre vom Vorrecht des Besitzes ist erschüttert. Die Behauptung alter Philosophen, der Arme sei auf ewig zur Knechtschaft be-

stimmt, findet heute keinen Glauben mehr, und überall regt sich der Unterdrückte in unablässigem Ringen um ein besseres Los. Das Morgenrot der allgemeinen Menschenrechte dringt auch in die Reihen der Bäcker, und der Ruf nach Gerechtigkeit, der über die weite Erde hallt, hat auch in jenen Kreisen Widerhall gefunden."

In Ebert ist die Idee von dem naturnotwendigen Aufstieg der Menschheit zu einer gerechten, den allgemeinen Wohlstand begründenden Gesellschaftsordnung zu einer alles mit sich fortreißenden Elementarkraft geworden. Das Werden der Welt ist kein bloßes mechanisches Nacheinander, es ist ein organischer, zur höchsten Sittlichkeit emporführender Prozeß. Das „allgemeine Menschenrecht" verwirklicht sich nach Ebert „unter einem unablässigen Ringen". Das „allgemeine Menschenrecht" bringt hier den Gedanken zum Ausdruck: Der Mensch ist Selbstzweck und nicht Mittel für fremde Zwecke. Mit der vollen Verwirklichung der Unantastbarkeit der Persönlichkeit des Menschen erfüllt sich aber noch nicht das ethische Ideal des Sozialismus vollständig. Die Persönlichkeit soll nicht nur außerhalb der Sphäre aller ausbeuterischen Eingriffe gestellt werden, nein, sie soll in ihrer Entwicklung auch positiv durch schöpferische Betätigung des Solidaritätsprinzips, durch gegenseitige Verpflichtung und Hilfe gefördert werden. Zu der „sittlichen Idee der individuellen Kräfte", die dem Liberalismus entspringt, tritt nach Lassalle die Idee der „Solidarität der Interessen, der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung".

Ebert spricht von „einem unablässigen Ringen" der Gesellschaft. Unter schweren sozialen Kämpfen rankt sich die Menschheit zum Sozialismus aufwärts. Auf eine heroische Weltanschauung, auf die Weltanschau-

ung einer sich empor„ringenden" Menschheit ist der ganze Sozialismus gestimmt, nicht auf einen lässigen, passiven Optimismus. Der Sozialismus fordert gebieterisch die selbstgewählte Unterordnung des Individuums unter das Gemeinschaftsinteresse, das Aufgehen des kämpfenden Proletariats in den Gedanken des „Arbeiterstandes" (Lassalle). Die Ethik des Sozialismus legt ein bestimmtes sittliches Verhalten der arbeitenden Klasse auf; ihr Klassenprinzip fällt ja mit dem höchsten sittlichen Menschheitsprinzip zusammen. Aus dieser ethischen Idee des Sozialismus heraus richtet Ferdinand Lassalle folgendes sittliches Postulat an die Arbeiterschaft: „Nichts ist mehr geeignet, einem Stand ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und diese wiederum zu einem Abbild seines eigenen Gepräges zu machen. Die hohe Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut ist."

Die ethische Seele, die Lassalle dem Sozialismus einhauchte, webt und lebt in der sozialdemokratischen Bewegung. In dieser Hinsicht ist die sozialdemokratische Bewegung „lassalleanisch".

So ist es auch im Hinblick auf den von ihr betriebenen hohen Kultus der Wissenschaft. Ebert spricht zum Beispiel begeistert von dem „Zeitalter der Wissenschaft", in das die Menschheit getreten ist. Die Lösung der Arbeiterfrage im sozialistischen Sinne ist an die

technische Anwendung der Wissenschaft gebunden. In einer gewissen Hochstimmung schildert Ebert die wissenschaftlich-technische Vervollkommnung der Arbeit, die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit in der Fabrik, den werdenden kollektivistischen Charakter der Arbeit. Der Arbeiter als der Repräsentant des heranreifenden Kollektivismus, des kämpfenden Gestalters der „Idee des Arbeiterstandes" muß sich mit der Wissenschaft verbinden, damit sich der Sozialismus verwirklicht. Auch Ebert bekennt sich zu dem großen Gedanken Lassalles, daß die „Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter . . ." „alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken" werde.

Fritz Ebert würdigt in seiner Broschüre: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe usw." kurz die technischen Fortschritte in der Bäckerei und stellt den schwankenden Boden dar, auf dem das ganze Bäcker-Innungswesen steht. Er stellt realisierbare Forderungen auf, die sich genau an die bestehenden Verhältnisse anlehnen, und er benutzt geschickt die Sympathien weiter Kreise für die Bäcker, um das schwere Los dieser Mühseligen und Beladenen zu erleichtern. Er ruft vor allem auch die Hilfe der Konsumenten auf, deren Gesundheit ja selbst durch die unreinlichen, unhygienischen Werkstätten der Bäcker gefährdet ist.

Die Broschüre: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe" charakterisiert die ganze Persönlichkeit Eberts. Hochideale sittliche Ziele stehen vor seinen Augen, aber diese sucht er nicht durch ein erdfernes, himmelstürmendes Schwärmen zu verwirklichen, sondern durch ein festes Fußen in der greifbaren Wirklichkeit.

Germinal-Stimmung, Keim- und Vorfrühlings-Stimmung lag im Jahre 1890 auf den sozialistischen Massen. Der Druck des Ausnahmegesetzes war geistig von den Massen gewichen, obwohl es noch körperlich in der derben Gestalt haussuchender und schriftenkonfiszierender Polizeiwachtmeister fortbestand. Heißblütige Diskussionen über Theorie und Taktik des Sozialismus lebten in den Versammlungen, in den Geheimorganisationen, in den wissenschaftlichen und geselligen Klubs der Arbeiterschaft auf. Die sogenannte Berliner „Opposition", die Kerntruppe der nachmaligen „Jungen", griff auf das „Kommunistische Manifest", auf den sich scheinbar ankündenden katastrophalen Zusammenbruch des Kapitalismus, auf die antiparlamentarische Broschüre Wilhelm Liebknechts „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie" zurück und suchte einer streng grundsätzlich sozialistischen, revolutionären Massenbewegung Bahn zu brechen.

Durch den Wahlsieg des Jahres 1890 erhielt die Sozialdemokratie einen enormen Kraftzuwachs. Ein überschäumendes Machtgefühl brach sich in zahllosen Streiks gewaltsam Bahn, und es fand nur volles Genüge in großen proletarischen Massenbewegungen. Eine sozialistische, direkt auf das Endziel lossteuernde Massenbewegung wurde das Feldgeschrei der „Jungen", der nachherigen „Unabhängigen Sozialisten". Von den Massen kam nach ihrer Überzeugung alles Heil, das System der Vertretung der Massen erschien ihnen fast als ein Abirren von dem Gedanken der reinen Demokratie, ein Beugen, ein Brechen, ja ein Korrumpieren des Massenwillens. Der massenproletarische Charakter der Maifeier entflammte vor allem

die Tatkraft der „Jungen". Am 1. Mai betrat ja die Masse selbst das Kampffeld, und nicht nur ein kleines Häuflein von Proletariatsvertretern, von Parlamentariern. Am 1. Mai suchten die Massen ihren gewaltigen Willen dem Unternehmertum selbst aufzuherrschen. Hier erlebte die Welt eine gigantische Massenaktion.

Eine so auf das große sozialistische Ziel gerichtete Massenbewegung mochte wohl auch das Herz des jungen Stürmers Ebert schneller und heftiger schlagen lassen. Er sympathisierte wohl mit dieser Bewegung, insofern sie den sozialistischen Grundgedanken zu einer Massenkraft gestalten wollte, aber er folgte ihr nicht auf den Irrweg des Antiparlamentarismus. Auch wohl gegen ihre Massenvergötterung sträubte sich sein realistischer Sinn. Immerhin konnte ihn diese Bewegung — sie warf ja die Kernsprüche des „Kommunistischen Manifests" in die Masse — zu einem Studium des Marxismus anregen.

Aus der unabhängig-sozialistischen Bewegung mochte dem jungen Ebert seine frisch-fröhliche Begeisterung für die Maifeier quellen. Als er im Jahre 1896 zu dem sozialdemokratischen Parteitag nach Gotha delegiert wurde, zählte er noch zu den radikalen Geistern, die das Wesen der Maifeier in der völligen Arbeitsruhe sahen. In einer kurzen Rede legte er den Nachdruck auf die Worte einer Frankfurter und einer Wandsbeker Resolution, in denen klar ausgesprochen wurde, daß die Arbeitsruhe „mehr als bisher erfolgen" sollte. Die von den Parteihäuptern befürwortete Resolution enthielt diese Worte nicht.

Sonst allerdings verspürt man nichts in den Reden Eberts in Gotha, was nur irgendwie auf unabhängig-sozialistische Einwirkungen schließen läßt. Die unabhängigen Sozialisten verhöhnten jeden sozialen Re-

Die Reichsregierung im Schloß zu Weimar 1919: Landsberg, Scheidemann, Noske, Ebert, Wissell

formgedanken als spieß- und kleinbürgerlich, Ebert aber verbreitete sich in Bremen mit nüchternster Sachlichkeit über eine dringende Reform der Unfallversicherung der Seeleute. Er donnerte nicht mit revolutionären Kraftsprüchen über die unhaltbaren Verhältnisse der Seeleute, er kehrte in maßvollen Worten die Mängel und Fehler der Unfallversicherung hervor, die den Seemann tatsächlich unter ein Ausnahmegesetz stellten.

Ebert lief nicht zu dem Fähnlein der Aufrechten der „Opposition", der „Jungen" hinüber, er marschierte mit dem großen Heereskörper der Sozialdemokratie in Reih' und Glied.

MODERNE LITERATUR UND JUNGARBEITERSCHAFT

Die Septembertage des Jahres 1896 sind bedeutungsvoll für die geistige Entwicklung Fritz Eberts geworden. In Gotha auf dem sozialdemokratischen Parteitag erlebte er eine Kunstdebatte, die ihn mit dem neuen naturalistischen Deutschland in unmittelbarste Berührung brachte. Hier eröffnete ihm die geistvolle Rede Edgar Steigers, des nachmaligen Mitarbeiters des „Simplicissimus", tiefste Einblicke in das neue Wesen und die neuen Ausdrucksmittel der aufstrebenden naturalistischen Richtung. Dem Erkünstelten, Konstruierten in den Schöpfungen der alten Kunst, ihrer unwahren, auf Stelzen einhergehenden Diktion stellte Steiger die naturwahre Milieuschilderung Zolas, die feine psychologische Analyse Dostojewskis und die aus dem inneren und äußeren Leben selbst herausgeborene Sprache des jungen realistischen Deutschlands gegenüber. Blind waren die Augen der alten Arbeiterführergeneration noch für die den wirklichen Charakter eines Gegenstandes widerspiegelnden naturalistischen De-

tails. Ein konventioneller „Idealismus" hatte kein Ohr für die elementaren, derb-leidenschaftlichen Äußerungen der Liebe gehabt. Unendlich viel Schillersche Deklamation und falsche romantische Empfindelei waren in die seelischen Vorgänge einfacher Menschen hineingelegt worden. Die Nachfahren Schillers „bildeten" nicht, sie redeten.

Die älteren deutschen Arbeiterführer verstanden nicht, daß in der modernen Literatur die kämpfenden Arbeiter nicht in dem gewöhnlichen heroischen Kostüm der Bühne herumgeführt wurden, daß die Leidenschaften der Arbeiter stark triebhaft waren und daß sie nicht die erhabene Sprache der Schillerschen Dramen, sondern die der robusten Straße redeten. Sind die menschlichen, allzu menschlichen Gestalten der Hauptmannschen Weber noch Helden? so fragten sich diese Arbeiterführer. Und aus ihrem Herzen heraus kanzelte Wilhelm Liebknecht in Gotha den großen Bahnbrecher des deutschen Naturalismus öffentlich ab. Hauptmann ist, so betonte er auf dem Parteitage, nicht der große Mann, als der er hingestellt wird, es ist sehr viel Plattes, Geschmackloses, Häßliches in seinen Schriften, und vor allem ist nichts Revolutionäres darin, nein, Spießbürgerlich-Reaktionäres zum größten Teil. Diesen Ausspruch tat der „Alte" in einem Augenblick, als Hunderttausende deutscher Arbeiter von dem revolutionären Sturmwind, der durch die Hauptmannschen Weber brauste, erfaßt wurden.

Für die Art, die menschlichen Dinge zu sehen, wie sie vom jüngsten Deutschland erschaut wurden, fehlte dem „Alten" jedes Verständnis. Dieses literarische Deutschland war ihm einfach ein Produkt der Dekadence, der Fäulnis der kapitalistischen Welt. Es war nach seiner Meinung von einer krankhaften, entarteten Leidenschaft besessen, von einer prickelnden Lust, alle

sexuellen Dinge auszumalen. Die „Mutter Berta" Wilhelm Hegelers, die in der sozialdemokratischen „Neuen Welt" abgedruckt war, zählte er fast zur pornographischen Literatur. Bissig erklärte er in Gotha: „Die Schweinerei gehört nicht in die ‚Neue Welt' hinein."

Die junge Generation um Ebert wollte die Welt nicht mehr in künstlicher Theaterbeleuchtung sehen, sondern in dem hellen, scharfen Licht des Tages. Ebert hat von den „Jungen" der sozialdemokratischen Bewegung literarisch manche wegweisende Anregung erhalten, die „Jungen" aber waren erklärte Parteigänger des emporgekommenen Naturalismus. Die Wortführer der „Jungen" in Berlin, Wilhelm Werner, Karl Wildberger, Richard und Max Baginski, haben vielfach auf dem Duzfuß mit den streitbaren Geistern des Realismus gestanden. Die Führerin der Berliner Arbeiterinnen, die intelligente Hanna Jagert, wurde die Heldin eines Hartlebenschen Dramas; Typen aus der Welt der sozialdemokratischen Intellektuellen gingen in die Hauptmannschen Tragödien über. Mit dem früheren Schuster und späteren Redakteur Max Baginski suchte Gerhart Hauptmann die verfallenen Hausweberhütten von Steinseifersdorf auf und sah mit leibhaftigen Augen dort die Gestalten seiner „Weber": die Baumann, Ansorge usw. Als sein Reisegefährte Baginski die herben Lebensschicksale dieser Ärmsten der Armen mit ihm besprach, da äußerte er sich eingehend über sein geplantes großes Drama: die Weber.

In dem Theatersaal, in der Volksversammlung, in ernster Diskussion und beim harmlosen Kegelspiel tummelten sich in schönster Harmonie die Männer der Kopf- und Handarbeit des jungen „sozialistischen Deutschlands". Die „Freie Bühne" Wilhelm Bölsches vertrug sich in der Rocktasche Karl Wildbergers vor-

züglich mit dem „Vorwärts" des alten Liebknecht. Die Kampffelder der Politik und der Ästhetik rückten in den Köpfen der jungen Arbeiter und jungen Schriftsteller eng aneinander. Der philosophische Schuster Richard Baginski sprach über die westpreußischen Arbeitertypen im „Eisgang" Max Halbes mit ebenso großer Sachkenntnis wie Otto Erich Hartleben über die kleinen und allerkleinsten Geschichten des sozialdemokratischen Olymps: Bei der Begründung des revolutionären „Sozialist" war Otto Erich Hartleben der Sprecher einer Arbeitergruppe in einer verschwiegenen Versammlung des Ostens von Berlin, und er erhielt ob dieser seiner geheimnisvollen, an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnernden Verschwörertätigkeit den Namen „Corpora-Erich" von dem spottlustigen Friedrichshagen angehängt.

Die von den „Jungen" verbreitete „Berliner Volkstribüne" suchte den Sozialismus unter der weitsichtigen Leitung Max Schippels nicht als eine Frage von Nurproletariern, sondern von modernen Kulturmenschen herauszuarbeiten. Tief ergreifende Gedichte Richard Dehmels, einige Grundrisse zur Familie Selicke von Holz und Schlaf, die begeisterungsvollen Besprechungen moderner Dichtungen in diesem Blatt bewiesen den mit voller Klarheit und mit ganzem Nachdruck angestrebten Anschluß Max Schippels an die realistisch-naturalistische Literaturbewegung. Die Milieuschilderungen Zolas, die Seelenanalyse Dostojewskis, die ethisch-religiöse Kunst Tolstois und die Problemdichtung Ibsens vollbrachten an den Arbeitern der jungen Generation ein ästhetisches Erziehungswerk von geradezu umwälzender Bedeutung.

Die „Berliner Volkstribüne" mit ihrer begeisterten Parteinahme für den jungen Naturalismus kam auch nach Hannover und Bremen, nach all den Orten, in

denen der temperamentvolle Fritz Ebert Kampfgenossen für den Sozialismus warb. Die junge Generation nahm mit starker Leidenschaft die Streitrufe des Naturalismus auf. Holz und Schlaf, Hauptmann und Dehmel, Bölsche und Wille, die Gebrüder Hart und Hartleben drangen mit ihren Schöpfungen in weite deutsche Arbeiterkreise durch die „Berliner Volkstribüne" ein. Die „Amselrufe" von Karl Henckell weckten zu einem neuen revolutionären Frühling.

Eine Weltwende war eingetreten. Bis in die letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts hinein galt es noch als eine Erniedrigung der Kunst, wenn sie das Arbeiterleben mit seinen tiefgründigen Konflikten behandelte. Die „Unterklassen", so dozierte Gustav Freytag, der für seine Zeit die ästhetischen Gesetzestafeln des Bürgertums verfaßte, seien nicht „dramenfähig", da sie außerstande seien, „Gedanken und Empfindungen schöpferisch in Rede umzusetzen". An anderer Stelle sprach er direkt von einer Herabwürdigung der Kunst, wenn sie soziale Verbildungen des wirklichen Lebens, die Tyrannei der Reichen, die gequälte Lage der Gedrückten, die Stellung der Armen polemisch oder tendenzvoll zu den Szenen eines Dramas verwerten würde. „Die Sorge um Besserung der armen, gedrückten Klasse soll", so betonte er, „ein wichtiger Teil unserer Interessen im Leben sein, die Muse der Kunst ist keine barmherzige Schwester."

Die Zeiten hatten sich nun wirklich von Grund auf geändert, die gedrückten Klassen bedurften wahrlich keiner barmherzigen Schwester mehr, sie hatten sich selbst geholfen und betraten festen Schrittes, wagemutig und ihr Recht heischend, die politische Bühne! Die Idee des Arbeiterstandes sollte lebendig werden.

Die sozialen Klagen und Beschwerden der Arbeiterklasse erschienen jetzt nicht mehr als die weh-

leidigen Äußerungen „armer Leute". In ihnen offenbarte sich etwas Neues, Aufrüttelndes, sie flossen aus dem starken Herzen einer Klasse, die ihr soziales Elend als ein zur Überwindung dieses Elends aufreizendes Moment empfindet. Das junge sozialistische Proletariat faßte die soziale Not als Kettensprengerin auf. Keine tränensüchtige kleinbürgerliche Sentimentalität sprach aus den „Beklemmungen" dieser Klasse. Etwas Kraftvolles, Herbes, Echtes lag im Gefühlswesen dieser Klasse. Ihre Psyche forderte eine neue, naturwahre Dichtung. Der Arbeiter, der 1890 in der Gründungsversammlung der „Freien Volksbühne" in Berlin das Wort stockend, aber doch fest in die Masse warf: „Die Arbeiter wollen Wahrheit, sie wollen keine Lüge, keinen blauen Dunst", sprach Millionen seiner Klassengenossen aus dem Herzen.

Der alte Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst schrieb am 14. Dezember 1893 in sein Tagebuch: „Heute abend in ‚Hannele'. Ein gräßliches Machwerk, sozialdemokratisch-realistisch, dabei von krankhafter, sentimentaler Mystik, nervenangreifend, überhaupt scheußlich. Wir gingen nachher zu Borchard, um uns durch Champagner und Kaviar wieder in eine menschliche Stimmung zu versetzen." Mit dem Worte „sozialdemokratisch-realistisch" deckte der alte Herr einen tiefen Zusammenhang zwischen den sozialdemokratischen Bestrebungen und der sieghaft durchbrechenden realistisch-naturalistischen Kunstrichtung auf.

Der demokratisch-sozialistische Marxismus, der sich das Herz und den Kopf des jungen Ebert erobert hatte, strebte eine klare Erfassung der Wirklichkeit und eine wurzeltiefe Überwindung der bürgerlichen Illusionen an, die über die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen verbreitet waren.

Der Marxismus ist in der Tat ein konsequenter

Naturalismus auf ökonomisch-sozialem Gebiet. Mit dramatischer Kraft stellt er naturwahr das revolutionäre Werden unserer modernen Wirtschaft dar. Das in den Menschenschicksalen Tragische ersteht in so gesammelter, in so kollektiver Form bei Marx wieder, daß seiner Darstellung eine den ganzen Menschen ergreifende Kraft entströmt.

Die neue, von der gigantischen Maschinenindustrie geschaffene Wirklichkeit drängte ungestüm nach Form und Gestalt, und sie fand sie in der marxistisch-sozialistischen Bewegung und in der naturalistischen Kunstrichtung.

Fritz Ebert war durch Marx zum unbestechlichen Erschauer und Erforscher der nackten Wahrheit erzogen worden. Er sah in eine kampferfüllte Welt voll erschütternder Katastrophen hinein. Er sah die einzelnen Gesellschaftstypen in ihrer ganzen Realität, und die Ereignisse der Zeit lagen vor ihm im hellen Sonnenlicht. Kein Wunder, er wollte die erschaute und erfühlte Wahrheit auch auf der Bühne sehen. Daß sich der realistische Sozialismus und der Naturalismus zusammenfanden, war eine geschichtliche Notwendigkeit. Nach der ersten Aufführung der „Freien Volksbühne" in Berlin sprach Otto Erich Hartleben von einem folgenschweren Bund der modernen Kunst mit dem modernen Proletariat: „Neu und revolutionär wie der Sozialismus auf wirtschaflichem Gebiet," so führte er aus, „ist der Naturalismus auf dem Gebiete der Kunst. Er bricht mit einer vor Alter ehrwürdigen Konvention, verachtet und verwirft jegliche Tradition und schreibt Natur und Wahrheit auf seine Fahne."

Natur und Wahrheit sprachen zu Ebert in ergreifendster Sprache, als er in Bremen die Hauptmannschen Weber in einer Privatvorstellung über die Bühne gehen sah.

Die Ängste und Nöte des Proletariats schrien in den Hauptmannschen Schöpfungen herzerschütternd auf, die sozialen Typen unserer Tage, in Fleisch und Blut geschaffen, wanderten durch die Dramen des großen schlesichen Dichters.

In Hauptmanns Werken lebt die Seele unserer Zeit.

Was der Arbeiter Ebert empfand, als ihn die sozialen Dramen Hauptmanns mächtig ergriffen, das hat der Reichspräsident Ebert am 12. August 1922 in Breslau bei der Eröffnung der Hauptmannschen Festspiele offen ausgesprochen: „Keiner hat so wie er (Hauptmann) in tiefem Mitleiden und in wahrer Erlösungssehnsucht die sozialen Nöte der Massen und das tragische Schicksal einzelner aus ihnen erfaßt und ihnen Gestalt und eine Sprache gegeben, die zum deutschen Herzen dringt. So ist sein dichterisches Schaffen immer Dienst am deutschen Volke gewesen." Höchstes Ziel Hauptmanns sei eine wahre Volksgemeinschaft und das Streben nach Versöhnung der Nationen gewesen. Nicht eine kleine Kunstgemeinde, ein ganzes Volk wolle heute den Dichter ehren. Die intensive Pflege der Kunst und Wissenschaft faßte Ebert als eine Hauptaufgabe des neuen Staates auf, den er als einen wirklichen Organismus ansprach.

Zum sechzigsten Geburtstage Hauptmanns, am 15. November 1922, ließ Ebert dem Dichter einen in Bronze geprägten Adler, das Symbol des Reiches, als Ehrengeschenk übergeben. In einem Schreiben an Hauptmann bemerkte der Reichspräsident: „In einer Zeit der Unrast steht Ihr Bild leuchtend vor unseren Augen. An der Wurzel unserer Gegenwart geboren, haben Sie ihre Kämpfe und Wirrnisse vorausschauend empfunden, und es vermocht, die ringenden Kämpfe unserer Zeit und unseres Volkes zu unvergänglicher Gestalt zu erheben."

Durch Hauptmann gewann in der Dichtung das neue Deutschland mit seinen neuen sozialen Klassen ein volles, warmblütiges Leben. Tatkräftig bemühte sich die Arbeiterpresse, die Massen durch die Einführung in die moderne realistische Literatur ästhetisch zu erziehen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche unglaubliche Geschmacksverwilderung des Volkes durch eine verrohende, das wollüstige Grausamkeitsgefühl systematisch steigernde Kolportageliteratur angerichtet war, so müssen wir diese Erziehung als eine Kulturtat ersten Ranges buchen.

ARBEITERSEKRETÄR UND KOMMUNALPOLITIKER

Im Mai 1894 feierte Fritz Ebert mit seiner Braut Luise Rump in Bremen Hochzeit. Zwei Menschen hatten sich in dieser Ehe zusammengefunden, deren ganzes Leben auf Arbeit und wieder Arbeit eingestellt war. In der Brautstraße 16, einer lebhaften Geschäftsstraße, die nicht fern von der „Kleinen Weser" liegt, pachteten sie eine geräumige Gastwirtschaft. Die Wirts- und Wohnräume füllten das ganze Haus. Unten, parterre, wirtschaftete die rastlose Frau Luise, und oben lagen Versammlungssäle und die Familienwohnung. Die eigentliche Seele einer Gastwirtschaft pflegt immer die Frau zu sein, von deren Sauberkeit, Fleiß und Sparsamkeit das Gedeihen des ganzen Betriebes durchweg abhängt.

Frau Ebert war ihrem Manne eine hingebende Gattin, eine gleichstrebende Kameradin, eine treffliche Wirtschafterin und Gehilfin, und den Kindern — in sechs Jahren gebar sie fünf Kinder — eine liebende, treusorgende Mutter. Im Sinne des Psalmisten kann man von einer „köstlichen" Ehe Eberts reden, denn diese Ehe ist stets Mühe und Arbeit gewesen.

Die Gastwirtschaft eines Arbeiterführers war damals eine wahre Arbeiterbörse, in der sich die Arbeiterkundschaft über den Gang der Geschäfte, über die politische Situation, über die Lage der Arbeiterbewegung ständig erkundigte. Ebert war als ein politisch und wirtschaftlich gut geschulter Mann überall in Bremen bekannt. Erleidet ein Arbeiter einen Betriebsunfall, so geht er zu Ebert; denn dieser ist ja genau über alle Schritte informiert, die der Unfallverletzte zur Wahrnehmung seiner Unfallansprüche zu gehen hat. Jeder größere Vorfall in einer Fabrik, der vielleicht zu Arbeiterentlassungen führt, wird mit Ebert besprochen. Ebert war ja Vorsitzender der Bremer Partei, und zu jeder Tag- und Nachtstunde mußte er zu jeder Auskunftserteilung bereit sein.

Die vielen und komplizierten Partei- und Gewerkschafts-Aufgaben, die ihm zugewiesen wurden, erledigte er mit größter Pünktlichkeit und mit schönem Erfolg. Die Parteiorganisation wuchs in Bremen in die Breite und Tiefe. Und als die Bremer Arbeiterschaft endlich die Mittel aufgebracht hatte, um ein eigenes Auskunftsinstitut, ein Arbeitersekretariat für Rat und Hilfe suchende Arbeiter zu schaffen, da erwählte sie selbstverständlich Fritz Ebert zum Bremer Arbeitersekretär. Ebert hing den „selbständigen Geschäftsmann" an den Nagel, er wurde angestellter, „unselbständiger" Arbeiterbeamter, aber diese Unselbständigkeit war ein Schritt zur Selbständigkeit, zu größerer, innerer und äußerer Freiheit.

Für den Aufstieg Friedrich Eberts zum führenden Politiker Deutschlands ist seine erfolgreiche Betätigung im Bremer Arbeitersekretariat von entscheidender Bedeutung gewesen. Schon den politischen Laien wird es kaum entgangen sein, in wie großer Zahl deutsche Arbeitersekretäre aller politischen Rich-

tungen in den deutschen Reichstag eingerückt sind. Das Arbeitersekretariat ist ein ausgesprochen deutsches Institut, das aus der von Bismarck begründeten sozialen Gesetzgebung heraus geboren ist. Der staatliche Zwangsversicherungsgedanke, der besonders klar von August Bebel ausgesprochen und später von Bismarck verwirklicht worden ist, führte Millionen deutscher Arbeiter den Krankenkassen zu. Weitere Millionen wurden der staatlichen Unfall- und Invalidenversicherung eingegliedert. Um die aus der sozialen Versicherung entspringenden Rechte der erkrankten, unfallverletzten und invaliden Arbeiter wirksam vertreten zu können, mußten sich sachkundige Männer berufsmäßig mit dieser Gesetzgebung beschäftigen. Und so ist denn der deutschen Arbeiterklasse aus dieser Versicherung ein eigenartiges, ihren Interessen angepaßtes Rechtsinstitut mit vollständiger Volkskontrolle erstanden. Mit diesem Institut hat sich ein sachverständiges, sich dem Rechtsschutz und der Rechtsbelehrung widmendes Beamtentum entwickelt, das von den Arbeitern gewählt und in allen seinen Handlungen überwacht wird.

Friedrich Ebert wurde im März 1900 in Bremen auf den Posten eines Arbeitersekretärs gestellt. Es spricht für die Gründlichkeit dieses Mannes, daß er sich sofort persönlich auf einer Studienreise durch Deutschland in die weitverzweigten und schwierigen Geschäfte eines Arbeitersekretärs einführen ließ. So verweilte er mehrere Tage im Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. Mit größtem Interesse arbeitete er dort die Akten durch, die oft so beredt von den tragischen Lebensschicksalen ganzer Familien zeugten. Das Stück hochbewegten sozialen Dramas, das sich alltäglich in einem deutschen Arbeitersekretariat — mitunter direkt seelisch erschütternd — abspielt, sprach da zu einem

stark sozial empfindenden Herzen. Rechtsuchende gingen in ununterbrochener Folge durch das Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. Wie interessierten den jungen werdenden Arbeitersekretär Ebert die einzelnen Typen der Klientel des Frankfurter Sekretariats! Von dem Lumpenproletariat an, dessen Sprossen oft in den dunklen Gassen Alt-Frankfurts eine ganz verkommene Zuhälterexistenz führten, bis zu den im behaglichen Wohlstand lebenden Mittelklassen waren alle sozialen Gruppen unter den Schutzbefohlenen des Sekretariats vertreten. Wie schwierig war es oft, aus den zusammenhanglosen Angaben verunglückter Arbeiter ein klares Bild von ihren Betriebsunfällen zu gewinnen! Neben den zaghaft und bescheiden auftretenden Unfallverletzten trat mitunter der aufbegehrende Simulant, der bestimmte Nervenleiden erfand oder vorhandene grob übertrieb. Es gereicht der deutschen Arbeiterklasse zur Ehre, daß die Simulanten unter ihr selten sind. Es bedarf aber eines hohen Maßes von Menschen- und Sachkenntnis, um den Prozeß eines Unfallverletzten mit Aussicht auf Erfolg vor den rechtsprechenden Instanzen zu führen. Hatte ein Unfallverletzter das Sekretariat verlassen, so folgte ihm vielleicht eine Ehefrau auf dem Fuße, die ihr Recht gegen ihren pflichtvergessenen Ehemann sucht, der sie betrogen hat und sie daheim hungern und darben läßt. In völliger Nacktheit entfaltet sich im Sekretariat oft der niederdrückende Jammer proletarischer Ehen, das erschütternde Herzeleid verlassener geschwängerter Mädchen, die grausige Not der unehelichen Kinder.

Fürwahr, es war ein schwieriges, verantwortliches Amt, zu dem Ebert durch das Vertrauen der Bremer Arbeiterschaft berufen wurde. Und er lebte sich, da er tief in den Anschauungen und Gefühlen der Arbeiter-

klasse wurzelte, schnell und leicht in die Funktionen eines Arbeitersekretärs ein. Eine schwere Arbeitslast fürwahr hatte er im Bremer Arbeitersekretariat zu bewältigen. Er hatte Auskunft über die Arbeiterversicherung, über den Arbeits- und Dienstvertrag, über das bürgerliche Recht und das Strafrecht, über den Zivil- und Strafprozeß, über das gesamte Gebiet der Gewerbeordnung, über Staats- und Gemeindeangelegenheiten usw. zu erteilen. Viele Betriebsunfälle forderten die Anlage von Akten. Dann waren Prozesse für die bestrittenen Ansprüche der Unfallverletzten vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und vor dem Reichsversicherungsamt zu führen. Sanitäre Mißstände in den Betrieben mußten der Gewerbeinspektion in der Form von ausführlichen, durch beweiskräftige Tatsachen begründeten Beschwerden mitgeteilt werden. Viele Mühe brachte das Arbeitersekretariat in dem Kampf gegen die Wuchergeschäfte unsolider Abzahlungsgeschäfte auf. Den Unbemittelten mußte das Arbeitersekretariat bei der Erlangung des Armenrechts mit Rat und Tat zur Hand gehen. Zahlreiche Streitigkeiten, die langwierige und kostspielige Prozesse nach sich gezogen hätten, wurden durch die vermittelnde Tätigkeit des Arbeitersekretärs Ebert gütlich beigelegt.

Das Arbeitersekretariat Bremen wurde für Ebert eine treffliche Schule für seinen politischen Beruf. Hier im Sekretariat fielen alle Hüllen vom Menschen ab, und ganz nackt stand dieser da im hellen Tageslicht. Wie oft wird der Proletarier künstlich von Leuten konstruiert, die ihre ganze Kenntnis vom proletarischen Hinterhause aus einigen grau-theoretischen Werken, einigen statistischen trockenen Tabellen und einigen verstiegenen Romanen gezogen haben? Leider schreiben auch unsere Gesetzgeber häufig auf ihre Gesetz-

tafeln Rechtssätze, die ganz lebensfremd sind. Das Arbeitersekretariat erzieht nun trefflich zur klaren Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse, da es mitten in das bewegte Leben selbst gestellt ist. Tausende von Hilfesuchenden öffnen ihre Herzen den Arbeitersekretären, und diese blicken in das vielverschlungene Netz menschlicher Beweggründe. Sie sehen die engen Zusammenhänge von Not und Verbrechen, von Elend und Entartung, und sie haben greifbar die Ursachen der sozialen Massenerscheinungen vor Augen, die unsere Gesetzgebung zu gesetzlichen Eingriffen drängt. Kein Wunder, daß der erprobte, vom sozialen Leben erzogene Arbeitersekretär zum Gesetzgeber berufen ist.

Und in welche Rechtsmaterien dringt er durch die Praxis und nicht durch bloßes gelehrtes Studium ein?

Man erstaunt förmlich über die Fülle von Rechts- und Verwaltungsfragen, die an jeden deutschen Arbeitersekretär täglich herantreten. Dieser häuft daher in wenigen Jahren ein geradezu riesenhaftes praktisches Wissen an — ein Wissen, das, täglich erlebt und angewendet, gleichsam mit ihm verwächst.

In bürgerlichen Kreisen mit guter formaler Bildung zerbricht man sich häufig den Kopf über die Tatsache, daß sich ehemalige Arbeiter in den Reichstagskommissionen als treffliche Juristen erweisen. Diese Kreise vergessen die praktisch juristische Schulung dieser Arbeiter in den Rechtsstreitigkeiten des Lebens. Welchen Einblick in den Kampf ums Recht erhält z. B. schon ein gewerkschaftlicher Organisationsleiter, ein politischer Vereinsvorstand, — und nun vor allem erst ein Arbeitersekretär!

In dem Arbeitersekretariat Bremen wurde der scharfe Sinn Fritz Eberts für die Realitäten des Lebens, für die tatsächlichen Momente in den rechtlichen und

politischen Kämpfen der Zeit in ganz hervorragender Weise fortgebildet.

Freunde und Kollegen Eberts haben wiederholt geäußert, daß ihm das rationalistische, derb-verständige Bremen zu einer zweiten Heimat wurde. Der realistische Pfälzer fand sich prächtig unter den gradlinigen Menschen der Wasserkante zurecht, deren Rede, aller Wortornamente und Floskeln abhold, auf Ja und Nein, auf Zusagen und Halten gestimmt ist. Der derbe Humor ist in der Pfalz und in Bremen erdentsprossen. Der Humorist sieht mit Augen des fühlenden Wirklichkeitsmenschen in die Welt, der seinen Kameraden helfen und sie nicht mit schönen Sprüchen vertrösten will. Ebert ist ganz der Mann der tätigen Hilfe, aber er will zuerst mit scharfen Sinnen die Lage der Menschen erfassen, denen er mit Rat und Tat beispringen will.

Als Fritz Ebert im Arbeitersekretariat Bremen seine Tätigkeit aufnahm, da erwies sich die ganze wirtschaftliche Position der Bremer Arbeiterin als dringend verbesserungsbedürftig. Vielfach hatten die Arbeiter noch nicht richtig gewertet, welche starken Kräfte sie ihrer ganzen Emanzipationsbewegung zuleiten könnten, wenn sie die Arbeiterinnen aus ihrer bisherigen politischen und wirtschaftlichen Interesselosigkeit reißen und für die gewerkschaftlichen Organisationen gewinnen würden.

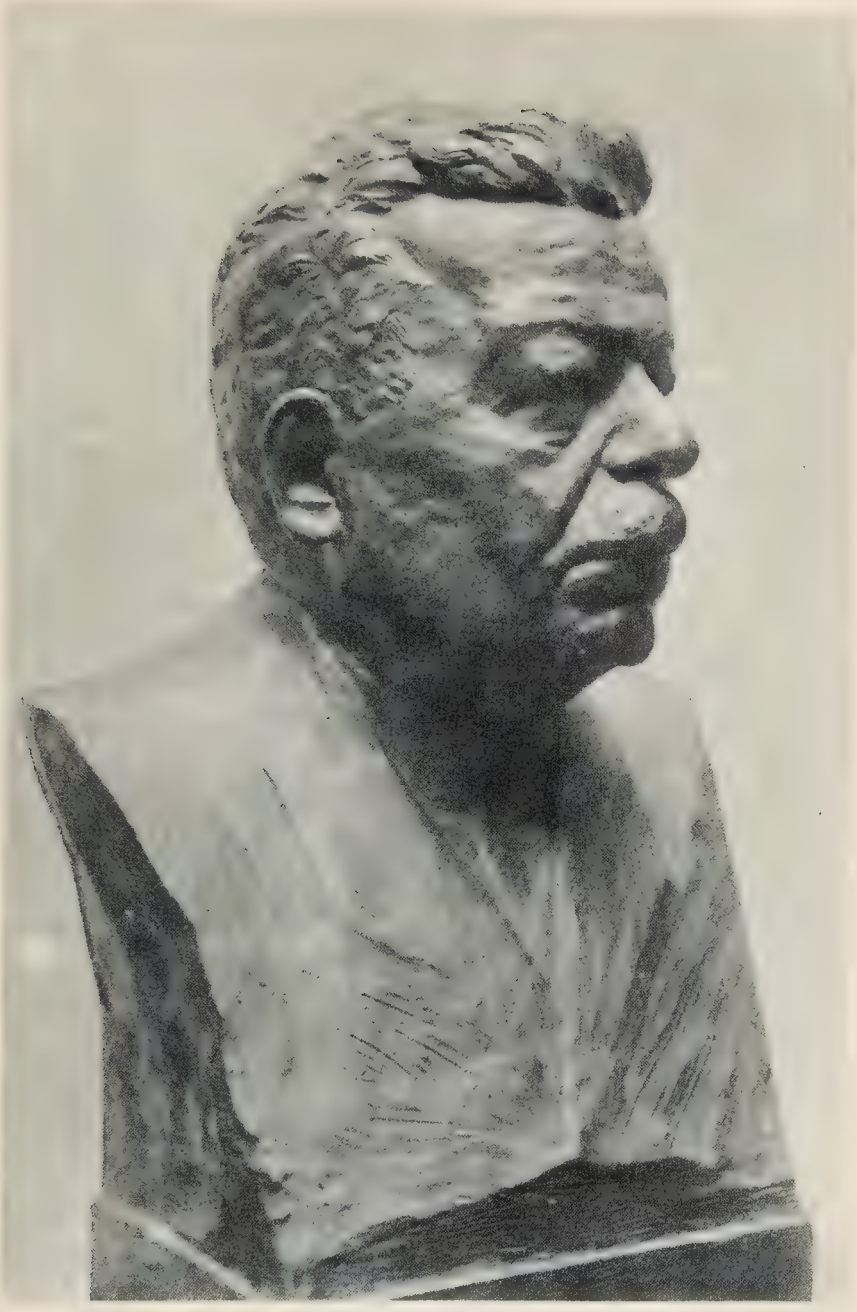
Der erste Jahresbericht des Bremer Arbeitersekretariats brachte eine Schilderung der Lage der Bremer Fabrikarbeiterinnen. Der Plan zu dieser Arbeit ist wohl im Kopfe Fritz Eberts entstanden. Er arbeitete dann im einzelnen mit, überließ aber die Redaktion dieser sozialen Untersuchung seinem Kollegen Hermann Müller.

Als Vorsitzender der Bremer sozialdemokratischen

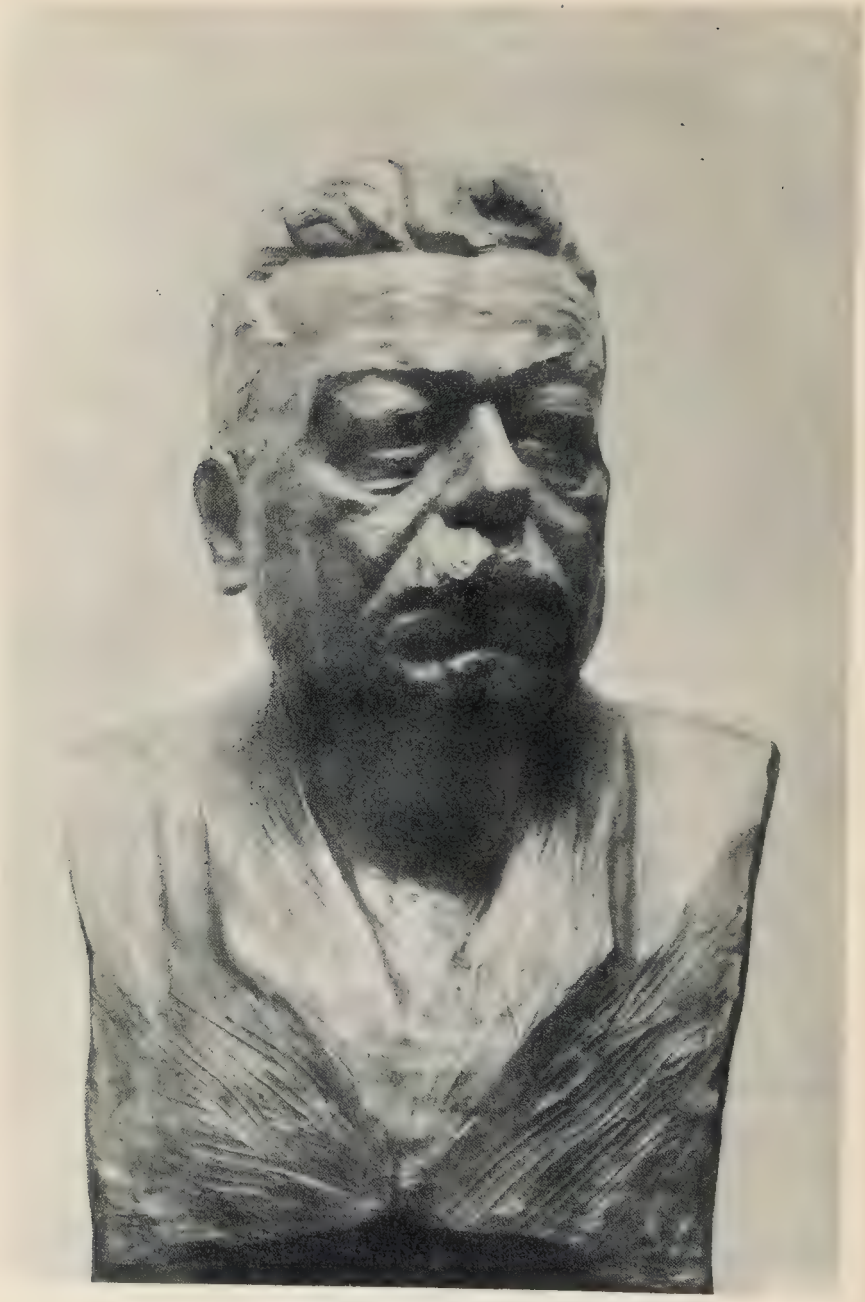
Organisation, und später dann als Mitglied des Parteivorstandes, war Ebert rastlos bemüht, die Frauen in das große Ringen um Freiheit und Recht hineinzuziehen. Die Frauenbewegung würdigte er als eine wesentliche Seite der Kulturbewegung überhaupt.

Auf dem Gebiete der Frauenbewegung hat sich die Sozialdemokratie ganz unumstritten große Verdienste erworben.

Sie hat die deutsche Frau aus der Küche und Kinderstube an die Öffentlichkeit gezogen und sie der gewerkschaftlichen und politischen Kampfarmee eingeordnet. Das Buch von Bebel: „Die Frau und der Sozialismus" war eine bahnbrechende Tat für die deutsche Frauenbewegung überhaupt. Die Bewegung erhielt von Jahr zu Jahr einen stärkeren politischen Einschlag. Selbst in bürgerlichen Kreisen entstanden radikale Organisationen für die Einführung des Frauenwahlrechts. In der Sozialdemokratie waren vor dem Weltkrieg mehr als 130 000 Frauen organisiert und an den sozialdemokratischen Frauentagen beteiligten sich Hunderttausende deutscher Frauen. Die sich an die sozialdemokratischen Kongresse anschließenden Frauenkonferenzen suchten die Arbeiterinnen für alle sich in den Vordergrund drängenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zu mobilisieren, so für die Wahlrechtsfrage, für die sozialistische Propaganda unter den Landarbeiterinnen, für die Einführung einer durchgreifenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf dem platten Lande, für die Dienstbotenfrage, für die sozialpolitische und sozialwirtschaftliche Bekämpfung der Prostitution, für die Mutterschaftsversicherungsfrage usw. Zündende Flugschriften, wie: „Die Frauen und die Reichstagswahlen", „Zur Frage des Frauenwahlrechts", entflammten eine begeisterte Stimmung für die Umgestaltung des militaristisch-au-



Nach dem Leben modelliert von Frau Prof. Ludo Hartmann,
in Bronze gegossen von der A.-G. Gladenbeck, Berlin



5 Nach dem Leben modelliert von Frau Prof. Ludo Hartmann, in Bronze gegossen von der A.-G. Gladenbeck, Berlin

toritären Deutschlands in ein demokratisch-soziales Staatswesen.

Wenn das Revolutionsjahr 1918 den Frauen das Wahlrecht für den Deutschen Reichstag und für die Landtage und Gemeindevertretungen brachte, so ist das nicht zuletzt auf die ununterbrochene Propaganda der Sozialdemokratie für die Einführung des Frauenwahlrechts zurückzuführen. Fritz Ebert war aber einer der erfolgreichsten Propagandisten auf diesem Gebiete.

Im Arbeitersekretariat Bremen konnte er das zweierlei Recht, das für Männer und Frauen im alten Deutschland bestand, direkt mit Händen greifen. Von der doppelten Moral erzählten hier so viele Ehescheidungs- und Alimentationsprozesse Ungeheuerliches. Das eheliche Güterrecht schrie überall nach Reform, die wirtschaftliche Bevormundung der Frau hatte zum Teil unerträgliche Formen angenommen. In dem Arbeitersekretariat erlebte Ebert förmlich täglich die allseitige Hörigkeit und Gebundenheit der deutschen Frau. Hier wurde sein Kampfeseifer für die rechtlich-bürgerliche und politische Gleichstellung der Frau mit dem Mann fortgesetzt geschürt.

Das mit Füßen getretene Recht der Frau, vor allem der Arbeiterin, hat Ebert in vielen mit Erfolg geführten Streitsachen wieder aufgerichtet.

Ebert fühlte sich überhaupt als der Sachverwalter der Bremer Arbeiterschaft. Die Hebung der materiellen, geistigen und sittlichen Lage des Bremer Proletariats ist das unverrückbare Ziel aller seiner Anstrengungen und Mühen im Bremer Arbeitersekretariat. Im Jahre 1901 arbeitete er einen Fragebogen aus, um die Arbeits-, Lohn- und Wohnverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen Bremens statistisch festzustellen. Er schärft den Arbeitern ein, streng wahrheitsgetreu und gewissenhaft die Fragebogen auszufüllen. Die Re-

sultate dieser statistischen Arbeit hat Ebert unter dem Titel: „Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter" herausgegeben.

Das statistische Material hat Ebert ganz objektiv bearbeitet. Seine Erläuterungen zu den statistischen Ergebnissen greifen niemals zur demagogischen Phrase, sie konstatieren sachlich nur das, was ist. Eingehend beleuchtet Ebert die Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft Bremens. Er bemerkt über diese Verhältnisse: „Die Ergebnisse unserer Erhebung, die wir nunmehr folgen lassen, werden zeigen, daß der bremische Proletarier — entgegen den vielfachen gegenteiligen Behauptungen — in seinen Wohnverhältnissen seinen Klassengenossen anderer Großstädte gegenüber nichts voraus hat."

Freimütig kritisiert Ebert den Wert bestimmter statistischer Angaben seiner Enquete, und er räumt ohne weiteres ein, daß seine Erhebung kein zutreffendes Bild von den tatsächlich bestehenden allgemeinen Verhältnissen geben kann. Ungemein gewinnend ist die Art, wie Ebert von den Mängeln und Fehlern seiner Arbeit spricht. Die Fehlerquellen sind nach seiner Ansicht in einer Enquete eingeschlossen, die nicht von Statistikern von Fach angefertigt ist und die der Hilfskräfte geschulter Kalkulatoren entraten muß. Ebert bescheidet sich damit, durch seine Arbeit einen Anhalt zur Beurteilung der allgemeinen Arbeiterverhältnisse Bremens gegeben zu haben. Sie soll im wesentlichen einen praktischen Zweck erfüllen, die Gewerkschaften Bremens über ihre Berufsverhältnisse zu unterrichten.

Fünf Jahre hat sich Fritz Ebert mit ganzer Hingabe seiner Person den schwierigen und aufreibenden Aufgaben des Bremer Arbeitersekretariats gewidmet.

Ende November 1905 trat er aus dem Arbeitersekretariat aus, nachdem er von dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden war. Im gleichen Jahre verließ auch sein langjähriger Kollege Hermann Müller dieses Sekretariat. Des Ausscheidens beider Männer gedachte der Sechste Jahresbericht des Arbeitersekretariats Bremen 1906 mit diesen Worten: „Mit dem Ausscheiden des Genossen Hermann Müller (Ende Juni) und des Genossen Fritz Ebert (Ende November) aus ihrer bisherigen Stellung hatte das Sekretariat einen doppelten Verlust zu ertragen, von denen namentlich der letztere das Sekretariat um so empfindlicher treffen mußte, als der Genosse Ebert mit dem Institut von den ersten Tagen seiner Entstehungsgeschichte an auf das engste verknüpft war, und er, als ihn das Vertrauen der Arbeiter im März 1900 auf den Posten des Arbeitersekretariats berief, es von vornherein verstanden hat, unter Mithilfe seines später eintretenden Kollegen, des Genossen Müller, das Institut so zu verwalten und den gestellten Anforderungen in einer so allseitigen Weise gerecht zu werden, daß das Sekretariat sich das Vertrauen der bremischen Bevölkerung, und zwar nicht nur der Arbeiterschaft, gleichsam im Fluge gewann und bei der stetig wachsenden Inanspruchnahme durch die Bevölkerung sich bald zu einem der bedeutendsten und angesehensten unter den deutschen Arbeitersekretariaten entwickelte."

Ebert bewegt sich nicht in gewohnten, ausgefahrenen Geleisen. Er wendet nicht mechanisch das an, was bisher an Erfahrungen von den Arbeitersekretären gesammelt wurde. Seine eigene Persönlichkeit, seine eigenen Auffassungen von den Aufgaben des Arbeitersekretariats trägt er in das Bremer soziale Rechts-

institut hinein. Und damit verleiht er dem Sekretariat einen starken Eigenwert. Unter seiner Leitung marschiert das Bremer Sekretariat in der stattlichen Reihe der deutschen Arbeitersekretariate obenan.

In dem Jahre (1900), in dem Fritz Ebert auf den Posten des Arbeitersekretärs befördert wurde, wählten ihn die sozialdemokratischen Arbeiter in die Bremer „Bürgerschaft". Die Bahn für eine fruchtbare positive Mitarbeit an den sozialen Aufgaben eines modernen Stadtstaates war damals in Bremen noch nicht geöffnet. Noch verrammelten kurzsichtige bürgerliche Gegner der Sozialdemokratie den Weg zu den Deputationen. Doch Ebert drängte auf einen Ausweg, und man wählte ihn nun nicht als Sozialdemokraten, sondern als Person in die Finanz- und Steuerdeputation. „Er wurde", so schreibt Dr. Diederich in seiner Broschüre ‚Führer des Volkes: Fritz Ebert', „Mitglied des Bürgeramtes und saß in der wichtigen Finanz- und Steuerdeputation." Ebert war kein leerer Demonstrationsredner, der nur zum Fenster hinaussprach, um die Straße in Gärung zu versetzen, sondern er arbeitete positiv an einer Hebung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter in dem Stadtstaat. Seine besten Kräfte setzte er für den Gedanken der Arbeitskammer ein, und unermüdlich stritt er um die Einführung eines kommunalen Arbeitsnachweises. Die Schulverhältnisse erkannte er als dringend reformbedürftig, und das Wahlrecht wollte er auf eine breite demokratische Basis stellen. Sein ehrlicher, von aller Demagogie freier Kampf für eine tiefgreifende Reform der ökonomisch-sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft trug ihm die Sympathien einflußreicher demokratisch und sozial gesinnter Männer in Bremen ein. Der weitsichtige Prediger Albert Kalthoff, dessen sozial-humane, philosophisch hochstehende Predigten

selbst viele Herzen und Köpfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gewonnen hatten, war oft sein Verbündeter in den großen Fragen des politischen und sozialen Fortschritts.

Weit über Bremen hinaus verbreitete sich nun der Ruf des klugen und erfolgreichen Politikers Ebert. Die Sozialdemokratie bemühte sich daher, diesen umsichtigen Politiker auf einen Posten zu stellen, auf dem er noch stärker und nachhaltiger als bisher politisch in die Breite und Tiefe wirken konnte; sie wählte ihn auf dem Parteitag in Jena 1905 in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hinein. Ebert wurde nun einer der wirksamsten Reichspolitiker Deutschlands, namentlich, nachdem ihn die Arbeiterschaft Elberfeld-Barmens 1912 in den Reichstag gewählt hatte.

DIE MODERNE JUGENDBEWEGUNG UND FRITZ EBERT

Der bahnbrechende Pädagoge Wyneken sagt einmal: „Der Jugend eigenes Leben galt nichts und wurde rücksichtslos dem sozialen Zweck geopfert." Die Jugend wurde nur als Vorbereitung für die erwerbstätige Zeit angeschaut, sie war nicht Selbstzweck. Die Jugend selbst schämte sich fast ihres knospenden, prächtig unreifen Zustandes, sie gebärdete sich als erwachsen und nahm alle Arten und Unarten der Lebensführung der „Alten" an. Das „nützliche Mitglied der menschlichen Gesellschaft" lief gleichsam schon in Kinderhosen herum. Aber nicht alle Knaben und Mädchen vergaßen, daß sie noch grün unter der Nase waren und daß sie ihre eigenen Bocksprünge und jugendlichen Tollheiten machen mußten. Sie wollten nicht immer an Vaters Hand wohlgesittet einhergehen.

Sie besannen sich auf sich selbst, scharten sich zusammen und wanderten wie die Scholaren des Mittelalters in die Welt hinaus. Der „Wandervogel" entstand im Spätherbst 1901. Diese Jugend wollte jung und von den Existenzkämpfen des Alters noch unbelastet sein. Zwischen dem Elternhaus und dem jugendlichen Tummelplatz bildeten sich scharfe Gegensätze heraus. Die Jugend sehnte sich nach freier Selbstgestaltung ihres Lebens, nach eigenen Freuden und Leiden. An den Fundamenten der väterlichen Autorität, die das werdende Geschlecht nach den Grundsätzen erwachsener Menschen meistern wollte, gruben emsig rührige jugendliche Hände.

Der „Wandervogel" umfaßte vorwiegend jugendliche Elemente der bürgerlichen Klassen, er entwickelte Formen der Geselligkeit, die später von der proletarischen Jugend übernommen und weiter ausgebildet wurden. Die Geschichte der Bewegung dieser Jugend, die aus schweren wirtschaftlichen Ängsten und Nöten zur Freiheit der Selbstbehauptung emporstieg, ist allerdings aus anderem Stoff geformt als die des bürgerlichen Wandervogels.

An der Schwelle der proletarischen Jugendbewegung stand ein sehr ernstes soziales Ereignis. Im Frühling 1904 fand man im Grunewald die durch blutige Striemen verunstaltete Leiche eines Lehrlings, der sich durch Selbstmord vor den grausamen Züchtigungen eines brutalen Meisters gerettet hatte. Der Tod jenes Unglücklichen wirkte wahrhaft aufrüttelnd auf die proletarische Jugend Berlins. Im Herbst 1904 schlossen sich Lehrlinge zum „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins" zusammen. Gar manches Spottwort fiel wohl über den Verein der „Säuglinge", aber der Verein blühte auf — trotz strenger Eingriffe der Polizei in sein junges Leben. Im Jahre 1907 wurden

in Berlin acht Versammlungen verboten und elf aufgelöst. Die Jugendorganisationen rankten sich aber weiter lustig empor.

Die Jugend hatte sich also auf die eigenen Füße gestellt, hatte eigene Abwehrmaßnahmen geschaffen und wirksame Einrichtungen zu ihrer Bildung und politischen Aufklärung gegründet. Da besannen sich die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei auf ihre Verpflichtungen gegenüber der ernst ringenden Jugend. Am 13. September 1908 trat in Nürnberg der sozialdemokratische Parteikongreß zusammen, der zu der Frage der Arbeiterjugendbewegung Stellung nehmen sollte. Die leitenden Köpfe der Partei waren sich darüber einig, daß man die Jugendlichen nicht von oben schulmeistern dürfe, sondern ihnen den nötigen Spielraum für ihre eigene Bewegung, für die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten lassen müsse. Alte und Junge sollten gemeinsam die Jugendbewegung fördern. Der Parteivorsitzende Haase fand auf dem Parteitage überall Verständnis, als er den Satz aussprach: „Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu versenken vermögen, die liebevoll mit den Jugendlichen zusammenarbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden!" Der Parteitag beschloß, in den einzelnen Orten Kommissionen aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu bilden, um die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung zu erziehen. Der Parteitag entschied sich für die Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gemeinsam mit der Generalkommission der freien Gewerkschaften und Vertretern der Jugend schuf die

Sozialdemokratie „die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands". Den Vorsitz in der Zentralstelle führte Fritz Ebert, der für diesen Posten besonders geeignet war, da er als einstiger Stürmer und Dränger die Wünsche und Forderungen der Jugend aus eigenen Erlebnissen kannte. Ihm gelang es trefflich, den Gedanken der Jugendbewegung mit dem der Jugendpflege harmonisch zu vereinigen. Mit bewundernswerter Ruhe hielt er auf der ersten Reichskonferenz der Jugendausschüsse in Berlin am 18. und 19. April 1910 den Anstürmen der jungen Draufgänger stand. Er entwarf ein in aller Sachlichkeit lebendiges Bild von den Arbeiten der Zentralstelle zur Förderung der Jugendbewegung. Er hatte ein Ohr für den Ruf der Jugend nach größerer Bewegungsfreiheit, er verstand es, wenn Hitzköpfe gegen die „Gängelei von oben" lärmten. Dem Anschluß der Zentralstelle an die Jugendinternationale widerstrebte er energisch, weil dieser Anschluß die Jugendbewegung der Willkür der Polizei ausgeliefert hätte.

Dem Programm, das sich die Jugend in den Resolutionen zur Bildungsarbeit und zum Jugendschutz gab, konnte er mit ganzem Herzen zustimmen. Es forderte die Erziehung der proletarischen Jugend zur tätigen Anteilnahme an dem praktischen und geistigen Leben der arbeitenden Klasse. Die wesentlichsten Stoffe zu dieser Heranbildung sollten die Geschichte (namentlich der Perioden, die am unmittelbarsten das Verständnis für das Leben der Gegenwart erschließen), die Gesellschaftswissenschaften und die in den Entwicklungsgedanken einführende Naturerkenntnis bieten. Die Bildungsarbeit sollte dem Verständnis und der Eigenart der Jugendlichen angepaßt und durch Veranstaltungen geselliger und künstlerischer Art ergänzt werden. Das Programm ging dann ausführlich auf

den Schutz der Jugend vor kapitalistischer Ausbeutung ein.

Zehn Jahre hat Fritz Ebert der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands vorgestanden und damit eine hochwertige Kulturarbeit geleistet. Im letzten Vorkriegsjahre bestanden 800 Jugendausschüsse und mehr als 100 000 Jugendliche bezogen die „Arbeiterjugend", das durch den Nürnberger Beschluß geschaffene Organ für die proletarische Jugend.

In der „Zentralstelle" hat Ebert jung und alt zu wahrhaft schöpferischer Zusammenarbeit vereinigt. Und so stellt denn Karl Korn in seiner trefflichen Schrift: „Die Arbeiterjugendbewegung" fest, „daß in all den Jahren, seitdem die Zentralstelle bestand, bis zur Spaltung in der Kriegszeit zwischen ihren erwachsenen und jugendlichen Mitgliedern das kameradschaftlichste Einverständnis geherrscht hat. Nie, in keinem einzigen Fall, haben sich Differenzen der Art bemerkbar gemacht, wie sie beim Übergang von der organisierten zur freien Bewegung von den Anhängern der selbständigen Organisationen befürchtet worden waren. In keinem einzigen Beschluß von prinzipieller oder taktischer Tragweite sind etwa die Vertreter der Jugend von den Erwachsenen majorisiert worden... Soweit die Zentralstelle in Betracht kommt, war jedenfalls die vielberufene Frage ‚Pflege oder Bewegung' durch die gemeinsame Arbeit in der Bewegung nach kurzer Frist für beide Teile gegenstandslos geworden."

Diese schlichten Worte des besten Kenners der Arbeiterjugendbewegung sind das beste und ehrenvollste Zeugnis für die fruchtbare Tätigkeit Eberts in der deutschen Jugendbewegung, die sich zu einer großen Kulturbewegung auswächst. Will sie doch die sich in der Jugend regenden edlen moralischen, intellek-

tuellen und körperlichen Kräfte zur vollen Entfaltung bringen. Der Gemeinschaftsmensch, der Sozialist, soll sich bewußt erziehen.

Die ältere Generation der Arbeiterschaft war noch zu stark in dem Glauben befangen, daß der äußere Zwang der Verhältnisse, daß die wachsende Vergesellschaftung der Arbeit und des Lebens den Gemeinschaftsmenschen von selbst formen werde, und sie vernachlässigte die planvolle Erziehung des Menschen zum Sozialisten. In diesem wichtigen Punkte setzte nun die Jugendbewegung kraftvoll ein. Sie schuf neue Formen des Zusammenlebens, die das Gemeinschaftsinteresse in ganz anderer Weise pflegte als in der früheren, streng autoritären Familie, die das Individuum rücksichtslos der Vormundschaft der Eltern unterstellte und seine ganze Betätigung in einen sehr engen Lebenskreis bannte. In der Jugendbewegung erfolgte der Bruch mit überkommenen Sitten und Gepflogenheiten. Die Trinksitten wurden in Jugendkreisen abgestellt, das Rauchen eingeschränkt oder ganz ausgeschaltet. Gegen die Modenarrheiten führte die Arbeiterjugend einen zielklaren Kampf. Einfach und gesundheitlich zweckmäßig sollte das Gewand der Jugend sein. „Die Jugend", so stellte Elisabeth Röhl in ihrem Aufsatz: „Revolution und Mode" (Vorwärts-Almanach 1922) fest, „der neue Mensch will sein eigenes Kleid haben. Wer hat sie nicht schon bewundern können, die jungen Mädels und die jungen Burschen, die in ihren schlichten Kleidern und Kitteln, ungehemmt und nicht gezwickt und gezwängt, sich ihre Formen und Farben suchten. Was die verhältnismäßig kleine Zahl von Frauen, Führerinnen der Frauenkleidungsreform, in mühevoller, jahrzehntelanger Arbeit erstrebten, heute ist es da, die Jugend will es. Sie lehnt die Fesseln ab, auch die der Moden."

In engster Verbindung mit der Arbeiterjugendbewegung steht der „Jungsozialismus", die Bewegung der Jugendlichen über 18 Jahre. In ihr ist die Überzeugung, daß der Mensch zum Größten und Höchsten bestimmt ist, eine formende, aufbauende Kraft geworden. Und diese Kraft soll sich bewußt, verstärkt, geläutert auswirken. Der jugendliche Arbeiter beider Bewegungen sucht seine Seele zu erziehen, zu veredeln.

In den andachtsvollen Naturfeiern der Arbeiterjugend und der Jungsozialisten, in ihren begeisterten Friedensdemonstrationen pulst ein starkes religiöses Gefühl. Unvergeßlich werden für alle jungen Herzen die erhebenden Jugendtage von Weimar und Bielefeld sein, die gemeinsam von den Jungsozialisten und der Arbeiterjugend begangen waren. In dem Festspiel: „Der Aufbruch", das in Bielefeld zur Aufführung gelangte, kam die an das Edelste im Menschen appellierende ethische Tendenz der Arbeiterjugendbewegung plastisch in den Worten zum Ausdruck:

Ein neuer Mensch,
Ein neues Sein,
Das ist die ganze Wandlung.
Ein Aufbruch in dem Menschen selbst,
Der bringt euch die Befreiung.

Und diesen inneren ethischen Sinn der Arbeiterjugendbewegung hat Fritz Ebert klar erkannt und erfolgreich gefördert.

Die proletarische Jugend Deutschlands schloß sich nun nicht allein der „Arbeiterjugend"bewegung an, sie trat auch massenhaft den Arbeitersportverbänden bei. Der „Arbeiter-Turn- und Sportbund" wurde bereits 1893 ins Leben gerufen. Er zählte damals nur 4000

Mitglieder. Am 1. Januar 1919 musterte er 4195 Vereine mit 448 913 Mitgliedern. Die Zahl der Fußballspieler betrug 58 450, die der Turnerinnen 35 899. Nicht eingerechnet sind 139 827 Kinder, die an dem Turnen der Vereine teilnahmen. Der „Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität" hatte am 31. Dezember 1920 insgesamt 149 818 Mitglieder, der „Arbeiter-Wassersportverband" 60 000 Mitglieder, der „Bund der Naturfreunde" 40 000 Mitglieder. Im ganzen geboten die Arbeitersportvereine im Jahre 1922 schon über eine Million Mitglieder. In allen diesen Sportvereinen betätigen sich massenhaft jugendliche Arbeiter.

Die proletarische Jugend arbeitet planvoll an einer harmonischen Entwicklung von Geist und Körper. Auch die Körperpflege gehört zur Kultur. Die Jugend wirft auch hier den „modischen" Anzug ab, schlüpft in den einfachen, schlichten Sportkittel und strebt aus der Kneipe hinaus ins Freie. Eine gesteigerte Aktivität überall! Erst kamen die Erwachsenen in Fluß, und nun auch die „Jungen" und „Mädels". Neue Umgangsformen bilden sich. Autoritäre Bande werden durch kameradschaftliche ersetzt. Die Jugend wählt sich gleichaltrige Führer und ordnet sich diesen in freiwilliger Disziplin unter. Wer sich selbst bestimmt, der weiß auch, daß ihn für alles Selbstgewollte volle Verantwortung trifft. Selbsterziehung und Gemeinschaftserziehung verbinden sich harmonisch.

Überall regt sich in der Jugend eine gesteigerte Selbstbetätigung und ein neues Gemeinschaftsleben. Neue Wege öffnen sich, mögen es, um den Ausdruck des Jugendführers Karl Bröger zu gebrauchen, „Straßen zum Himmel" sein.

Vor dem Ausbruch des Weltkrieges musterte die Sozialdemokratie mehr als vier Millionen Wähler und die freie Gewerkschaftsbewegung mehr als zwei Millionen organisierter Kampfgenossen. Durch Partei- und Gewerkschaftsbewegung ging der gleiche heiße, nach Befreiung lechzende Odem. Beide Bewegungen erfüllten sich mit der Idee der Beseitigung des kapitalistischen Herrentums aus der Wirtschafts- und Staatsordnung, beide standen auf dem Boden der theoretischen Erkenntnis, daß das Herrschaftsprinzip des Kapitalismus auf ökonomischem und politischem Gebiet dem Prinzip der freien Vergesellschaftung weichen müßte. Beide Bewegungen bekannten sich zu dem Grundsatz der Demokratie und strebten eine demokratisch - genossenschaftliche, gesellschaftliche Produktion und einen demokratisch-sozialen Staat an. Beide Bewegungen prägten scharf den Klassencharakter aus und beschritten die Bahn des Klassenkampfes.

Trotz der tiefen Übereinstimmung beider Bewegungen in ihren Zielen und Mitteln waren Grenzstreitigkeiten zwischen beiden nicht ausgeschlossen. Radikale Sozialdemokraten konnten zum Beispiel die strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai fordern, während besonnene Gewerkschafter in dieser Forderung die Entzündung gewaltiger, langwieriger Kämpfe befürchteten, die schließlich die gesamte Machtposition der Gewerkschaften schwächen konnten. Radikale Sozialdemokraten sahen in dem Massenstreik vielleicht ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung des Kapitalismus, gemäßigte Gewerkschaftler dagegen widerrieten der Anwendung des Massenstreiks, weil er niemals zu einem revolutionären Zusammenbruch der ka-

pitalistischen Wirtschaft führen könnte. Der politische Streik griff in den Machtbereich der Gewerkschaften ein. In dieser Frage konnte die Sozialdemokratie nicht selbstherrlich handeln, da mußte sie die Gewerkschaften hören, da war sie auf das engste an die Unterstützung dieser wirtschaftlichen Organisationen gebunden. Das Massenstreikproblem schloß gewisse Konfliktsmöglichkeiten zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ein.

In der Frage des politischen Massenstreiks hat Fritz Ebert stets klug zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung zu vermitteln verstanden. Er wollte mit Bebel den Massenstreik auf die Zurückweisung eines Anschlags gegen das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht, auf die Eroberung eines wichtigen Grundrechts für die Arbeiterschaft begrenzt sehen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung durften sich nach Ebert nur auf klare, bestimmte, in ihrem Verlauf begrenzte Massenstreikaktionen festlegen. Den Massenstreik hielt Ebert nur dann für gerechtfertigt, wenn er aus den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften hervorgehen würde. Er legte daher den Nachdruck auf die völlige Übereinstimmung der politischen Partei und der Gewerkschaften in der Massenstreikfrage. Nur ordnungsmäßig von beiden leitenden Instanzen der Arbeiterbewegung beschlossene Streikaktionen befürwortete er.

Im Jahre 1906 legte der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim folgende Taktik bei einem in Aussicht genommenen Massenstreik fest: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die

erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."

Ebert wußte in allen grundlegenden politischen Fragen, die auch für die freiheitlich gerichteten Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung waren, verbindende Brücken zwischen der Sozialdemokratie und den gewerkschaftlichen Organisationen zu schlagen. Er half damit einen innigen Zusammenhang und eine festgefügte Einheit zwischen beiden Bewegungen schaffen. Die Sozialdemokratie warb erfolgreich für die Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, und die Gewerkschaften machten ihre Mitglieder für die von der Sozialdemokratie eingeleiteten politischen Aktionen mobil. Die deutsche Arbeiterschaft konnte dank dieser klugen Taktik geschlossen bei den großen Bewegungen auftreten, die den politisch entrechteten Massen das allgemeine Wahlrecht erobern wollten. Sozialdemokraten und Gewerkschafter formierten die große Armee der Wahlrechtskämpfer. Die Arbeitermarseillaise erklang im Jahre 1906 bei den großen Wahlrechtsdemonstrationen vor dem königlichen Schloß in Dresden. Zahlreiche gewerkschaftliche und sozialdemokratische Wahlrechtskämpfer wurden in politische Prozesse verwickelt. In Dresden allein wurden 20 Jahre Gefängnis über Wahlrechtsdemonstranten verhängt. Ungeheure Massen bot die Sozialdemokratie in Preußen für ihren Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht auf. Der sogenannte „Wahlrechtssonntag", die Massendemonstrationen Unter den Linden und im Treptower Park bildeten Höhepunkte der preußischen Wahlrechtsbewegung.

Nur ein Mann, der so klar wie Ebert das Wesen der politischen Kämpfe erfaßt und der sich zugleich so tief in die Eigenart der gewerkschaftlichen Institutionen eingelebt hatte, konnte der Sozialdemokratischen Par-

tei geben, was der Partei ihrem Wesen nach zukam. Sein strenger Gerechtigkeitssinn vermied peinlich die Ausnutzung irgendeines momentanen Vorteils zugunsten der Partei. Er fühlte sich gleichsam als Sachwalter beider Arbeiterorganisationen, er erkannte klar das Gemeinsame und das Trennende in beiden Bestrebungen. Nie griff er in die Kompetenzen der gewerkschaftlichen Instanzen ein, er wußte stets die Partei und die Gewerkschaften zu gemeinsamer harmonischer Arbeit zu vereinigen.

Als ein Mann des geschickten Verhandelns und der durchgreifenden Tat erwirbt sich Ebert denn auch die wärmsten Sympathien der Gewerkschaftler und der sozialdemokratischen Parteipolitiker. Die Vorstände der Gewerkschaften betrauen ihn mit einem Aufsichtsratsposten in der Versicherungs-Organisation der „Volksfürsorge". Carl Legien, der erfolgreiche Stratege der deutschen Gewerkschaftsbewegung, schlägt ihn 1911 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena zum Parteivorsitzenden vor. Legien rühmt ihm nach, daß er in der Beilegung von Parteidifferenzen „eine überaus glückliche Hand" gehabt hat. „Gegenwärtig sowohl, wie vielleicht in der nächsten Zeit", so betont Legien, „wird es wesentlich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden mit einem Genossen besetzen, der nach der genannten Richtung hin ausgleicht, der bei Differenzen den nötigen Takt und gewisses Geschick bisher bewiesen hat". Bebel erklärt ausdrücklich, daß er und seine Vorstandskollegen in das Lob, das Legien dem Ebert erteilt hätte, ganz einstimmen. Ulrich, der spätere hessische Ministerpräsident, spricht in Jena, indem er sich gegen die Kandidatur Haases zum Parteivorsitzenden wandte, das bezeichnende Wort: „Die Betätigung von Ebert bietet uns eine viel größere Sicherheit dafür, daß die

Ebert begrüßt Wiener Sänger

Partei unter seiner Leitung zusammengehalten und vorwärtsgetrieben wird zum Segen der Partei."

Durch Fritz Eberts kluge Taktik, der als Sekretär im sozialdemokratischen Parteivorstand eine starke Initiative entwickelte, flossen die Kräfte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in allen den entscheidenden Fragen harmonisch und erfolgreich zusammen, in denen es sich um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, um die Aufrichtung der sozialen Demokratie, um die Ausgestaltung der sozialen Versicherung, um die Schaffung eines freien Koalitionsrechts und um die Umbildung des Kapitalcharakters der Wirtschaft handelte.

Die schaffende Hand Fritz Eberts wird überall da sichtbar, wo das neue Deutschland der Arbeit und Demokratie elementargewaltig ins Dasein drängt, um die autoritäre Klassengesellschaft und den militaristisch-obrigkeitlichen Staat zu überwinden.

DIE NEUE WELTPOLITIK

Das neue Deutschland des Jahres 1918 steht in enger Blutsverwandtschaft mit dem Deutschland des Jahres 1848. Daß die Geschichte dieses deutschen Freiheitsjahres in der Gedanken- und Gefühlswelt der deutschen Arbeiterschaft lebendig blieb, dafür hatte eine umfassende historische und politische Literatur der Sozialdemokratie Sorge getragen. Alljährlich feierte ferner das sozialistische Proletariat den 18. März 1848 als den Geburtstag der deutschen Freiheit. Auf den Gräbern der Märzgefallenen hob sich vom dunklen Grün der Kränze das seidene Rot der sozialdemokratischen Widmungsschleifen ab. Der deutsche Arbeiter verschmolz in seinem politischen Denken die

Idee der Freiheit organisch mit dem nationalen Einheitsgedanken.

Fritz Ebert ist tief in die sozialdemokratische Literatur des Jahres 1848 eingedrungen, und er ist mit ihr ein demokratisch-sozialistischer Großdeutscher geworden. Die Grundlinien der Weltpolitik von Karl Marx haften fest in seiner Erinnerung. In Marx flammen schon im Jahre 1848 die Grundlinien einer demokratisch-sozialistischen Weltpolitik auf. In allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft sieht er die gleichen kollektiven Produktionsformen emporstreben, und in allen diesen Ländern ist nach seiner Ansicht eine proletarisch-demokratische Politik möglich. Nur im Rahmen großer zentralisierter Nationalstaaten kann sich nach Marx diese Politik zu einer weltumgestaltenden Kraft entfalten. Ein föderiertes Europa schwebt seinem kühnen, weitausschauenden Geiste vor: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika," so schreibt er in der „Neuen Rheinischen Zeitung", „abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstruiert sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer europäischen Föderation können sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderiert, muß es vor allem ein Land werden."

In der „Inauguraladresse" und den Statuten der Internationale (1864) eröffnete dann Marx einen grundsätzlichen Kampf gegen die auswärtige Geheimpolitik der Großmächte. In dieser Adresse richtete er einen Sturmangriff gegen den russischen Zarismus, weil diese „verfinsterte asiatische Macht" von der Aristokratie und Bourgeoisie als letzte Zuflucht gegen das Vorschreiten der Arbeiterklasse betrachtet würde. Unter der sichtbaren Führung von Marx steuerte die Internationale auf die Aufhebung der großen stehenden

Heere und auf eine allgemeine Volksbewaffnung los. Beseitigung des bewaffneten Friedens, Verbrüderung aller Völker forderten die Kongresse der Internationale wiederholt. Resolutionen gegen den Krieg beschlossen die Kongresse der Internationale in Lausanne 1867, in Brüssel 1868, in London 1888, in Paris 1889, in Brüssel 1891, in Zürich 1893, in London 1896, in Paris 1900, in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und in Basel 1912. Der Völkerbundgedanke leuchtet schon 1867 hell in dem Beschluß der Internationale auf, in dem sie einen allgemeinen und freien Bund der Völker fordert. Und kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges stellt noch der außerordentliche sozialistisch-internationale Kongreß in Basel der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen.

Im Juli 1914 hat Fritz Ebert als Mitglied des Parteivorstandes die großen Demonstrationen der Sozialdemokratie gegen den Krieg organisiert. Das Manifest des Parteivorstandes vom 25. Juli 1914 verurteilte in schärfster Form die „frivole Kriegsprovokation" der österreichisch-ungarischen Regierung. Das Manifest rief leidenschaftlich in die Welt hinaus: „Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"

Das verbrecherische österreichische Ultimatum, die täppischen Handlangerdienste der deutschen Diplomaten und Militärs für die Treibereien der schwarzgelben Kriegshetzer, die Intrigen der russischen Kriegspartei und die von ihr entfesselte allgemeine Mobilisierung der russischen Armee, sie waren mächtiger als der Friedenswille des sozialistischen Proletariats, und sie setzten die Welt in Brand.

Als überzeugter Anhänger einer weitsichtigen Völkerverbrüderungspolitik richtete Fritz Ebert fest

seine Augen auf die schnelle Beendigung des massenmörderischen, wohlstandvernichtenden Weltkrieges. In der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossenen Erklärung vom 4. August 1914 hieß es u. a.: „Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel ... Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blut der Besten seines Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiele. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen ... Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht ... Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite."

Der Verständigungsfriede dieser sozialdemokratischen Erklärung vom 4. August 1914 konnte jedoch nur durch ein neues demokratisches Deutschland durchgesetzt werden, das den Einfluß des autoritären Militarismus ausschaltete und die modernen sozialen Klassen im Staat und in der Verwaltung zur Herrschaft berief. Ebert setzte daher seine Bestrebungen zur Beseitigung des preußischen Dreiklassenstaates und zur Einführung des demokratischen Parlamentarismus mit verdoppeltem Eifer im Kriege fort.

Auf dem Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Oktober 1917 hat Ebert das Programm des neuen Deutschlands in seiner Schlußrede vor aller Welt bekanntgegeben. Er führte damals unter anderem aus: „Vor allem muß das neue Deutschland ein freies Deutschland sein! Frei von allen Klassenprivilegien, frei von allen politischen und geistigen Hemmungen und Bevormundungen. Freie Entfaltung unserer vollen Volkskraft auf allen Gebieten ist für die Arbeiterklasse und das Reich Lebensnotwendigkeit ... Rückhaltlos haben wir unsere Beziehungen zur proletarischen Internationale besprochen. Der Haß, der allenthalben in der Welt Orgien feiert, hat Zugang zu unseren Herzen nicht gefunden. Seiner Unfruchtbarkeit setzen wir die Liebe und Achtung entgegen, die allein imstande ist, aufzubauen den Bund der freien Völker, die allein imstande ist, aufzubauen die Macht, die der Welt den Frieden erkämpfen und sichern kann!"

Den freien „Völkerbund" schrieb er auf die Fahne des neuen arbeitenden Deutschlands. Schon auf der sozialistischen Stockholmer Konferenz im Juni 1917 hatte er diese Fahne aufzupflanzen gesucht. Durch die neutralen Sozialisten hoffte er sehnenden Herzens eine Verständigung der kriegführenden Völker herbeizuführen, aus der ein „Bund der freien Völker" sprießen konnte. Lebhafte Verbindungen hatte er vom Beginn des Weltkrieges mit den Sozialisten der neutralen Länder gepflegt. Von ihnen erwartete er vor allem die Initiative für einen Dauerfrieden. Doch er kannte die Stimmungen in ihren Kreisen zu gut, um nicht die Schwierigkeiten zu übersehen, die sich einer Verständigung der sich zerfleischenden Völker ent-

gegenwarfen. Die Stockholmer Konferenz sollte im Juni 1917 einer internationalen Aussprache über das Friedensproblem dienen. Schon vor der Konferenz steckte Ebert Warnungszeichen auf, um gar zu utopistische Erwartungen, die an die Stockholmer Aussprache geknüpft waren, abzuwehren. Aus seiner Feder stammte eine ganze Reihe von Aufsätzen, die er im „Vorwärts" über die Stockholmer Konferenz veröffentlichte. In der Entente waren schon Stimmen laut geworden, die sich ganz unverhüllt für weitgesteckte Eroberungsziele und für die Zertrümmerung der Mittelmächte aussprachen.

Am 2. Juni 1917 begab sich die deutsche sozialdemokratische Delegation von Kopenhagen nach Stockholm. An ihrer Spitze stand Fritz Ebert. Die deutschen Sozialisten übergaben ein Memorandum, in dem die Grundlagen für einen in sich gefestigten Weltfrieden aufgestellt waren. In dem Memorandum hieß es unter anderem: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen."

Ebert trug in Stockholm die Bedingungen vor, unter denen die deutschen Sozialisten zu tagen versprochen hatten. Ein langer Fragebogen wurde ihnen nun unterbreitet. Ebert behielt sich die Besprechung dieses Fragebogens vor, und auf den Hinweis, daß es

den Deutschen als den „Hauptangeklagten" wohl am schlimmsten ergehen werde, antwortete er, diese würden ihre Politik im Kriege zusammenhängend darstellen. Der Holländer van Kol ließ nun alle Minen gegen die deutschen Sozialisten springen. Ebert wies in würdiger Form die Angriffe des „Neutralen" gegen Deutschland und gegen die deutschen Sozialdemokraten zurück. Entgegen den ausdrücklichen Verabredungen hatte nämlich van Kol die Kriegsschuldfrage als Zankapfel in die Stockholmer Besprechung hineingeworfen.

Die Stockholmer Konferenz scheiterte. Noch über ein Jahr raste sich die Kriegsfurie aus. Ebert hatte ehrlich versucht, über die flammende Lohe der Kriegsschauplätze hinweg seinen Arbeitsbrüdern die Friedenshand zu reichen. Feindeshaß ist seiner Seele stets fremd geblieben. Schwerste und bitterste Erlebnisse konnten seine humane Gesinnung nicht erschüttern. Zwei geliebte Söhne verschlang der Blutozean des Weltkriegs, aber das Evangelium des sozialistischen Kulturpolitikers strahlte in ihm in voller Reinheit fort.

Die Stockholmer Friedensforderungen hallten nach dem bedauerlichen Ausgang der Stockholmer Konferenz mit verstärkter Kraft im Deutschen Reichstag wider. Am 22. Juni 1917 folgten Ebert und Scheidemann einer Einladung Wahnschaffes in die Reichskanzlei und faßten das Ergebnis von Stockholm in die Forderung zusammen: Klare Friedensbekenntnisse, kein Gerede, an dem sich deuteln lasse oder an dem man selbst deutele, außerdem Demokratisierung. Ende Juni 1917 wurde dann dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf seinen Wunsch eine von Dr. David und Scheidemann verfaßte Denkschrift zugestellt, die von den Vorständen der Sozialdemokratischen Partei und der

sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gedeckt war. In dieser Denkschrift heißt es warnend: „Schneller als man denkt, kann die Stunde kommen, wo die Kraft und der Widerstand versagen. Wenn die Belastung weiter steigt und nichts Durchgreifendes geschieht, dem drohenden Zusammenbruch vorzubeugen, so gehen wir der größten Gefahr entgegen. Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um schlimmstes Unheil zu verhüten. Die Staatsumwälzung in Rußland bietet eine Anknüpfungsmöglichkeit, die nicht verpaßt werden darf. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Formel aufgestellt: Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen! Die Antwort Eurer Exzellenz im Reichstag war ebensowenig genügend wie die spätere Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Rußland wird in der Hand der Ententemächte bleiben, solange die deutsche Regierung sich nicht entschließt, einen allgemeinen Frieden auf Grund der Petersburger Formel zuzugestehen ... Gibt die deutsche Regierung eine jeder Deutungskunst entzogene Erklärung ihrer allgemeinen Friedensbereitschaft im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrates ab, so würde das eine mächtige Förderung aller der Kräfte bedeuten, die auf einen baldigen Frieden hinarbeiten." Die Denkschrift stellt weiter die Forderung einer Neuordnung der staatlichen Verhältnisse des Reiches und Preußens auf. Diese Denkschrift trägt als erste Unterschriften die Namen von Fritz Ebert und Ph. Scheidemann.

SCHRITTMACHER DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE

Die kritische Lage Deutschlands stand klar vor den Augen Eberts, und er berannte mit nie ermüdendem Eifer die von der Obersten Heeresleitung geschützte Front der Annexionisten, die schroff einen

Verständigungsfrieden ablehnten. Die Granden des Herrenhauses empörten sich über die Initiative, die von führenden Männern wie Ebert, Scheidemann und Legien in der Außenpolitik ergriffen wurde. „Wie es früher Zusammenkünfte von Kaisern und Königen gab", so polterte der Graf York, „so jetzt Zusammenkünfte interparlamentarischer Art. Frieden zu schließen, ist nur der Kaiser berufen, und so steht es auch in der Reichsverfassung." Ebert war lebhaft beteiligt an den Bestrebungen im Reichstag, ein Zusammenwirken der Sozialdemokraten mit der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum herbeizuführen, um so stärker auf den Gang der Kriegspolitik einwirken zu können. Diese Bestrebungen führten zur Einsetzung des interfraktionellen Ausschusses, der dem Reichstag die berühmte Friedensresolution vorlegte, die einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, einen Frieden ohne erzwungene Gebietserwerbungen und ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen forderte.

Gegen diese Friedensresolution des Reichstags liefen die „Vaterlandspartei" und viele militärische und zivile Behörden Sturm. Da warf sich Ebert den stürmenden Vaterlandsparteilern entgegen und stellte dem Reichskanzler ein sehr beweiskräftiges Material über die Unterminierung der Friedensresolution durch nationalistische Beamte zu.

Die Friedensresolution des Reichstags, dieses erste Dokument des mündig werdenden deutschen Parlaments, wurde mit einer fast fanatischen Wut von den Anhängern des obrigkeitlichen Militärstaates verfolgt. Im Juli 1918 verbot der Kriegsminister von Stein den Friedensgesellschaften die Erörterung der Friedensresolution, selbst in einer geschlossenen Versammlung. In Frankfurt a. M. verfiel eine Versammlung der

Friedensgesellschaft der Auflösung, weil sie sich über diese Resolution aussprechen wollte. Der erste Schritt des Reichstags, sich den Weg für eine selbständige äußere Politik zu bahnen und in der Frage von Krieg und Frieden entscheidend mitzusprechen, beschwor den schärfsten Widerstand aller Militärs und Bürokraten herauf, die den „obersten Kriegsherrn" und die Armee in alter Machtstellung erhalten wollten. Ebert hat den zaghaften Reichstag fortgesetzt auf die Hacken getreten, damit dieser auf der einmal betretenen Bahn der politischen Machteroberung rüstig vorwärts schritte. Die schwankende, unhaltbare Basis des obrigkeitlichen Staates brachte Ebert den weitesten Kreisen des Volkes zum Bewußtsein. Im Hauptausschuß des Reichstags war er die treibende Kraft einer planmäßigen Fortentwicklung der Volksrechte. Hier, im Hauptausschuß des Reichstags, bewies er eine bewundernswerte Klarheit und Schnelligkeit in der Erfassung einer politischen und militärischen Situation. Als Fehrenbach 1918 die Leitung des Hauptausschusses des Reichstags niederlegte, wurde diese Ebert übertragen. Der Hauptausschuß enthüllte nun rücksichtslos die politische Herrschaft der hohen Generale, die den Deputationen der russischen Randstaaten den Weg nach Berlin versperrten, wenn sie bekannte Abgeordnete aufsuchen wollten. Selbst der Zutritt zum Reichskanzler Hertling war diesen Deputationen verwehrt worden.

Die militärische Nebenregierung schritt selbst noch Ende September 1918, als die militärische Lage Deutschlands bereits bedrohlich geworden war, gegen die öffentliche Besprechung der preußischen Wahlreformvorlage ein, die vor allem dem Drängen Eberts und seiner Freunde nach einer Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen geschuldet war. Erst mit

dem drohenden Zusammenbruch der Armee legte die Regierung die Hand an einen neuen Aufbau des Staates. Nun wird in aller Eile der Reichskanzler Graf Hertling entlassen, und „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind", sollen „in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen". (Der Kaisererlaß vom 30. September 1918.)

Die militärische Lage Deutschlands hatte sich im Schnelltempo verschlimmert, und bereits am 10. September war von Hindenburg die Bitte ausgesprochen worden, die Vermittlung einer neutralen Macht „ohne Aufschub" herbeizuführen. Inzwischen brach Bulgarien militärisch zusammen, und am 29. September ersuchte der Staatssekretär v. Hintze die Einwilligung des Reichskanzlers zu dem Vorschlag: Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, eine Friedenskonferenz nach Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand nach Washington zu berufen. Am 1. Oktober liefen beunruhigende Telegramme und Telephongespräche aus dem Großen Hauptquartier in Berlin ein. In diesen Kundgebungen des Großen Hauptquartiers hieß es unter anderem: „Heute halten die Truppen noch — was morgen geschehen werde, sei nicht vorauszusehen. Man solle das Friedensangebot sofort hinausgehen lassen und damit nicht bis zur Bildung der neuen Regierung warten."

Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden will nun die neue Regierung erst „konsolidieren", damit nach außen hin nicht der Eindruck erweckt werde, als handelten wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke der militärischen Zwangslage. In dieser bedrohlichen Situation tritt an Fritz Ebert die Frage heran: Soll er sich für einen Eintritt von

Sozialdemokraten in ein Reichsministerium, das auf zu schwankendem Boden aufgerichtet ist, einlegen?

Er stand in engster Verbindung mit dem Prinzen Max und erfuhr am 3. Oktober diesen Bescheid Hindenburgs über die militärische Lage Deutschlands: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Tagen der letzten Schlachten eingetretenen, sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt beständig frische neue Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen . . ."

Der niederschmetternde Eindruck, der von diesem Bescheid der Obersten Heeresleitung ausging, wurde noch beträchtlich vermehrt durch den erschütternden Bericht des Majors von dem Bussche über die militärische Lage Deutschlands. Diesen Bericht hörte Ebert ergriffen mit an. Sein Entschluß reifte schnell, den Parteigenossen in der sozialdemokratischen Fraktionsvorstandssitzung entgegenzutreten, die den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung in der jetzigen verzweifelten Lage für politisch fehlerhaft und für zwecklos in nationaler Hinsicht hielten. Philipp Scheidemann hat in seiner Schrift: „Der Zusammenbruch" Eberts tatkräftige Befürwortung der sozialdemokratischen Besetzung des Ministeriums so fest-

gelegt: Als er (Ebert) meinen ablehnenden Standpunkt abermals hörte, wandte er sich entschieden gegen mich und vertrat den Standpunkt, daß wir nun erst recht in die Regierung gehen müßten. Zwar glaube auch er nicht, daß wir noch irgend etwas retten können, aber wir sollten folgende Erwägung anstellen: Falls nun alles zusammenbricht, außen und innen, wird man uns nicht später den Vorwurf machen, daß wir in einem Augenblick unsere Mitwirkung versagt hätten, in dem man uns dringend von allen Seiten darum gebeten hatte. Nach langem Hin und Her, das sich dann in einer Fraktionssitzung fortsetzte, wurde mit erheblicher Mehrheit die Anteilnahme an der Regierung beschlossen."

Mit der von Ebert durchgesetzten Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung erhielt das neue Deutschland einen bestimmenden Einfluß auf die Leitung des Staats. Nach der Ansicht Eberts mußte die Sozialdemokratie, die ja in erster Linie das neue Deutschland repräsentierte, in einem Moment, da der Staat nach innen und außen zusammenzubrechen drohte, einspringen und an der Neugestaltung der deutschen politischen Verhältnisse mitwirken. Wo sich in höchster Gefahr alle Augen erwartend nach der Sozialdemokratie hinwandten, konnte diese nicht passiv die Hände in den Schoß legen.

EBERTS VERDIENSTE UM DEN JUNGEN STAAT

Mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in das Reichsministerium erhielt dieses einen ganz parlamentarischen Zuschnitt. Den 5. Oktober 1918 bezeichnete daher Ebert als den „Geburtstag der deutschen Demokratie." Er hat vor allem die neue Wendung in der Politik Deutschlands herbeigeführt. Seine wuchtige

Schaffenskraft stellte sich nun auf die feste Fundamentierung einer „Regierung des Volksvertrauens" ein. Sie war nach seiner Ansicht dazu berufen, neue sozialethische Kräfte im Volksleben zu entfesseln. Am 22. Oktober 1918 sprach er die bezeichnenden Worte: „Eine neue Zeit muß einen neuen Glauben an eine neue Gerechtigkeit wecken ... Hab und Gut können wir verlieren — die Kraft, die Neues schafft, kann uns aber keiner nehmen."

Ebert trat nicht in das Reichsministerium ein; aber er wurde in schwerster Zeit dessen parlamentarische Hauptstütze. Von ihm ging eine Festigkeit, eine Entschlossenheit aus, die den Rücken der Männer steifte, in deren Händen die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands lag. Und seine stählerne Energie wurde nun zu der Lösung der größten politischen Aufgaben aufgerufen.

Am 3. November krachte in Kiel die erste Gewehrsalve, und damit begann der Zusammenbruch in Deutschland. Die Kieler Matrosen waren in Aufruhr, und das Gerücht von dieser Rebellion trug eine heftige nervöse Aufregung in die Berliner regierenden Kreise. In dem Durcheinander, das die Kieler revolutionäre Erhebung in Berlin erzeugt hatte, bewährten sich wieder die starken Nerven und der klare Kopf Fritz Eberts. Er lenkte die Aufmerksamkeit der regierenden Männer auf den Mann, der in Kiel Ordnung schaffen und den Ausbruch der Verzweiflung in geordnete Bahnen lenken konnte: auf Gustav Noske. Dieser hat die Rolle Eberts in dieser gefahrdrohenden Situation so geschildert: „Am Montag, den 4. November, am Vormittag, etwa gegen elf Uhr, rief mich Philipp Scheidemann, der kürzlich im Kabinett des Prinzen Max von Baden Staatssekretär ohne Portefeuille geworden war, im Reichstagsgebäude an, wo ich in der

letzten Zeit mit meinem Freund Fritz Ebert, dem damaligen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, täglich weilte, um zu den sich überstürzenden politischen Ereignissen Stellung nehmen zu können. Scheidemann deutete kurz an, in Kiel seien bedenkliche Dinge vorgekommen. Es müsse jemand sofort dorthin fahren. Ebert habe auf meine Anwesenheit in Berlin aufmerksam gemacht. Sofort möchte ich zu weiterer Rücksprache in die Reichskanzlei kommen." („Von Kiel bis Kapp" von Gustav Noske.)

Noske wird Gouverneur von Kiel, er zerbricht den Widerstand gewaltrevolutionärer Fanatiker, die eine rote Armee bewaffnen wollen, und hält mit fester Hand die Ordnung aufrecht. Mit großer Menschenkenntnis hat Ebert den Mann entdeckt, der die demokratische Republik vor dem Ansturm des spartakistischen Radikalismus retten kann.

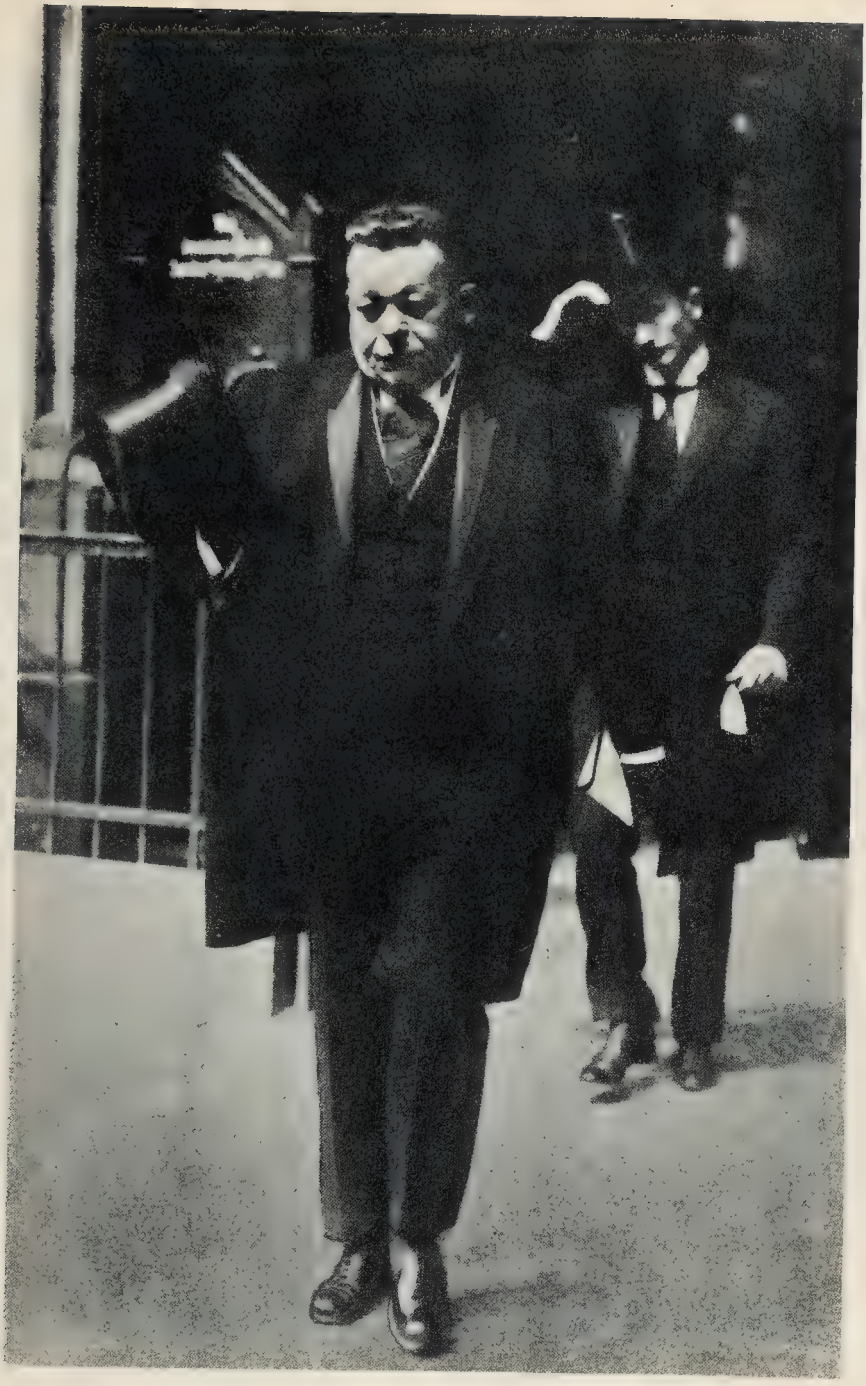
Die revolutionäre Feuerlawine wälzt sich nun über die ganze Wasserkante. Die Stunde gebietet die schleunige Beseitigung des ganzen autoritären Systems, die Entfernung des Kaisers und des ihm gleichgesinnten Thronfolgers und den Fortfall aller die Volksbewegung hemmenden Schranken. Am 7. November 1918 fordern die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und sozialdemokratischen Fraktion: die Freigabe der verbotenen Versammlungen, Anweisungen an die Polizei und das Militär zur äußersten Besonnenheit, Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen bis zum 9. November nachmittags, Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung und die Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags. Zugleich künden die Sozialdemokraten den Rücktritt ihrer Vertreter aus der Regierung an, wenn bis zum 9. November nachmittags keine befriedigende Antwort auf diese in Form eines

Ultimatums gestellten Forderungen eintreffen sollte. Die Antwort verzögerte sich, und am 9. November gingen die Berliner Regimenter zur Revolution über, nachdem sie von Wels zum Anschluß an diese aufgefordert worden waren. Stillschweigend verschwanden die Stützen des Thrones, und kein Offizierkorps verblutete sich für die Interessen des „obersten Kriegsherrn".

In der Nacht zuvor wurde Ebert von der Reichskanzlei aus angerufen und gefragt, wie er die gegenwärtige Lage beurteile. Ebert, der kurz vorher aus einer Versammlung der Betriebsräte zurückgekommen war, gab dahin Auskunft, daß die Situation überaus ernst wäre; die Massen könnten kaum mehr zurückgehalten werden, und das Schicksal werde nun seinen Lauf nehmen. In der Frühe des anderen Tags nahm er an einer entscheidenden Regierungskonferenz teil. Unter der Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre wurden ihm vom Prinzen Max die Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Er übernahm in kritischster Stunde diesen Posten. In einer Proklamation an das Volk verkündet er: „Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein."

Als prinzipienfester Demokrat betreibt er nach dem Novembersturz, der ihn zum Volksbeauftragten erhoben hatte, mit der ihm angeborenen Entschlossenheit die Wahlen zur Nationalversammlung. Bereits am 23. November erklärt er dem Vertreter der „Weser-Zeitung": „Ich bin fest überzeugt, für Deutschland ist die gesetzgebende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit."

Auf der Reichskonferenz der Minister der Einzelstaaten am 25. November 1918 drängt er mit Anspannung aller seiner Kräfte auf die baldige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Auf sei-



Totenmaske, hergestellt von Prof. Kolbe, Berlin

nen Vorschlag hin wird als Ergebnis der Reichskonferenz festgelegt: Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Bis zum Zusammentritt dieser Versammlung sollen die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des deutschen Volkes sein.

Dieses Programm hat Ebert strikt innegehalten. Als ihn am 6. Dezember 1918 Soldaten vor dem Reichskanzleramt zum Präsidenten der Republik ausrufen wollten, rief er ihnen mit starker Stimme zu: „Ich kann und will nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben."

Über die Verfassungsform des Deutschen Reiches wollte er nicht die Diktatur irgendeiner sozialen Gruppe, sondern das ganze Volk entscheiden lassen. In der Regierung der Volksbeauftragten „überwog" er, wie Scheidemann bezeugt, bei weitem den Volksbeauftragten Haase. Er übernahm im Rate der Volksbeauftragten „Inneres und Militär". Schnell wuchs er in seine neuen Aufgaben hinein, er kam nach Scheidemann „ganz gut" mit dem Berufsmilitär, dem Kriegsminister Scheuch, aus.

In den ersten Wochen nach der Novemberrevolution ist Fritz Ebert Tag und Nacht auf den Beinen gewesen. Er sah mitunter acht bis vierzehn Tage seine Familie nicht. In der Tat, der Rastlose glaubte seiner Familie keine Minute schenken zu können; denn er mußte jederzeit bereit sein, in das Chaos, das ihn rings umgab, persönlich ordnend eingreifen zu können. Mit Hochdruck trieb nämlich Karl Liebknecht die Revolution im bolschewistischen Geiste „weiter". Er wollte auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes die „Diktatur des Proletariats" aufrichten, und er organisierte die „rote Garde" zum Angriff auf die Regierung Ebert-Scheidemann.

Am 23. Dezember 1918 lodert in Berlin der Aufstand der Volksmarinedivision auf und Matrosen schließen die Volksbeauftragten in der Reichskanzlei ein. Sie setzen den Berliner Stadtkommandanten Otto Wels im Marstall gefangen und bedrohen ihn mit dem Tode. Am 24. Dezember erhält der General Lequie den Befehl zum Angriff gegen die rebellischen Matrosen. Die Lage der Regierung ist verzweifelt. Da telephoniert Fritz Ebert am Nachmittag des zweiten Weihnachtsfeiertags an Noske: „Du mußt sofort nach Berlin kommen." Abermals hat Ebert den Mann entdeckt, der die eiserne Kraft zur Niederwerfung einer die Existenz der demokratischen Republik gefährdenden Rebellion besitzt.

Am 6. Januar wird Noske zum Gouverneur von Berlin eingesetzt, und dieser erstickt den Liebknechtschen Aufruhr in blutigen Straßenkämpfen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden von reaktionären Offizieren feig und gräßlich hingemordet.

Wenn die Demokratie über die „Diktatur des Proletariats" triumphierte, so ist das nicht zuletzt dem Volksbeauftragten Fritz Ebert zu danken. In der Sitzung der Deutschen Nationalversammlung vom 11. Februar 1919, die Ebert zum Reichspräsidenten erwählte, hat Dr. David mit lebenskräftigen Farben die schreckliche Gefahr gemalt, in der die deutsche Demokratie durch die Ausartung der Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg schwebte. Er führte unter anderem aus: „In dieser gefahrschwangeren Stunde, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes, trat Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht zur Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das

Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen. So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit des an die erste Stelle berufenen Mannes gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, sie kommen von rechts oder links."

Fritz Ebert hat den Boden für „die demokratischste Verfassung der Welt" geebnet. In der Weimarer Verfassung ist der demokratisch-soziale Geist, der schon im Jahre 1870 der Annexionspolitik Bismarcks mit rebellenhaftem Trotze entgegentrat, rein ausgeprägt worden. Der neue demokratisch-soziale Staat ist in seinen wirtschaftlich-sozialen Zielen weit über die Forderungen einer formal-politischen Demokratie hinausgewachsen. Das Wirtschaftsleben soll nach der deutschen Reichsverfassung den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In der Weimarer Verfassung hat sich das neue Deutschland durchgesetzt, für das Fritz Ebert ein Menschenalter gerungen hat. Aus tiefster Überzeugung heraus hat er im August 1919 die Weimarer Verfassung beschwören können.

Sieben Monate später, am 13. März 1920, hatte er als Reichspräsident Gelegenheit, die von ihm beschworene Verfassung verteidigen zu können.

Am 10. März 1920 geht dem Reichswehrminister Noske ein von Berger unterzeichneter Bericht über die Gärung in der Reichswehr und in den Kreisen der alten Armee zu. Die Seele des Aufruhrs ist General Lüttwitz. Noske informiert sofort den Reichspräsidenten über die Vorkommnisse in der Reichswehr. Er weiß, welche Stütze er gerade in einer katastrophalen politischen Lage in der festen Entschlossenheit Eberts

findet. Noske erfährt, daß Lüttwitz vom Reichspräsidenten Ebert empfangen werde. Er ruft Ebert telephonisch an und bittet, zu der Aussprache mit Lüttwitz hinzugezogen zu werden. Ebert ist damit einverstanden. Lüttwitz packt das politische Programm der rechtsgerichteten Kreise aus: Neuwahlen, Wahl des Präsidenten durch das Volk, Fachminister.

Ebert bewahrt seine gewohnte Kaltblütigkeit. Er läßt sich durch die scharf vorgetragenen Forderungen eines säbelrasselnden Generals nicht einschüchtern. Er verbreitet sich mit voller Ruhe über die politische Lage und gibt dem angehenden Rebellen zu verstehen, daß der Appell an die Furcht in seinem Herzen kein Echo findet. Noske entgegnet dem Lüttwitz, kein General der Reichswehr dürfe mit Forderungen auftrumpfen. Er teilt ihm kurz mit, daß er ihm die Verfügung über die Marinebrigaden entziehe. Lüttwitz wird ganz klein, er versichert, er hege keine Abneigung gegen den Reichspräsidenten und gegen den Reichswehrminister. Er gibt dem General Oldershausen zu verstehen, daß er so mitgenommen sei, daß er sich sofort niederlegen müsse. Lüttwitz wird in der Aussprache so gedemütigt, daß Ebert annimmt, daß der General um seinen Abschied einkommen müsse.

Am 12. März 1920 hat der Reichswehrminister Noske sichere Beweise von einem hochverräterischen Anschlag gegen die Reichsregierung in der Hand. Noske ist entschlossen, den von Lüttwitz und Ehrhardt kommandierten Rebellen verfassungstreues Militär entgegenzuwerfen. Offiziere des Reichswehrministeriums erheben den Einwand, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen. Noske ruft in dieser ernsten Lage den Reichspräsidenten und Reichskanzler an und schlägt die Zusammenberufung des Kabinetts vor, damit

dieses durch einen entscheidenden Schritt die Situation kläre. Ebert bewahrt in dieser Stunde der Gefahr eine eiserne Ruhe; er drängt auf einen klaren und festen Entschluß der versammelten Minister. Doch der Feind steht schon gerüstet vor den Toren Berlins. Auf ein kraftvolles Niederwerfen der Aufständischen ist nicht mehr zu hoffen.

Gustav Noske hat in seinem Beitrag zur Geschichte der Revolution „Von Kiel bis Kapp" die Situation am Vorabend des Kapp-Putsches so geschildert: „Die Mitglieder des Reichskabinetts kamen nach und nach, ebenso einige preußische Minister. Jeder wollte informiert werden. Zu einer regelrechten Sitzung kam es nicht, so sehr Ebert mit unerschütterlicher Ruhe bemüht war, eine kühle, überlegene Aussprache herbeizuführen. Erneut wurde als Überzeugung des Militärs festgestellt, die Aufnahme des Kampfes bedeute zweckloses Blutvergießen, da der Erfolg der Rebellen sicher sei. Darauf erhielt General Reinhardt — dieser wollte die treuen Reichswehrtruppen gegen die Rebellen führen (D. V.) —, der mit im Zimmer des Kanzlers weilte, während die übrigen Offiziere in der Bibliothek standen, den Befehl, die Truppen zu entlassen. Nach kurzer Aussprache kam man überein, daß es unzweckmäßig sei, wenn alle Minister in Berlin blieben, da sie durch Verhaftung aktionsunfähig gemacht werden würden."

In früher Morgenstunde des 13. März verabschiedete sich Ebert schnell von seiner Frau. Er teilte ihr nicht mit, wohin er zunächst gehen würde. Sie sollte selbst bei Anwendung äußerer Zwangsmittel mit ruhigem Gewissen sagen können: sie wisse nicht seinen Aufenthalt anzugeben. Bald nachher rückten die ersten Soldaten ein. Sie wunderten sich, daß nicht an allen Wänden die Bilder der sozialdemokratischen Partei-

führer hingen, sie erstaunten, daß sie in den Wohnungen nicht die fabelhaften Schätze fanden, über die in den Kreisen Ehrhardts so merkwürdige Gerüchte umliefen.

Zunächst steuert der Reichspräsident auf Dresden zu, und als dieses auch noch nicht sicher vor putschistischen Überfällen zu sein scheint, geht er nach Stuttgart. Hier treten die Reichsminister zusammen, und hier vereinigen sich auch die Reichsboten. Ebert hält das Reichssteuer fest in den Händen, und in wenigen Tagen ist der Kapp-Putsch „erledigt". Er ist an dem kraftvollen Widerstand organisierter Arbeiter und Beamten zusammengebrochen.

KULTUR FÖRDERN UND GEGENSÄTZE AUSGLEICHEN

In Weimar ist die deutsche Verfassung geboren, in der der Humanitätsgedanke mit der sozialen Idee der modernen Arbeiterbewegung zusammenklingt. Der Reichspräsident Ebert hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß er das große Erbe von Goethe und Schiller treu zu verwalten gedenke. In der „Goethe-Woche" in Frankfurt a. M. huldigte er dem großen Dichter, der das Nationale in das Menschliche hinaufentwickelt hat, bei der Eröffnung der Schiller-Festspiele in Weimar rief er an der Stätte, wo die Großen des Reiches des Geistes Unsterbliches geschaffen haben, zur Begeisterung für alles Gute, Edle und Schöne auf. Vor dem demokratischen Einheitsgedanken des Jahres 1848 verneigte er sich tief, als in Frankfurt a. M. im Mai 1923 die Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung gefeiert wurde. Wiederholt gedachte er in seinen Reden des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft und Kultur, er bemühte sich rastlos, eine wirkliche Verständigung der Völker herbeizuführen,

um damit der ganzen Welt Genesung und Gesundung bringen zu helfen.

Durch seine kluge und unparteiische Amtsführung gewann Fritz Ebert die Sympathien aller gerecht urteilenden Volkskreise. Er wurde daher am 24. Oktober 1922 im Reichstage mit 314 gegen 76 Stimmen und 1 Stimmenthaltung zum verfassungsmäßigen Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 gewählt. Als diese Wahl lebhaft diskutiert wurde, schrieb das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Deutsche Allgemeine Zeitung": „Herr Ebert gewann während seiner Amtszeit in hohem Maße die Achtung des Bürgertums, namentlich aller, die sein erfolgreiches Wirken beurteilen konnten. Er zeigte sich in schwerer Zeit seinen gewiß nicht leichten Aufgaben weit eher gewachsen, als zu erwarten schien, und ist in der Erscheinungen Flucht der Nachkriegszeit eine seltene Ausnahme als Persönlichkeit, deren Ansehen und Bedeutung sich nicht minderten, sondern vermehrten. Der Ausgleich mit Frankreich, die mehr sachliche als rein politische Behandlung der Reparationsfrage, die Lösung manches andern internationalen Problems erscheinen möglich. Dies böte dem bewährten und daher gegenwärtig kaum ersetzbaren Staatschef Gelegenheit, sich das Vertrauen und die Dankbarkeit aller Deutschen zu gewinnen."

Am 11. Februar 1919 hat sich Ebert in der deutschen Nationalversammlung offen und stolz als Sohn des Arbeiterstandes bekannt, der in der Gedankenwelt des Sozialismus aufgewachsen ist und der weder seine Herkunft noch seine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen sei. Aber zugleich versprach er mit der ruhigen, vertrauenerweckenden Festigkeit, mit der er alle seine Entscheidungen abzugeben pflegt, sein Amt gerecht und unparteiisch zu führen. Und dieses

Versprechen hat er treulich gehalten. Jede parteiische Rechthaberei ist ihm fremd, er will vereinigen, nicht scheiden, er will zusammen- und nicht auseinanderführen. Sein langjähriger Bremer Waffengefährte, Dr. Franz Diederich, sagt einmal mit Recht, daß das Handeln Eberts „auf eine Natur deutet, in der nach dem Wort des amerikanischen Lebensdenkers Emerson das ‚Geheimnis' Kraft hat, daß das Beste im Leben gegenseitiger Austausch, daß der größte Erfolg Vertrauen ist, das heißt, ein vollkommenes gegenseitiges Verständnis zwischen aufrichtigen Menschen. Man darf Ebert eine ausgleichende Strebigkeit zuschreiben. Aber das Wort will mit Maß benutzt sein. Es umfaßt nicht alles. Denn er will ausgleichen, ohne der festen Entscheidung auszuweichen. Er weiß: Verhandeln ist notwendig; aber es wäre falsch und würde sich schwer rächen, dies Verhandeln-wollen für Schwäche zu nehmen, der das feste Zugreifen nicht gegeben ist." (Franz Diederich.)

Durch seine „ausgleichende Strebigkeit" hat Fritz Ebert die Institutionen schaffen helfen, in denen sich das neue Deutschland vollkräftig auswirken kann. Mit der Charakteristik dieser Institutionen und mit der Darstellung der aufbauenden Tätigkeit Eberts an diesen Einrichtungen schließt unsere kurze Arbeit ab. Wir würden uns einer unverzeihlichen Überhebung schuldig machen, wenn wir bei mangelnder Kenntnis der intimen Regierungsvorgänge heute schon über die verflossenen fünf Jahre deutscher Republik zu Gericht sitzen wollten.

Heute ringt das neue Deutschland erbittert um seine Selbstbehauptung. Das alte autoritäre, obrigkeitliche Regime ist noch nicht tot. Mehr oder weniger künstlich ist in ihm das Lebensfeuer entfacht worden. Vielleicht verbrennt es aber in eigener Flamme? Die nächsten

Wochen und Monate werden schwere Zusammenstöße des neuen mit dem alten Deutschland bringen. Niemals aber wird die schöpferische Kraft des neuen Deutschlands, da keine Energie in dem großen Kosmos verschwindet, in nichts zerfließen. Diese Kraft wird Europa sozial und politisch neugestalten, denn sie hat es nicht nur äußerlich gehäutet, sondern auch innerlich gewandelt. Eine Wandlung, in der überall der leitende Kopf und die gestaltende Hand Fritz Eberts sichtbar werden.

Gegen das alte, von oben gegängelte Europa steht ein neues, sich selbst bestimmendes Europa auf, in dem die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mehr passive Lasttiere, sondern bewußte, selbsttätige Träger der Kultur sind.

Das alte Europa wurde durch die militärisch-autoritären Dreikaisermächte stark beherrscht, die sich bei aller Gegensätzlichkeit ihrer Interessen in dem Gedanken der rücksichtslosen Niederhaltung der arbeitenden Demokratie zusammenfanden. Diese Mächte sind im Weltkrieg zusammengebrochen.

Das neue Deutschland ist vor allem durch die politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterschaft aufwärts geführt worden. 1922 zählten allein die freien Gewerkschaften zirka 8 Millionen organisierter Arbeiter, und ihre Presse erschien 1922 in einer Auflage von 9 Millionen Exemplaren. In den Gewerkschaften ist eine „industrielle Demokratie" entstanden, die — nicht zuletzt durch die Institution der Betriebsräte — die Produktion wesentlich beeinflussen, rationalisieren und steigern kann. Von den 250 000 Betriebsräten Deutschlands sind 75—80 Prozent freigewerkschaftlich organisiert.

Die Arbeiterschaft hat sich machtvolle politische Organisationen geschaffen, durch die sie im Reich und

in den deutschen Einzelstaaten wiederholt den politischen Kurs gesteuert hat. Sie befreite die Frau sozial und politisch und verlieh ihr das Wahlrecht. Die Arbeiterschaft rief eine umfassende wissenschaftlich hochstehende Literatur ins Leben, in der sie stets zu allen großen politischen und kulturellen Problemen Stellung nahm. Sie erschloß dem Volke die moderne Literatur und verknüpfte es in der großen, sich über ganz Deutschland erstreckenden Volksbühnenbewegung mit der Kunst.

Die Arbeiterschaft setzte ferner ihre starken Kräfte ein, um die Angestellten und die Beamten aus den Fesseln eines autoritären Herrentums zu lösen. Die Angestellten verfügen heute über leistungsfähige, sich ganz in den Bahnen der Gewerkschaftspolitik bewegende Verbände. Nach der Revolution taten große Beamtenvereinigungen das bürokratische Kastenwesen von sich ab, das sie zu bloßen Werkzeugen eines obrigkeitlichen Staates herabdrückte. Im Jahre 1923 kam ein Dreibund der gewerkschaftlichen Arbeiter, der freien Angestellten und der Beamten zustande. Die Grundlage des modernen Staates ist durch das organisierte Beamtentum im großen Umfange demokratisiert worden. Mit einem Wort: Das neue Deutschland lebt und ringt sich elementarkräftig empor.

Die schöpferischen Kräfte dieses Deutschlands hat Fritz Ebert vor allem mit entfesseln und in politische Bahnen leiten helfen — und das ist sein großes, historisch-kulturelles Verdienst.

DER HEIMGANG EBERTS

Jäh in des Lebens Mark, schwer in des Volkes Geschick, greift der gewaltige Tod.

Karl Henckell.

Die große Führerpersönlichkeit Fritz Eberts, die dem neuen Deutschland in seiner Wüstenwanderung so oft wie eine Feuerwolke vorangeschritten war, weilt heute nicht mehr unter den Lebenden. Ein heimtückischer Verleumdungsfeldzug gegen seine Ehre erschütterte schwer die angegriffene Gesundheit des Rastlosen. Der Mann, der mit Einsetzung seiner ganzen Person Deutschland vor den Folgen eines ausgebrochenen Munitionsarbeiterstreiks möglichst bewahren wollte, der von radikalen Streikschürern als Arbeiterverräter, als Sozialpatriot geschmäht wurde, dieser Mann ist wissentlich des Landesverrats geziehen worden; und ein deutsches Gericht — das Magdeburger Schöffengericht — hat sich gefunden, das ihm das Brandmal des Landesverrats auf die Stirn drückte. Erste Juristen, die Herren Marx, Schiffer, Radbruch, Landsberg, Werner, Payer, Wilh. Kahl, Gordon, Liepmann, Friedmann usw. haben das Magdeburger Urteil als schweren Fehlspruch erwiesen, fast alle deutschen Kabinette haben dem Reichspräsidenten ihre unveränderte Achtung ausgesprochen, und Gelehrte, Dichter und Künstler von namhaftem Rufe schlossen sich dieser Wertschätzung Eberts an. Aber die mörderischen Gase so vieler Verleumdungsgeschosse wirkten doch sehr unheilvoll auf die Lebensenergie des Reichspräsidenten ein. Aus einer erschöpfenden intimen Kenntnis der wirklichen Verhältnisse heraus schrieb Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" nach dem am 28. Februar erfolgten Tode Friedrich Eberts: „Die Krankheit hatte sich im Körper Eberts schon festgewurzelt, bevor die schurkische Verleumdungskam-

pagne begann. Man kann nicht sagen, daß diese Erbärmlichkeiten die Krankheit erzeugt haben, aber alle, die in die Nähe des Reichspräsidenten traten, sind überzeugt, daß die bittere Erregung das alte Gallenleiden verschärft, dem Organismus die Widerstandsfähigkeit genommen, dem Tode den Weg geebnet hat. Dieser Mann, der sich aus dem kleinen Worte ‚Pflicht' eine große Lebensregel gemacht, seine Söhne und seine ganze Kraft dem Vaterlande hingegeben hatte, sah sich plötzlich, nach Banditenmanier, aus dem Hinterhalte überfallen, von einem hinter dem Busche organisierten, mit falschen Zeugen arbeitenden Komplott umlauert.. Er sah, wie die deutschnationalen Tempelreiniger in den Barmat-Kommissionen gierig nach einem Argument suchten, das seine Ehre hätte beschatten können, und wie die allen bewußte Reinheit seines Privatlebens und die tadellose Korrektheit seiner Amtsführung nicht genügten, um die heulenden Verleumder zum Schweigen zu bringen. Ebert war in seinem Wesen und seiner Lebenshaltung einfach und anspruchslos. Aber er war nicht so anspruchslos dort, wo es galt, die Würde und die Autorität des höchsten Amtes zu wahren, und mit einem frohen Stolz, der sich nach außen hin nicht zeigte, hatte er die Kundgebungen des Respektes, der Sympathie und des Vertrauens, die ihm in allen Teilen des Landes und in allen Kreisen dargebracht worden waren, entgegengenommen. Jetzt schmerzte, quälte und verbitterte ihn um so mehr der Gedanke an die wüste Gemeinheit, die darauf ausging, seinen Namen zu schänden, ihm die Achtung seiner Mitbürger zu rauben, ihm diese Bürgerkrone zu nehmen, die in den Augen der Freigesinnten kostbarer als Königskronen ist. Der Giftstoff der Krankheit wurde durch den Giftstoff der Verleumdung aufgerührt. In den letzten Wochen schien es, als habe Ebert seine heitere Ruhe

zurückgewonnen. Aber am Montag, am Tage vor der Operationsnacht, konnte seine Umgebung bemerken, wie sehr die Erfahrungen dieser Monate ihn zermürbt hatten, und in der Unterhaltung mit einem Reichsminister, die nur einige abseits liegende Personenfragen betraf, trat die zurückgedämmte Verbitterung wieder ungemildert hervor."

Zu seinem langjährigen Freund und Weggenossen Otto Braun sagte Ebert einmal in den letzten Wochen seines Lebens: „Ich leide sehr und würde längst in die Klinik gegangen sein, wenn der elende Prozeß mich hier nicht noch festhielte. Da hat man nun wieder ein Subjekt als Zeugen aufgetrieben, das das unglaublichste Zeug über mich bekunden will. Wie die Dinge bei den Gerichten und in der Öffentlichkeit liegen, kann ich nicht umhin, mich auch noch darüber einer Vernehmung zu unterziehen. Dann aber gehe ich."

Zu spät! Ebert mußte sich an einer Blinddarmentzündung operieren lassen — und an den Folgen dieser Operation ist er am 28. Februar 1925 gestorben. Bis weit in die monarchistischen Kreise hinein hat sein schnelles Hinscheiden aufrichtige Trauer erweckt.

Ein ganzes Buch müßten wir füllen, wollten wir hier die zahllosen Beileidskundgebungen des In- und Auslandes zum Tode Eberts anführen. Um ihn trauerte die millionenköpfige Welt des völkerumfassenden demokratischen Sozialismus, um ihn die Demokratie der großen Kulturnationen, um ihn die Spitzen der Wissenschaft und Kunst. Ein gründlicher Kenner der deutschen Politik und des deutschen Geisteslebens, der Franzose Albert Thomas, schrieb schmerzbewegt an die Sozialdemokratische Partei: „Ich habe der deutschen Regierung anläßlich des Ablebens des Präsidenten Ebert mein aufrichtiges Beileid ausgedrückt.

Ich verstehe, daß dieser Verlust ganz besonders die Sozialdemokratische Partei trifft. Ich verliere in ihm ebenfalls einen treuen Freund, der in schweren Stunden zum Werke der Versöhnung und Gerechtigkeit beigetragen hat."

Präsident Coolidge sprach dem Reichskanzler Luther sein tiefstes Mitgefühl beim Hinscheiden Eberts aus. Der amerikanische Staatssekretär Hughes erklärte: „Ich habe eine sehr hohe Meinung von den großen Fähigkeiten des Reichspräsidenten und von dem Anteil, den er an der Entwicklung der deutschen Demokratie gehabt hat. Seit dem Kriege hat mich kein Ereignis so tief berührt, als dieses, das einen großen Mann dahingerafft hat, der in Zeiten außerordentlicher Schwierigkeiten eine außergewöhnliche Fähigkeit als Führer bewiesen und der sich das Vertrauen des deutschen Volkes und die Achtung aller Völker errungen und erhalten hat. Sein Tod bedeutet für die Welt einen großen Verlust."

Diesen Gedanken hob auch die internationale Presse durchweg klar hervor. Bemerkenswerte Artikel zum Tode Eberts brachten die „New York World", die „Washington Post", die „Daily News", der „Observer", der „Daily Telegraph", der „Evening Standard", die „Ere Nouvelle", die Zeitung „Oeuvre", der „Quotidien", die „Voce Republicana" (Italien), die Zeitung „Mondo", der „Peuple", die „Independance Belge", die „Neue Zürcher Zeitung", die „Basler Nachrichten", die „Gazette de Lausanne" usw.

Den Gefühlen der Liebe und Ehrfurcht von Millionen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten verlieh Leipart lebendigsten Ausdruck am Grabe Eberts. Hermann Müller-Franken wertete auf dem Heidelberger Bergfriedhof die politische Bedeutung

Eberts mit den Worten: „Wenn wir jetzt sehen, wie Friedrich Ebert im Auslande anerkannt und geehrt wird, dann wissen wir, daß er ein großer Faktor für die Sicherung des Friedens Europas ist. Aber sein Dienst an den Arbeitermassen, am Volke, an der Menschheit verschmolz zu einem Ganzen, zum Dienst des Staatsmannes."

In den Kreisen der deutschen Dichter, die sich in die Geistigkeit und den Charakter Friedrich Eberts vertieft hatten, empfand man sein Hinscheiden als nationalen Verlust. Schwer wurde Hauptmann von dem Tode Eberts getroffen, und der Dichter Thomas Mann schrieb diese Worte in der „Frankfurter Zeitung": „Die Todesnachricht hat mich tief ergriffen. Hier endet ein Mannesschicksal, das die Zeit ins ursprünglich ganz Unglaubwürdige, Phantastische trieb, aber keineswegs vermochte, die Persönlichkeit ins Exzentrische zu zerren, sondern mit schlichter Würde, gelassener Vernunft getragen und erfüllt wurde. Meine Sympathie ist grenzenlos. Sie ist, ich will gestehen, viel größer, als die mit einem anderen Sohn und Opfer der Zeit, Kurt Eisner, dem Literaten-Staatsmann, wiewohl die Tragik seines Falles krasser und malerischer war. Sie war aber auch vermessener und unreifer ... Sieben Jahre der Gewöhnung an seine klug zurückhaltende Repräsentation, seine stille, vermittelnde und mäßigende Tätigkeit haben viel Vertrauen, viel ruhige Zuneigung, kurz, eine unausgesprochene Popularität gezeitigt, die jetzt als Gefühl der Entbehrung sich ihrer bewußt wird. Die Frage der Nachfolge ist schwierig, aber ich halte den Wunsch für vorherrschend, der neue Präsident möchte dieselben Eigenschaften aufweisen, die Ebert auszeichneten."

Die imposante Begräbnisfeier Friedrich Eberts in Berlin und Heidelberg gestaltete sich zu einem histo-

rischen Ereignis. Im Trauerhause, im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße, fanden sich die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Botschafter und Gesandten, die Vertreter der deutschen Regierungen und Behörden, bekannte Abgeordnete der deutschen und ausländischen Parlamente, führende Köpfe der Presse, Kunst und Wissenschaft und die Delegierten der ausländischen Sozialdemokratie: Thomas, Shaw, Renaudel, Nielsen, ein. Der erhabenen, die tiefsten Seiten der menschlichen Psyche ergreifenden Trauermusik folgte eine tonlose, matte Pflichtrede des Reichskanzlers Luther — eine Rede, die nach dem „Berliner Börsenkurier" unter „Ängstlichkeiten zu leiden" hatte, „daß zu herzliche Worte und ein zu spontanes Bekenntnis irgendwo übelgenommen werden könnten". Die leblosen, nicht aus warmem Herzen dringenden Worte Luthers zerflatterten schnell — und die übermenschliche Größe der Volkstrauer verdrängte alles Kleinmenschliche. Hunderttausende entblößten auf dem Königsplatz ihr Haupt vor dem Sarge Eberts. Ein ungeheueres, elementar gewaltiges Schauspiel, dieser „geeinte Leib eines Volkes in Trauer" — ein Schauspiel, das die schöpferische, dichterische Kraft Josef Maria Franks in diesen lebensglühenden Bildern plastisch geformt hat:

Die Mietskasernen hatten sich geleert.
Straße war nicht mehr Boden, Straße war Mensch
bei Mensch,
Straße war ein Leib gewachsen aus Leibern,
ein einziger atmender, zuckender Körperguß
aus Tausenden, Hunderttausenden, einer Million
aneinander gepreßter, aneinander gedrängter,
mit einem Herzschlag blutpulsierender,
in einem Weh zusammengeschweißter,

Eberts letzte Fahrt

Eberts letzte Fahrt

in einer Trauer ineinander geschmolzener
Körper, Körper, Körper, Körper —
ein einziger Leib füllte Straßen und Plätze,
die Straße hämmerte mit einem Herzen,
die Straße dampfte aus einem Leib,
dem geeinten Leib eines Volkes in Trauer,
dem Riesenkörper Masse Mensch.

*

Das Volk begrub des Volkes Sohn,
Fleisch von seinem, Blut von seinem;
es harrte des Sarges dessen, der
in ärmlicher Wiege sein Leben begann,
in dürftiger Stube, in schmaler Gasse,
und unter dem Banner seines Volkes
als Erster seines Volkes
endete. —
Das Herz des Volkes erfüllte die Straßen
und harrte des Toten!

*

Irgendwo trommelten dumpf die Trommeln,
klagten Trompeten Trauerweisen, monotone Schreie,
dröhnte wie Gongschlag dumpf das Leid.
Schwarz umflorte drückender Rauch erstarrte Straße,
aus Räucherpfannen auf schwarzen Pylonen
loderten Flammen und neigten sich tief
zum Hause des Toten.
Grell schnitt ein Kommando.
Laut schlugen Pferdehufe die Straße.
In düsterer Schwere flatterte Spiel,
die Trauer Chopinschen Marsches, —
und langsam glitt von schwarzen Rappen
gezogen der Wagen, darauf umhüllt
von der Standarte ruhmreichen Farben

ein schlichter Sarg —
der tote Präsident!
Entblößte Häupter neigten sich tief.
Man hörte Herzschlag, beengten Atem,
sah blitzende Degen, von Offiziershand gesenkt,
sah stillstarre Reihen hunderte Soldaten
präsentierend den Toten schweigend grüßen
und fühlte Erleben einmaliger Stunde.
Langsam, düster, schwer, monoton
hallte gehemmt von Trauer der Schritt,
ergreifender Rhythmus stummer Bewegung,
die Trauerparade am Sarge vorbei,
surrten Propeller salutierender Flieger,
huldigte tiefergriffenes Beben
diesem Toten!

Und dieser Tote stand in der ganzen Größe seiner Schlichtheit und Einfachheit wieder auf, als er, der Tatmensch, in lebenweckenden Worten vom Reichstagspräsidenten Löbe geschildert wurde. Die Rede Löbes klang in die tiefergreifenden Sätze aus: „Der schwere außenpolitische Leidensweg des Deutschen Reiches füllt seine Amtszeit aus. Aber unbeugsam den Blick in die Zukunft gerichtet, ging er seinen Weg und seit der Demütigung durch den Vertrag von Versailles arbeitete er unablässig, um Deutschland in der Welt wieder zu einer geachteten Stellung emporzuheben.

In der Stunde, wo diese Bemühung Erfolg verspricht, gehst du von uns. Noch liegt Nacht über unserem Volke und nur von fern sahst du den Morgen dämmern. Es war dir nicht vergönnt, in den hellen Tag zu treten, wo die schwersten Sorgen für unser Volk sich mildern und auch für dein Werk erst ein abschließendes Urteil möglich war. Das Schicksal ver-

sagt dir, eine ruhige Würdigung deiner Mühen zu erleben.

Nun verläßt du Berlin, die Stätte deines Wirkens, deiner bis zur Erschöpfung gehenden Anstrengungen, deiner Erfolge, oft erst erreicht nach bitteren Enttäuschungen, während du soviel dem Lande gabst, daß für die Frau, für die Kinder kaum eine Pause übrig blieb. Du ziehst hinaus aus der Stadt der rastlosen Arbeit und der politischen Kämpfe in die stillen Berge deiner badischen Heimat, die die sorgenlosen Tage deiner Kindheit sahen. Im Rauschen des Neckars, an dem der Knabe gespielt, hebt sich jetzt die schwere Last, die auf deiner Brust geruht und die du für uns getragen.

Und wenn über Deutschland und Europa einst die Fahne des wahren Friedens weht und gerecht verteilter Wohlstand herrscht, wird sich an deinem Hügel neigen die deutsche Nation. An der Stelle, an der du im Angesicht von Zehntausenden den Kranz für die Gefallenen niederlegtest, der auch die eigenen Söhne ehrte, bringe ich dir den letzten Gruß des deutschen Volkes."

Und den toten Kameraden geleitete das Volk zur letzten Fahrt nach Heidelberg.

Und die Sonne schwand
und lächelte nicht mehr und Grau floß in Schwarz.
Da trugen sie ihn, gleißende Fackeln in den Händen
vom Katafalk zum Zuge,
der ihn heimwärts trug.
Und da erlöste sich die Starre in dem Riesenkörper,
der sich zum Sarge drängte, der entschwand.
Die Fahnen senkten sich und Abschiedsschrei
der Millionenstadt, der Brüder, Schwestern
zuckte zitternd diesem Toten nach.

*

Schwarz floß in Schwarz,
und durch die Nacht
glitt er dahin —
zum Grabe. (Josef Maria Frank.)

In Heidelberg empfing den toten Reichspräsidenten eine unabsehbare Trauergemeinde, und was diese in tiefster Seele bewegte, das tönte ergreifend aus den Reden des Oberbürgermeisters Walz, des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken, des badischen Landtagspräsidenten Baumgarten, des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, und des Stadtpfarrers Maaß heraus. Das „echte Gottesgnadentum" Eberts feierte aber in unvergeßlichen Worten der badische Staatspräsident Hellpach:

„Wer auf den Wogen schliefe,
ein sanft gewiegtes Kind,
kennt nicht des Lebens Tiefe,
von süßen Träumen blind.
Doch wen die Stürme fassen
zu wildem Tanz und Fest,
wen hoch auf dunklen Straßen
die falsche Welt verläßt:
Der lernt sich wacker rühren!
Durch Nacht und Klippen hin
lernt er das Steuer führen
mit treuem ernsten Sinn;
er ist von echtem Kerne,
erprobt zu Lust und Pein,
glaubt er an Gott und Sterne —
er soll mein Schiffmann sein!" (Eichendorff.)

„Trauernd Versammelte — kann nicht auch dieser Zuruf des Dichters unseren Tagen gelten? Dem deut-

schen Volke gelten, das des Lebens Tiefen zu kennen verlernt hatte, weil es, von einer Welle allzu raschen materiellen Wohlstandes emporgetragen, auf den Wogen der politischen Brandung schlafen zu dürfen wähnte, gleich einem gewiegten Kind? Blind geworden in den süßen Träumen eines Zeitalters, das den Schein an die Stelle des Wesens, die Pose an die Stelle der Haltung, die Phrase an die Stelle der Bildung gesetzt hatte? Dies Volk faßten die Stürme von Krieg, Zusammenbruch und Umsturz, und in wilde Kämpfe gerissen, fand es sich auf dunklen Straßen von der Welt verlassen.

Aber könnten denn die letzten Zeilen jenes Gedichtes nicht auch dem teuren Toten gelten, den wir hier bestatten? Ihm, der durch Nacht und Klippen unseres Niederbruchs hin das Steuer geführt hat mit freiem ernsten Sinne? Was könnte von ihm Wesenhafteres gesagt werden, was von ihm Wahrhafteres? Das Volk hat es gespürt, daß hier einer war, dem die Sterne noch leuchten durch jene tiefe Nacht, in der die Berufensten flüchteten, da die Bewährtesten die Arme sinken ließen. Das Volk spürte ihn als Fleisch von Volkesfleisch und Blut von Volkesblut. Aus den Reihen des Volkes kam er, wie ein echtes Volkskind, erprobt zu Lust und Pein. In diesem alten engen Gassengewimmel von Heidelberg war er emporgewachsen; Neckar und Odenwald, Schloß und Brücke hatten sich in den regsamen Augen des einfachen Schneiderbuben gespiegelt. Das doppelt Ererbte kurpfälzischer Wesensart war ihm mit auf den Weg gegeben: das herzliche sonnige Lebensbehagen und das resolute tatkräftige Zupacken im Ernstfalle: Genießen und Wirken, die beiden Seiten jedes vollsaftigen Lebens, dem Dasein sich hingeben und dennoch es meistern!

Nun empfängt ihn die Erde dieser wundervollsten aller deutschen Begräbnisstätten, des Bergfriedhofes zu Heidelberg. „Tue die Sohlen von deinen Füßen, denn hier ist ein heiliges Land!" Weitet sich hier nicht der Blick des Trauernden bis ins Raumlose, wenn er vom Neckar zum Rhein hinüber von den leise schon wieder knospenden Hügeln des Odenwaldes zu den bergblau ans Himmelsblau sich schmiegenden Kämmen der pfälzischen Hardt schweift?

Du aber, Friedrich Ebert, indem wir dich in diese erlauchte Totenstadt geleiten, bist du unter den Edlen des Geistes kein Fremdling und kein Eindringling. Du gehörst zu ihnen, nicht weil diese Stadt dich geboren, nicht bloß auch weil dich mit diesen Dahingeschiedenen die Treue und lohnlose Hingabe an eine Idee verknüpft, die euer aller Lebensinhalt war, sondern weil der Adel, der hier bestattet liegt und diese Stätte im Geiste heiligt, kein Adel der Privilegierten, der Geborenen, der Erblichen ist, sondern der Adel derer, die aus sich und durch sich geworden sind, was sie der Menschheit, dem Volke, dem Erkennen, dem Wirken bedeuten. Ja, wir wissen, die weitaus meisten von diesen Forschern und Denkern sind wie du aus den Häusern kleiner Leute gekommen, und wie seither dreiviertel aller Genien und Führer, aller Erlöser und Erzieher der Menschheit aus solchen Häusern kamen. Und hier, wo du dich heute zu ihnen gesellst, ein Ebenbürtiger zu den Ebenbürtigen, angesichts dieser Gräber und dieses Grabes wollen wir das hohe Lied der kleinen Leute singen, denen immerdar die Völker den wärmsten Dank für das Beste und Bleibendste, was sie empfingen, zu entrichten haben.

Ihr Erlauchten alle, die hier der Tod versammelt, seid wahrhaft von Gottesgnaden gewesen, in jenem

tiefsten Sinne, den der Apostel in dieses Wort legte, als er es prägte. In dir aber, Friedrich Ebert, fand dies echte Gottesgnadentum seine besondere Erfüllung, denn dir ward die Gnade, das Volk zu erretten, das dich gebar, das Volk zu führen, dem du entstammtest, das Volk zu verkörpern, dem du gehörtest.

Und wie du dies vollbrachtest, wie du dich nie über dieses Volk erhobest, wie du so völlig sein Kind bliebst — obwohl du dir aus eigener Kraft und unter Mühsalen, von denen der korrekt Gebildete und der vorschriftsmäßig Studierte sich kaum eine Vorstellung machen können, alle Besitztümer der Bildung zugeeignet hattest und weder mit dem Kaufmann noch mit dem Künstler, weder mit dem zünftigen Gelehrten noch mit dem zünftigen Diplomaten ein Gespräch zu scheuen brauchtest, wie du keine Stunde deines Lebens das deutsche Volkstum in dir vergessen, verkannt oder verleugnet hast, obwohl du kein Emporgekommener, sondern ein Emporgerungener, einen tiefen und edlen Sinn für Anstand und Abstand, für Wert und Würde dein eigen nanntest, dies wird dich ins Gedenken des Volkes am unvergeßlichsten einprägen."

Der Staatspräsident Hellpach schloß mit den Worten: „Wieder sind heute Eichendorffs Worte aus den Zeitliedern von 1812 wahr geworden:

„Der Völker Herzen sind die Saiten,
durch die jetzt Gottes Hauche gleiten!"

Noch steht dein Volk mit den Nächsten, die du zurücklässest, in starrer Bestürzung an deinem Sarge. Wir alle es kaum fassend, warum du so früh von uns gehst. Aber die Vorsehung muß wohl deine irdische Sendung als vollendet, deine irdische Erscheinung als

reif für das letzte Geheimnis von Tod und Verklärung beurteilt haben. Uns bleibt nichts, als uns diesem Ratschluß zu beugen. Und wenn heute an deinem offenen Grabe der wilde Lärm verstummt ist, der dich gerade noch in den letzten Monaten umtobte und auf dunkler, hoher Straße einen wahren Kalvarienberg von Prüfung und Bitternis dir bereitete; wenn heute abseits aller Trauernden nur eine winzige Rotte weiterzetert, die sich damit selber außerhalb der nationalen Gesittung stellt; wenn auch scharfe Gegner deines Meinens und Wollens ehrerbietig das Haupt entblößen und den Degen senken: dann glauben wir darin ein Stück jenes verklärenden Mysteriums zu spüren, das zu hüten und zu vollziehen allein dem Tode gegeben ward. Uns ist, als fiele aus den Tiefen dieses Grabes für eine Stunde ein Leuchten auf uns alle, ein flüchtiger Strahl von den Lichtern jener uns Lebenden ewig verhüllten überirdischen Heimat, der wir dich jetzt auf dem Pfade deiner irdischen Heimat zugeleitet haben. Du hast ein Tor durchschritten, und wir bleiben zurück. Da scheiden wir von dir für immer mit den dunklen Strophen des Salis-Seewis:

„Das Grab ist tief und stille
und schauervoll sein Rand,
es deckt mit schwarzer Hülle
ein unbekanntes Land.
Doch nur an diesem Orte
ist die ersehnte Ruh!
Durch diese dunkle Pforte
gehst du der Heimat zu."

Friedrich Ebert hat den bolschewistischen Putschismus in Deutschland niederringen und das demokratische Deutschland Stockwerk auf Stockwerk aufbauen helfen. Wenn dieses große Werk einmal vollendet sein wird, dann wird, wie Wolfgang Heine in seinem tiefempfundenen Gedenkartikel in der „Vossischen Zeitung" schrieb, „das deutsche Volk erfahren, daß sein erster republikanischer Präsident, der schlichte, kluge, selbstlose Sohn der Handwerkerklasse, das Symbol für das war, was allein der deutschen Nation wieder einen Aufstieg sichern kann."

Bei allen wirklichen Schritten nach dem großen Ziel einer demokratischen und sozialen Neugestaltung Europas haben wir die Führerpersönlichkeit Eberts gesehen.

Dieses Schicksal nun, das ihn so unvorbereitet, so schnell aus dieser Welt hinwegnahm, hat ihn doch noch den großen Triumph seiner europäischen Verständigungspolitik erleben lassen. Selbst das halb deutschnationale und fast ganz rechtsgerichtete Ministerium hat sich entschlossen, die vielgeschmähte, durch Annahme der Dawes-Gesetze besonders geförderte „Erfüllungspolitik" im vollen Umfange durchzuführen. Nachdem schon die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion das „zweite Versailles" angenommen hatte, hielt der Chef des rechtsgerichteten Ministeriums, der Reichskanzler Luther, eine so vom Geiste der deutsch-französischen Verständigung erfüllte Rede, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Vorschlag machen konnte, diese Rede in allen Ortschaften des Deutschen Reiches anzuschlagen.

Die rechtsgerichtete deutsche Reichsregierung gestand an der Bahre des Reichspräsidenten ein, daß mit

Ebert der Mann dahingegangen sei, „der unter Einsatz seiner starken Persönlichkeit erreichte, daß in den Wirren der Revolution die Einberufung der Nationalversammlung aus freier Wahl des deutschen Volkes beschlossen und durchgeführt und damit dem deutschen Staatsleben wieder eine gesetzliche Grundlage gegeben wurde. In schwerster Zeit hat er das Amt des deutschen Reichspräsidenten mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet und dabei in der Heimat wie im Auslande reiche Anerkennung erworben. In den außenpolitischen Wirrungen, die nach Kriegsende dem Deutschen Reiche erwuchsen, hat er die Verantwortung der Entscheidungen auf sich genommen, die nach vielen Mißerfolgen endlich den Weg zum Wiederaufstieg anbahnten. Unparteilichkeit und Gesetzlichkeit waren die Richtlinien seiner Amtsführung. Die Charaktereigenschaften des Menschen Friedrich Ebert und die hervorragende Begabung des Staatsmannes, der an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden hat, haben ihm bei all denen, die den Mann und sein Wirken kannten, Wertschätzung und Verehrung erworben. Er hat dem deutschen Volke und dem deutschen Vaterlande in schwersten Zeiten als aufrechter Mann gedient."

Ein „aufrechter Mann". Nein, das ist zu wenig gesagt, er ist dem Volk in den chaotischen Zeiten entfesselter dämonischer Leidenschaften ein wirklicher Retter gewesen. Nicht wir haben diesen Ausdruck hier geprägt, sondern wir entnehmen ihn der „Vossischen Zeitung", in der Georg Bernhard des großen Steuermanns Ebert gedenkt, der das Reichsschiff sicher in den Hafen der Demokratie lenkte. Der einstmalige Reichspressechef und jetzige Gesandte Ulrich Rauscher, der das gigantische Ringen Eberts

mit den Umsturzgewalten von links und rechts persönlich miterlebte, erinnert an folgende historische Vorgänge, die plastisch die willensmächtige, eisenfeste Persönlichkeit unseres Genossen charakterisieren: „Die Erinnerung geht zurück. An den Dezemberabend, wo die Reichskanzlei von der Matrosen-Division umstellt, die Regierung verhaftet, die Vorhalle voller wild-abenteuerlicher Gestalten war. Da kommt Ebert die Treppe herunter: kein Paktieren, kein Nachgeben! Alles hat das Haus zu verlassen, diese ganze schreiende, bewaffnete, verwilderte Soldateska! Und es gelingt dem Waffenlosen, aber Starken; die Horde verläßt murrend das Haus, die vielleicht schlimmste Gefahr ist vor der unbedenklichen Entschlossenheit zurückgewichen. Ich sehe ihn im Saale des Abgeordnetenhauses, vor dem Arbeiter- und Soldatenrat, im fast aussichtslosen Kampf um die Nationalversammlung — und sehe ihn siegen. An dem geschmückten Katafalk Rathenaus, in Kabinettssitzungen, wo es um Sein oder Nichtsein ging, an seinem Tisch in größtem und kleinstem Kreise, unter Diplomaten oder alten Freunden, immer derselbe: fest, klar, zäh, zuverlässig, bedächtig, selbstlos, opferbereit."

Ein Retter war Friedrich Ebert dem deutschen Volke vor allem am 6. Januar 1919, als die Feuersbrunst des spartakistischen Aufstandes die junge deutsche Demokratie in Asche zu legen drohte. „Eine andere Erinnerung", so schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt", „kann sich heute denen aufdrängen, die am 6. Januar 1919 im Reichskanzlerpalais gewesen sind. An diesem Tage hatten die Spartakisten Liebknechts die Bahnhöfe, Kasernen und viele ‚strategische Punkte' besetzt und bereiteten den Sturm auf das Regierungsgebäude vor. Es wird von den Rechts-

kreisen ja heute so dargestellt — und, da sie nicht mit dabei gewesen sind, vielleicht auch geglaubt —, als hätten damals nur die Truppen des Generals Lüttwitz Berlin und die Regierung gegen die bolschewistische Flut geschützt. Die Wahrheit ist, daß am 6. Januar, dem entscheidenden Tage, die in der Nacht aufgerufenen nichtkommunistischen Arbeitermassen den Regierungssitz mit ihren Leibern deckten und so den zaudernden Liebknecht hinderten, zu seinem Ziele vorzudringen. Ebert traf an diesem Tage, während Noske herumfuhr und Verstärkungen herbeiholte, seine Vorkehrungen mit derselben kaltblütigen Ruhe, mit der er seit dem Ausbruch der Revolution den Radikalismus beiseite geschoben hatte, und ein absolutes Sicherheitsgefühl ging von ihm aus. Von der Nervosität, die in den Reden und Gesten, in dem unstäten Hin und Her manches anderen sich verriet, war in seiner breitschultrigen, gedrungenen Erscheinung, in seinen bestimmten, abgemessenen Bewegungen und Worten keine Spur. Wenn die Bolschewisten und Kommunisten, denen er den Weg versperrte und die schon angepackte Macht entriß, ihn haßten, so war das begreiflich, und man kann es den Enttäuschten verzeihen. Wenn der hohe Adel und ehrenwerte Bürgerkreise sich erdreisteten, den Mann zu bemäkeln, dessen Verantwortungsgefühl und Staatsklugheit ihnen allen das furchtbarste Schicksal erspart und Deutschland aus der Sintflut zum festen Boden des Ararat geführt haben, so ist das eine etwas schäbige Vergeßlichkeit."

Wer auch nur immer in die Werkstatt des Politikers und Staatsmanns Ebert getreten ist, in der funkensprühend das neue Deutschland geschmiedet wurde, der zog seinen Hut tief vor dem kraftvollen Reichsschmied. So schreibt der liberale Staatspräsident a. D. Dr. Hieber dieses Urteil über Ebert nieder: „Wenn und

soweit es überhaupt gelungen ist, aus der Niederlage und Staatsumwälzung von 1918 im Innern wieder zu geordneten Zuständen zu gelangen und nach außen wieder Achtung und Geltung zu erringen — der Person und Wirksamkeit Eberts kommt hierbei nach meiner, auf mehrjähriger persönlicher Erfahrung beruhenden Überzeugung ein wesentliches Verdienst zu. Das Vertrauen, das Ebert in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft und darüber hinaus des Deutschen Reiches genoß, seine langjährige politische Erfahrung, die Ruhe und Abgewogenheit seines Urteils, seine klare Besonnenheit in Einschätzung der politischen Kräfte und ihres Schwergewichts, sein sicherer Takt, der ihn zur rechten Zeit das rechte Wort finden, zu rechter Zeit auch schweigen ließ — das alles aus dem Grunde und im Bunde mit tief vaterländischem Empfinden und Wollen —, hat in diesen Jahren, die Unerhörtes an Verlusten, Lasten und Opfern uns auferlegt haben, dem deutschen Volk und Vaterland mehr Nutzen und Segen gebracht, als unmittelbar nach außen zutage treten konnte."

Der frühere Reichskanzler a. D. Joseph Wirth spricht in den anerkennendsten Worten von der „nationalen Rettungsarbeit" Eberts, denn er weiß, daß in den furchtbaren Sturmtagen Deutschlands das unerschütterliche Verbleiben Eberts in seinem Amte die junge deutsche Republik vor dem Zusammenbruch bewahrte. Gustav Stresemann bezeichnet Ebert als „eine der ganz wenigen starken und großen Persönlichkeiten in Deutschland, die in der Lage und berufen waren, bei großen Zukunftsentscheidungen mitzuwirken". Stresemann kennt aus intimster Wissenschaft die unermüdlichen Anstrengungen Eberts, Deutschland wieder in der Wertung des Auslandes emporzuführen. Das ganze Gebiet der Außenpolitik umfaßte Ebert in seiner Ar-

beit. „Er las", so schreibt Stresemann, „alle Berichte der Botschafter und Gesandten, versah sie sehr selten, aber dann stets mit treffenden Marginalbemerkungen, lebte sich in eine Kenntnis der Persönlichkeiten hinein und ließ sich bei alledem doch nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten." Ebert stand persönlich in engem Konnex mit den Mitgliedern des diplomatischen Korps, und er genoß bei allen Mitgliedern dieses Korps „eine hohe Würdigung, vielfach menschliche Verehrung", die schließlich „nicht nur dem Staatsmanne, sondern auch dem Menschen galten". Durch sein feines Taktgefühl hat Ebert (nach Stresemann) in der Diplomatie „den Übergang von der alten zur neuen Zeit ermöglicht, eine Aufgabe, an der mancher Berufsdiplomat hätte scheitern können."

Von dem furchtbaren Jammer und Elend unserer inneren und äußeren Lage läßt sich der „aufrechte Mann" Ebert nie überwältigen, und doch bewegt er sich nie in den Gedankengängen eines seichten, leichtfertigen Optimismus. Ulrich Rauscher, der ihm vertrautester Mitarbeiter war, bewundert seine vollendete Meisterschaft in der Beherrschung des Stoffes und des Menschenmaterials. Und wenn sich Rauscher der Stunden des intimsten Gedankenaustausches mit Ebert erinnert, dann wird in ihm noch einmal das Gefühl lebendig, das ihn ergriff, wenn er das Reichspräsidentenpalais verließ. „Welch ein Glück, daß da hinten, im Zimmer gegen den Garten, dieser selbstsichere, ruhige Mann sitzt."

Woher schöpfte Friedrich Ebert diese bewundernswerte Selbstsicherheit, diese imponierende Ruhe? Gewiß, ihm lag der organisierende, schaffende Tatmensch tief im Blute! Aber diese angeborenen sittlichen Qualitäten erklären noch nicht die geistige Überlegenheit, mit der Ebert die auf ihn einstürmenden wirtschaft-

lichen, politischen und sozialen Ereignisse meisterte! Er sah in diesen Ereignissen nicht launische Zufälle, sondern notwendige, einem höheren sozialen und politischen Zielpunkt zuführende Erscheinungen. Tief in der Welt gewittert eben katastrophaler Widerspruch. Der Weg der Menschheit ist keine ruhige, gerade Linie, er wird oft jäh unterbrochen, stürzt zeitweilig in die Tiefe und steigt dann wieder steil empor. Friedrich Ebert hatte sich die Weltanschauung eines Kämpfers erarbeitet. Und sie ließ ihn da nicht zagen, wo andere sich mutlos selbst verloren. Wer mit so hellen Augen wie er alle Abgründe des Elends durchmessen, und wer wie er die Grenzen des proletarischen Könnens realpolitisch so genau erfaßt hatte, der verstand die wilden Ausbrüche dieser Misere, und den schreckten nicht die Ab- und Irrwege der sich jäh entfaltenden proletarischen Massenkraft. Und die wildesten Zuckungen der Gewalt erschienen ihm, dem Schüler von Karl Marx, oft als die Geburtswehen einer Welt, die mit einer neuen schwanger ging. Im scheinbar größten Chaos sah er oft die Lebensäußerungen einer neuen Ordnung. Ein tiefer Sinn erschloß sich ihm mitunter aus den sich wild austobenden, für den Oberflächenmenschen ganz vernunftlosen Geschichtsprozessen; der Sinn einer emporsteigenden Welt, die sich selbst wirtschaftlich und politisch organisieren und regieren will.

Man darf wohl sagen: Die Festigkeit, die Selbstsicherheit Eberts ruhte auf dem Felsengrund einer starken, organisch gefügten sozialistischen Überzeugung. Über den eigentlichen Wesenskern Eberts sieht der hinweg, der in ihm nicht sofort den Sozialisten wittert — den Sozialisten, der in die Schule von Marx und Lassalle gegangen ist.

Selbst ausgesprochene Gegner Friedrich Eberts, wie Stresemann, haben von dem „staatsmännischen Wir-

ken" des Reichspräsidenten gesprochen, weil sie in ihm einen neuen planvollen Brückenbauer von der alten Zeit in die neue erkannten. Doch täuschten sie sich keinen Augenblick darüber, daß eine tiefe Kluft die Weltanschauung Eberts von ihrer bürgerlichen trennte. Stresemann sagt in seinem Artikel: „Dem Reichspräsidenten Ebert zum Gedächtnis": „Seine Ansichten waren nicht die unsrigen, seine Weltanschauung eine andere, als die uns eint." Friedrich Ebert war eben in tiefster Seele Sozialist, und diese seine feste Überzeugung war die Grundkraft seines selbstsicheren Schaffens.

Berlins letzter Gruß an Ebert

Eberts Grabdenkmal in Heidelberg

AUTOBIOGRAPHISCHE SKIZZE

Aus dem Nachlaß, in der dritten Person gehalten.

Ebert ist Süddeutscher; er ist am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Als siebzehnjähriger Sattlergeselle zog er in die Fremde und wurde nach dreijähriger Wanderschaft in Bremen ansässig. Wie die meisten sozialistischen Arbeiter kam er über den Weg der Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus. Seine politische Tätigkeit lag lange vorwiegend auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Mitte der neunziger Jahre wurde er Redakteur, später leitete er das Arbeiter-Sekretariat in Bremen, bis er 1905 als Sekretär des Zentralvorstandes der Sozialdemokratischen Partei nach Berlin berufen wurde. Nach dem Tode Bebels wurde er zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt. In den inneren Parteikämpfen stand Ebert immer im Gegensatz zur radikalen Linken. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 schickte ihn der Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag. Dort hat er besonders während des Krieges in wichtigen Fragen vielfach die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion vertreten. Er gehörte dem interfraktionellen Ausschuß an und war dort an den Vorbereitungen der Juliresolution des Reichstages hervorragend beteiligt; auch dem Siebenerausschuß für die Beantwortung der Papstnote gehörte er an. In den letzten Monaten des alten Reichstages war er Vorsitzender des Haushaltausschusses.

In den Wochen vor Ausbruch der Revolution hat Ebert in mehrfachen Besprechungen der Reichsregierung den Ernst der Situation vorgestellt. Nach Ausbruch der Revolution erschien er am 9. November vormittags mit einer Deputation von Abgeordneten und Arbeitern bei der Reichsregierung und begründete die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Reichsregierung. Am gleichen Tage übernahm er mit Zustimmung seiner Partei das ihm von der Reichsregierung übertragene Amt des Reichskanzlers. Die bisherigen Staatssekretäre berief Ebert am nächsten Tage noch einmal zu einer Sitzung, um über die Waffenstillstandsbedingungen Mitteilung zu machen und Kenntnis zu geben von einer Depesche der Obersten Heeresleitung, in der schnelle Annahme der Bedingungen verlangt wurde. Die bisherigen Staatssekretäre lehnten ab, dazu Stellung zu nehmen, wonach Ebert die Waffenstillstandskommission zur Annahme der Bedingungen bevollmächtigte. Am gleichen Tage wurde zur Leitung der Reichsgeschäfte der Rat der Volksbeauftragten gebildet. Ebert war bis zur Wahl zum Reichspräsidenten dessen Vorsitzender.

1892.

Auszug aus der 1892 erschienenen Schrift:

DIE LAGE DER ARBEITER IM BREMER BÄCKERGEWERBE

und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung. Ergebnis einer statistischen Erhebung des Gewerkvereins der Bäckergesellen Bremens und Umgebung.

In keinem Industriezweige müssen die Arbeiter ihr Dasein mühevoller und trauriger fristen als im Bäckergewerbe. Tag und Nacht, Sonntag und Werktage, Jahr aus Jahr ein sind sie bei einer oft 16-, 17- und 18stündigen Arbeitszeit, bei unzureichendem Lohn, schlechter Beköstigung, oft roher Behandlung angestrengt tätig. Während andere Arbeiter sich in ihren freien Stunden geistig bilden und an den Naturschöpfungen teilnehmen, ist der Bäcker an seine gesundheitschädigende Arbeit gebunden, oder er liegt ermüdet auf dem Lager, um seinem Körper die notwendigste Ruhe zu gönnen. Die geistige und körperliche Verkrüppelung, die in großem Maße unter den Bäckerarbeitern herrscht, ist der lebende Beweis für die unwürdigen und unhaltbaren Zustände. Während die Arbeiter der Industrie durch ihre gute Organisation, wenn auch nach schwerem Kampfe, ihre Lage verbessert haben, so ist auf seiten der Bäcker heute noch wenig oder gar nichts geschehen, denn die Innungen führen hier noch das Regiment. Aber der Geist und die heiße Sehnsucht nach Erlösung aus unwürdigen Zuständen hat heute das Proletariat aller Kulturländer beseelt. Die Lehre

vom Vorrecht des Besitzes ist erschüttert. Die Behauptung alter Philosophen, der Arme sei auf ewig zur Knechtschaft bestimmt, findet heute keinen Glauben mehr, und überall regt sich der Unterdrückte in unablässigem Ringen um ein besseres Los. Das Morgenrot der allgemeinen Menschenrechte dringt auch in die Reihen der Bäckerarbeiter, und der Ruf nach Gerechtigkeit, der über die weite Erde hallt, hat auch in jenen Kreisen Widerhall gefunden. Eine große Anzahl von Bäckerarbeitern ist heute ernstlich bestrebt und tätig, den herrschenden Zuständen ein Ende zu machen. In Nachstehendem werden wir nun ein Bild entrollen über die wirtschaftliche Lage der Bäcker; wir verwenden hierbei das Material einer sorgfältig aufgenommenen Statistik am hiesigen Ort. Sollte nun die nackte Wahrheit dazu beitragen, die Reihen der kämpfenden Bäcker zu dichten und ihre Organisation zu stärken, so ist allen denjenigen, die bei dieser Arbeit so tatkräftig mitgewirkt haben, der schönste Dank geworden.

I.

Wenn heute irgendeine Kategorie der Arbeiter eine Forderung an das Unternehmertum stellt oder vielleicht mit einem Streik droht, so gibt es Zetergeschrei. Die Arbeiter werden von den Soldschreibern des Unternehmertums, der Bourgeoisiepresse, verflucht und verwünscht, und insbesondere sind dann ihre Führer Faulenzer, Hetzer usw., und sie allein sind dann schuld, daß die Arbeiter unzufrieden werden. Dies ist aber nur das pure Angstfieber und ein Hohn auf die Weisheit der besitzenden Klasse, die nur aus der Schatulle ihrer Großmutter gelernt hat und so von der Wirklichkeit dieser ihrer Ansicht fortträumt, bis ihr die Verhältnisse über den Kopf wachsen. Wie die Vertreter der besitzenden Klasse denken und urteilen über die Arbeiter

und ihre Lage, das bewies auch kürzlich ein Innungsheld, der Bäckermeister Bitter, in einer Sitzung der bremischen Bürgerschaft. Zur Verhandlung stand ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, der dahin ging, daß man so schnell als möglich Staatsarbeiten ausführen solle, um einen Teil der in so großer Anzahl außer Arbeit und Verdienst stehenden Arbeiter vor Hunger und Elend zu schützen.

Wutschnaubend ergriff der genannte Herr das Wort, um den Arbeitern ihr Sündenregister vorzuhalten. Sie lebten nach Ansicht dieses Herrn in Verschwendung, sie sind faul, wollen nicht sparen und sind demnach selbst schuld, wenn sie in Not geraten. Unverschuldete Arbeitslosigkeit existiert nach der Ansicht dieser Herren einfach nicht.

Wir sind uns freilich bewußt, daß sich diese Herren, die den Tag über mit Zylinder und Glacéhandschuhen die Stadt abmarschieren, von uns nicht eines Besseren belehren lassen. Wir wenden uns daher auch nicht an sie, sondern an die Arbeiter und speziell an die Bäcker. Wenn diese ihre Lage erkannt haben und mit vereinten Kräften an der Verbesserung derselben arbeiten, so werden bedeutende Resultate auch ohne Mithilfe der besitzenden Klasse erzielt.

Dazu, um mit vereinten Kräften wirken zu können, gehört in erster Linie ein einigermaßen gleichlautendes Urteil über die bestehenden Verhältnisse im Gewerbe und Klarheit über die Mittel, die angewandt werden sollen, um die Verhältnisse zu bessern.

II.

Wer heute noch an das alte Sprichwort glaubt „Handwerk hat einen goldenen Boden", der irrt sich gewaltig. Die Menschheit ist in ein neues Zeitalter eingetreten, das der Wissenschaft gehört. Wie würde

unser Großvater, der Spinn- oder Webemeister, staunen, wenn er heute in das Etablissement einer mechanischen Spinnerei oder Weberei käme, wo ein menschenähnlicher Mechanismus mit Hunderten und Tausenden von Händen in Bewegung ist und die Arbeiter oder Arbeiterinnen nur als Aufseher an der Maschine stehen, und wenn er dann hörte, daß sein früher so sehr erträgliches Handwerk heute von der Bildfläche verschwunden sei. Die großartigen Entdeckungen und Erfindungen der Naturwissenschaft und Technik werden in den Dienst der Industrie gestellt. Große Fabriken mit turmhohen Schornsteinen und großartige Bankhäuser deuten an, daß sich die Produktion heute in anderen Bahnen befindet als vor einem Menschenalter. Wo eine Fabrik entstand, ist die Existenz von Hunderten von kleinen Handwerksmeistern begraben worden. Der Handwerker hat seine Selbständigkeit verloren, er ist zum Fabrikarbeiter gestempelt, und keine Leiter ist vorhanden, auf deren Sprossen er wieder zu dem heraufsteigen könnte, was er war. In ununterbrochenem Siegeslauf schreitet diese Entwicklung vorwärts, und alle widerstrebenden Kräfte stellt sie in ihren Dienst; mit demselben Arbeitsaufwand bringt sie Produkte in ungeahnter Fülle hervor, und wenn die Menschheit dieselbe Lebensweise führen wollte wie vor 20 oder 30 Jahren, so brauchte sie heute ungleich weniger Arbeit auf sich zu nehmen. Dabei zeigt dieser Aufschwung niemals eine Spur von Erschlaffung, im Gegenteil, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt regt er immer machtvoller seine Schwingen.

Man sollte nun annehmen, daß diese Errungenschaft der Wissenschaft auch der gesamten Menschheit zugute käme, da doch jeder, der auf dieser Erde geboren wird, auch die gleichen Ansprüche an deren

Güter hat. Heute ist dies nicht der Fall. Alle Errungenschaften der Wissenschaft kommen nur denen zugute, die den Besitz in Händen haben, und das sind 15 % des Volkes, während sie 85 % des Volkes zum wahren Fluche gereicht. Immer größer wird heute die Zahl derjenigen, die unverschuldeterweise verurteilt sind zu hungern, zu frieren, zu dursten, die ohne Obdach von Stadt zu Stadt eilen, die gern arbeiten würden, um nicht unterzugehen, die aber keine Arbeit finden können, weil sie überflüssig sind. Würde sich diese Arbeitslosigkeit nicht von einem Bruchteil des Arbeiterstandes zum andern abwälzen, würde sie stets an einem und demselben haften bleiben, so wären Hunderttausende von jungen und kräftigen Staatsbürgern, Tausende von Familienvätern mit Frau und Kind gezwungen, dem Hungertode in die Arme zu fallen.

III.

Auch in der Bäckerei macht die Arbeitsteilung im großen und der Maschinenbetrieb jedes Jahr weitere Fortschritte. Da ist z. B. die Teigmaschine, die Teigteilmaschine usw. Eine der neuesten Erfindungen ist die Brotmaschine, die in drei Stunden mit acht Mann Besatzung für eine Stadt von 20 000 Einwohnern Brot liefert. Sie war in Paris auf der Weltausstellung ausgestellt und wird in Chicago in verbessertem Maßstabe ausgestellt werden. Insbesondere sind es die großen, hauptsächlich Brot produzierenden Mühlen, die ihre Konkurrenz fühlen lassen. Es sind dies alles jedoch nur Anfänge, denn im großen und ganzen liegt die Bäckerei heute noch in den Händen des Kleinmeisters. Aber der Boden fängt schon an zu schwanken, und so befehdet sich, trotz aller Innungsmeierei, die große Zahl der kleinen Konkurrenten unter sich und macht sich gegenseitig das Leben schwer. Da

erscheint dann jeder Pfennig, der für verbesserte Arbeits- und Wohnräume angewandt werden soll, als eine unnütze Last. Jede Stunde verkürzte Arbeit wird als eine unberechtigte Beschränkung des Unternehmergewinns betrachtet. Jeder Versuch, die Lage der Arbeiter zu verbessern, ist ein Angriff auf die Existenz des Unternehmers, den er hartnäckig zurückweist.

Der Krebsschaden in der Lage der Bäckerarbeiter ist das Schalten und Walten der Innung, die ihre Machtbefugnisse weit überschritten hat und sich große Eingriffe in die Rechte des Arbeiters erlaubt.

Zum Beweis mag nachstehendes Regulativ gelten, das in allen Backstuben der Bremer Bäckereien aushängt:

Der Vorstand der Weißbäcker-Innung und der Gesellen-Ausschuß haben in betreff der Regulierung des Arbeitsverhältnisses folgende Bestimmungen getroffen:

1. Der Arbeit suchende Geselle hat sich beim Sprechboten zu melden, um in die Liste aufgenommen zu werden. Die Aufnahme kann gleich nach der Kündigung des Arbeitsverhältnisses erfolgen; der Austritt aus demselben jedoch erst nach Ablauf der Kündigungszeit. Zugereiste Gesellen, welche hier arbeiten wollen, werden sofort in die Liste aufgenommen.

2a. Meister, welche ohne Vermittlung des Sprechboten Gesellen in Arbeit nehmen, oder Gesellen veranlassen zu kündigen, verfallen in eine Strafe von ℳ 10.—, welche der Innungskasse zufließen.

2b. Gesellen, welche ohne Vermittlung des Sprechboten in Arbeit gehen, oder, bevor sie gekündigt, sich um Arbeit bemühen, verfallen in eine Strafe von ℳ 5.— zugunsten der Gesellenkasse.

3. Jeder fremdliegende Geselle ist verpflichtet, die ihm vom Sprechboten angetragene Arbeit sofort anzutreten, sobald ein Notfall vorliegt. Der Geselle hat jedoch das Recht, dieselbe folgenden Tages wieder niederzulegen, sofern genügende Gründe vorhanden sind, muß aber vorher den Obermeister davon in Kenntnis setzen, welcher die Sache sofort untersucht oder untersuchen läßt, und im Fall die Gründe gerechtfertigt sind, den Gesellen von der Arbeit entbindet.

Zuwiderhandelnde Gesellen werden von der Arbeit ausgeschlossen.

4. Bei Aushilfsarbeit ist der Lohn vorher zu vereinbaren; findet keine Vereinbarung statt, so erhält der Vertreter an Lohn, was der frühere Geselle bekam.

5. Die Aushilfsarbeit kann in den ersten acht Tagen seitens des Gesellen nicht gekündigt werden, sofern nicht die drei erwähnten triftigen Gründe vorliegen, über welche der Obermeister entscheidet. Nach Ablauf von drei Tagen tritt jedoch die beiderseitige gesetzliche Kündigungszeit ein, im Falle nichts anderes vereinbart ist.

6. Fremdliegende Gesellen, welche in Logis wohnen, in denen ansteckende Krankheit herrscht, oder in welchen keine Reinlichkeit und Ordnung ist, haben auf Verlangen des Meisters beim Arbeitsantritt eine ärztliche Bescheinigung über ihren Gesundheitszustand beizubringen.

Der Sprechbote ist verpflichtet, in jeglichem Falle dem Meister Anzeige zu machen.

7. Gesellen, welche in Bremen arbeiten, müssen einer Krankenkasse angehören.

8. Beschwerden, das Arbeitsverhältnis betreffend, sind seitens der Gesellen an den Gesellen-Ausschuß,

seitens der Meister an den Innungs-Vorstand zu richten.

9. Für Meister wie für Gesellen gelten die gesetzmäßigen Bestimmungen, sofern Vorstehendes nichts anderes bestimmt.

10. Es erklärt sich der Geselle mit Vorstehendem stillschweigend einverstanden, sobald er in Arbeit tritt, sowie auch der Meister, sobald er einen Gesellen in Arbeit nimmt.

11. Der Innungs-Vorstand sowie der Gesellen-Ausschuß verpflichten sich, nach Kräften auf die Erfüllung vorstehender Bestimmungen zu achten.

Bremen, April 1888.

Man sieht hieraus, wie schön es die Innung versteht, mit Hilfe des Gesellen-Ausschusses die Gesellen an ihre Leine zu binden. Darauf, wie es möglich war, daß die Gesellenschaft zu Bremen sich so etwas bieten ließ, wollen wir nicht weiter eingehen. Der Verfasser dieses Schriftchens hatte sich selbst einmal wegen Vergehen gegen dieses Regulativ vor dem hiesigen Innungsschiedsgericht zu verantworten. Er hatte nämlich das Verbrechen begangen, eine vom Sprechboten ihm zugesagte Arbeit nicht anzunehmen, weil er nicht wußte, was es für Lohn gab und er der Meinung war, daß, ehe man eine Arbeit antritt, erst der Lohn festgestellt wird. Wegen des gleichen Falles hatten noch drei Kollegen vor dem hohen Gerichtshof der Innung zu erscheinen. Der Meister gab an, er sei durch unser Verhalten geschädigt. Es bedurfte einer guten Verteidigung, daß drei dieser angeklagten Gesellen freigesprochen wurden, während der vierte zu 5.— ℳ Geldstrafe verurteilt wurde. Es sind nun solche Fälle in Bremen keine Seltenheit. Gewöhnlich geht dem Angeklagten ein Drohbrief zu, in dem er auf-

gefordert wird, vor dem Gerichtshof zu erscheinen. Geschieht dieses nicht, so wird er ohne Gnade von der Arbeit bei den hiesigen Innungsmeistern ausgeschlossen, und er kann Bremen ade sagen. Das Gericht wird von der Innung nach Gutdünken anberaumt, und der Angeklagte erhält vom Sprechboten nicht eher Arbeit, bis die Angelegenheit endgültig entschieden ist.

Wer das Sprechbotwesen seit längeren Jahren beobachtet hat, wie die Meister durch ihre Sprechboten den Gesellen behandeln, der muß empört sein über solche Machinationen. Je jünger ein Geselle ist, je schüchterner kommt er den Worten des Boten nach. Und wie wird ein solcher Mensch oft ausgenutzt! Es ist wahrlich ein richtiger Menschenhandel. Der Sprechbote muß die Gesellen aussuchen, ob sie auch ganz genau für den Meister passen. Die Hauptbedingungen sind: Er muß willig in der Arbeit sein, er darf keine Widerworte haben, ferner die Fragen, wie er sich schon aufgeführt habe, ob er als Ruhestörer oder als Aufwiegler bekannt sei, ob er bei einem Nichtinnungsmeister beschäftigt gewesen sei, oder gar in einer Brotfabrik, ob er im Besitze eines Knechtbuches (genannt Germaniabuch) sei. Trifft von diesen Fällen etwas bei ihm zu, dann kann er sein Bündel schnüren. Arbeit gibt es für ihn nicht mehr.

Also noch nicht einmal über sein einziges Kapital, über seine Arbeitskraft, darf der Arbeiter nach freiem Ermessen verfügen, sondern dem Ausbeuter der Arbeitskraft, dem Arbeitgeber, steht dieses zu? Wo bleibt die Phrase von dem freien Arbeiter? Ist sie nicht reiner Hohn? Wir sind fest überzeugt, daß die Bäckergesellen Bremens ihr Hauptaugenmerk auf diesen Punkt richten und dem Wolf bald das Schaf entreißen müssen.

IV.

Betrachten wir nun die Lage der Bäckerarbeiter im allgemeinen, so können wir wohl sagen, daß dieselbe mit nur wenigen Ausnahmen eine geradezu menschenunwürdige ist. Übermenschlich lange Arbeitszeit, wenig Lohn, schlechte Kost und zum großen Teil auch schlechte und brutale Behandlung, das ist das gewöhnliche Leben eines Bäckergesellen. Er ist geistig so herabgesunken durch diese Zustände, daß er wie das Arbeitstier nichts anderes als Arbeiten und wieder Arbeiten, Essen und Schlafen kennt, nur mit dem Unterschiede, daß das Pferd, wenn es den Tag über schwer gearbeitet hat, abends ein genügendes und kräftiges Haferfutter und eine ordentliche Streue erhält, während der Bäckerarbeiter, wie es unsere Statistik hier in Bremen feststellt, zum großen Teil ungenügende Kost und schlechte Schlafräume erhält. Die Arbeitszeit differiert zwischen 10 und 18 Stunden täglich, in den meisten Fällen zwischen 14, 15 und 16 Stunden. Dabei ist die Mehrzahl der Arbeitsräume höchst ungünstig gelegen, sie liegen meist im Souterrain und ermangeln der Luft, des Lichtes und der Ventilation. Die Reinlichkeit läßt viel zu wünschen übrig. Die Temperatur ist auf das Höchste gesteigert, die Luft ist mit Dünsten aller Art geschwängert. So sind Gesellen, Lehrlinge, und in vielen Bäckereien auch die Meister mit der Herstellung des wichtigsten Volksnahrungsmittels, das im Palast wie in der Hütte einen wesentlichen Teil der täglichen Nahrung bildet, beschäftigt. Mit vollem Rechte kann man sich hier die Frage erlauben, ob nicht durch solche Zustände jährlich zahllose Krankheitskeime unter Tausende von Menschen getragen werden? Betrachten wir uns

die von der Hitze, Dunst und Staubatmosphäre abgerackerten und vielfach schwindsüchtigen Bäckergesellen und Lehrlinge; wie mancher Schweißtropfen wird in die Ware hineingebacken. Der Konsument, das Publikum, ist im Interesse seiner Gesundheit verpflichtet, überall im öffentlichen Leben und bei der Regierung zu veranlassen, daß solchen Zuständen eine gründliche Reform zuteil wird. Die Schlafräume befinden sich meistens in sehr schlechtem Zustande, gewöhnlich über der Backstube oder daneben, auch teilweise im Keller. So kommt es in Bäckereien vor, in denen vielleicht zwei oder mehrere Gesellen beschäftigt sind, daß zwei Personen in einem Bett schlafen. Steigen die Gesellen heraus, so passiert es mitunter, daß der Lehrling hineinsteigt, — ja es ist schon vorgekommen, daß das Dienstmädchen die Ablösung besorgt.

Auch speziell hier in Bremen werden viele Klagen über schlechte Schlafräume laut. So wird uns von einem Geschäft mitgeteilt, daß durch einen Schlafraum, in welchem vier Personen schlafen, der Rauch von zwei Backöfen ziehe. Eine andere Schlafstelle befindet sich im feuchten Keller, in den das ganze Jahr kein Licht hineinkommt. In einer anderen Feststellung heißt es, daß man sich beim Erwachen nicht wundern dürfe, wenn Schnee auf dem Bett läge. Das sind gewiß Zustände, die himmelschreiend sind. Der Mensch, der seinen Körper durch übermäßige Arbeit zu Tode rackert, findet als Lohn nicht einmal ein Plätzchen, wo er sein müdes Haupt zur Ruhe niederlegen kann, während andere, die vielleicht im Jahre sich ein paar Tage bemühen, um Kupons abzuschneiden, in seidenen Betten und großartigen Palästen ihre Wollust stillen. Würde unsere löbliche Polizei einmal Heerschau halten, in welchem Zustande sich

die Schlafräume der Bäckerarbeiter hier befinden, so würde es wohl dasselbe Resultat sein wie in Braunschweig. Die deutsche Bäckerzeitung schreibt hierüber:

„In Braunschweig ging man ernstlich gegen die erbärmlichen Schlafstellen vor, wie der folgende uns zugesandte Zeitungsausschnitt zeigt: Lebhafte Klagen werden seitens der hiesigen Bäckergesellen über die unzureichenden, ungesunden, ja teilweise gefährlichen Wohn- und Schlafräume geführt, und daher wurde beschlossen, eine Eingabe an die Herzogliche Polizeidirektion zu richten, in welcher die Mißstände zur Sprache gebracht würden, und um Abhilfe gebeten werden sollte. Die Herzogliche Polizeidirektion hat nun durch den Wachtmeister Bussenius eine Untersuchung der den Bäckergesellen überwiesenen Wohn- und Schlafräume vornehmen lassen. Diese Untersuchung ist zum Teil schon ausgeführt worden und hat ergeben, daß fast zwei Drittel der bis jetzt besichtigten Räume nach keiner Richtung hin den baupolizeilichen Vorschriften entsprechen.

Sowohl die Lage vieler Räume über Ställen, Abtritten, Mehlkammern, wie auch deren sonstige Beschaffenheit haben sich als durchaus gesundheitsschädlich und gefährlich für die Bewohner erwiesen. Es wird nun, wie wir hören, den betreffenden Bäckermeistern von der Polizei bezw. Baubehörde aufgegeben werden, entweder die erforderlichen baulichen Veränderungen der als unbewohnbar bezeichneten Räume in kürzester Frist vornehmen zu lassen, oder den Gehilfen andere Wohn- und Schlafräume anzuweisen. Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, daß in vielen Fällen eine durch die Nachlässigkeit der Gehilfen verursachte große Unsauberkeit der Räume zutage trat."

Hierzu bemerkt die deutsche Bäckerzeitung folgendes: „Zunächst müssen wir unser Befremden über den letzten Satz ausdrücken: danach müßten ja die Gesellen die Schlafräume selbst reinigen — ist dem wirklich so? Wir meinten bisher, daß der Schlafwirt für die Reinigung des Schlafraumes zu sorgen hat. Da unsere Kollegen Kost und Wohnung beim Lohn eingerechnet bekommen, so ist doch der Meister Logisgeber und hat als solcher das Logis in sauberem Zustande zu erhalten. Wofür ist denn die Hausfrau resp. deren Dienstmädchen da, als dafür, den Hausstand in Ordnung zu halten! So etwas bietet man den deutschen Bäckergesellen schon an! Das hätte in der alten Zunftzeit nicht passieren können, denn damals hielten die Frau Meisterin und deren Töchter noch selbst Ordnung, heute freilich sind es Modedamen geworden. Im Prunkzimmer blitzt es, während in den Hinterräumen und Winkeln der Schmutz ungestört haufenweise liegt.

Also zwei Drittel der bis jetzt untersuchten Schlafstätten sind als völlig unbewohnbar befunden worden, und da wollen die lieben Meister noch zetern, wir hetzten die Gesellen auf, damit sie unausführbare Wünsche äußerten? Nun, nun, noch ein bißchen Geduld, die Herren werden ja auch noch begreifen lernen, daß nicht nur sie und ihre Frau „Gemahlin" sowie deren Töchterlein, sondern daß ihre Gesellen, die doch alles erwerben müssen, auch noch zu den Menschen zählen. Ein derartiges Licht kommt ihnen denn auch schon, freilich werden einzelne Meister deshalb sehr aufgebracht. In kurzer Zeit ist es zweimal hintereinander vorgekommen, daß dort Meister sich an Gesellen tätlich vergriffen haben. Sonst etwas Unerhörtes in Braunschweig. Nun, die Herren sind schon teilweise von den dortigen Arbeitern

kuriert worden. Was etwa noch fehlen sollte, wird wohl noch nachgeholt werden."

Wir brauchen wohl nach diesem nicht erst zu beweisen, daß solche Zustände gesundheitsmordend sind. Sehr treffend führt Bebel in seinem Buche „Die Bäckerarbeiter" aus: „Die Bäckerei wirkt in höchstem Maße korrumpierend und degenerierend auf ihre Arbeiter ein, sie ist eines der menschenverwüstendsten Gewerbe, die überhaupt existieren."

Was die Beköstigung der Gesellen anbelangt, so muß auch diese als ein miserabler Zustand betrachtet werden. Es sind Fälle bekannt, in denen gerade bei wohlhabenden Meistern die Kost am schlechtesten ist. Auch hier in Bremen sind lebhafte Klagen über schlechte Beköstigung festgestellt worden.

Die Meister schämen sich größtenteils, mit ihren Gesellen an einem Tische zu speisen und schicken den Arbeitern ihr Essen nach der Backstube. Während der Arbeiter mit solchen Brocken abgespeist wird, findet man in den Familien der Meister ein ziemliches Wohlleben. Da ist in erster Linie der Sohn; er muß die hohe Schule besuchen, das Einjährigen-Examen machen. Die Töchter müssen auch etwas Englisch und Französisch lernen. Alles dies können sich ja die Herren leisten, solange ihre Gesellen 15 bis 18 Stunden ins Joch gespannt sind.

Nach solchen grauenhaften Zuständen sollte man annehmen, daß sich die Innungen, die ja vorgeben, sie wollten das Handwerk heben, und hierzu gehören in erster Linie ihre Arbeitskräfte, auf ihren Verbandstagen mit dieser Materie befaßten. Aber da käme man schön an, wenn man die Goldbodenflicker stören wollte! Petitionen, Bitt- und Bettelbriefe an den Reichstag und Bundesrat um Einführung von Gesetzes-Paragraphen gegen die Vernichtung des Handwerks,

insbesondere gegen die Fachvereine, Gesellenhetzer, Streiks usw., Einführung der obligatorischen Innung, Befähigungsnachweis, Lehrlingsprivilegium und womöglich noch Ausweisung der Juden — das ist die Tagesordnung ihrer Kongresse. Und welch ein Geheul wird angestimmt, wenn ihre maßlosen und egoistischen Wünsche nicht erfüllt werden! Die Herren haben heute noch nicht ihren Katzenjammer verloren, der sich einstellte, als die Regierung erklärte, daß sie den Befähigungsnachweis nicht einführen wolle. In ihrer Kurzsichtigkeit erkennen sie in den Gesellen und ihren Bestrebungen ihren Todfeind, während sie ihrem Totengräber, dem Großkapitalismus, Schleppträgerdienste leisten.

V.

Das beklagenswerteste Geschöpf in der Bäckerei ist der Lehrling; für ihn gilt nicht nur alles das, was für den Gesellen gilt, sondern die Lehrlinge haben noch in einem höheren Maße zu leiden, weil ihre Arbeitszeit meistens länger ist als die der Gehilfen; sie bekommen auch nicht selten eine schlechtere Kost und haben häufig eine sehr harte Behandlung vom Meister und Gesellen zu erdulden. Die Züchtigung und die Ausbeutung der Lehrlinge ist wohl in keinem Gewerbe schlimmer als in der Bäckerei. Als Beweis hierfür bringen wir einen Auszug aus dem Bericht über die Lage des Innungs-Verbandes, der auf einem in Bremen im Jahre 1890 abgehaltenen Verbandstag vorgelegt wurde.

20 049 Innungsmeister beschäftigen in ihren Betrieben 18 175 Gesellen und 13 015 Lehrlinge. Während in denselben Orten 8 912 Nichtinnungsmeister 4 671 Gesellen und 1 203 Lehrlinge beschäftigen.

In diesen Zahlen liegt die so viel beschrieene

segensreiche Wirkung der Innungen. Während bei den Nichtinnungsmeistern auf 100 Gesellen 25,8 Lehrlinge kommen, kommen bei den Innungsmeistern auf 100 Gesellen 71,6 Lehrlinge.

Ist es nicht geradezu ein Verbrechen an der Menschheit, daß mitten in der Entwicklung begriffene junge Leute in der ungeheueren Mehrheit der Fälle 365 Tage im Jahre 14 und mehr Stunden unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten und ihre Jugendkräfte im Interesse des Unternehmertums aufreiben müssen?

Ist es vielleicht ein Wunder, wenn durch solche Zustände ein großer Teil der Bäckergesellen arbeitslos und bettelnd die deutschen Landstraßen durchzieht und die Herbergen belagert, oder wenn er dem Vagabundentum anheimfällt? Ist nicht die große Zahl von überschüssigen Arbeitskräften danach angetan, den Lohn und die Arbeitsbedingungen stets auf dem allernotwendigsten Niveau zu halten? Ja, die Herren Innungsmeister verstehen es wohl, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen, und wenn Hunderte ihrer Nebenmenschen dabei zugrunde gehen; das nennt man ja heute einfach „christlich-sozial".

Gerade diejenigen Bäckereien, die bei der Aufnahme der Lehrlinge etwas Hervorragendes leisten, sehen etwa nicht darauf, den Lehrling auszubilden, daß er mit seinen Kenntnissen imstande ist, später sein Brot zu verdienen; das Hauptgewicht wird darauf gelegt, den größtmöglichsten Nutzen aus der Tätigkeit des Lehrlings zu ziehen. Der Lehrherr erspart sich die Löhnung eines Knechtes und läßt den Lehrling mit Ware hausieren gehen, häusliche Arbeit verrichten und was sonst noch vorfällt. Ist dann solch ein junges Wesen wie ein Hund abgejagt, daß es kaum die Beine noch mitschleppen kann, dann kommt noch die Arbeit

in der Bäckerei. Es gereicht zur Schande der christlichen Zivilisation, wenn man sieht, wie eine so klägliche Gestalt mit einem Riesenkorb oder einem Proviantwagen sich die Straßen entlang schleppt. Es kann dann nicht ausbleiben, daß der größte Teil der Bäckergesellen lungenkrank ist und verkrüppelte Beine und Rücken hat und daß, wie es tatsächlich der Fall ist, nur kaum ein Drittel der Bäckerarbeiter tauglich zum Militär ist.

Der Sohn des Städters kennt diese Zustände und die Bäckermeister finden heute wenige Jungen aus der Stadt, die bei ihnen in die Lehre gehen. Den Haupttrupp ihrer Rekruten erhalten die Meister vom Lande. Die Herren eröffnen ja zu Ostern eine richtige Jagd nach Lehrlingen in den Zeitungen.

Durch reichsgesetzliche Bestimmung der Gewerbeordnung wird es jedem Meister zur Pflicht gemacht, seinen Lehrling einer Fortbildungs- oder Gewerbeschule zu überweisen. Aber fragen wir die hiesigen Meister, ob sie ihrer Pflicht nachgekommen? Leider ist dies nicht der Fall. In der Bekanntmachung der hiesigen Gewerbeschule ist zu ersehen, daß in der Rubrik über Besuch der Gewerbeschule durch die Bäckerlehrlinge eine Null verzeichnet ist. Die Gesellen und ihre Bewegung haben ein Interesse daran, daß die geistige Finsternis von den Bäckerarbeitern weicht, und daß sie wenigstens mit den notwendigsten Kenntnissen versehen werden. Sie haben sich deshalb mit den Meistern in Verbindung gesetzt, um diese Mißstände zu beseitigen. Es wurde in einer Sitzung von seiten der Gesellen der Vorschlag gemacht, die Meister möchten eine Fortbildungsschule errichten. Aber weit gefehlt! Auf einen anderen Vorschlag von seiten der Gesellen, ob die Meister gewillt seien, wenn von den Gesellen eine solche errichtet würde,

die Lehrlinge in diese zu schicken, gab der Herr Vorsitzende ausweichende Antworten. Auch die Lehrlingszüchterei im allgemeinen kam hier zur Sprache, insbesondere die Prüfung der Lehrlinge. Es war nämlich vorgekommen, daß ein Lehrling von einer Meisterprüfungs-Kommission nicht für fähig gehalten war, in den Gesellenstand einzutreten. Eine andere Kommission hielt ihn aber für fähig. Die Herren ließen sich aber von den Gesellen nichts hineinreden in ihre Machenschaften, denn ihr Portemonnaie könnte darunter leiden. Die Sitzung wurde wieder resultatlos geschlossen.

Eine ebenfalls sehr erwähnenswerte und selbstverständlich segensreiche Einrichtung der Innung sind die Germaniabücher. Der Schwindel, der hiermit getrieben wird, spottet aller Beschreibung. So hat man häufig junge Gesellen, die nicht im Besitze eines solchen Knechtschaftsbuches sind, und wollen diese dann bei einem Innungsmeister Arbeit haben, so lernen sie einfach noch ein halbes Jahr nach, und haben sie sich dann zur vollen Zufriedenheit betragen, so händigt man ihnen ein solches Buch ein. Mit diesen Büchern kann man sich dann auch ganz schön gewisse Elemente vom Halse halten und die Arbeiter überhaupt unter die Polizeiaufsicht der Innung stellen. Wahrlich, wahrlich, ehrliche und christlich gesinnte Leute müssen es sein, die ihre Existenz, die durch die Entwicklung gefährdet wird, mit solchen unlauteren Mitteln hochzuhalten suchen! Verwunderung und Empörung muß es bei jedem Menschenfreund, der das Volkswohl und nicht die Volksausbeutung will, hervorrufen, daß man zu solchen Machinationen seine Zustimmung gibt. Würde die Regierung ihre väterliche Hand von dem Haupte der Innung nehmen, so würde auch sie sich daran gewöhnen müssen, ihre Arbeiter als gleich-

berechtigte Menschen und nicht als Ware, Ziffern und Maschinen zu betrachten. Die Bäckereiarbeiter wollen nichts mehr wissen von dem Patriarchentum, sie danken gefälligst für eine solche väterliche Fürsorge und Bevormundung. Sie werden anfangen, ernstlich nachzudenken über solche Zustände, und der Keim, der gelegt ist, läßt sich nicht mehr ersticken. Er wird sich fortentwickeln zu einem Damm mit mächtiger Widerstandskraft, an dem einstmals die Innungsharfe mitsamt dem Lied „vom goldenen Boden" zerschellen wird. Ebenso wie es die Arbeiter anderer Industriezweige schon früher getan haben, so müssen auch wir das Versäumte nachholen. Mit Opferfreude und Mannesmut wollen wir den Kampf aufnehmen, überall wo es angängig ist, in Wort und Schrift ausdrücken, was uns bewegt, dort aufklären, wo es die Macht der Unwissenheit verlangt, anfeuern, wo Kleinmut in unseren Reihen eingreift, organisieren und schaffen, wo eine Zersplitterung der Kräfte droht! Nehmen wir dieses mit in die Zukunft, dann wird auch für uns eine Zeit kommen, in der wir nicht mehr arbeiten müssen, um nicht zu verhungern, sondern die Arbeit wird uns zur Ehre gereichen.

VI.

Von 300 verausgabten Fragebogen erhielten wir 80 wieder zurück. Ein großer Teil der Kollegen war bei dieser Arbeit eben ziemlich gleichgültig, was auch leicht erklärlich ist. Wie bei einem Gefangenen nach langjähriger Strafe alle Keime der Lebensfreude verschwinden, so fehlt auch bei dem großen Teil unserer Kollegen Energie und Mut, mit denen sie an dem Joche rütteln sollen, das man ihnen aufgebürdet hat. Ein anderer Teil schämt sich wieder, seine Verhältnisse zu

schildern, weil sie eben zu traurig sind. Mit diesen und anderen Faktoren hatten wir zu rechnen, aber trotzdem ist es uns gelungen, die blasse Not und das nackte Elend herauszuholen aus seinem verborgenen Dunkel und wir können mit Bestimmtheit sagen, daß dieses Bild, das wir unseren Lesern vorgeführt haben, maßgebend ist für die ganze wirtschaftliche Lage der Bäckergesellen Bremens. Wäre es uns selbst gelungen, vollständiges Material zu erhalten, so sind wir der festen Überzeugung, daß das Resultat dasselbe oder womöglich noch trauriger als das jetzige ist.

Die Fragebogen lassen ersehen, daß die Kollegen bemüht waren, diese streng wahrheitsgetreu zu beantworten, wie es ihnen in Versammlungen auch genügend ans Herz gelegt wurde. Wir haben nicht bemerkt, daß Kollegen ihre Lage trostloser geschildert haben, als sie tatsächlich ist; dagegen haben wir wahrgenommen, daß einige Kollegen sie besser geschildert haben, als sie ist. Es handelt sich aber nur um geringe Ausnahmen. Es soll nun damit nicht gesagt sein, daß dies mit Absicht geschah, sondern man denke sich nur hinein in die Lage eines Bäckerlehrlings. Hat solch ein junger Mensch seine qualvolle Lehrzeit beendet, so daß seine Lage etwas günstiger wird, so atmet er auf wie ein Gefangener, der die Kerkertür von außen zumacht, und man kann begreifen, was dieser junge Mann als „gute Zustände" betrachtet. Nach all diesem glauben wir es nicht nötig zu haben, noch eine weitere Kritik an dem leider so traurigen Resultat zu üben; aber wer noch zweifeln wollte an dem unwürdigen Lose des Arbeiters, der im Schweiße seines Angesichts das notdürftigste Nahrungsmittel für seine Mitmenschen schafft, dem wollen wir noch nachstehende Zahlen entgegenhalten. Es ist dies ein Auszug aus der Jahresabrechnung der hiesigen Bäcker-Brüderschafts-Kran-

kenkasse. Dieselbe zählt 320 Mitglieder, hiervon wurden im Jahre 1889 86 Personen zusammen 1558 Tage in hiesigen Krankenhäusern verpflegt. Im Jahre 1890 wurden 85 Personen ungefähr dieselben Tage in Krankenhäusern verpflegt. Hierzu kommt noch ein ziemlicher Teil Kranker, die in ihrer Wohnung verpflegt wurden. Jeder Menschenfreund muß hier anerkennen, daß diese große Zahl von Krankheitsfällen nur Ausflüsse von den unwürdigen Zuständen sind, in der sich die Bäckergesellen befinden. Hier spiegeln sich die unmenschlich lange Arbeitszeit, die ungesunden Arbeitsräume, die schlechte Kost und die abscheulichen Schlafräume in Gestalt von Krankheiten wider. Wir waren bei unserer Arbeit bestrebt, die Sache streng objektiv zu behandeln; aber trotzdem wissen wir, daß uns vielleicht von diesem oder jenem Innungsmeister, oder von sonstigen Herren, die bei der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren, Vorwürfe der Einseitigkeit gemacht werden. So wenig wir uns nun um das Gezeter dieser Herren bekümmern, so können wir doch nicht umhin, diesen Herren ein derartiges Beispiel hier gleich mitzugeben. Als der Reichstagsabgeordnete Bebel vor längerer Zeit eine statistische Erhebung über die Lage der deutschen Bäckereiarbeiter veröffentlichte, war der Bürgermeister von Darmstadt der Meinung, daß diese einseitig und übertrieben sei. Er sah sich veranlaßt, selbst eine Erhebung zu veranstalten, und zwar mit dem Resultat, daß er zugeben mußte, daß die Verhältnisse überhaupt nicht traurig genug geschildert werden könnten. Die Bremer Bäckergesellen haben sich damals nicht beteiligt an der Bebelschen Erhebung, und so haben sie sich veranlaßt gesehen, das Versäumte nachzuholen. Wenn auch unsere Arbeit nicht vollständig ist, so wird sie aber immerhin aufklärend wirken und den Bremer Kollegen Anlaß geben, mehr

als bis jetzt bestrebt zu sein, diesen Zuständen ein baldiges Ende zu machen.

VII.

Zum Schlusse kommen wir nun auf die wichtigsten Aufgaben der Bäckerbewegung.

Der letzte Kongreß der deutschen Bäckergesellen tagte im Juni 1891 zu Altenburg (S.-A.). Er war beschickt von 20 Delegierten, die insgesamt 15 Städte mit 13 000 Bäckerarbeitern vertraten; von ihnen sind organisiert in Lokalvereinen 1070, im Verband der Bäcker und Berufsgenossen 1016 Kollegen. Wohl eine winzige Zahl im Verhältnis zu den 100 000 Bäckergesellen, die es in Deutschland gibt! Trotzdem nun in keinem Beruf mit einem größeren Indifferentismus zu kämpfen ist als im Bäckergewerbe, so haben die Führer der Bäckerbewegung doch nicht den Mut verloren, sondern eifrig weitergekämpft für die Rechte der unterdrückten Gesellen, und daher rührt sich heute allenthalben die Arbeiterschar.

Die Bewegung der Bäcker hat bis jetzt noch keinen großen Erfolg aufzuweisen. Wir erinnern nur an den Hamburger und Berliner Streik. Woher kam dies aber? Nun, weil die Bäcker in Deutschland noch keine feste Organisation hatten, und weil auch zu viel Zuzug aus anderen Ländern stattfand, z. B. aus Österreich. Infolgedessen beschloß der letzte Kongreß, im Jahre 1892 einen internationalen Kongreß abzuhalten.

Wenn auch die Meister jetzt schon alle Anstrengungen machen, um die Forderung der Gesellen, die volle Sonntagsruhe im Bäckergewerbe einzuführen, illusorisch zu machen, so werden die Gesellen durch festes Zusammenhalten und mit Hilfe der Konsumenten imstande sein, dieses Vorgehen der Innungen zurückzuschlagen. Was bewegt denn diese Egoisten dazu,

gegen die Sonntagsruhe Stellung zu nehmen? Schädigt diese etwa das Bäckergeschäft, und ist es nicht schon aus gesundheitlichen Rücksichten geboten, mit der Sonntagsarbeit zu brechen? Ist nicht längst festgestellt, warum die warme Ware den Konsumenten schädlich ist? Steht nicht in der Bibel geschrieben: „Sechs Tage sollst du arbeiten, aber am siebenten sollst du ruhen; das ist der Tag des Herrn"? Ist es denn unmöglich, die ganze Nachtarbeit im Bäckergewerbe abzuschaffen? Würde das Bäckerhandwerk hierbei etwa zugrunde gehen? Hat ein Geschäft, das vom Sonntagsverdienst sich hochhält, ein Recht auf Existenz? Nein — ganz gewiß nicht! Nur etwas Verstand und etwas Energie, ihr lieben Meister, ist notwendig, und es ist ein leichtes, die volle Sonntagsruhe im Bäckergewerbe einzuführen! Das Publikum wird gern zufrieden sein und auch müssen. Wohl wissen wir, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der die Sonntagsruhe im Bäckergewerbe eingeführt wird; wir hoffen auch wenig auf die Meister, daß sie hierin Schritte tun sollen, sondern dies ist Aufgabe der Gesellen. Und wenn uns die nächste Zeit auch nicht das bringen wird, was wir alle sehnsüchtig erwarten, so werden wir doch unermüdlich tätig sein, um die bescheidenen Forderungen zum Durchbruch zu bringen.

Wohlan denn, Kollegen, seid unermüdlich tätig für diese gerechte Forderung und sorgt für das Gedeihen unserer Organisation! Dann bilden wir eine feste Kette, die unsere Gegner nie mehr sprengen können.

Lang genug hat man uns geplagt und geschunden — soll das so weiter gehen? Lang genug haben die Gegner das Rechtsbewußtsein unterdrückt, das wir in unserer Brust haben, aber getötet haben sie es nicht und werden es auch nie töten können.

Wir fordern die Beseitigung der Not und des Elends von unseren Schultern! Werden die Bäckerarbeiter diese Forderung zu würdigen verstehen, dann können wir den Kampf eröffnen, und die Zukunft wird uns den Sieg der Gerechtigkeit bringen.

DIE ANARCHISCHE PRODUKTIONSWEISE UND ARBEITSLOSIGKEIT

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 8. 2. 1892

Eine öffentliche Versammlung Bremer Textilarbeiter fand am Sonntag statt. Genosse Ebert referierte über „Die Gewerbeordnung und die Fabrikordnung der Jute-Spinnerei und -Weberei Bremen". Der Referent verweist eingangs darauf, daß die Arbeitslosigkeit größer sei als je. 800 000 Arbeitslose bevölkerten die Landstraße und müßten notgedrungen sich aufs Betteln verlegen. Der Redner schildert weiter die Not und das Elend unter der arbeitenden Bevölkerung und bezeichnet die heutige anarchistische Produktionsweise als die Ursache. Es sei erklärlich, daß das protzenhafte Unternehmertum den Arbeiter die wirtschaftliche Übermacht fühlen ließe, und diesem Fabrikordnungen, Verträge usw. aufzwänge, die eher Zuchthausordnungen genannt werden können. Der Redner schildert nun eingehend die in der Tagesordnung verzeichnete Fabrikordnung und unterwirft diese einer vernichtenden Kritik. Er geht hierauf auf die Behandlung, die den Arbeitern vorgenannter Fabrik zuteil wird, ein und greift ein paar Fälle heraus, die nicht verschwiegen werden sollen. Die Vorarbeiter Sch. und Fl. in der Spinnerei zeichnen sich besonders aus. So äußerte sich Fl. gegenüber einer alten Arbeiterin: „Du altes faules ... hast wohl noch nicht ausgeschlafen." Der von Bildung strotzende Arbeiter — pardon: Vorarbeiter — ist des weiteren der Ansicht, daß man

„hinter den alten Weibern mit dem Stock stehen müsse". Dies sind einige Proben. Der Referent weist zum Schluß darauf hin, daß nur eine stramme Organisation das einzige Mittel gegen derartige Auspressung und unwürdige Behandlung sei. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten während und am Schlusse des Referats von der gutbesuchten Versammlung zuteil. In der Diskussion bemerkt Kollege W. Rössel, daß er die Hungerlöhne, die in jener Fabrik gezahlt werden, zu einer Statistik zusammenstellen und zu veröffentlichen beabsichtige. Nachdem noch zwei Arbeiter sich zugunsten der eingesetzten Beschwerdekommission ausgesprochen hatten und ein Antrag sowie eine Resolution im Sinne des Referats angenommen war, wurde die Versammlung geschlossen.

ZUR ORGANISATION DER GEWERKSCHAFTEN

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 20. 2. 1892

Eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung fand vorgestern abend statt. Punkt 1 der Tagesordnung „Der Organisationsentwurf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" wurde durch ein Referat des Herrn Ebert erledigt. Der Referent stellte sich voll und ganz auf den Boden des Organisationsentwurfs, während Herr Junge einige Bedenken dagegen äußerte. Nachdem der Referent, ebenfalls Herr Junge, nochmals das Wort ergriffen hatten, fand schließlich eine Resolution, welche sich im Sinne des Referats aussprach, Annahme.

1893.

MILITARISMUS UND AFTERPATRIOTISMUS

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 27. 5. 1893

Eine vieltausendköpfige Menge füllte den großen Saal, wo Herr Frese, der Kandidat der vereinigten Liberalen, seine Wahlrede hielt. Wer aber bisher noch glaubte, daß die liberale Kandidatur hier in Bremen Aussicht auf Sieg haben könne, der wird sich nach dem Verlauf dieser Versammlung überzeugt haben, daß der bremische Reichstagswahlkreis für immer der Sozialdemokratie gehört. Die weit überwiegende Zahl der Versammlungsbesucher war nicht sehr erbaut von dem Programm des Herrn Frese, das dieser entwickelte.

Er fand keinen Anklang bei der Versammlung, deren Stimmung zu wahrer Begeisterung anschwoll, als nun Herr Ebert in etwa halbstündiger, wirkungsvoller Rede mit dem herrschenden Militarismus, seinem kulturfeindlichen Wirken und dem Afterpatriotismus seiner Lobredner ins Gericht ging. Mit treffenden Worten schilderte Herr Ebert das Verhalten der Gegner, die mit dem Ausposaunen einer (jeder Begründung entbehrenden) Kriegsfurcht nur das nachmachen, was uns die Bismarcksche Ära 1887 brachte. Er verwies auf den Dreibund, der doch erst die Annäherungsversuche zwischen Frankreich und Rußland veranlaßte, und nun sollte der Dreibund gar nichts mehr taugen und Deutschland allein in die Lage versetzt werden müssen, den Krieg gegen zwei Fronten führen zu können? Mit scharfen Worten wies der Redner dann zurück, daß sich die Verfechter des Militarismus als die einzigen wahren Patrioten hinstellten, während in Wirklichkeit ihr Patriotismus nur bis an den Geldbeutel ginge. Der stürmische, nicht enden-

wollende Beifall bewies, wie sehr Genosse Ebert der Majorität der Versammlung aus der Seele gesprochen hatte.

EBERT IN EINER WAHLVERSAMMLUNG DER GEGNER

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 31. 5. 1893

Die Antisemiten hatten am Montag Abend eine Wählerversammlung berufen, in der ihr Kandidat, der Rechtsanwalt Dr. Müller, den bremischen Wählern präsentiert werden sollte. Eine ungeheure tausendköpfige Menschenmasse hatte sich in den Sälen und auf der Galerie zusammengedrängt. Herr Müller entwickelte in eineinhalbstündiger Rede sein Programm, wobei er denn auch notgedrungen auf die Judenfrage eingehen mußte.

Als Herr Ebert sich zum Wort meldete, wollten einige Ahlwardtjünger ihn nicht sprechen lassen, weil er noch nicht wahlberechtigt sei. Man mußte sich aber schließlich dem allgemeinen Protest der Versammlung fügen, und Herr Ebert erhielt unter stürmischem Beifall der Versammlung das Wort. Unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung übte er an den Thesen des Herrn Müller eine vernichtende Kritik, bei der auch die Liberalen nicht verschont wurden. Zum Schluß ging er mit der Militärvorlage und den Steuerlasten ins Gericht, er unterwarf dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kleinbürgertums und der kleinen Beamten einer Betrachtung, dahin schließend, daß diese gleich den Arbeitern ihre Stimme weder dem liberalen noch dem antisemitischen, sondern nur dem sozialdemokratischen Kandidaten geben könnten. Der donnernde Beifall, der diesen Ausführungen folgte, brachte Herrn Müller so außer Fassung, daß er seine Schwäche selbst eingestand, indem er erklärte, daß

er nichts mehr zu sagen habe. Unter brausenden Hochs auf den Kandidaten der Sozialdemokratie und Absingen der Marseillaise ging die Versammlung auseinander.

1896.

FÜR EIN GERECHTES WAHLRECHT

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 20. 11. 1896

Die Volksversammlung zu den Bürgerschaftswahlen hatte sich eines guten Besuches und großen Erfolges zu erfreuen. Etwa 1200 bis 1500 Personen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten der unbemittelten und mittleren Klassen hatten sich eingestellt, um an diesem Tage ihre Wünsche an den Staat und die Staatsverwaltung, namentlich aber an die zukünftige Volksvertretung, laut zu erheben.

Als Referent nahm Herr Fritz Ebert das Wort zu einem etwa fünfviertelstündigen, die bremische Staatswirtschaft klar veranschaulichenden und oft scharf kritisierenden Vortrag über „Die bremische Bürgerschaft und die bremischen Steuerzahler." Der Redner führte etwa aus: Der Ernst der Sache veranlaßt uns, die Agitation für die Bürgerschaftswahlen in die weitesten Kreise hineinzutragen. Das Proletariat kann es sich zum Verdienst anrechnen, daß die Bürgerschaftswahlen nicht mehr, wie früher, sozusagen am Biertisch erledigt werden. Das tatkräftige Vorgehen der Sozialdemokratie veranlaßt auch das Bürgertum zur energischen Arbeit, um den Ansturm der Sozialdemokratie zurückzuhalten. Nicht seiner Tätigkeit ist es indes zu verdanken, wenn das bisher gelungen, sondern dem miserablen Wahlgesetz, das einem großen Teil der Arbeiterbevölkerung ihr Wahlrecht vorenthält. Wenn wir in die Agitation eintreten, so stellen wir in erster Linie unsere Forderungen auf ein Wahl-

gesetz, das eine allgemeine Beteiligung der Steuerzahler aller Stände ermöglicht. Die jetzigen Zustände sind weiter nichts als eine Privilegienwirtschaft. Das bestehende Wahlgesetz ist ein Hohn auf einen Staat, der sich eine Republik nennt. Die Forderung der Wahlreform hat allgemeinen Anklang gefunden, nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein. Es gibt aber in Bremen eine Art Leute, die überall glauben eine Rolle spielen zu müssen, die allerlei Vereine gründen und hier die staatlichen Verbesserungen zur Anregung bringen wollen. Selbst diese Leute haben sich genötigt gesehen, eine Reform des Wahlgesetzes anzustreben; sie haben es allerdings in ihrem Sinne getan. Die erste von uns einberufene Versammlung hat Gelegenheit geboten, das Tun jener Herren zu erkennen und zu kennzeichnen. Um zu untersuchen, ob es den bürgerlichen Kandidaten mit ihrem Versprechen einer Wahlreform Ernst sei, muß man die Organisation der bürgerlichen Parteien, die Bürgervereine, näher ins Auge fassen. Wir haben hier in Bremen keine sehr verschiedenen Parteischattierungen; nur geringe Abweichungen sind vorhanden. Wenn es aber zur Wahl geht, so darf man alle diese Parteien getrost in einen Topf werfen. Die letzten Reichstagswahlen wiesen das besondere Merkmal auf, daß der liberale Kandidat Frese und alle anderen bei der Wahl tätigen liberalen Größen sich durch eine auffallende Arbeiterfreundlichkeit auszeichneten. Es kam darauf an, die Stimme des kleinen Mannes, des Kleingewerbetreibenden usw., für den liberalen Kandidaten einzufangen. Wie sind aber die gemachten Versprechungen dem kleineren Bürgertum gehalten worden? Das kleine Bürgertum ist bei den Bürgerschaftswahlen politisch entrechtet; es will ein besseres Wahlrecht haben. Was aber

haben jene Herren geantwortet auf dies Verlangen? „Das könnt ihr nicht haben; ihr seid dazu nicht fähig." Das altbackene Bürgerschaftsmitglied Dr. Adami erklärte: „Ja, dann werden nicht so viele Kaufleute und Juristen mehr in der Bürgerschaft sein, die in so uneigennütziger Weise ihre Kräfte dem Staate zur Verfügung stellen." Außer einigen Herren, die sich gezwungen fühlten, mit „Ja" zu stimmen, lehnten alle jene liberalen Freunde die Wahlverbesserung ab. Was war diese Verbesserung? Es war nur das erbärmliche Verlangen, eine Kommission zu ernennen, die den jetzigen Zustand prüfen und Reformvorschläge anbahnen sollte. Und nicht einmal dies wurde genehmigt! Wenn jene Herren der vierten Klasse, die den Antrag gestellt, wirklich freisinnig wären, dann hätten sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert. Herr Böttcher von der vierten Klasse erklärt sogar: „Wir wollen ja garnicht das allgemeine und direkte Wahlrecht!" Keines der Bürgerschaftsmitglieder der vierten Klasse hat dem widersprochen. Wir können deshalb getrost in corpore über jene Herren urteilen. Unter den bürgerlichen Bürgerschaftskandidaten befindet sich kein Anhänger des allgemeinen Wahlrechts. Welches sind aber dann die Gründe, die man gegen dieses vorbringt? Man sagt, Bremen sei ein Handelsstaat und habe seine Selbstverwaltung. Es müsse Sorge getroffen werden, daß gebildete Leute in die Verwaltung kämen, und nicht solche, die dessen nicht fähig seien. Zunächst versetzen diese Leute mit dieser Argumentation sich selbst einen Schlag ins Gesicht. Ist es nicht gerade die Sozialdemokratie gewesen, die für ein ausgebreitetes Wissen im Volk, für Erschließung aller Lehranstalten eingetreten ist, die jenes System verurteilt hat, das nur den Besitzenden ermöglicht, Titel und Orden zu tragen, und das nur die

Kinder des Proletariats verurteilt, ewig zu arbeiten, nur um leben zu können? Trotzdem kann aber das Proletariat erklären, daß es Leute unter sich hat, die sehr wohl imstande seien, die Verwaltungsposten zu bekleiden. Der Redner weist auf die proletarischen Reichstagsvertreter hin, die zu allen Arbeiten herangezogen werden, die in den Deputationen wirken, und über deren Tätigkeit noch keine Klage laut geworden, die noch niemand als unfähig zu bezeichnen gewagt habe. Die Konstitution des bremischen Staates aber, in dem der Handelsstand seine Handelskammer, der Gewerbestand den Gewerbekonvent besitzt, ermöglicht eine ungeheure Erleichterung der Verwaltung. Mögen doch die Herren mit ihrer Tüchtigkeit und Fähigkeit im Verwaltungsdienst nicht so sehr prahlen! Es ist ein Sprichwort allgemein geläufig: In Bremen muß alles dreimal gemacht werden. Und die Erfahrungen lehren, daß dieses Sprichwort tiefe Wahrheit birgt. Man sehe es bei einer ganzen Anzahl Staatsarbeiten. Beispielsweise braucht man nur die Börsenbrücke in Betracht zu ziehen. Da wird an der ornamentalen Verzierung herumgedoktert, daß es eine Lust ist. Eingangs der Brücke hat man jetzt gar ein paar Säulen hingesetzt, die eines Friedhofs würdig sind. Ein Witzbold hat sich denn auch schon den Scherz gemacht, an eine der Säulen die Worte zu schreiben: „Ruhe sanft." Man denke ferner an die Ausstattung in unserem Gerichtsgebäude. Wie dabei die so gerühmte Sachkenntnis gewaltet hat, kann auch ein Laie beurteilen. Die eminenten Preise für die einzelnen Ausstattungsgegenstände (Richterstühle, Fußbänke, Schränke usw.) dürften noch in Erinnerung sein. Bei solchen Ausgaben für derartige Gegenstände solle man nicht prahlen, daß man mit den Steuergroschen so gut zu wirtschaften verstehe. Es ist also unsinnig zu glauben, daß, wer zu-

fällig das Glück hat, in dieser oder jener Familie geboren zu sein, nur allein fähig sei, in der Bürgerschaft zu sitzen.

In der Wahldebatte der Bürgerschaft verlangte u. a. Herr Feldmann von den Vertretern des Wahlreformantrages zwingende Gründe für eine Änderung der bestehenden Verhältnisse. Unsere Auchvolksvertreter hatten natürlich kein Herz, die wahren Gründe vorzubringen, sie blieben sprachlos. Und es wäre doch ein leichtes gewesen, die Gründe anzuführen, damit Beschlüsse gefaßt wären, die das Kennzeichen der Privilegienwirtschaft an sich trugen und mit denen das Volk keineswegs einverstanden sein könnte. Redner erinnert zunächst einmal an das Vorgehen der Arbeitslosen im Winter 1890/91 beim Senat. Man hat ihnen leere Versprechungen gegeben. Unsere Vertreter in der Bürgerschaft verlangten 1892 Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Was war die Antwort? Es hieß, die Arbeiter sollten im Sommer sparen, um im Winter leben zu können. Der erwähnte Dr. Adami erklärte, er sei früher Rechtsanwalt gewesen, aber er hätte sich gefreut, wenn er nur täglich so viel verdient wie beispielsweise ein Maurer. Mit solchen Redensarten und einer schönen „liberal" zu nennenden Resolution des Herrn Dr. Boisselier, die alles besagt und doch nichts sagt, wurden die Arbeitslosen abgefertigt. Wir haben dem Senat auseinandergesetzt, daß zahlreiche Familien nicht in der Lage seien, ihren Kindern ordentliches Essen zu geben, und gezwungen seien, sie ohne warmes Mittagessen in die Schule zu schicken. Man sollte sorgen, daß den Kindern die Wohltat einer Speisung von Staats wegen zuteil werde. Der Herr Senator antwortete, wenn das sich als wahr herausstellte, wenn wirklich derartige Zustände in Bremen vorhanden seien, dann sollte ein-

gegriffen werden. Das Eingreifen ist unterblieben. Man hat die Fürsorge für diese Ärmsten der Privatwohltätigkeit überlassen. Eine später in einer bürgerlichen Zeitung erschienene Abrechnung über Speisung armer Kinder lieferte den Beweis, daß tatsächlich solche Not und Elend vorhanden gewesen und daß von Staatsseite nichts geschehen sei. Das ist doch gewiß ein Grund zum Vorwurf gegen die jetzige Zusammensetzung der Bürgerschaft, den die Vertreter der vierten Klasse dem Herrn Feldmann entgegenhalten können. Ein weiterer Grund ist die Ablehnung der Petition der bremischen Lehrerinnen. Die heiligste Pflicht des Staates muß es sein, den Volkserziehern eine Stellung anzuweisen, die sie jeder wirtschaftlichen Not enthebt. Die Bürgerschaft hat die Mitteilung der ablehnenden Haltung des Senats ohne weiteres an sich vorübergehen lassen. Etwas früher wurde das Verlangen der Grenzaufseher, die doch einen überaus aufreibenden Dienst haben, auf Aufbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse ebenfalls kurzerhand abgelehnt. Man sagte, so lange Mann und Frau mit Kinderwagen noch auf der Straße spazieren führen, könnte von einem Notstand keine Rede sein.

Anderseits hat die Bürgerschaft wieder Ausgaben gemacht, die entschieden zu schweren Vorwürfen berechtigen. Einem Privatinstitut, der Delbe'schen Realschule, wurde eine Art Staatssubvention von 8000 ℳ zugesichert. Man denke an den armen Apotheker der Ratsapotheke, dem man 15 000 ℳ spendet. Und schließlich die Verschenkung der 100 000 ℳ an den Oberbankdirektor Franzius! Die Sache ist oft behandelt, aber sie ist charakteristisch für das Verhalten der Bürgerschaft auch in unbedeutenden Fällen. In einer geheimen Sitzung war bereits die Sache abgemacht. In der öffentlichen hielt dann der

Rechnungsführer Achelis eine Lobrede. Ein Redner wandte allerdings sich gegen die Bewilligung; als dann aber noch einer sprechen wollte, da war es der bekannte radikal-freisinnige Herr Thiele aus der Neustadt, der Schluß beantragte. Wenn die Vertreter der vierten Klasse Protest erheben wollten, so hätten sie geheime Abstimmung verlangen können. Ein Beweis von der Rückgratstärke der Auchvolksvertreter aus den bürgerlichen Kreisen ist auch die Bewilligung von 200 000 ℳ, die für den Kaiserempfang geopfert sind.

Führt man sich diese Ausgaben einerseits vor Augen und stellt demgegenüber die ablehnende Haltung gegen die Beamtenproletarier, die Behandlung der Arbeitslosen, so erkennt man klar die Früchte der vorherrschenden Cliquenwirtschaft. Dieses Sündenregister mußten die Vertreter der vierten Klasse den Gegnern der Wahlrechtsverbesserung entgegenhalten, als sie zwingende Gründe von ihnen verlangten.

Bei der Ausgabe so hoher Summen für private Zwecke muß man einmal die finanzielle Lage des Staates in Betracht ziehen. Ist diese denn wirklich so glänzend und berechtigt sie zu derartigen Extravaganzen? Die Mehrausgaben im Staatshaushalt betrugen im Rechnungsjahr 1889/90: 1 288 841.21 ℳ, in 1890/91 6 Millionen, in 1893/94 11 Millionen, von 1889 bis 1894 insgesamt 33 Millionen ℳ. Die Staatsschulden betrugen 1889/90 68 825 200 ℳ, am 31. März 1894 dagegen bereits 98 045 900 ℳ. Bei solcher Finanzlage ist es wahrlich angebracht, mit solchen überflüssigen Ausgaben etwas vorsichtiger zu sein. Gegenüber dieser Geldwirtschaft muß man sich die Lage derjenigen betrachten, die vorwiegend die Steuern aufzubringen haben. Es sind nach den Einkommensteuertabellen von 1893 27 864 Einwohner vorhanden, die ein Durchschnittseinkommen von 777 ℳ

aufzuweisen haben, eine Summe, die niemand für genügend erachten kann, eine Familie anständig zu ernähren.

Nach der Übersicht dieser ganzen Verhältnisse hat man allen Grund, in der Auswahl der Bürgerschaftsvertreter vorsichtig zu sein. Die bürgerlichen Vertreter haben ihre Versprechungen nicht gehalten; sie haben nicht den Mut gezeigt, einzutreten für die wahren Rechte des Volkes. Um dies zu erreichen ist es notwendig, Leute zu wählen, die selbst gelitten haben, die aus eigener Erfahrung die Not des Volkes kennen und die ferner durch ihre Verpflichtungen auf ein festes Programm die notwendigen Garantien bieten, daß sie für die entrechteten Klassen, für das Proletariat eintreten. Darum ist die Sozialdemokratie in den Wahlkampf eingetreten.

Der Redner geht nun auf eine Detaillierung des Programms zu den Bürgerschaftswahlen näher ein, zu den einzelnen Punkten die Stellung der Sozialdemokratie genau präzisierend. Da die verschiedenen Gegenstände des öfteren in diesem Blatte behandelt wurden, mögen nur einige hier Erwähnung finden. Der anstrengende und schwere Dienst der Feuerwehrleute, die nicht selten ihr Leben aufs Spiel setzen, läßt erwarten, daß man von Staatsseite den Leuten ein Gehalt gebe, das ihnen ein einigermaßen gutes Auskommen sichert. In Wirklichkeit beträgt das jährliche Gehalt 900 *M* bis 1200 *M*. Darauf kann der Staat nicht sehr stolz sein. Wir verlangen Aufbesserung der Verhältnisse dieser Angestellten. Ein weiterer Punkt betrifft das Abfuhrwesen, das dem Unternehmer Alfes übergeben ist. Man müßte annehmen, der Staat verlange bei Vergebung solcher Arbeiten, daß den Arbeitern ein anständiger Lohn gezahlt werde. Der Herr Alfes aber zahlt den Leuten Löhne von 2,20 *M* bis

3 ℳ. Das letztere sei der höchste Lohn für diese ekelhafte Arbeit. Die Leute wohnen in Hastedt, Woltmershausen usw. Sie pilgern des Morgens in aller Frühe zur Arbeitsstätte, wo sie den langen Tag, meist ohne warmes Mittagessen einnehmen zu können, sich abrackern, um abends müde und matt und appetitlos heimzukehren. Dazu werden noch die Rechte der Arbeitgeber überschritten. Kaum einige Gewerbegerichtssitzungen vergehen, ohne daß nicht auch jener Herr mit einem seiner Arbeiter in Klage liegt. Solche Zustände sind keine Ehre für den Staat. Wir verlangen Abhilfe dieser Mißstände, indem von den Unternehmern die Garantie verlangt werden soll, daß sie ihren Arbeitern einen Minimallohn von 3,50 ℳ täglich und achtstündige Arbeitszeit gewähren. Das ist keine unbescheidene Forderung. Der Redner geht noch auf die Forderungen der Arbeitskammer und der Reform der Schulverhältnisse des näheren ein.

Wir richten unsere Aufforderung zur Wahl zunächst an die Arbeiterbevölkerung; wir wissen, daß eine große Interesselosigkeit gegen die Bürgerschaftswahlen vorhanden ist. Es ist notwendig, diese fallen zu lassen und dafür zu wirken, daß die bürgerlichen Vertreter nicht mit unseren Interessen spielen. Bringe man ein Opfer und sorge jeder für die regste Wahlbeteiligung! Wenn eine Versammlung wie die heutige nur will, so ist es ihr bei reger Agitation möglich, Siege für die Sozialdemokratie herbeizuführen.

Dann aber wenden wir uns an das Kleinbürgertum. Möge dieses, das sich immer so gern hinter den schwarzen Frack der hohen Herrn steckt, endlich einmal erkennen, daß es mit jenen nichts gemein habe, daß es mit tausend Fäden dagegen verbunden sei mit den Interessen und dem Wohlergehen des Arbeiterstandes, was es z. B. in der Zeit der Arbeitslosigkeit selbst

merke! Sein Wahlzettel kann nur einem Sozialdemokraten gehören.

Und endlich die kleinen Beamten! Man kitzelt gern ihren Dünkel, will ihnen in Kriegervereinen zu Posten verhelfen und ihnen sonst eine besondere Stellung anweisen. — Sie aber sollten fragen: Wo ist der Mann, der auch in der Öffentlichkeit für eine Verbesserung der niedrigen Gehalte eintritt? Sie finden ihn nur in der Sozialdemokratie.

Bei den Bürgerschaftswahlen wollen wir ein Exempel statuieren, daß wir bei den nicht mehr allzu fernen Reichstagswahlen einig und geschlossen dastehen. Wenn die Arbeiterschaft energisch in den Kampf eintritt, so bin ich überzeugt, daß die herrschende Klasse hier in Bremen der Sozialdemokratie Respekt abgewinnen muß.

Andauernder Beifall begleitete die besonders zum Schlusse von Begeisterung getragenen Worte des Redners.

Folgende Resolution gelangte zur Verlesung: „Die heute im Kasino tagende, von ca. 1200 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung zu den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Ebert einverstanden. Sie erklärt ferner, daß die Bürgerschaft in ihrer heutigen Zusammensetzung absolut nicht geeignet sei, eine Tätigkeit entfalten zu können, die dem Interesse der gesamten bremischen Bevölkerung entspricht, und erachtet daher die Schaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes als das einzige Mittel, eine gründliche Beseitigung dieser so kraß in der Tätigkeit der jetzigen Bürgerschaft zutage getretenen Mißstände zu ermöglichen. Die Versammlung erklärt ferner, mit aller Kraft sich an der Agitation für die Wahlen beteiligen zu wollen, und zwar in dem Sinne, daß jeder,

dem es die Zeit und sonstigen Verhältnisse irgend erlauben, sich in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei stellt, deren Ziele in immer weitere Kreise trägt und an geeigneter Stelle für die Kandidaten dieser Partei Propaganda macht, denn nur durch Siege auf dieser Seite ist allein eine Reform der heutigen Zustände möglich."

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

EBERTS ERSTE PARTEIREDE — Gotha 1896

Ich habe die Fraktion auf einen Punkt der Unfallversicherung hinzuweisen, auf den sie bei der kommenden Reform der Versicherungsgesetzgebung ihr Augenmerk lenken soll. Das bestehende Unfallversicherungsgesetz stellte die Seeleute tatsächlich unter einen Ausnahmezustand. Während für alle anderen Arbeiter die Grundlage für die Rente berechnet wird nach dem ortsüblichen Tagelohn, setzt der Reichskanzler diese Grundlage für die Seeleute durch Verfügung fest. Hierbei kommen die Seeleute nun zu kurz. So ist der Monatsverdienst für einen Oberheizer auf 50 ℳ monatlich festgesetzt, während er tatsächlich im Durchschnitt 70 ℳ verdient. Nur 9 Monate werden berechnet, während für alle anderen Arbeiter 300 Arbeitstage für die Berechnung jährlich gelten. Für Kost und Logis werden monatlich nur 18 ℳ berechnet, ein Betrag, der viel zu niedrig gegriffen ist. So wird für die Heizer ein Jahresverdienst von 612 ℳ als Grundlage für die Rentenberechnung angenommen und die Vollrente beträgt demnach nur etwa 400 Mark. Bei den Steuermännern liegt es ähnlich. Als monatlicher Durchschnittsverdienst ist ein Betrag von 90 ℳ festgesetzt, während die Heuer in Wirklichkeit 180 bis

400 ℳ monatlich beträgt. So beträgt die Vollrente für einen Steuermann nur 625 ℳ jährlich. Das sind Mißstände und Ungerechtigkeiten, worauf die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt werden und die abzustellen die Fraktion sich bemühen muß.

1899.

ZUM SCHUTZ DER WIRTSCHAFTLICH SCHWACHEN

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft 31. 1. 1899

Es herrscht augenblicklich eine eigenartige Stimmung in der Bürgerschaft, und Sie haben das Gefühl, als wenn Ihnen etwas über dem Haupte schwebte, das Ihnen nicht lieb ist. Den deutschen Arbeitern ist durch die Reichsgesetzgebung das Recht gegeben, sich behufs Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu koalieren. Dieses Gesetz hat jeder zu respektieren. Wir haben aber in Bremen erlebt, daß ein großer Straßenbauunternehmer, der vom Staat Arbeiten in Auftrag erhält, der vom Staate lebt, den Arbeitern erklärt hat: „Wenn Ihr jetzt nicht aus Eurem Verein austretet, so seid Ihr entlassen." Die Leute haben darauf eine Erklärung unterschreiben müssen, daß sie dem Verein nicht mehr angehörten. Den Vorstandsmitgliedern wurde gesagt: „Wenn Ihr Eure Geschäftsbücher abliefert und erklärt, daß Ihr nicht mehr Mitglieder seid, dann könnt Ihr wieder arbeiten." Wenn wir dann beantragten, daß bei Vergebung der Staatsarbeiten die Unternehmer verpflichtet werden sollen, den Arbeitern zu gestatten, sich zu koalieren, so ist das nichts Inhaltloses. Es ist freilich etwas Selbstverständliches; aber leider ist es in Bremen vorgekommen, daß so etwas Selbstverständliches nicht beachtet wird. Wir wollen nicht mehr den alten Manchesterstandpunkt der Freisinnigen; sondern wir

meinen, die Gesetzgebung sollte eingreifen zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die wirtschaftlich Starken. Das hat die Sozialdemokratie immer verlangt. Ich bedaure, daß der Herr das noch nicht weiß. Ich werde mir erlauben, ihm nächstens einige Broschüren zugehen zu lassen, damit er sich informieren kann. Im übrigen, da über die Form des Antrages Zweifel bestehen, so bitte ich, diesen mündlich noch einmal stellen zu dürfen. Wir beantragen, daß bei Vergebung der Straßenbauarbeiten den Unternehmern zur Pflicht gemacht werde, den Arbeitern nicht zu verbieten, sich zu koalieren.

Wenn Sie Anhänger des Koalitionsrechtes sind, so müssen Sie diesem Antrage zustimmen. Den Herren von der Innung mag das nicht angenehm sein. Aber wenn Sie so liberal sind, wie Sie vorgeben zu sein, dann müssen Sie für den Antrag stimmen, oder Sie bezeugen, daß Sie nicht liberal sind.

Der Antrag des Herrn Ebert wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

1900.

SCHUTZ DEN HAFENARBEITERN

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 31. 1. 1900

Wir sind von der Ansicht ausgegangen, daß die Gewerbeordnung, wie so manches unserer sozialen Gesetze, noch mit Lücken und Mängeln behaftet ist, die auszufüllen Aufgabe der Landesgesetzgebung bleibt. Wir haben die Gewerbeinspektion auf Grund der Gewerbeordnung, und keiner, der sich mit Sozialpolitik beschäftigt hat, wird irgendwie die Zweckmäßigkeit dieser Institution bestreiten. Im Gegenteil, die Sozialpolitiker streiten darüber, wie man sie am besten weiter ausbauen und wie man die Fabriken-

und Gewerbe-Inspektionen am besten instand setzt, ihre Obliegenheiten, die sie heute nur zum Teil erfüllen, durchgreifend erfüllen zu können. Dabei hat man Lücken gelassen: Gefahrvolle Arbeitsbetriebe, das Baugewerbe und der in Frage kommende Hafenbetrieb, die ihrer ganzen Natur nach für das Leben und die Gesundheit des Arbeiters überaus gefährlich sind, sind der Aufsicht der Gewerbeinspektion entzogen. Man hat also weiter nichts zu tun, als die Lücken auszufüllen und zunächst dem Hafenbetriebe eine Inspektion zu verschaffen. Praktische Gründe sind vorhanden. Da stellt die Deputation fest, daß die Unfallverhütungsvorschriften in keiner Weise kontrolliert werden. Und ich und die Arbeiter können bestätigen, daß diese Vorschriften lediglich auf dem Papier stehen und keineswegs beachtet werden. Die Deputation schlägt die Anstellung eines Hafeninspektors vor, beantragt aber, daß dieses Amt mit einem Nebenamt zu bekleiden ist, weil sie annimmt, daß die Inspektion des Hafens nicht die volle Kraft eines Beamten in Anspruch nehme. Ich gestatte mir, noch einmal auf die Sache selbst einzugehen, um schließlich den Nachweis führen zu können, daß sehr wohl die Hafeninspektion einen Beamten vollauf in Anspruch nimmt. Es kommt zunächst in Betracht, was ich schon zuerst hervorgehoben habe, daß der Hafenbetrieb seiner ganzen Natur nach überaus gefährlich ist, denn er spielt sich auf dem Wasser oder in dessen Nähe ab; die Schiffe werden entladen oder beladen mit Kaufmannsgütern, die zu schweren Lasten verpackt sind. Der Zugang zu den Schiffen ist meist sehr mangelhaft, so daß eine große Zahl von Unfällen darauf zurückzuführen ist. Auch der Zugang zu den Schiffsräumen ist namentlich bei den ausländischen Schiffen so mangelhaft, daß eine ganze Reihe von Unfällen vor-

kommt. Ferner kommt in Betracht, daß zur Beladung oder Entladung oder zum Transport dieser schweren Lasten die Arbeiter Hebewerkzeuge in Anwendung bringen, die für sie selbst große Gefahren mit sich bringen. Weiterhin ist Klage darüber zu führen, daß die Schiffe nicht genügend beleuchtet sind. Morgens und abends, wenn die Arbeiter auf den Schiffen auf- und zugehen und Beleuchtung verlangen, antworten die Schiffer: „Darüber bestehen keine Vorschriften; wir geben euch kein Licht." Sodann sollen die Schiffe möglichst schnell abgefertigt werden. Die Arbeit des Löschens und Beladens soll in Eile geschehen. Das führt zur Anwendung von Hebewerkzeugen, die bei der großen Schnelligkeit der Arbeit häufig überlastet werden. Oft reißen dann die Ketten und die Last fällt zu Boden und richtet viel Unglück an, wie erst in letzter Zeit. Dabei werden die Arbeiten im Akkord vergeben, so daß die Arbeiter tagelang umherstehen und nichts zu tun haben und dann wieder Tag und Nacht ihre Kraft übermäßig anstrengen müssen. Hierbei werden oft die Regeln der Vorsicht außer acht gelassen, wodurch einer großen Zahl von Unfällen, die auch in unseren Häfen passieren, Vorschub geleistet wird. Wenn nun im Bericht zugegeben wird, daß es sich im allgemeinen schon um gefahrvolle Arbeiten handelt, wie will man dann noch eine Abgrenzung zwischen gefahrvollen und besonders gefahrvollen Betrieben machen. Die großen Mängel gehen aus den Zahlen der Revisionen hervor, die der Bericht aus Hamburg angibt. Dort sind im Jahre 1898 908 Schiffe revidiert worden. Auf der anderen Seite finden Sie eine Zusammenstellung über den Schiffsverkehr in Hamburg. Es heißt, daß im Jahre 1897 11173 Seeschiffe eingegangen seien. Von diesen konnte der Hafeninspektor nur 908 nachsehen, das sind kaum

8 % sämtlicher in Hamburg angekommener Schiffe, die der Revision unterworfen werden konnten. Unsere Gewerbeinspektion klagt schon darüber, daß kaum 50 % der gewerblichen Betriebe besucht und revidiert werden könnten, und hier aus dem Berichte geht hervor, daß der Hamburger Hafeninspektor nur 8 % sämtlicher Betriebe revidieren konnte. Daß aber eine allgemeine Revision notwendig ist, geht aus den nachfolgenden Zahlen hervor: Es wird festgestellt, daß von den 908 Schiffen bei 380 Schiffen von seiten der Hafeninspektion eingeschritten und die Abstellung von Mißständen verlangt werden mußte. Also bei 42 % konnte der Hafeninspektor große Unregelmäßigkeiten feststellen, die Veranlassung gaben, einzuschreiten. Dieser Auszug aus dem Bericht muß genügen, um zu überzeugen, daß der Hamburger Hafeninspektor nicht imstande ist, seine Arbeit vollständig zu erfüllen, sondern nur das Allernotwendigste, und daß wir darum einen Notbehelf nicht machen sollten. Man sieht sehr wohl, daß der Schiffsverkehr in Bremen so groß ist, daß sehr wohl ein Beamter seine volle Arbeit bei der Revision finden kann. Nun hat die Deputation sich auch an die Handelskammer, an die Lagerhausgesellschaft sowie an die Hafenbauinspektion für den Freibezirk gewandt, damit diese die Sache begutachten sollten. Aber eigenartigerweise hat man bei dieser Einrichtung, die lediglich im Interesse der Arbeitnehmer liegen und die Gesundheit der Arbeiter und Familienväter schützen soll, es nicht für nötig gehalten, die Organisation der Arbeiter um Auskunft anzugehen. Die Hafenarbeiter-Organisation verfügt weit über 500 Mitglieder; jedenfalls war es viel nötiger, die Arbeiter zu Rate zu ziehen und sich von ihnen ein Gutachten zu holen. Wenn es zur Wahl geht, führen Sie immer das große Wort vom Koalitionsrecht der Arbeiter im

Munde, aber wenn es einmal dazu kommt, die Sache praktisch zu verwerten, dann ist Ihre Liebe zum Koalitionsrecht der Arbeiter nicht zu finden. Jede soziale Gesetzgebung verlangt, daß die Wünsche der Arbeiter gehört werden, und daß man diesen Wünschen entgegenkommt. Sie haben bei den Deputationen Umfrage gehalten, selbst in Hamburg, aber Sie sind nicht auf den Gedanken gekommen, daß auch die Arbeiter zu hören seien, und das ist eine Mißachtung der Organisation der Arbeiter. Es ist Pflicht der Gewerbeinspektion, immer mehr Fühlung mit der Organisation der Arbeiter zu nehmen, wodurch sie schließlich etwas Besseres und Ersprießliches leisten kann. Und tatsächlich strebt die Gewerbeinspektion danach, eine Verbindung mit der Organisation der Arbeiter herbeizuführen, um schließlich der Aufgabe gerecht werden zu können. So auch in Bremen, wo der Gewerbeinspektor die Organisation der Arbeiter schon zu Hilfe nehmen mußte. Man sollte diese Abneigung gegen die Arbeiter abstreifen, und bei solchen Fragen wo es nötig ist, Gutachten von ihnen einfordern und sich an die bestehende Organisation wenden. Dann, davon bin ich überzeugt, werden die Gesetze viel vollständiger und wirkungsvoller werden. Aber der Inspektor hat noch andere Funktionen, als lediglich die Schiffe zu revidieren, daß alles in Ordnung ist und Mängel abgestellt werden. Der Hafeninspektor soll bei jedem Unfall, der im Betrieb sich ereignet, zur Stelle sein und nachforschen, ob er durch einen Mangel herbeigeführt ist, und wie es möglich ist, diesen abzustellen und in Zukunft zu vermeiden. Bei einer großen Zahl der Unfälle wird eine Untersuchung notwendig werden. Diese Arbeit erfordert eine große Tätigkeit und Sorgfalt und jedenfalls eine große Erweiterung der Arbeit des Inspektors. Wenn sich

ferner Mängel in den Betrieben zeigen, soll er dem Unternehmer sachkundigen Rat geben, wie ihnen abzuhelfen ist. Sie werden zugeben, daß die Arbeiten, die dem Hafeninspektor angewiesen sind, seine Kraft wesentlich in Anspruch nehmen werden. Auch soll er vermitteln zwischen den Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Gewerbegerichtsvorsitzende hat in dieser Beziehung viel zu tun und wird bestätigen, daß viele Vermittlungen von Gegensätzen in mancher Beziehung zeigen, daß man nicht einfach dazwischenspringen und sagen kann: Du kriegst das und Du das, damit ist es gut. Sondern man muß auch dieser Arbeit große Bedeutung beimessen. Es erfordert viel Zeit, sich in diese Verhältnisse hineinzuarbeiten, um erfolgreich zu wirken. Nebenbei soll der Hafeninspektor Gutachten an Behörden abgeben. Auch soll er Bureaustunden abhalten, damit Arbeiter Gelegenheit haben, den Inspektor zur bestimmten Zeit auffinden und ihre Beschwerden vortragen zu können. Schließlich hat der Hafeninspektor einen Jahresbericht auszuarbeiten. Unserer Meinung nach ist das Gebiet, was er beim Jahresbericht zu bearbeiten hat, zu erweitern. Die Hafeninspektion soll auch, wie die Deputation zugibt, ähnlich eingerichtet sein wie die Gewerbeinspektion. Nicht zuletzt soll der Hafeninspektor bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermitteln. Dazu gehört, daß er mit den in Betracht kommenden Verhältnissen vertraut ist, namentlich mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Bei dem Jahresbericht kommt es nicht nur auf einen Bericht über die Tätigkeit an, sondern auch auf einen Aufschluß über Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenbetrieb beschäftigten Arbeiter. Es sind das genau dieselben Bestimmungen wie bei der Gewerbeinspektion, und wenn Sie eine vollständige

Ordnung der Dinge schaffen wollen, dann müssen Sie den Hafeninspektor auch mit dieser Arbeit betrauen. Dies wird auch deshalb notwendig sein, damit das sozialstatistische Material möglichst vollständig gestaltet wird, was nur durch einen solchen Beamten verbürgt wird.

Sie haben große Ausgaben für Regulierung von Straßen bewilligt, Sie haben Kosten für Kunst aufgewandt, wobei Sie unsere Sympathie gehabt haben, Sie haben große Summen zur Ausführung eines großen Kulturwerkes zur Verfügung gestellt, wobei Sie ebenfalls unsere Sympathie gehabt haben. Ich glaube daher, daß es vielen unbegreiflich sein würde, wenn Sie sich jetzt, da es sich um den Schutz von Leben und Gesundheit von Arbeitern, von Hunderten von Familienvätern handelt, um einige hundert Mark beknappen und deshalb die ganze Sache in Frage stellen wollen.

MISSSTÄNDE IM BREMER ARMENHAUS

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 28. 2. 1900

Es ist ja für uns sehr erfreulich, daß die Anregung, die wir durch unseren Antrag in Bezug auf das Armenwesen gegeben haben, zu einer recht ausführlichen Auseinandersetzung geführt hat. Sie wird, wie wir hoffen, etwas Ersprießliches für das Armenwesen bringen. Nach den Ausführungen des Herrn Hartwig müßte man sagen, daß des Menschendaseins schönster Schluß wäre, ins Armenhaus zu kommen. Es ist traurig genug, wenn die Verhältnisse so schlimm sind, daß sich eine große Zahl von Armen so kümmerlicher Weise ernähren muß. Aber ich meine, daß es notwendig ist, das Armenhaus so einzurichten und seinen Zweck so festzulegen, daß die Ernährung der

Insassen sich nicht nach dem richtet, wie die Leute bisher ernährt sind, sondern nach dem, was man auf Grund der Gesundheitslehre und der Menschenfreundlichkeit als Ernährung für notwendig erachtet.

Ich glaube, der Zweck eines solchen Hauses legt der Verwaltung die Verpflichtung auf, für gute Ernährung zu sorgen. Ich will mich zunächst auf die Art der Beköstigung beschränken. Ich habe hier die Speisekarte für das Essen, das alle Tage im Armenhaus den Leuten geboten wird. Ich überlasse es Ihrem objektiven Urteil, zu entscheiden, ob Sie die Ernährung für ausreichend halten oder nicht. Morgens um 7 Uhr, wenn die Leute aufstehen, wird ihnen Anstaltskaffee gereicht ohne jegliche Zutat. Es wird andererseits selbst nach der Hausordnung auch Kaffeewasser in Bereitschaft gehalten für diejenigen, denen der Anstaltskaffee nicht genügt (er ist nicht sehr stark, damit die Leute nicht aufgeregt werden sollen), und die sich dann auf Grund ihrer paar Pfennige Kaffeebohnen kaufen können. Manche verzichten also auf den Anstaltskaffee und lassen sich Wasser auf ihre Bohnen gießen. Um 8 Uhr gibt es ein solennes Frühstück, bestehend aus einer Scheibe Schwarzbrot, auf das Margarine geschmiert ist, aber auch nicht zu dick, damit sie keine Fettflecke in den Magen bekommen. Einen um den anderen Tag gibt es auch einen trocknen Zwieback. Bei der Mittagskost werden Sie jedenfalls finden, daß sie auch allen Ansprüchen genügt: Montags Hafergrützsuppe, mit Kartoffeln angerührt, und eine Scheibe Schwarzbrot. Man hat es als eine große Wohltat hingestellt, daß anstatt Schwarzbrot auf Anordnung des Arztes Kranken auch Weißbrot gegeben wird. Daß dies als besondere Wohltat in der Bürgerschaft hervorgehoben wird, ist bezeichnend genug. Dienstags gibt es Reissuppe mit kleingeschnittenen Fleischstücken

(Montags kein Fleisch). Mittwochs Steckrüben mit Kartoffeln ohne Fleisch. Donnerstags dicken Reis mit Kartoffeln und Fleisch. Freitags Kohl mit Kartoffeln ohne Fleisch. Sonnabends Reissuppe mit kleinen Fleischstücken. Sonntags und Festtags Bohnen oder Erbsen mit Speck. Das erhalten unsere Armen im Armenhaus an Verpflegung. Wenn Sie diese Zusammensetzung sehen, so werden Sie ohne weiteres zugeben, daß diese Ernährung für alte Leute im Alter von 60 bis 70 Jahren nicht ausreicht, die vielleicht ein arbeitsreiches Leben hinter sich haben, und denen es nicht möglich gewesen ist, ihrem Körper stets jene Nahrung zuzuführen, die erforderlich gewesen wäre. Es ist durchaus erforderlich, daß sie an ihrem Lebensabend eine einigermaßen kräftige Nahrung erhalten, anstatt daß man diese Speise vorsetzt.

Es wird andererseits behauptet, es herrsche hier peinliche Sauberkeit. Da will ich Ihnen ein anderes Bild vorführen: die Bettwäsche dort wird nur alle acht Wochen gereinigt. Das ist doch wirklich kein Beweis von Reinlichkeit, wie sie in diesem Hause herrscht. Ich möchte die Herren ersuchen, ihr Augenmerk darauf zu richten. Freilich, wenn Sie morgen hinkommen, wird vielleicht die Bettwäsche gewechselt sein. Jedenfalls wird die Verwaltung von den Verhandlungen der Bürgerschaft Kenntnis bekommen und sich auf eine Revision einrichten.

Daß Mißstände bestehen, ist nicht zu bestreiten. Es wird auch vielfach geklagt über die Kleidung. Unterhosen und Strümpfe müssen von den Insassen selbst gewaschen werden — von diesen alten Leuten! Ebensowenig sind die Leute mit guter Kleidung ausgerüstet. Es ist Tatsache, daß manche in der Stadt um Hosen betteln. Die Leute kriegen nur alle zwei Jahre eine neue Hose. Auch das Schuhzeug ist nicht genügend.

Sie sollen sich die Schuhe selbst anschaffen! Es werden ihnen nur Hausschuhe geliefert, aber sie kriegen auch hin und wieder ein paar Sohlen von der Anstalt, um sich die Schuhe zu besohlen. Dann laufen die verlassenen Leute in der Stadt herum, um sich die nötigen Kleider zu erbetteln; hauptsächlich diejenigen, die keine Angehörigen haben, sind auf milde Gaben angewiesen. Das ist der Grund, weswegen wir die Verhältnisse des Armenhauses hier zur Sprache gebracht haben.

Dabei tut hier Eile not! Es handelt sich um beinahe 200 Arme. Wir müssen das dringende Bedürfnis anerkennen, daß die Klagen über das Armenhaus verstummen. Das müssen wir schon vom allgemein menschlichen Standpunkt verlangen. Ich möchte bitten, diese Angelegenheit zu beschleunigen.

Ein überaus wesentlicher Punkt ist es ferner, ob die Armenhausverwaltung berechtigt ist, die Renten der Leute, die im Armenhaus untergebracht sind, mit Beschlag zu belegen, und ob überhaupt die Unterbringung der Leute im Armenhaus als eine öffentliche Armenunterstützung zu betrachten sei. Es muß absolut unterschieden werden zwischen dem privaten Armenhaus und der öffentlichen Armenpflege. Daß das Armenhaus aus der alten kirchlichen Armenpflege hervorgegangen ist, ist erklärlich, weil in den vergangenen Jahrhunderten die Armenpflege ausschließlich in den Händen der Kirche lag. Aber damit ist doch nicht ohne weiteres diese Einrichtung, die aus privaten Geldmitteln entstanden ist, zu einer öffentlichen Staatseinrichtung geworden. Eine öffentliche Armenunterstützung liegt nur dann vor, wenn Armen aus den Mitteln des Staates Unterstützungen gegeben werden und der Staat Einrichtungen getroffen hat, diese Mittel wieder in Form von Steuern von den

Einwohnern zu erheben oder zwangsweise beizutreiben. Das ist schließlich auch nach dem Urteil bedeutender Rechtsgelehrter der Begriff der öffentlichen Armenpflege. Die Rente der Versicherten darf nur beschlagnahmt werden von den Gemeinden oder Armenverbänden für die Unterstützungen, die von dieser Seite gewährt werden, also nicht für jede Unterstützung, sondern nur für die öffentlichen Armenunterstützungen. Die öffentliche Armenunterstützung wird gegeben lediglich von den Kommunen, von der öffentlichen Armenpflege. Ich bleibe dabei: der Standpunkt ist nicht gerechtfertigt, ich glaube, daß die Rente dieser Leute von seiten des Armenhauses nicht beschlagnahmt werden darf. Nun wird gesagt, die Sache habe hier weniger Bedeutung, weil die Leute unterschreiben, wenn sie ins Armenhaus gehen, daß diesem die Rente übertragen werde; es sei zwar nicht statthaft, daß die Rente verpfändet werde, aber da es sich um freien Willen handele, sei die Sache nicht so schlimm. Aber den Leuten, die sich geweigert haben, hat das Armenhaus einen Prozeß an den Hals geworfen, und dabei sind ihre Rechte nicht so vertreten gewesen, wie es sein muß. So weiß ich aus einem Fall, daß der Anwalt, anstatt auf die Fortsetzung des Prozesses hinzuarbeiten, vor dem Termin in den Kläger gedrungen ist, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in dem dieser verzichten sollte. Das ist doch gewiß ein ungesetzlicher Zustand. Bei der schlechten Ernährung im Armenhaus ist es doch absolut notwendig, daß die Leute einige Groschen haben, um kleine Bedürfnisse, die so alte Leute doch haben, befriedigen zu können. Da sollte man doch nicht den Rechtsweg beschreiten, sondern ihnen die Wohltat des Gesetzes, den Genuß der Invaliden- und Altersrente, im vollen Maße zugute kommen lassen, zumal

sie doch nicht öffentliche Armenunterstützung bekommen. —

Dann möchte ich noch eine Anfrage stellen. Es besteht hier ein Wohltätigkeitsfonds, der ja auch der Verwaltung der Armenbehörde untersteht. In der Geschäftsordnung dieses Wohltätigkeitsfonds ist nun die Bestimmung getroffen, daß von diesem Fonds nur solche Privatarme unterstützt werden sollen, die schon einmal eine öffentliche Armenunterstützung bekommen haben. Ich habe dies die letzten Tage von einem Armenpfleger erfahren, der mir gesagt hat, der Arme müsse mindestens dreimal eine Armenunterstützung erhalten haben. Das ist auch ungerechtfertigt. Es gibt Leute, die natürlich sich sträuben, eine Armenunterstützung zu empfangen, weil sie wissen, daß sie dadurch politisch unmündig gemacht werden. Demnach sollte ihnen die Möglichkeit offengehalten werden, eine öffentliche Unterstützung erhalten zu können. Ich hatte jemand, den ich empfehlen wollte, damit er eine Unterstützung aus diesem Fonds erhalte. Doch da wurde mir gesagt: „Sie können nichts erhalten, wenn er nicht schon einigemal Armenunterstützung erhalten hat." Es war ein Mann, nicht ein gewerblicher Arbeiter, nicht versichert, im Handel beschäftigt, er hat den Feldzug mitgemacht, hat nun die alten Tage schwer zu leiden, er will der Armenpflege nicht anheimfallen, kann aber auch hier keine Unterstützung erhalten. Das darf nicht sein! Auf den Wohltätigkeitsfonds beruft man sich oft. Ich erinnere daran, daß bei der Besprechung des Notstandes, Januar 1892 im Reichstag, sich der Minister Böttcher darauf berufen hat, daß der Notstand doch nicht allzu groß sein könnte, weil dieser Wohltätigkeitsfonds in Bremen nicht allzusehr in Anspruch genommen würde. Ich möchte bitten, diesen Wohltätigkeitsfonds

mehr der allgemeinen Wohltätigkeit zugänglich zu machen.

Zum Schluß empfehle ich Ihnen folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft genehmigt das Budget der Armenpflege. Sie ersucht jedoch gleichzeitig den Senat, eine Reorganisation des Armenhauses und des Verhältnisses der stadtbremischen Armenpflege in der Richtung anzustreben, daß das Armenhaus zu einer Institution sich gestalte, die als moderne Versorgungsanstalt für unterstützungsbedürftige alte Arme den Ansprüchen Bremens genügt.

Sie können den Antrag ruhig annehmen. Es ist der einzig praktische Weg, der diese Mißstände beseitigt. Sie werden damit eine Einrichtung schaffen, daß die Armen, denen das Lebensglück sonst nicht geblüht hat, einen sicheren Hafen finden können. Diese Mißstände zu beseitigen, müssen wir uns zur heiligen Pflicht machen. Ich bitte Sie dringend, wenn Sie die Mißstände beseitigen und etwas tun wollen für die alten Armen der Stadt, damit sie besser aufgehoben sind als jetzt: nehmen Sie unseren Antrag an, der einen Fingerzeig gibt, wie es zu machen ist, aus diesen Verhältnissen herauszukommen und den berechtigten Ansprüchen der Armen zu genügen!

DER SINN DER MAIFEIER

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 3. 5. 1900

Genosse Fritz Ebert bestieg die Rednertribüne zu folgender Festrede:

Wir begehen die Maifeier seit elf Jahren. Veranlassung zu dem Feste der Arbeit gab der in Paris tagende internationale Arbeiterkongreß, jenes gewaltige Arbeiterparlament, das aus 400 Vertretern der Arbeiter aller Kulturstaaten gebildet war. Der Kongreß beschäftigte sich vorwiegend mit dem Schutze

der Arbeiterklasse. Einmal war es seine Aufgabe, Mittel zu ersinnen, um der maßlosen Ausbeutung der Arbeiter ein Ende zu setzen, ferner aber auch den gemeinsam erstrebten endgültigen Zielen festen Ausdruck zu geben. Die bremische Arbeiterschaft feiert den Maifeiertag erst seit wenigen Jahren durch Arbeitsruhe. Man erinnere sich, wie vor Jahren erst ein kleines Häuflein mutiger Genossen den Morgenspaziergang antrat. In den wenigen Jahren hat sich die würdige Feier durch Arbeitsruhe so bedeutenden Eingang verschafft, daß wir heute eine unerwartet gewaltige Zahl von feiernden Arbeitern und Arbeiterinnen überschauen konnten.

Wir feiern das Maifest nicht des Festes halber oder um einmal einen freien Tag zu haben, nein, wir feiern es, um laut und deutlich der herrschenden Klasse zu zeigen, was die Arbeiterschaft will, daß die gewaltige Demonstration nicht das Werk einzelner Personen, sondern der gesamten Arbeiterklasse ist. Wir finden uns heute in unseren Gedanken einig mit den Arbeitern aller Kulturländer. Der Pariser Kongreß hat den zu erstrebenden Arbeiterschutz festgelegt und den achtstündigen Arbeitstag in den Vordergrund gestellt. Der Redner begründet eingehend die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung zunächst aus sanitären Gründen; er verweist auf den autoritativen Nachweis der Schädigung der Gesundheit der Arbeiter durch die schwere oder eintönige Arbeit in den Fabriken, auf die Krankheitsstatistik sowie auf die Ergebnisse des Tuberkulosekongresses. Die Tuberkulose ist geradezu das Schreckgespenst für die Arbeiter geworden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein wichtiges Mittel zur wirksamen Bekämpfung dieser Krankheit. Wir fordern aber auch den Achtstundentag, weil erst dieser den Arbeiter in die Lage versetzt, ein ordentliches Fa-

milienleben führen zu können. In den weitaus meisten Fällen ist ihm das heute nicht möglich. Früh verläßt der Arbeiter das Heim, während die Kinder noch schlafen. In sehr vielen Fällen sucht auch noch die Frau einen Arbeitsplatz auf. Wo bleibt da das Familienleben? Die Kinder sind sich selbst überlassen, genießen in keiner Weise die Pflege, die gerade für Kinder gefordert werden muß. Der Arbeiter soll auch an den Fortschritten der Entwicklung unserer Kultur teilnehmen; er muß sich fortbilden.

Die Nation, die zu einem hohen Prozentsatz aus der Arbeiterklasse gebildet wird, ist es ihrer Selbsterhaltung schuldig, dem Arbeiter zur weiteren Fortbildung Gelegenheit zu geben. Das ist nicht möglich, wenn der Arbeiter sich in zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit abquält und ermüdet am Abend aufs Lager sinkt. Das sind die Hauptmomente, die zur Forderung des Achtstundentages veranlassen. Wir wollen anderseits mit der Verkürzung der Arbeitszeit aber auch einwirken auf Angebot und Nachfrage. Wir wissen nicht, wie lange die augenblickliche Prosperität anhält. Die wirtschaftliche Entwicklung lehrt uns, daß ihr die Zeit der Krise folgt. Dann tritt die Konsumtionsunfähigkeit Tausender von Arbeitern, Arbeitslosigkeit in großen Massen und mit ihr Not und Elend in zahlreichen Arbeiterfamilien ein. Gerade heute deuten Anzeichen auf die nahende Krise hin. Aus Amerika kommen Nachrichten über die starke Einschränkung der Produktion in der Eisenindustrie. Das lebhafte Fallen der Papiere der Montanindustrie, die Produktionseinschränkung in der deutschen Kammgarnspinnerei; alles das sind warnende Zeichen.

Neben der Verkürzung der Arbeitszeit demonstrieren wir für andere Forderungen zum Schutz der Arbeit. Die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit ist in

Deutschland — gegenüber anderen Industrieländern — noch sehr minimal. Jedoch haben die Kommunen allen Anlaß, darauf zu drängen, daß den Arbeitern das gegeben werde, was ihnen gebührt. Es steht also in Deutschland noch ein großes Gebiet offen. Wir verlangen ferner eine durchgreifende Fabrikkontrolle, eine gründliche Wohnungsreform, den Ausbau der Sozialgesetzgebung. Der Redner beleuchtet die hinlänglich bekannte Mangelhaftigkeit der Sozialgesetze. Heute bewilligt man große Summen für Flottenvermehrungen. Man verweist sogar auf die Arbeitsgelegenheit, die durch die Flottenvergrößerung erwachse. Man möge nur Sorge tragen, daß Gesundungsheime in genügender Anzahl für die im Dienste des Kapitals erkrankten Arbeiter geschaffen werden! Man findet Gelegenheit genug, durch kulturfördernde und menschenfreundliche Zwecke Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Wir verlangen weiter die Reform des Volksbildungswesens, Ausbau des Schulwesens für die Kinder der Arbeiter, denen die nötige Aufsicht fehlt, Spielschulen, in denen sie unter ordentlicher Aufsicht der Lehrer und Bildner die ihnen mangelnde Pflege erfahren. Wir verlangen die völlige Freiheit des Koalitionsrechts. Heute wird die Koalitionsfreiheit in jeder Weise beschränkt. Den Unternehmern ist das bißchen Koalitionsrecht, das die Arbeiter besitzen, ein Dorn im Auge. Seit 1890 ertönt in den Reihen des Unternehmertums der mächtige Ruf nach Organisation, zum Widerstand gegen die Arbeiter. Die Unternehmer haben es verstanden, sich zu organisieren. Zwar existiert auch eine starke Gewerkschaftsbewegung, aber heute müssen wir es uns sagen, daß noch viele sind, die nicht wissen, was ihnen die Organisation für Pflichten auferlegt. Daß sie von jedem verlangt, daß er auch ein treuer, aufopferungsfähiger Kämpfer werde. Aber nicht nur auf die wirtschaftliche

Organisation, sondern auch auf die politische müssen wir unser Augenmerk richten. Die Arbeiterklasse muß das Heft der Gesetzgebung den herrschenden Klassen zu entringen suchen. Die politische Tätigkeit muß den wirtschaftlichen Kampf ergänzen.

Ein anderer wichtiger Punkt zwingt uns zu demonstrieren. Die Maifeier ist ein Friedensfest, sie gilt der Überwindung des Völkerhasses. Die herrschenden Klassen sollen ein Beispiel nehmen an der Arbeiterschaft, die heute in allen Kulturländern die gleichen Friedensgedanken zum Ausdruck bringt. Demgegenüber charakterisiert der Redner die Friedenskomödie im Haag. Kaum einige Monate später sehen wir einen Kampf, durch den täglich eine große Anzahl von Menschen dahingeschlachtet wird. Wir haben den großen Gedanken der Völkerverbrüderung zu vertreten; dazu gibt der internationale Arbeiterkongreß in Paris demnächst erneute Gelegenheit. Die deutschen Arbeiter müssen dafür Sorge tragen, daß eine so große Anzahl Vertreter dort zusammenkommt, daß die Kongresse eine immer größere praktische Bedeutung finden.

Der Redner wirft nunmehr noch einen Blick auf die Arbeiterbewegung am Orte, gedenkt des zehnjährigen Bestehens der Bremer Bürger-Zeitung und fordert die Arbeiter auf, immer mehr für Ausbreitung dieses Kampforgans bestrebt zu sein. Dann werden wir auch erneute Fortschritte zu verzeichnen haben. Auch müssen wir unsere Bewegung so einrichten, daß der große Gedanke der Solidarität des Eintretens des Bessergestellten für den im Elend Befindlichen immer festeren Fuß faßt. Wenn wir uns geloben, opfermutig weiterzukämpfen, dann können wir den demonstrierenden Arbeitern aller Länder heute unsern Gruß entbieten und mit einstimmen in den Ruf, der heute durch

alle Lande ertönen soll: Arbeiter, Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Brausender Beifall folgte des Redners Worten.

VON DER LEBENSHALTUNG DER ARBEITERSCHAFT

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 14. 11. 1900

Ich stelle den Antrag:

Die Bürgerschaft erachtet für alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter die Festsetzung eines Minimallohnes von 4 ℳ pro Tag und eine vorläufige neunstündige Arbeitszeit täglich für notwendig.

Bei Vergebung von staatlichen Arbeiten und Lieferung wird dem Unternehmer die Innehaltung genannter Arbeitsbestimmungen zur Bedingung gemacht.

Für ständige, nicht ruhegehaltsberechtigte Angestellte ist eine angemessene Hinterbliebenen-Versorgung einzurichten.

Mein Antrag bewegt sich in bescheidenen Grenzen. Er fordert nichts Ungeheuerliches, bezweckt nichts Undurchführbares, sondern versucht nur, Verhältnisse, die anderwärts bereits bestehen, zu übertragen. Gegen den Antrag selbst wird sich prinzipiell nichts einwenden lassen. Wer heute im öffentlichen Leben steht und dem Allgemeinwohl dient, kann meiner Meinung nach nicht mit verschränkten Armen dem Zustand zusehen, wie er sich in unserer Volkswirtschaft abspielt, daß der wirtschaftlich Schwache unter dem Drucke des wirtschaftlich Starken seufzt. Wer im täglichen Leben stündlich diese Erscheinung wahrnimmt, der ist gezwungen, sein Augenmerk auf soziale Verhältnisse zu richten und Hand anzulegen, daß die Verhältnisse der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung gehoben werden. Das ist der Kernpunkt jeder Sozialpolitik. Es soll zugestanden werden, daß der Antrag für sich immerhin eine gewisse sozialpolitische

Bedeutung in Anspruch nehmen kann. Er bezweckt zunächst die Erhöhung der Lohnverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Es ist bekannt, daß der Staat außer dem großen Heer an Beamten auch zahlreiche Arbeiter beschäftigt; er erscheint dadurch in gewisser Beziehung als Arbeitgeber und Großindustrieller. Sie wissen aber auch ferner, daß der Verwaltungsbehörde die Ausführung der vom Reich erlassenen sozialen Gesetze überwiesen ist. Wenn nun der Staat und seine Organe Sorge tragen sollen, daß in der Privatindustrie diese gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze und Wohl der Arbeiter streng beachtet werden, dann kann man auch sehr wohl verlangen, daß der Staat selbst in seinem eigenen Heim Einrichtungen und Anordnungen trifft, die auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete als Muster, als Vorbild dienen sollen. Sie werden mir zugeben, daß die Lebenshaltung in den letzten Jahren so gestiegen ist, daß man gezwungen gewesen ist, eine Revision der Beamtengehälter vorzunehmen, und selbst die höchstgestellten Beamten des Staates sind davon nicht verschont geblieben. Die Löhne der Staatsarbeiter haben aber nur eine ganz geringe Aufbesserung erfahren. Die Eingaben und Vorstellungen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter haben bei den in Betracht kommenden Behörden nicht immer das Wohlwollen und Entgegenkommen gefunden, das man erwarten durfte. Es sind Lohnaufbesserungen von 10 bis 15 % gemacht worden, Lohnaufbesserungen, die durch die Verteuerung der Lebenshaltung längst überholt sind, und so ist es im bremischen Staatswesen heute der Fall, daß viele Arbeiter beschäftigt sind, die einen Tagelohn von 3 bis 3.50 ℳ, kaum aber 4 ℳ erreichen. Wenn Sie das Spezialbudget aufmerksam durchgehen, finden

Sie bei einzelnen Positionen, insbesondere bei Häfen und Eisenbahnen, Ausgaben für Arbeitslöhne, aus denen zu ersehen ist, daß viele Arbeiter eben 3 ℳ erhalten. Auch andere Verwaltungen bezahlen Löhne, die weit hinter dem Satz zurückbleiben, den ich in meinem Antrag als angemessen vorgeschlagen habe.

Nun wird es sich zunächst darum handeln, ob es überhaupt zu empfehlen ist, eine derartige Minimalgrenze von Löhnen für die Arbeiter festzusetzen. Die Frage ist meiner Meinung nach einfach zu entscheiden. Für alle Staatsbeamten ist ein Anfangsgehalt festgestellt, gleichsam ein Minimalgehalt. Was dem Beamten recht und lieb ist, kann selbstverständlich auch für den Arbeiter in Anspruch genommen werden. Prinzipiell würde also nichts dagegen einzuwenden sein, die Minimalgrenze des Lohnes festzusetzen.

Des weiteren verlangt der Antrag, daß die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden bemessen werde. Wir hätten ja eigentlich die achtstündige Arbeitszeit beantragen sollen, und halten selbstverständlich auch heute noch an dieser Forderung fest; aber wir haben, um zunächst in dieser Sache weiter zu kommen, uns dazu verstanden, die neunstündige Arbeitszeit vorläufig zu fordern. Wenn man die Wichtigkeit der verkürzten Arbeitszeit für die Arbeiter ermessen will, so muß man eigentlich Fachleute reden lassen. Ich beziehe mich auf den Tuberkulose-Kongreß zu Berlin. Dort sind Gelehrte aller Länder zusammengekommen, die darüber beraten haben, wie man der schrecklichen Seuche Einhalt gebieten könnte. Mehrere Gelehrte haben als Hauptmittel die Verkürzung der Arbeitszeit empfohlen. Es ist Tatsache, daß nichts mehr den Körper des Arbeiters schwächt als die übermäßig lange tägliche Arbeitszeit. Der Arbeiter verbraucht seine Kräfte viel zu früh. In seinen besten Jahren

stirbt er dahin, und seine Frau steht dann verlassen da. Es ist also durchaus notwendig, mit allen Kräften auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Es kommt noch weiter hinzu, daß von einer großen Reihe von Privatbetrieben die Staatsbetriebe in dieser Beziehung überholt sind. So ist z. B. in der Holzbranche, in der Tischlerei, die neunstündige Arbeitszeit längst durchgeführt. (Zurufe: Leider!) Ja, es ist glücklich heute noch so bestellt, daß bei der Regelung dieser Frage nicht nur die mitzureden haben, die bei der Sache interessiert sind, sondern auch diejenigen, die unter den Folgen der langen Arbeitszeit leiden.

Ich will nur noch ein Moment hinzufügen. Unsern Arbeitern fehlt es nicht allein an Brot, es ist auch notwendig, sie in geistiger Beziehung zu heben. Was nützen denn alle Wissenschaften, wenn sie nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommen und nicht hineingetragen werden ins Volk, wenn so manches Talent, so mancher tüchtige Charakter nicht geweckt wird? Das aber kann nur geschehen, wenn dem Arbeiter außer der Zeit, in der er seine Arbeit zu leisten hat, auch noch Zeit zur Verfügung steht, sich geistig weiter zu bilden. Welch großer Drang nach geistiger Bildung übrigens in der Arbeiterbevölkerung heute vorhanden ist, das kann nur derjenige ermessen, der mit dem Arbeiterstand in Berührung kommt.

Des weiteren wird in dem Antrag verlangt, daß bei Vergebung von Staatsarbeiten dem Unternehmer die Verpflichtung auferlegt wird, die festgestellten Bedingungen einzuhalten. Diese Bestimmung ist nur eine Konsequenz des ersten Teils des Antrags. Es wäre unbillig, wenn der Staat nicht überall da, wohin sein Einfluß reicht, Sorge dafür trägt, daß die getroffenen Bestimmungen auch befolgt werden. Hinzu

kommt, daß bei Vergebung von Staatsarbeiten sich eine starke Konkurrenz geltend macht. Die Geschäftsleute führen sehr gern Staatsarbeiten aus, denn der Staat ist ein sicherer Zahler, es gibt ihrem Geschäft ein gewisses Ansehen, wenn Arbeiten für den Staat geliefert werden. Es entsteht so ein Konkurrenzkampf, der oft auf dem Rücken des Arbeiters ausgefochten wird.

Wir haben auch heute schon ganz bedeutende Arbeitsbetriebe — ich will nur an die Buchdruckerbetriebe erinnern — in denen derartige Festsetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer existieren, und beide Teile fühlen sich wohl dabei. Es ist eine Übersehung der eigenen Interessen, wenn die Arbeitgeber sich gegen eine derartige Einrichtung stemmen, die wohl geeignet ist, unser Submissionswesen zu verbessern und den Arbeiter sicher zu stellen. Daß aber dieser Standpunkt von den Unternehmern nicht immer eingenommen wird, geht z. B. daraus hervor, daß die Leute bei der städtischen Tonnenabfuhr mit Löhnen von 2.50 ℳ bis 3.50 ℳ abgespeist werden. Dabei sind die Leute gezwungen, oft ihre Mahlzeiten bei ihrer Arbeit einzunehmen. Sie haben vielfach nicht einmal, was sich eigentlich ganz von selbst verstehen sollte, eine Mittagspause. Derartige unwürdige Zustände würden sich vermeiden lassen, wenn man den Unternehmern gewisse Bedingungen auferlegte. Ein anderer wichtiger Betrieb ist der Betrieb der Straßenbahn. Der Dienst ist sehr anstrengend. Die Leute müssen vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Posten sein, und dabei erhalten sie ein Monatsgehalt von 85 ℳ im Anfang, das bis 120 ℳ steigt. Das ist keine ausreichende Besoldung. Derartige Verhältnisse würden nicht bestehen, wenn eine Bestimmung, wie die von mir genannte, eingeführt würde.

Zum Schluß komme ich auf den Passus bezüglich der Regelung der Pensionsverhältnisse der staatlichen Arbeiter. Es gibt keinen Grund, den Arbeiter in dieser Beziehung anders zu behandeln als den Beamten. Die Beamten erlangen nach zehnjähriger, die jahrgeldberechtigten Beamten nach zwanzigjähriger Dienstzeit Anspruch auf Pension. Für den staatlichen Arbeiter ist so gut wie nichts nach dieser Richtung hin geschehen. Ebenso wie der Beamte, wenn er die beste Zeit seines Lebens dem Dienst des Staates geopfert hat, oder wenn er plötzlich hinweggerafft wird, beanspruchen kann, daß er eine angemessene Altersversorgung erhält, respektive daß seine Familie gegen Not sichergestellt wird, ebenso kann der staatliche Arbeiter, der nicht minder seine Pflicht und Schuldigkeit tut, erwarten, daß ihm eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert werde. Wenn ein Arbeiter Jahrzehnte lang im Dienste des Staates tätig gewesen ist, so soll er nicht, wenn er arbeitsunfähig geworden, gezwungen sein, die Hilfe des Armenwesens in Anspruch zu nehmen. Solche Fälle liegen aber vor. Ich will nicht allzuweit gehen, aber ich muß mich auf einen besonderen Fall beziehen. Ich kenne hier einen Arbeiter, der 20 Jahre lang in einem hiesigen staatlichen Betrieb beschäftigt gewesen ist. Er ist jetzt völlig erwerbsunfähig. 1898 hat er sich mit einem Gesuch um Unterstützung an die Verwaltung gewandt und diese hat ihm dann mitgeteilt, unter welchen Bedingungen die Unterstützungen gewährt werden, und daß dies nur in den notwendigsten Fällen geschehe. Da die wenigen Mittel nicht ausreichend waren, so ist dieser Mann auf 1899 verwiesen. In diesem Jahre hat er sein Gesuch wiederholt, und darauf hat man ihn auf 1900 verwiesen. Auch dann ist das Gesuch wiederholt, aber der Arbeiter wurde auf 1901 verwiesen. Ich

gestatte mir, aus dem Schriftstück, das die Behörde ihm hat zugehen lassen, einiges zu verlesen, soweit es Interesse hat. Es heißt da: „Auf Ihre Eingabe teilt die Unterzeichnete Ihnen mit, daß Ihr im vorigen Jahr eingereichtes Unterstützungsgesuch zwar für das Jahr 1900 vornotiert war, aber leider die verfügbaren Geldmittel nicht ausreichten, alle Bewerbungen zu berücksichtigen; es konnten nur an die allerbedürftigsten Bewerber Unterstützungen bewilligt werden. Ihre jetzige Eingabe wird für das Jahr 1901 vornotiert werden."

Das sind ganz unhaltbare Zustände.

Weiterhin wäre zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, dem Arbeiter im Sommer einige Wochen Ferien zu geben. (Heiterkeit.) Ja, das scheint Ihren Widerspruch hervorzurufen. Es ist das eigentümlich. Jeder Beamte hat für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, sich während einer kurzen Ferienzeit im Sommer von seinem Dienst auszuspannen, und Sie selbst sehnen sich danach, im Sommer für eine gewisse Zeit von Ihren Berufsgeschäften frei zu sein. Daß die Ferien notwendig sind, kann nicht bestritten werden. Sie stärken die Gesundheit, und der Mensch kommt doch einmal wieder zu sich. Der Arbeiter, der tagaus, tagein von morgens früh bis abends spät arbeiten muß, kommt ja gar nicht dazu, sich dem Naturgenuß hinzugeben. Was man dem Beamten gewährt, das sollte man dem Arbeiter nicht vorenthalten.

Man macht uns so oft unberechtigterweise den Vorwurf, daß wir etwas Praktisches für die Arbeiter nicht zu leisten vermögen. Hier handelt es sich um Maßnahmen, die im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter liegen. Lehnen Sie den Antrag ab, dann können wir nicht anders, als annehmen, daß Sie für die Schaffung geordneter Verhältnisse für unsere Ar-

beiter nicht das Verständnis haben, was von jedem, der im öffentlichen Leben steht, erwartet werden muß.

Nun sagt man, der Minimallohn würde für die jugendlichen Arbeiter, Krüppel usw. schädigend wirken. Es ist wunderbar, mit welcher Wärme man sich bei dieser Gelegenheit dieser Leute annimmt. Ich kann sagen, daß auch in bremischen Staatsbetrieben Leute wegen Gebrechlichkeit ziemlich unsanft beiseite geschoben sind, und das waren Leute, die im Dienst zu Unfall gekommen sind, und die dem Staate zum Teil lange gedient hatten.

Ferner sagt man, bei einem Minimallohn würden die Steuerzahler in wirtschaftlich ungünstiger Zeit verlangen, daß dieser Lohn wieder herabgesetzt werde. Ich meine, wenn wir einen Minimallohn festsetzen, der verbürgt, daß der Arbeiter die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann, dann muß man aus menschlichen Gründen diesen Lohn auch in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs bezahlen und nicht, wie es die westfälischen Bergwerksbesitzer machen, die schon beim Herannahen der Krisis die Löhne der Arbeiter herabsetzen. Das ist eben der wesentliche Unterschied, daß wir verlangen, der Staat solle mustergültige Ordnungen festlegen.

Leider kann man nicht begreifen, daß der Arbeiter das Bedürfnis hat, sich geistig fortzubilden. Das beweist eben, daß die Leute sich gar nicht im Volke bewegen und über die Bedürfnisse des Volkes gar nicht unterrichtet sind. Wer will dem deutschen Arbeiter in einer öffentlichen Körperschaft den Vorwurf machen, daß er kein Bedürfnis habe, sich weiterzubilden? Woher sind denn die Errungenschaften der Industrie gekommen? Daher, daß der deutsche Arbeiterstand weiter fortgeschritten ist und in seiner Intelligenz dem englischen und amerikanischen die Spitze bieten

konnte. Was soll es denn gegen meinen Antrag heißen, wenn man hier anführt, man habe einige Arbeiter betrunken auf der Straße gesehen. Und wenn man viele Arbeiter betrunken sieht, so sagt das nichts für die Allgemeinheit! Gibt es denn keine Ausnahmen, und gibt es nicht bei Ihnen auch Leute, die sich betrinken? Der Unterschied ist nur der, daß diese es sich leisten können, sich in der Droschke nach Hause fahren zu lassen, während der Arbeiter von seinen Kollegen nach Hause geschleppt werden muß. Sind wir es denn, die solche Zustände züchten, die den Arbeiter in so traurigen, elenden Zuständen erhalten wollen, oder sind wir es, die den Arbeiter vorwärtsdrängen, ihm selbständiges Denken, ihm Charakterstärke beibringen? Die Arbeiterbewegung hat nach dieser Richtung hin gerade erzieherisch gewirkt.

1901.

DIE BREMER VERFASSUNG

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 30. 1. 1901

Wenn wir einmal an eine Verfassungsänderung gehen, halte ich es für ungeschickt, wenn wir uns mit einer kleinlichen Flickerei bescheiden wollten, die die Sache selbst im Kern unberührt läßt. Die Verfassung des bremischen Staates, des republikanischen Freistaates, trägt einen so reaktionären Charakter, daß eine im alten Ständewesen versunkene Monarchie sich zu einer solchen Verfassung gratulieren könnte. Wenn Ihnen dies verwunderlich erscheint, so dürfen Sie nur der Herkunft der Verfassung nachgehen. Sie brauchen sich nur in die politischen Verhältnisse hineinzuversetzen, aus denen sie entstanden ist. Als 1848 im ganzen deutschen Land das Volk überall energisch dafür eintrat, daß es frei würde von der

Bevormundung der feudalen Herren, der Junker, der Geistlichkeit, da hat sich auch in Bremen eine gewaltige Bewegung in dieser Beziehung geltend gemacht. Die Bewegung hat schließlich erreicht, daß hier eine auf freiheitlichem demokratischen Boden aufgebaute Verfassung seitens des Senats, und zwar vom Rathaus herunter, feierlich versprochen worden ist. Wie nun so manche Versprechungen in Stunden der Gefahr, so ist auch dieses Versprechen, das von dem Bürgermeister dem Volke vom Rathaus herunter gegeben ist, schließlich nach einem Jahre ins Wasser gefallen. Nachdem man sich hinter den Bundestag in Frankfurt gesteckt hatte, ist diese freiheitliche Verfassung der bremischen Bevölkerung im Jahre 1852 einfach wieder genommen. Diese Verfassung ist weggenommen gegen den Willen der Mehrheit der bestehenden Bürgerschaft, weggenommen gegen den lebhaftesten Protest des Bürgeramtes, weggenommen gegen den Protest der ganzen bremischen Bevölkerung, und man hat ihr mit Hilfe eines Staatsstreichs einfach eine reaktionäre Verfassung aufoktroyiert. Die Verfassung sagt ausdrücklich: „Jeder Staatsbürger ist vor dem Gesetz gleich", und an einer anderen Stelle: „Der Senat wird von Senat und Bürgerschaft gemeinschaftlich gewählt." Das ist ja annehmbar. Wenn man aber das „Gesetz, den Senat betreffend" durchliest, so merkt man gleich den reaktionären Charakter, und es muß zugestanden werden, daß der Verfasser dieser Bestimmungen ein geriebener Diplomat gewesen ist, gegen den die Verfasser der lex Heinze oder der Zuchthausvorlage als große Stümper erscheinen. Wenn Sie Gelegenheit gehabt haben, nach einem Blick über gesetzliche Bestimmungen einmal selbst an einer solchen Wahl teilzunehmen, wie ich kürzlich das Vergnügen gehabt habe, so müssen Sie zugeben, daß es

einem erscheint, als ob man an einem Possenspiel mitgewirkt hätte. Als wir bei der letzten Wahl den ganzen Tag hier gesessen hatten und ich abends nach Hause ging, da habe ich darüber nachgedacht: Was habt ihr denn heute eigentlich gemacht? Was soll aus der Sache werden? Ich habe dann noch einmal die Verfassung genau nachgesehen, und dann bin ich zu der festen Überzeugung gekommen, daß wir da eigentlich Harlekinspiel aufgeführt haben.

VOM LIBERALISMUS

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 30. 1. 1901

Ist es liberal, wenn der Vertreter des Senats instruiert wird, ausdrücklich für die Zuchthausvorlage zu stimmen, wodurch die deutschen Arbeiter ihres Koalitionsrechts beraubt werden sollten? Oder wenn bei den Lohnbewegungen vorigen Jahres der bremische Senat das Streikpostenstehen unmöglich gemacht hat, daß er, genau wie es in Preußen geschehen ist, Arbeiter, die sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als daß sie in friedlicher Weise für die Interessen der Arbeiter gekämpft haben, vor Gericht schleppen und verurteilen ließ, wodurch ihnen die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich gemacht wurde? Anderseits steht fest, daß auf Beschluß des Senats ein Mann ausgewiesen ist, der sich nichts anderes hat zuschulden kommen lassen, als daß er die schwer bedrängten Seeleute in ihrer Sorge für bessere Lohnbedingungen unterstützt hat. Haben Sie danach noch die Überzeugung, daß der Senat liberale Grundsätze habe?

ZUR VERTEUERUNG DER LEBENSMITTEL DURCH ZÖLLE UND ABGABEN

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 6. 2. 1901

Es ist ein mißlicher Zustand, in dem wir uns gerade jetzt befinden. Wir erheben Protest gegen Maßnahmen der Agrarier und müssen eingestehen, daß wir im eigenen Staat Einrichtungen haben, die sich in ihrer Wirkung in gar nichts unterscheiden von der Zollpolitik, die wir im Reich bekämpfen. Daß es Ihnen nicht gelungen ist, die Verbrauchsabgabe zu beseitigen, damit stellen Sie Ihrer Staatskunst ein schlechtes Zeugnis aus. Es ist Tatsache, daß durch diese Steuer die Lebenshaltung gerade der unteren Schichten der Bevölkerung schwer beeinträchtigt wird. Wenn es Ihnen Ernst gewesen wäre mit der Beseitigung der Verbrauchsabgaben, so wären sie längst beseitigt. In der Deputation, die wir kürzlich zur Beratung über die Frage der Aufhebung der Verbrauchsabgabe eingesetzt haben, waren es gerade die Vertreter des Kaufmannsstandes, die sich ganz entschieden für die Beibehaltung der Verbrauchsabgaben ausgesprochen haben. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Bremer Handelsherren. Die Ablehnung der Erhöhung der Getreidezölle begründen Sie ausdrücklich mit der Verteuerung der Lebenshaltung der kleinen Leute. Dasselbe tut die Verbrauchsabgabe. Es ist bewiesen, daß durch die Verbrauchsabgabe die Lebenshaltung der unteren Schichten der Bevölkerung erheblich verteuert wird. Es ist nun ein eigentümlich kleinlicher Standpunkt, den die Kaufleute einnehmen, wenn sie die Verbrauchsabgabe nicht abschaffen wollen, weil keine Deckung für diesen Betrag vorhanden sei. Wenn wir Millionen über Millionen zur Verbesserung der Verkehrswege bewilligen, die zum größten Teil im Interesse der Kaufleute liegt, dann sollte man sich

nicht auf einen solchen Standpunkt stellen und die Abschaffung der Verbrauchsabgabe ablehnen, nur weil für diese 600 000 ℳ angeblich die Deckung fehlt. Ich meine, wenn es Ernst ist mit der Abschaffung der Verbrauchsabgabe, dann wird die Deckungsfrage spielend erledigt werden können. Ich habe in der Deputation Vorschläge nach dieser Richtung hin gemacht.

AUSEINANDERSETZUNG MIT EINEM GEGNER

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 13. 2. 1901

Ich muß mich noch einen Augenblick mit Herrn Kropp beschäftigen. Herr Kropp hat schon oft die Verwunderung der Bürgerschaft auf sich gelenkt (Heiterkeit), daß er aber bei seiner nicht zu unterschätzenden Tätigkeit eine so große Selbstverleugnung besitzt, wie er sie heute abend zur Schau getragen hat, hätte ich nicht von ihm erwartet (Heiterkeit), wo er als Mitglied der vierten Klasse aufsteht und ungefähr sagt: Wir sind zu dumm, Senator zu werden. Wenn dann der Senat Widerstand leistet, so darf man sich nicht wundern. Aber ich glaube, die bremischen Bürger werden sich in Zukunft ihre Vertreter, die sie in die Bürgerschaft schicken wollen, etwas genauer ansehen, so daß nicht unrechte Leute gewählt werden, die selbst erklären, daß sie in dieser Beziehung impotent seien. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht weiter auf diese Ausführungen eingehen zu brauchen.

SONNTAGSRUHE UND WAHLEN

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 20. 2. 1901

Es wird angeführt, daß, wenn die Wahl am Sonntag stattfinden würde, durch die Wahlagitation die Sonntagsruhe gestört werde. Wer den Wahlkampf

kennt, der weiß, daß gerade der Sonntag heute schon zur Wahlagitation von allen Parteien ausgenutzt wird. Es werden am Sonntag Flugblätter verteilt, Hausagitationen finden statt, und die Liberalen, die sonst nicht in die Arbeiterviertel kommen, kommen dann in elegantem Aufputz zu dem Arbeiter ins Haus (Heiterkeit), rennen treppauf, treppab (erneute Heiterkeit), um den Arbeiter in seiner Wohnung aufzusuchen. Sie selbst halten Versammlungen ab, und warum? Weil jeder am Sonntag Zeit hat, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Und wenn Sie befürchten, daß der Wahlkampf eine gehässige Form annimmt, dann brauchen Sie nur mit der Praxis, die Sie bisher geübt haben, zu brechen. Ich erinnere mich einer Versammlung in einem bremischen Dorfe, die auch an einem Sonntag stattfand. Der liberale Herr forderte in ihr die Leute auf, ihr Allerheiligstes und Teuerstes sich nicht nehmen zu lassen. In diesem Dorfe spielt das Schwein des kleinen Mannes eine bedeutende Rolle. Das hatte der betreffende Herr glücklich herausgefunden, und sagte nun zu den Leuten: Die Schweine werden euch die Sozialdemokraten wegholen, wenn sie siegen (Heiterkeit). Die Einwohner des Dorfes gehören noch zu dem urwüchsigsten Menschenschlag, den wir hier haben, und sie haben sich durch diese Art der Agitation in bezug auf die Heilighaltung des Sonntags nicht bedrängt gesehen, und noch heute können Sie dort über die Ausführungen dieses Herrn die köstlichsten Witze hören. Nun hat die Deputation noch ein schwerwiegendes Moment angeführt, das mich fast überzeugt hätte, nämlich, daß durch die Vornahme der Wahlen an einem Sonntag die Wahlvorsteher ungebührlich in ihrer Sonntagsheiligung gestört würden. Ich wüßte gar nicht inwiefern. Sie wissen, daß eine Anzahl von Vereinen

am Sonntag tagen, weil sie wissen, daß die Mitglieder Sonntags am meisten Zeit haben. Man kommt zusammen, spricht über das, was vorliegt, aber keiner fühlt sich in der Sonntagsheiligung beschränkt. Sie können doch überhaupt höchstens in ihrem Mittagsschläfchen gestört werden (Heiterkeit). Da sie aber im allgemeinen doch Zeit genug zur Verfügung haben, so können sie das ja leicht wieder nachholen. Das Argument, das besonders schwerwiegend sein soll, kommt tatsächlich am wenigsten in Betracht. Bei der ganzen Sache kommt es lediglich auf den guten Willen an.

PROBLEME DER VOLKSSCHULE

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 27. 3. 1901

Ein Arbeiter verfügt über eine größere Zahl von Kindern, er steht nicht in einem ständigen Erwerbsverhältnis, er ist auf einen schwankenden Verdienst angewiesen und darum von vornherein gezwungen, seine Kinder in eine Freischule zu schicken. Nebenan wohnt vielleicht ein Arbeiter, der in günstigeren Verhältnissen lebt, der nur ein Kind hat, und der deshalb imstande ist, sein Kind in die entgeltliche Volksschule zu schicken. Hier zeigt sich schon unter Kindern, wie hart eine solche Einrichtung wirken muß. Geben Sie sich doch nicht der Täuschung hin, als ob die Kinder im sechsten und siebenten Jahr den Unterschied zwischen Volks- und Freischulen nicht zu ziehen wüßten; es geht das Hänseln los. Es ist als feststehend anzunehmen, daß die Kinder, die zur Freischule gehen, sich gegen die Kinder der Volksschulen zurückgesetzt fühlen. (Zurufe: Oho!) Sie erheben dagegen Widerspruch; ich begreife es wohl, daß Sie sich nicht in solche Verhältnisse hineindenken können, weil Sie kein Verständnis von solchen Sachen haben.

Jeder Arbeiter hat das Bestreben, für seine Kinder das Beste zu tun, und wenn auch der Besuch der Freischule nicht als Armenunterstützung anzusehen ist, so ist er doch eine Beihilfe, ein Almosen, das man bei der Behörde erbitten muß. Und wenn auch Armut nicht schändet, so demütigt doch ein Almosen in der Charakterfestigkeit, Ehrenhaftigkeit und Anschauungsweise. Das ist es, was die große Masse der Arbeiter, wenn sie es nur machen kann, abhält, ihre Kinder in die Freischule zu schicken, aber nicht die Ansicht, die die Schuldeputation hat. Die Schuldeputation verkündigt freudig, daß die kleinen Leute geradezu wünschten, Schulgeld für den Besuch der Volksschule zu zahlen. Ich halte die Arbeiter nicht für so naiv. Der schönen Augen der Deputation wegen geben sie ihr Geld nicht her; sie geben es eher her, um sich vor Demütigung und Herabsetzung zu schützen. Im übrigen ist es ganz eigentümlich, daß die Schuldeputation annimmt, daß gerade die Arbeiter ein so ausgeprägtes Ehrgefühl haben, nichts vom Staat geschenkt haben zu wollen, während es feststeht, daß gerade die Kinder der besser situierten Eltern vom Staat für ihre Schulbildung größere Unterstützung bekommen als die Freischüler. 1899 ist festgestellt, daß der bremische Staat jährlich für einen Freischüler 72.35 ℳ, für einen Volksschüler 62.53 ℳ, aber für einen Schüler der städtischen Realschule 215.98 ℳ zuzuschießen hat. Die achtjährige Ausbildung eines Volksschülers kostet also dem Staate rund 578 ℳ. Nun rechnen Sie bei den Schülern der höheren Schulen eine neunjährige Schulzeit, so kommt heraus, daß der Staat für einen solchen Schüler 2200 ℳ bezahlen muß. Das ist annähernd viermal soviel, als er für einen Volksschüler zu zahlen hat. Ziehen Sie weiter in Betracht, daß nach der Schulzeit der Volksschüler in die Lehre kommt, der

Familie nichts einbringt und weiterhin große Opfer erfordert, fast so lange, bis er zum Militär gerufen wird, während anderseits die Kinder besser situierter Eltern die Schule weiter besuchen und dort bis hinauf zur Universität bedeutende Unterstützung vom Staat erhalten, dann bekommen Sie ein Bild von der bedeutenden Bevorzugung der Kinder der besitzenden Klasse gegenüber den Kindern des Volkes. Wenn da die Arbeiter verlangen, daß der Volksschulunterricht unentgeltlich werde, so verlangen sie nichts geschenkt, sondern nur ihr gutes Recht. Wenn der Staat die Schulpflicht festlegt, so muß er auch dafür sorgen, daß der Unterricht unentgeltlich sei. Der Grundgedanke, warum die Schulpflicht in Deutschland besteht, darf nicht außer acht gelassen werden. Die Schulpflicht ist nicht der einzelnen Person wegen da, sondern sie besteht aus dem allgemeinen Interesse heraus. Die Volksschule ist die Grundlage des Staatswesens, das Fundament der Pyramide, auf dem das Staatswesen aufgebaut ist. Wo bliebe unsere Produktion, wo blieben unsere Handelsbeziehungen, unsere Verkehrseinrichtungen, wo bliebe überhaupt unser Kulturzustand, wenn wir nicht die allgemeine Schulpflicht hätten? Dadurch aber, daß sie nicht von allen Gliedern eingehalten werden kann, wird dokumentiert, daß wir gezwungen sind, den unentgeltlichen Volksschulunterricht einzurichten. Durch Einrichtung der Freischulen hat man denn auch hier, wenn auch nur teilweise, dem Rechnung tragen müssen. Denn die große Masse der Bevölkerung ist nicht imstande, das Schulgeld zu bezahlen. Nun sollten wir nicht auf halbem Wege stehenbleiben und sagen, wenn einer etwas mehr verdient, so kann er auch das Schulgeld bezahlen. Der Arbeiter kann, wenn er nicht mit ständigen Erwerbsverhältnissen zu rechnen hat, das hohe Schul-

geld nicht zahlen, ohne seine und seiner Familie Lebenshaltung zu schädigen. Schon aus diesem Grunde müßte das Schulgeld für die Volksschule in Wegfall kommen.

Außer auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts lege ich auch auf die Unentgeltlichkeit der Lernmittel das größte Gewicht. Wenn anerkannt wird, daß für manchen Familienvater das Schulgeld schon schwer zu erschwingen sei, so muß auch zugestanden werden, daß die Beschaffung von Lernmitteln ebenfalls für ihn außerordentlich schwer ist. Rechnen Sie nur, daß ein Familienvater vier Kinder hat, die die Schule besuchen. Daß ihm dann die Beschaffung der erforderlichen Lernmittel sehr schwer fallen wird, ist erklärlich. Nun besucht der Schüler die entgeltliche Volksschule und kommt in die Schule ohne die erforderlichen Lernmittel; daß das den Unterricht stören muß, liegt auf der Hand. Vielleicht benutzt auch ein Kind mit einem andern gemeinsam die Bücher, und darunter muß die Disziplin leiden. Die Lehrer haben alles das erfahren, was man auch in der pädagogischen Literatur bestätigt findet. Ich halte es für durchaus gerechtfertigt, daß die Lernmittel vom Staat geliefert werden. Heute liegt die Sache so, daß der einzelne die Lernmittel viel teuerer kauft, als wenn sie vom Staate angeschafft würden. Wenn der Staat die Lernmittel in großen Posten beschaffen würde, so könnten mit den Verlegern besondere Verträge abgeschlossen werden, die es ermöglichen, die Bücher für ein Drittel des Preises zu beschaffen, der heute von den einzelnen dafür bezahlt werden muß. Die Unentgeltlichkeit der Lernmittel würde übrigens nicht so große Kosten verursachen, als meistens angenommen wird; es würde das für das einzelne Kind höchstens 3 bis 4 ℳ ausmachen.

Für einen überaus wichtigen Punkt halte ich auch die Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen. Die Schuldeputation hat ausgeführt, daß die durchschnittliche Besetzung unserer Volksschulklassen 50 Schüler betrage. Damit vergleiche man die Besetzung der Klassen der höheren Schulen! Im Gymnasium betrug die Schülerzahl durchschnittlich 22,10. Die niedrigste Zahl war 14, die höchste 32. In der Handelsschule waren durchschnittlich 26 Schüler in den Klassen, die niedrigste Zahl war 10, die höchste 35. Zu welchen Unannehmlichkeiten muß die Überfüllung der Schulklassen führen! Sie macht es dem Lehrer unmöglich, seiner Pflicht zu genügen. Der Lehrer kann seinen Unterricht nicht schablonenmäßig erteilen, sondern er ist verpflichtet, jedes Kind nach seiner Eigenart zu erziehen. Wenn er aber 50 Schüler und mehr in seiner Klasse hat, so ist es ihm unmöglich gemacht, sich den einzelnen Kindern zu widmen. Es ist dann selbstverständlich, daß die Kinder abstumpfen, weil ihnen die Anregung des Lehrers fehlt, und so geht die Wohltat des Unterrichts für sie zum größten Teil verloren. Wenn man von wirklicher Bildung der Kinder durch die Volksschule reden will, so muß zunächst dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Schüler in den Klassen auf eine annehmbare Zahl herabgesetzt werde. Aus allen diesen Gründen erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

1. An allen öffentlichen Volksschulen ist die Unentgeltlichkeit des Unterrichts durchzuführen.
2. Desgleichen die Unentgeltlichkeit der erforderlichen Lernmittel.
3. Die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen der Volksschulen ist bis auf 30 Schüler herabzusetzen.

Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit der Reform der Volksschulen, wenn Sie wirklich unsere Schulen

so umgestalten wollen, daß sie den Anforderungen der Neuzeit genügen können, so bitte ich meinen Antrag anzunehmen.

DEN ARMEN KEINE STEUERN

Aus einer Rede in der Bremer Bürgerschaft. 8. 5. 1901

In einer Körperschaft, die zum größten Teil zusammengesetzt ist aus Leuten, die sich für Liberale halten, sollte man annehmen dürfen, daß man etwas Überflüssiges ausführte, wenn man für Aufhebung der Verbrauchsabgabe eintritt. Es ist überaus verwunderlich, daß gerade die Vertreter der Kaufmannschaft, nachdem sie in der Deputation mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung der Verbrauchsabgabe eingetreten waren, nun auch hier im Plenum diese ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht haben. Sie sind doch alle Anhänger des Freihandels, ganz besonders die Kaufmannschaft, und Sie haben doch auch kürzlich in einer Resolution Protest erhoben gegen die Schutzzollpolitik, wie sie dem Deutschen Reiche droht! In dieser Resolution, die die Bürgerschaft damals angenommen hat, haben Sie ausgeführt, daß man deshalb in besonderem Maße gegen eine Erhöhung der Lebensmittelzölle sei, weil man damit eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse befürchte. Dieselbe Motivierung, die Sie Ihrem Protest gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle gegeben haben, dieselbe Motivierung mit geringen Abänderungen spricht auch gegen die Verbrauchsabgabe. Wenn Sie die Verbrauchsabgabe beibehalten wollen, weil Sie meinen, daß dadurch die Lebensmittel und damit die Lebenshaltung nicht verteuert beziehungsweise verschlechtert wird, so haben auch die Agrarier recht, wenn sie sagen, daß durch die Er-

höhung der Schutzzölle die Lebenshaltung des Volkes nicht verteuert werde. Aber dies eigentümliche Verhältnis ist hier in Erscheinung getreten. Wenn Sie auf diesem Standpunkte beharren und diese Ansicht offen und deutlich aussprechen, so können wir nicht umhin, öffentlich zu erklären, daß Sie den Antrag gegen die Erhöhung der Getreidezölle nicht aus der Anschauung heraus gestellt haben, die Sie der Resolution zugrunde gelegt haben, nämlich, daß Sie befürchten, die Lebenshaltung der Arbeiter werde gefährdet, sondern daß Sie die Resolution lediglich beschlossen haben im Geschäftsinteresse, um Ihren Profit zu sichern. Damit aber stellen Sie sich in dem gewaltigen Kampf mit den Agrariern ein großes Armutszeugnis aus. Wir sind der Überzeugung, daß die Ausgaben des bremischen Staates in der nächsten Zeit eine Steigerung erfahren werden. Das hat aber mit der Aufhebung der Verbrauchsabgabe nichts zu tun. Wenn Sie von der Voraussetzung ausgehen, daß durch die Verbrauchsabgabe die Lebenshaltung der kleinen Leute beeinträchtigt wird, so besteht für Sie doch keine Berechtigung, jene ungerechte Steuer beizubehalten. Denn Sie dürfen diese steigenden Ausgaben nicht auf Kosten der Armen und auf Kosten der zum Leben notwendigsten Lebensmittel machen. Behalten Sie die Verbrauchsabgabe bei mit der Motivierung, daß große Ausgaben bevorstünden, so tun Sie das lediglich auf die Gefahr, diese Kosten durch die Lebenshaltung der Arbeiter zu decken. Die Sache liegt so, daß jedes Pfund Fleisch durch die Verbrauchsabgabe verteuert wird, gleichgültig, welche Fleischsorten man kauft. Ich habe kürzlich in einer Zeitung gelesen, daß Herr Garde in einem Referat in einem Bürgerverein gesagt hat, die Verbrauchsabgabe drücke den kleinen Mann nicht so, die Leute konsumierten

heute ja viel Pferdefleisch und Margarine und würden deshalb von der Verbrauchsabgabe nicht getroffen, demnach brauchte die Verbrauchsabgabe auch nicht dringend aufgehoben zu werden. Das sind recht eigentümliche Auffassungen. Die behauptete Tatsache wirklich zugegeben, so beweist sie nur, daß mit der Verteuerung der Lebensmittel die Erhöhung der Löhne nicht Schritt gehalten hat und daß die Lebenshaltung der Arbeiter gedrückt worden ist. Soll man aber denn den kleinen Mann zum Genuß der minderwertigen, minder nahrhaften Nahrungsmittel veranlassen dadurch, daß man den Preis der besseren Nahrungsmittel durch die Verbrauchsabgabe erhöht? Gerade was Herr Garde angeführt hat, spricht dafür, daß es notwendig ist, die Abschaffung der Verbrauchsabgabe entschieden zu befürworten, damit auch die kleinen Leute in den Genuß der mehrwertigen Nahrungsmittel gelangen können.

Im übrigen habe ich mich über die Ausführungen des Herrn Dr. Dreyer gewundert. Er hat einmal mit ziemlicher Offenheit etwas für richtig erklärt, was meines Wissens bisher von den Angehörigen seiner Gesellschaftsklasse immer auf das entschiedenste bestritten worden ist, nämlich, daß die Besitzenden in Bremen die politische Macht in Händen haben. Wir haben bei der Frage der Umänderung des Wahlrechtes gerade auf diesen Umstand hingewiesen. Ich weiß nicht, woher Herr Dr. Dreyer diese Anschauung ableitet, daß es in Wirklichkeit so bleiben muß, daß die politische Macht in den Händen der Besitzenden ruhen muß — nach der Verfassung ist doch jeder Staatsbürger in den politischen Rechten den andern gleich —, ich weiß nicht, woraus das Recht zu der Behauptung geschöpft werden kann, daß derjenige, der zufällig durch Geburt oder durch eigenartige

Geschäftsmaximen reich geworden ist, mehr Rechte haben soll als derjenige, der trotz ehrlicher Hände Arbeit es nicht zu Vermögen bringen kann. Nach der Anschauung des Herrn Dr. Dreyer muß also die Gesetzgebung von den besitzenden Klassen geführt und geleitet werden, die besitzlosen Klassen sind nur dazu da, zuzusehen und zu zahlen! Diese eigentümlichen Anschauungen sind niemals so offen ausgesprochen worden, wie wir sie heute von Herrn Dr. Dreyer gehört haben. Sie können sich aber darauf verlassen, daß wir sie noch häufiger zur Begründung unserer Anschauung ausnutzen werden.

Im übrigen hat Herr Grimmenstein bei der Besprechung der Deckung des Ausfalls aus der Verbrauchsabgabe erklärt, daß eine stärkere Progression der Einkommen nicht durchgeführt werden könne. Eine wirkliche Begründung für diesen Satz, der auch schon in dem Bericht zu lesen ist, finden Sie nirgends. Wir halten die stufenweise Steigerung der Einkommensteuer für durchaus richtig. Die Einkommensteuer ist jedenfalls die gerechteste der Steuern, die wir haben, und zwar deshalb, weil sie von den Betroffenen nicht abgewälzt werden kann, weil sie von ihnen voll getragen wird. Anderseits ist gerechtfertigt, daß jeder nach seiner Kraft und seinem Vermögen zu den Ausgaben des Staates herangezogen wird. Diejenigen, die große Einkommen beziehen, sind dazu zum wesentlichen Teil auf Grund unserer staatlichen Einrichtungen gekommen. Die großen Verkehrsanlagen im bremischen Staate, die bedeutenden Hafenanlagen, die Einrichtungen in unseren Häfen, sowie die Verkehrsverbesserungen innerhalb der Stadt, alle diese Einrichtungen, die aus allgemeinen Steuern und Mitteln beschafft sind, sind in erster Linie zum wesentlichen Teile den besitzenden Klassen zugute gekommen.

Aus all diesen Gründen ist es durchaus berechtigt daß diese Leute, die einen großen Vorteil aus den Einrichtungen des Staates ziehen, auch kräftig zu den Steuern herangezogen werden. Herr Grimmenstein hat angeführt, daß diese Anschauung eine sozialistische sei. Er irrt sich. Wenn er sich nur ein wenig in der Finanzwissenschaft umgesehen hätte, würde er wissen, daß sich für diese Anschauung sehr bedeutende Vertreter finden. Sie ist nicht eine spezifisch sozialistische Anschauung, sondern eine Anschauung, der jeder Mensch im Interesse der Gerechtigkeit zustimmen kann. Aus diesem Grunde halten wir daran fest, daß der Ausfall, der durch Aufhebung der Verbrauchsabgabe entsteht, voll auf die Einkommensteuer gelegt wird. Herr Grimmenstein hat uns die Skala vorgeführt, wie die Einkommensteuer progressiv gestaltet ist. Die Skala ist niemand neu. Er hat sie aber nur fortgeführt bis zu 12 000 ℳ, bei welchem Einkommen der volle Satz eintritt. Wenn aber eine progressive Einkommensteuer gerecht sein soll, so verstehe ich nicht, warum die Progression nicht steigen soll bis zu den hohen und höchsten Einkommen. Aber das ist es gerade, nicht die Einkommen unter 12 000 ℳ, sondern gerade die höheren Einkommen sollen soviel als möglich zur Beschaffung des Ausfalls herangezogen werden. Ich will mich aber nicht weiter damit beschäftigen. Die Deputation hat geglaubt, einen Kompromiß vorschlagen zu müssen. Es wird damit auch eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer vorgeschlagen. Herr Senatskommissar Gröning hat bei seinen Ausführungen vorher versucht, die Maßregeln zu begründen, und ich muß sagen, den Ausführungen, soweit sie der Herr Senatskommissar hier gegeben hat, kann ich Wort für Wort zustimmen. Ich würde auch keinen Augenblick zögern, für die Erhöhung der Gebäudesteuer zu

stimmen, wenn ich nicht die Furcht hätte, daß die Steuer abgewälzt würde auf die Mieter, so daß die Steuer in Wirklichkeit nicht die trifft, die der Herr Senatskommissar treffen will. Nichts ist gerechtfertigter, als daß die Grundeigentümer, die durch Einrichtungen des Staates, durch Straßenverbreiterungen usw. einen Vermögenszuwachs erzielen, zur Steuer besonders herangezogen werden; aber man muß die Sache so einrichten, daß die Steuer nicht abgewälzt wird. Deshalb bin ich nicht für eine Erhöhung der Gebäudesteuer, weil ich der Überzeugung bin, daß die Grundeigentümer, zumal sie sich jetzt eine besondere Organisation gegeben haben, die Steuer auf die Mieter abwälzen werden. Auch ein soziales Moment kommt dabei in Betracht. Bei Besprechung des Jahresberichts der Gewerbeinspektion haben Sie ja auch zugeben müssen, daß in bezug auf die Wohnungsverhältnisse erhebliche Mißstände bestehen. Nun sollte man dem Arbeiter die Wohngelegenheit nicht dadurch erschweren, daß man die Steigerung der Mieten begünstigt. Diese wird aber sicher eintreten. Es ist bei den Arbeiterhäusern in Betracht zu ziehen, daß die Hauseigentümer überhaupt nicht imstande sind, größere Lasten zu tragen. Die Leute, denen von den Häusern sehr wenig gehört, müssen jede Last, die neu auf das Haus kommt, übertragen. Solche Hauseigentümer sind infolgedessen gezwungen, die Mieten einfach zu steigern. Da es überhaupt an kleinen Wohnungen fehlt, bin ich überzeugt, daß die Arbeiter unter der Einführung der Steuer zu leiden haben. Es ist auch nicht zu unterschätzen, daß die Geschäftsleute hierdurch in besonderer Weise zur Besteuerung herangezogen werden, in einer Weise, die aus den allgemeinen Interessen nicht gerechtfertigt erscheint. Die Grundsteuer soll ebenfalls nach

dem Vorschlage erhöht werden. Ich habe der Deputation zur Erwägung gegeben, ob für die Grundsteuer überhaupt nicht eine Änderung herbeigeführt werden könnte. Ich will das heute nicht weiter ausführen, da sich die Bürgerschaft, nachdem von bürgerlicher Seite ein dahingehender Antrag gestellt ist, demnächst mit der Sache beschäftigen wird. Aber die Sache liegt so, daß die Grundsteuer nach dem Ertrage erhoben wird. Das ist eine eigentümliche Besteuerung. In Bremen-Stadt wird wenig Grund zu landwirtschaftlichen Zwecken verwendet. Es kommt hier vor allem Baugrund in Betracht, der an der Peripherie der Stadt liegt. Die Grundeigentümer haben uns blockiert, sie vermieten vorläufig den Grund als Landparzellen an kleine Leute, erhalten davon sehr gute Zinsen und warten nun gemächlich die Zeit ab, bis die Straßenregulierungen soweit gelangt sind, daß das Kohlland Baugrund wird und sich in einen goldenen Segen verwandelt. Die Grundstücke erhalten dann plötzlich ohne das Zutun ihrer Besitzer einen großen Wert. Für solche Grundstücke müßte die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erhoben werden. Ich bin überzeugt, daß man dann den Leuten besser an die Fersen kommen könnte. Wenn Sie nun ferner der Meinung sind, daß wir die Einkommensteuer nicht als Ersatz für den Ausfall einführen dürfen (es ist dagegen bisher kein anderer Grund geltend gemacht, als daß eine solche Steuer für andere Zeiten aufgespart werden soll), so möchte ich Sie veranlassen, doch einer regelmäßigen Erhebung der Vermögenssteuer zuzustimmen. Die Vermögenssteuer wird zum weitaus größten Teil erhoben vom fundierten Einkommen. Diese Besteuerung muß jedenfalls gerechtfertigt erscheinen. Gegen die progressive Einkommensteuer wird vielfach eingewandt, daß sie eine Besteuerung der Intelligenz

und deshalb ungerechtfertigt sei. Dieser Einwand trifft bei der Besteuerung der fundierten Einkommen nicht zu. Es gibt viele Leute, die sich auf solches Vermögen besonders etwas zugute tun. Aber dazu ist doch wahrlich keine Ursache vorhanden, denn bei manchen dieser Leute trifft das Wort von dem Bauer und den großen Kartoffeln zu. Aus diesem Grunde werde ich auch einen Antrag auf regelmäßige Erhebung einer Vermögenssteuer einbringen.

Es ist bereits in dem Bericht der Steuerdeputation festgestellt worden, inwieweit die Einkommen der kleinen Leute durch die Verbrauchsabgabe herangezogen werden. Es kommt dabei noch das Wesentliche hinzu, daß die Verbrauchsabgabe als Kopfsteuer wirkt; wer eine große Familie zu ernähren hat, wird stärker herangezogen als derjenige, der nur eine kleine Familie hat oder Junggeselle ist. Ich erlaube mir, die Bürgerschaft zu bitten, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Bürgerschaft beschließt die Aufhebung der Verbrauchsabgabe mit dem 1. April 1902.

Als geeignete Deckung für den entstehenden Einnahmeausfall erachtet sie die stufenweise steigende Erhöhung der Einkommensteuer für Einkommen über 6000 *M.*

1902.

AUS EINER SCHRIFT DES BREMER ARBEITERSEKRETÄRS EBERT

Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter. 1902.

Bei etwa der Hälfte aller Ganghäuser fehlt aber der besondere Abort ganz. An seine Stelle tritt das Tonnensystem. Die Tonne steht in einem meist gut

verschlossenen Kasten, so daß der Geruch nicht besonders lästig ist. Der Kasten ist meist auf dem Boden dicht neben den Betten, in einzelnen Fällen auch im Hausflur angebracht." Für solche „Arbeiterfreunde", die die soziale Frage mit Moralpredigen zu lösen gedenken, wollen wir noch folgende Ausführungen beifügen: „Im allgemeinen setzt die Hausfrau ihren Stolz darein, das einfache Wohnzimmer möglichst sauber und wohnlich herzurichten. An den Fenstern sind Blumen, die Wände sind, meist auf Kosten des Mieters, tapeziert und mit Bildern und Andenken geschmückt, der Fußboden ist sauber gehalten. Fälle von Schmutz und Verwahrlosung kommen selten und fast nur bei Leuten vor, die aus dem Osten kommen. Solche Familien werden von den übrigen Bewohnern des Ganges gemieden. Erschwert wird die Reinhaltung durch Feuchtigkeit der Wände (Schimmelbildung) und durch die Undichtigkeit des Fußbodens, der Staub durchläßt." Welche Gefahren durch solche Zustände insbesondere in gesundheitlicher Beziehung entstehen, geht daraus hervor, daß die Gesamtsterblichkeit, auf 10 000 Bewohner der Gänge berechnet, durchschnittlich jährlich 285,1 beträgt, während die gleiche Berechnung in der gesamten Stadt nur 205,1 ergab. Dabei ist die größere Sterblichkeit der Kinder von weniger als 5 Jahren und die der Erwachsenen zwischen 30 und 50 Jahren besonders auffällig.

Einen weiteren Mißstand bilden die hier in großer Anzahl vorhandenen Keller-, sogenannte Souterrainwohnungen. Die bremische Gewerbeinspektion sagt in ihrem Jahresbericht von 1898 in dieser Hinsicht folgendes: „Während früher eigentliche Kellerwohnungen unbekannt waren und nur die Ausnahme bildeten, sind diese bei den neueren Häusern die Regel. Die Kellerwohnung von durchschnittlich 2,5 Meter Höhe enthält

einen Wohnraum von etwa 3×4 Meter, eine Schlafkammer von 2,5×2,8 Meter mit Licht und Lüftung vom inneren Hausgang, eine kleine Küche nebst Gelaß für Feuerung und dergleichen." Recht zutreffend werden diese Art Wohnungen in Bremen auch von Dr. Jaffe in seiner Abhandlung „Hausindustrie und Fabrikarbeit in der deutschen Zigarrenindustrie" geschildert: „Auf einer schmalen dunklen Kellertreppe gelangt man durch einen ebenfalls nur dürftig erleuchteten Gang in den als Küche dienenden Raum, der zugleich als Durchgang zu dem dahinter liegenden Hof dient; daneben befindet sich ein Wohnraum und hinter diesem eine kleine Schlafkammer, welche Licht und Luft nur durch ein kleines, auf den erwähnten dunklen Gang mündendes Fenster erhält. Da nach der Straße zu die zu den oberen Wohnungen gehörigen Kellerräume liegen, so erhält die Souterrainwohnung Luft und Licht nur von dem an der Hinterseite des Hauses liegenden Hof."

Diese Schilderung trifft mit geringen Abweichungen auf sämtliche Souterrainwohnungen zu, die nicht nur bei zahlreichen alten Häusern vorhanden sind, sondern, wie die Gewerbeinspektion ganz richtig ausführt, bei den neueren Häusern die Regel bilden. Dabei ist ein Umstand noch besonders zu beachten. Es fehlt in der Bauordnung eine Bestimmung, wonach durch eine ausreichende Isolierung bei der Fundamentierung Schutz gegen die dem vielfach niedrig gelegenen Baugrund entströmende Feuchtigkeit geschaffen wird, so daß zu den oben geschilderten Mißständen sehr häufig noch Feuchtigkeit hinzutritt. Aus unserer Erfahrung bei der Auskunfterteilung wüßten wir über dieses Kapitel ein besonderes Lied zu singen.

Der Einfluß dieser Entwicklung auf die Wohnungsverhältnisse wird von der Gewerbeinspektion wie folgt gewürdigt: „Der ältere bremische Arbeiter kennt keine

Arbeiterkaserne, in seinem kleinen einstöckigen Häuschen wohnt er allein und hat sich, wie ich im Bericht für 1891 mitteilte, auch mehr Sinn für ein freundliches Heim bewahrt, den er dadurch betätigt, daß er an Sonn- und Feiertagen sich damit beschäftigt, demselben innen und außen einen freundlichen Anstrich zu geben. Diesen Eindruck machen auch noch heute nicht nur einzelne Wohnungen, sondern ganze Straßen. Unmerklich scheint hierin eine Änderung einzutreten; zweistöckige Häuser (Keller, Erdgeschoß und Stockwerk), in denen fünf Parteien wohnen, deren Mitglieder sich auf etwa 40 Personen belaufen, von denen etwa 15 Kinder und etwa 15 Einlogierer sind, trifft man nicht selten. In einer Straße werden 25 solcher Häuser von 95 Familien bewohnt, die aus 222 Erwachsenen und 169 Kindern bestehen und bei denen 112 Personen einlogiert sich befinden. Es ist gar nicht so selten, daß Familien von 4—6 Personen sich auf ein Zimmer beschränken, das dann als Wohn-, Schlaf- und Eßzimmer dient, und die übrigen Räume vermieten; welcher Zustand herrscht, wenn Krankheit ausbricht, kann man sich denken."

Wir glauben damit hinreichend dargetan zu haben, daß hier tatsächlich ein Wohnungsmangel besteht, der erklärlicherweise eine Übervölkerung der vorhandenen Wohnungen zur Folge haben mußte, und in Verbindung mit den schreienden Mißständen in den Ganghäusern und Kellerwohnungen die Richtigkeit unserer Auffassung über die hiesigen Wohnungsverhältnisse bestätigt. Welche Gefahren hierdurch für das gesundheitliche und sittliche Leben der Arbeiterklasse entstehen, brauchen wir hier nicht des näheren zu erörtern. Aber darauf hinweisen wollen wir, daß auf dem dritten internationalen Tuberkulosekongreß 1901 in London Professor Koch in eindringlicher Weise auf diese Tatsachen hinwies. Der Londoner Kongreß er-

klärte ausdrücklich: „Nach der Ansicht dieses Kongresses tragen Überfüllung der Wohnräume, mangelhafte Ventilation, Feuchtigkeit und allgemein ungesunde Zustände in den Häusern der arbeitenden Klassen dazu bei, die Veranlagung zur Krankheit und die Ausbreitung der Krankheit selbst zu fördern." Die Ergebnisse unserer Erhebung, die wir nunmehr erfolgen lassen, werden ebenfalls zeigen, daß der bremische Proletarier — entgegen den vielfachen gegenteiligen Behauptungen — in seinen Wohnverhältnissen seinen Klassengenossen anderer Großstädte gegenüber nichts voraus hat.

ENTWURF EINER REDE

Aus dem Nachlaß.

Die kämpfende Arbeiterklasse stellt auch ihre Feste in den Dienst ihrer Sache.

Arbeiterfeste sind eine Art Heeresschau.

Sie zeigen dem Gegner, wie immer größere Massen entschlossen unseren Fahnen folgen.

Den beiseitestehenden Arbeiter sollen sie an seine Pflicht ermahnen, ihn anfeuern, sich den Kampfreihen seiner Klassengenossen anzuschließen.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Solidarität und die Kampfesfreude sollen die Arbeiterfeste fördern.

Wohl bilden unsere Feste Ruhepunkte im Kampfe, gleichwohl dienen sie dem Kampfe, sollen jeden einzelnen mit neuer Kraft, mit frischem Mut und froher Begeisterung für unsere Sache erfüllen.

Der Kampf ist das Leben der Arbeiterbewegung! Noch nie haben Kämpfe das Proletariat mehr umtobt als heute. Noch nie wurde gegen die deutsche Arbeiter-

klasse eine gewissenlosere und niederträchtigere Hetze geführt als in den letzten Monaten.

Landauf, landab rüsten die Feinde der Arbeiterklasse zum Angriff. Die Reaktion kämpft einen Verzweiflungskampf!

Sie ist dabei, alle volksfeindlichen Elemente zusammenzufassen zum entscheidenden Vorstoß gegen die Sozialdemokratie und gegen die gewerkschaftlich organisierten, klassenbewußten Arbeiter.

Unter Führung der Regierungsbürokratie werden alle Rückschrittler und Dunkelmänner gesammelt zu einem Kampfblock gegen die Sozialdemokratie.

Junker, Großkapitalisten sowie alle übrigen Nutznießer der Ausbeutung und Bedrückung des Volkes sehen mit Schrecken, wie die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie immer weiteren Schichten des Volkes die Augen öffnet.

Voller Angst jammern alle Volksfeinde über den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie in Gemeinde, Staat und Reich.

Westarp klagte kürzlich wehleidig über das „bittere Brot der Minderheit", das die Konservativen im Reichstage genießen müßten.

In der preußischen Duma und im Herrenhause, jenem Mumienkabinett, tobten die Junker wie Deliranten, weil ihnen im Reichstage nichts mehr gelingen will.

Diese Tobsuchtsanfälle haben einen sehr metallischen Ausgangspunkt. Im Reichstag steht nämlich die Neuregelung der Handelsverträge vor der Tür.

In den 111 Sozialdemokraten im Reichstag erblicken die Junker die gefährlichsten Feinde ihrer Wucherpolitik.

Trotzdem die jetzigen Zollsätze den Junkern Mil-

lionen in den Schoß geworfen haben, wollen sie dem Volke den Hungerriemen strammer schnallen.

Ihr von langer Hand vorbereiteter neuer Raubzug auf die Taschen des Volkes ist durch die starke Sozialdemokratie im Reichstage gefährdet.

Und diese Gefahr für ihr großes Portemonnaie fälschen die beutegierigen Junker dreist und gottesfürchtig um in eine Gefahr des Vaterlandes.

Weil die Sozialdemokratie Sorge trägt, daß dem Volke das Fell nicht noch weiter über die Ohren gezogen wird, schreien die edlen und erlauchten Buschklepper: Das Vaterland, die Monarchie ist in Gefahr!

Das ist die alte Spitzbubentaktik, auf die sich unsere Junker immer vortrefflich verstanden.

Ähnlichen Motiven entspringt die Hetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Es ist längst festgestellt, daß das ganze Terrorismusgeschrei frecher Schwindel ist.

Trotz gewaltiger Steigerung der Mitgliederzahl, trotz naturgemäß zunehmenden Streiken, trotz dem Wetteifer, den Polizei und Gerichte entfalten.

Nirgends ist dabei mehr Zwang und Terrorismus als in den Unternehmerorganisationen. Auf wirtschaftliche Schädigung geht sie hinaus, durch Material- und Lieferantensperre, durch Kreditunterbindung bis zum Ruin und durch gesellschaftliche Ächtung. Gelber Terror herrscht in den Betrieben.

Kein Staatsanwalt schreitet ein, kein Minister entrüstet sich darüber.

In Wirklichkeit handelt es sich bei der Hetze gar nicht um Terrorismus der Arbeiter, sondern um die Profitsucht der Dividendenschlucker.

Das Erstarken, die Macht und die Erfolge der Gewerkschaften, das ist es, was die Unternehmer so in Harnisch bringt.

Der Arbeiterklasse soll ihre gewerkschaftliche Waffe aus den Händen gewunden werden.

Die Arbeiterklasse soll wehrlos mit gebundenen Händen dem profitlüsternen Unternehmertum ausgeliefert werden. Das ist das Ziel jener jesuitischen Scharfmacherhetze!

Buck und andere haben es ganz offen ausgesprochen: Nicht um Unterdrückung etwaiger Auswüchse und Mißbräuche des Koalitionsrechts, sondern um die Unterdrückung des Koalitionsrechts selbst handelt es sich.

Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Das ist nicht nur das Leitmotiv der klerikalen Sozialpolitik, sondern auch das Ideal der Scharfmacher.

Diese Scharfmacher haben die brutale Auffassung, daß die Arbeiter Ausbeutungsobjekte seien. Unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit verlangen sie. Sie pochen auf Herrenrechte und erstreben einen Stillstand der Sozialpolitik.

Die Verlegenheit der ganzen Scharfmacherhetze wird am besten illustriert durch die ungeheure Besitzsteigerung im letzten Jahrzehnt. Allein in Preußen beträgt diese nach der Statistik jährlich 2700 Millionen, im ganzen Reich sogar 4 Milliarden. 300 Kapitalkönige beherrschen das wirtschaftliche Leben der Welt.

Die riesige Besitzsteigerung ist in erster Linie der Arbeiterklasse zu danken. Sie ist die in Gold umgemünzte Tüchtigkeit, der Fleiß und Schweiß der Arbeiter, die man nicht genug schmähen kann.

Die kolossale Reichtumsanhäufung beweist schlagend, daß das Koalitionsrecht nicht beschränkt, sondern ausgebaut, gesichert werden muß.

Die Regierung ist aber völlig zum Vollzugsorgan der Scharfmacher herabgesunken. Seit Bestehen des

Reiches war die Reichsregierung nie so willenlos im Schlepptau der Scharfmacher wie in der Aera Bethmann—Delbrück.

Nachdem den Arbeitern die Selbstverwaltung geraubt, soll mit der Sozialpolitik Schluß gemacht werden.

Wollte der Reichstag, gedrängt von der Sozialdemokratie, einen Schritt vorwärts, dann widersetzte sich die Regierung mit ihrem provokatorischen „Unannehmbar", vor dem die bürgerlichen Parteien allemal zurückwichen.

Den Wünschen der Scharfmacher dagegen wurde im weitesten Maße Rechnung getragen. Kann man die Beseitigung des Koalitionsrechtes nicht von vorn erlangen, und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung, so versucht man es von hintenherum auf dem Wege der Polizeiverordnungen.

Durch die Politischerklärung der Gewerkschaften sollen $2^1/_2$ Millionen Arbeiter außerhalb des Rechts gestellt werden. Dabei leisten die Gewerkschaften selbst nach dem Urteil bürgerlicher Volkswirte eine Kulturarbeit ersten Ranges. Dennoch stehen sie rechtlich schlechter als ein Skat- oder Kegelklub.

Jugendlichen Arbeitern will man den Zutritt zu den Arbeiterorganisationen versperren. Bürgerliche Jugendvereine — Juristen, Verwaltungsbeamte, Generäle — rühmen demonstrativ ihre politische Betätigung. In Zöglingsanstalten herrschen Säbelpolitiker, Rüstungstreiber und Kriegshetzer; sie werden aus öffentlichen Mitteln gezüchtet, während die Arbeiterjugend wie Freiwild gehetzt wird.

Ihr seid fast alle im Arbeiterelend aufgewachsen. Was an Verbesserungen erreicht worden ist, hat die Arbeiterbewegung erkämpft, die Eure Väter, Eure Mütter, Eure Kameraden mit vieler Mühe und riesigen

Opfern aufgebaut haben. Lernt diese Macht zu mehren und zu gebrauchen! Gedenkt immer der Worte:

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
der täglich sie erkämpfen muß!

Mit all diesen Gesetzesverhöhnungen und Vergewaltigungen begnügt man sich nicht.

In den letzten Monaten ist auf der ganzen Strecke die Justiz gegen uns mobil gemacht worden.

Die konservative Presse sowie das ihr nahestehende Geschmeiß gebärdet sich wie eine Denunziantenmeute. Ringsum im Lande bemühen sich die Staatsanwälte im Schweiße ihres Angesichts. Offenbar soll die berüchtigte Streikjustiz übertrumpft werden.

Besonders dem Militarismus sollen mit Hilfe der Juristerei Beine geschaffen werden. In Zabern hat der Militarismus Recht und Gesetz niedergetrampelt. Als dort der Staatsanwalt und Richter einen blutjungen Leutnant zum Gesetz verwiesen, da wurden sie beim Kragen gepackt und in den Pandurenkeller gesteckt. Nun aber attackiert Falkenhayn die Sozialdemokratie mit Strafanträgen.

In Moabit ist man kürzlich sehr kleinlaut geworden. Man bot ein Regiment Zeugen auf, um vor aller Öffentlichkeit Zeugnis abzulegen für die feigen Brutalitäten hinter Kasernenmauern, doch da zog sich der starke Mann wenig rühmlich in die Dunkelkammer seiner Kriegsgerichte zurück. Fast die ganze bürgerliche Presse hat einen Reinfall erlitten. Gelüstet ihm nach mehr solcher Erfolge?

Der Streik ist noch erlaubt, sonst hört der freie Arbeitervertrag auf. Umfang und Zweck des Streiks bestimmen die Streikenden.

Wenn der Streik als Widerstand gegen die Staatsgewalt gilt, hört alle Juristerei auf. Den Arbeitern wird der letzte Rest Vertrauen zur Justiz mit Gewalt aus-

getrieben. Wollen Herrschende den Gerichtssaal zur politischen Arena machen, dann wohlan — wir werden ihnen aufspielen, daß ihnen die Lust zum Tanzen vergeht!

Auf die Theaterentrüstung wegen unseres Sitzenbleibens beim Kaiserhoch will ich nicht näher eingehen.

Wir haben uns immer als Republikaner bekannt, auch im Reichstag!

Gerade deshalb glaubt ja auch jeder Schmierfink, das Recht zu haben, uns besudeln zu können.

Eben ist man dabei, unsere Parteigenossen aus den Verwaltungen der Krankenkassen zu entfernen.

Jeden Beamten bis herunter zum letzten Dorfnachtwächter jagt man aus dem Amte, wenn er der sozialistischen Gesinnung verdächtig ist.

Für die Mehrheit des Reichstags und für die Regierung ist ein Sozialdemokrat im Präsidentensessel eine Schmach und Schande für das Reich.

Und immer weist man dabei auf unsere republikanische Gesinnung hin.

Nun skandaliert man, weil wir „Elenden", wir „vaterlandslosen Gesellen" nicht mitgehocht haben.

Wir können es machen, wie wir es wollen, unseren Gegnern machen wir es nie recht.

Als wir hinausgingen, hat man uns verhöhnt, nun wir drin blieben, beschimpft man uns.

Amüsant ist, daß die alldeutschen Hanswurste, die bei der Marokkoaffäre den Kaiser geradezu beschimpften, sich nun als die lautesten Monarchenbeschützer gebärden.

Ich glaube gezeigt zu haben, daß wir in der Tat schweren Kämpfen entgegengehen. Feinde ringsum! Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Aber sie ist nicht neu.

Wir sind bisher, unbeirrt durch das Geheul und die Drohungen unserer Feinde, rüstig nur vorwärtsgeschritten.

In Kämpfen und Stürmen sind wir groß geworden!

Wir haben das Sozialistengesetz überstanden und sind mit einem Bismarck fertiggeworden. Wir werden auch mit Bethmann und seinen junkerlichen und scharfmacherischen Hintermännern fertig.

Das Resultat aller Verfolgungen und Kämpfe gegen uns war letzten Endes immer der Triumph der Sozialdemokratie.

Die kommenden Kämpfe — dessen können die Junker und Scharfmacher versichert sein — werden zeigen, daß es Stärkeres gibt als sinnlose brutale Gewalt: die stählerne Solidarität und äußerste Entschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse.

Der Sammlung der Volksfeinde setzen wir die Sammlung des ausgebeuteten und entrechteten Volkes entgegen.

Die rote Woche hat gezeigt, daß noch Tausende und Abertausende als Mitglieder und Abonnenten für die Sozialdemokratie zu gewinnen sind. Wir dürfen nicht rasten, bis wir die große Masse des arbeitenden Volkes für unsere Sache gewonnen haben.

So groß auch heute noch die Macht der Herrschenden erscheint, unüberwindlich ist sie nicht.

Wenn wir zurückblicken auf den Weg, den die Partei in einem halben Jahrhundert zurückgelegt hat, dann zeigen sich am besten die gewaltigen Hindernisse, die wir überwunden, und die glänzenden Erfolge, die wir erkämpft.

Wenn Mann und Frau, wenn alt und jung in Treue und Entschlossenheit zum Sturmbanner ihrer Klasse stehen, dann wird allen Gewalten zum Trotz der Tag

kommen, an dem die politische Macht in die Hände des schaffenden Volkes fällt. Dann wird der Tag kommen, an dem wir siegreich unser Ziel begrüßen: Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, Verbrüderung aller Menschen und Zusammenwirken zur höchsten Wohlfahrt und zur höchsten Kultur.

Darum vorwärts: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

ZUR BEFREIUNG DES MENSCHENGESCHLECHTS

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 13. 11. 1902

Zu einer gewaltigen Demonstration gegen den bremischen Liberalismus gestaltete sich diese Volksversammlung. Genosse Ebert erhielt das Wort zu seinem Referat über das Thema: „Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen und die Sozialdemokratie." Er führte etwa folgendes aus:

Die Sozialdemokratie strebt die politische und ökonomische Befreiung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Menschengeschlechts an. Der moderne Staat ist ein Klassenstaat, in dem die herrschenden Klassen lediglich ihre Interessen wahrzunehmen suchen und wobei sie im Staat ihren besten Helfer erblicken können. Er beschützt ihren Besitz und unterstützt ihre Ausbeutungsgelüste, er ist ihr Repräsentant oder, wie Friedrich Engels sagt, „der ideelle Gesamtkapitalist". Es ist bekannt, wie oft und gern Bismarck sich rühmte, Millionäre gezüchtet zu haben; es ist bekannt, daß Minister von Bötticher zu den Unternehmern das Wort sprach: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie." Und es ist nicht minder bekannt, daß letzthin ein Minister sich direkt in den Dienst des Großkapitals stellte, indem er ein Geschenk von 12 000 Mark von den Industriellen entgegengenommen zum Zwecke der Vertretung kapitalistischer Interessen. Damit ist zur

Evidenz bewiesen, daß wir im Klassenstaat leben. Und in den Einzelstaaten ist es nicht besser als im Reich, ebenfalls nicht in den Gemeinden. Überall hat der Besitz das Vorrecht.

Daher gilt es für uns, die politische Macht zu erringen, damit wir der Klassenherrschaft ein Ende bereiten können. Die Interessen der Bevölkerung und die Ehre der Partei fordern es, daß wir bei den Bürgerschaftswahlen nicht nur unsere bisherigen Mandate behaupten, sondern auch noch neues Terrain hinzuerobern.

Wir dürfen dabei die Gegner nicht unterschätzen, wir haben aber auch keine Ursache zum Kleinmut. Wir haben unsere Versprechen, die wir bei den letzten Wahlen unsern Wählern gegeben haben, gehalten. Es ist kein Punkt im Programm, den wir nicht zu realisieren versucht hätten. Die Durchführbarkeit der einzelnen Programmpunkte haben wir klipp und klar bewiesen, und wenn nicht mehr erreicht wurde, als es der Fall ist, so hat dafür der bremische Liberalismus die Schuld zu tragen.

Wir haben unser Programm für die zukünftige Tätigkeit scharf skizziert und nichts an unseren Grundsätzen geändert. Die Gegner waren in dieser Hinsicht bis jetzt sehr schweigsam.

Nach dem Reinfall von 1899 wollten sie sich auch ein Programm schaffen; sie sprachen sogar von einer großen liberalen Organisation. Wir haben nun erwartet, daß man mit diesem Programm vor die Öffentlichkeit treten würde. Nichts von dem ist eingetreten. Zwar hat ein Mann, der ein guter Radfahrer sein mag, der aber von der Politik so gut wie nichts versteht, einen programmatischen Erguß losgelassen. Er hat sich jedoch nur lächerlich damit gemacht. Und die Redaktion der „Nachrichten" schrieb am 10. Nov. d. J.:

„Wenn in der vierten Klasse nur allein der ausgesprochene Liberalismus in Frage käme, dann würde man schnell zu einem gemeinsamen einheitlichen Programm kommen. Unter den gegebenen Verhältnissen aber hat sich das als unmöglich erwiesen. Deshalb muß auch jeder bürgerliche Kandidat sein Programm vertreten und die Wähler entscheiden lassen. Auf diese Weise ist ja auch unter den obwaltenden Verhältnissen die beste Gewähr gegeben, daß alle Interessen in der Bürgerschaft zu Worte kommen können und niemand mundtot gemacht werden kann."

Am 6. März 1899 aber schrieb dasselbe Blatt:

„Wir fragen jeden denkenden Menschen, was wir wohl an der eigenartigen bürgerlichen Wahlbewegung der vierten Klasse, bei der fast in jedem Bezirk andere Interessen — oft solche persönlicher Natur — mitspielen, hätten ändern können?"

Trotz alledem bestreiten die „Nachrichten" und bestreiten die Liberalen, daß es sich für die Vertreter des Bürgertums nur um persönliche Interessen handelt. Die Tatsache, daß auf liberaler Seite kein Programm für die Bürgerschaftswahlen geschaffen werden konnte, beweist den Bankrott des bremischen Liberalismus.

Nun hat man bestritten, daß wir eine „Politik der Allgemeininteressen" vertreten. Wir seien einseitig, und bei den Reichstagswahlen werde man es uns zeigen. Die Sache liegt aber so, daß wir Sozialdemokraten in aller Öffentlichkeit unsere Absichten und Grundsätze vertreten und unsere Kandidaten aufstellen, während die Liberalen hinter verschlossenen Türen von Gevatter Krämer und Vetter Handschuhmacher ihre Kandidaten ausknobeln lassen. Was heißt das: „Allgemeininteressen"? Das ist ein dehnbarer Begriff. Die

Sozialdemokratie vertritt die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung; sie tritt ein für die Arbeiter, aber auch für die kleinen Beamten und die Kleinbürger. Sie tritt ein für die große Mehrheit des Volkes.

Wir streben die Beseitigung jeglicher Klassenherrschaft an und verlangen, von diesem Grundsatz ausgehend, die volle politische Gleichberechtigung aller ohne Unterschied. Damit stehen wir im schroffen Widerspruch zum Liberalismus. Dieser hat seine Ideale von früher längst über Bord geworfen. Das wird aufs beste durch die Gestaltung des bremischen Staatswesens bewiesen.

Die bremische Verfassung ist ein Produkt der Reaktion. Was 1848 vom Volke errungen wurde, ist ihm später wieder genommen. 1852 wurde ihm dann eine Verfassung aufgezwungen, und zwar durch einen Staatsstreich, die noch heute mit einigen unwesentlichen Änderungen besteht. Das Wahlrecht zur Bürgerschaft trägt einen plutokratischen Charakter, es ist ein Klassenwahlrecht. Vorbedingung, Gebrauch davon machen zu können, ist die Leistung des Bürgereides und die Zahlung der Bürgereidgebühr. Dadurch sind geradezu haarsträubende politische Verhältnisse geschaffen. 1895 hatte der bremische Staat 44408 Einwohner im Alter von über 25 Jahren, und 1898 gab es hier 55 136 Einwohner, die Einkommensteuer zahlten. Wahlberechtigte Wähler gab es jedoch 1899 nur 20 437, also nur die Hälfte der über 25 Jahre alten Einwohner.

Diese Einrichtung von der Leistung des Bürgereides und der Eidgebühr stammt aus der mittelalterlichen Zopfzeit, als in den lockeren Staatswesen die einzelnen Gewalthaber sich den Eid der Treue leisten ließen und so ihre Leute fesselten. „Treu und hold" zu sein, muß auch der bremische Staatsbürger schwören. Diese Einrichtung hat keinen praktischen Zweck mehr. Es

muß ohnedies jeder Staatsbürger die Gesetze achten, dafür sorgt schon das Strafgesetz.

Deshalb haben wir auch die Abschaffung der Bürgereidgebühr beantragt. Die Bürgerschaft ersuchte den Senat um einen diesbezüglichen Bericht. Die Mitteilung des Senats dauerte lange, und als sie erfolgte, versprach sie nichts Gutes. Bei der Wahl der Deputationen zeigte sich wieder so recht die Volksfeindlichkeit der Liberalen. Einen Sozialdemokraten wollte man offenbar nicht in die Deputation haben und der kürzlich erfolgte Bericht der Deputation hat den Grund bewiesen. Man hat eine Einschränkung der allgemeinen Wahlen vorgenommen, um sich die Kritik der Sozialdemokratie möglichst vom Halse zu halten. Die Söhne bremischer Bürger sollen künftig nicht mehr gezwungen werden, die Bürgereidgebühr zu entrichten. Das würde eine Abnahme der Wähler bedeuten, die den Liberalen schon recht sein könnte, denn dann könnten sie ja in Gemütlichkeit ihre Vertreter am Biertisch ausknobeln. Da sollten sich die Liberalen eine Vorlage, die dem Landtage von Sachsen-Meiningen, wo ebenfalls eine Eidesgebühr erhoben wird, gemacht wurde, zum Muster genommen haben. In dieser wird die Aufhebung der Gebühr gefordert, weil sie unzeitgemäß sei. Nun, wir werden in der Angelegenheit noch ein Wörtchen mitsprechen. Die Geschäfte unserer Gegner besorgen wir!

Der Charakter des Klassenwahlrechts tritt so recht hervor, wenn wir uns folgende Zahlen vergegenwärtigen: 1899 wählten von den Privilegierten 2002 Wahlberechtigte 82 Vertreter, die übrigen 18 435 Wahlberechtigten wählen also nur 68 Vertreter in die Bürgerschaft. Doch die Sache stellt sich noch krasser in folgendem: 1899 erschienen zur Wahl erste, zweite, dritte und siebente Klasse 842 Wähler, sie wählten

41 Vertreter. Von den übrigen Klassen erschienen 12 126 Wähler, und diese wählten 34 Vertreter. Bei den Privilegierten kamen auf einen Vertreter 20 Stimmen, bei den übrigen Klassen auf einen Vertreter 356 Stimmen.

Das ist eine unerhörte Bevormundung. Die Minorität macht in Bremen Gesetze, die die Majorität befolgen muß. Unser Antrag auf Abänderung des Wahlrechts wurde mit Ausnahme von drei oder vier Vertretern einfach niedergestimmt. Der Liberalismus ist also trotz aller schönen Worte erzreaktionär, er ist ein Gegner des gleichen Wahlrechts. Und sollten sie diese Behauptung im Wahlkampf bestreiten, so halten wir ihnen die Worte ihrer Vertreter entgegen. So sagt Dr. Dreyer bei der Wahlrechtsdebatte 1898:

„Wir müssen einen festen konservativen Grundstock haben, mit dem die Regierung arbeiten kann, und der wird im wesentlichen von der Kaufmannschaft gebildet. Eine Verschiebung der Vertreter zugunsten der vierten Klasse wäre darum bedenklich."

Und derselbe Herr sagt bei der Verbrauchsabgabe-Debatte:

„Die politische Macht muß in Händen der Besitzenden bleiben; nur der Besitz erzeugt die konservative Gesinnung, die zur ordnungsgemäßen Leitung des Staatswesens erforderlich ist."

Ich kann nicht umhin, diesem Liberalen eine andere liberale Stimme entgegenzuhalten:

„Man kann sagen — und hat es oftmals gesagt —, daß Vermögen keine sichere Bürgschaft gewährt für Rechtlichkeit, Geschicklichkeit und Vaterlandsliebe, daß es Pöbel unter allen Ständen gebe und der Vornehme noch gefährlicher sei als der Geringere. Erzeugt man nicht Pöbel, indem man alle Besitzlosen oder wenig Begüterten zum Pöbel stempelt? Wird

nicht die bürgerliche Ordnung dadurch gefestigt, daß jeder innerhalb dieser eine Stelle findet? Man kann endlich sich auf einen höheren Standpunkt stellen und den Staat nicht mehr als Zweck betrachten, sondern als bloßes Mittel. Er ist eine Erziehungsanstalt der Menschen. Und wozu soll ein jeder Mensch erzogen werden, wenn nicht zur Selbständigkeit? Selbständigkeit, eine Persönlichkeit, die ihr Gesetz in sich hat, ist die Blüte dieses Lebens und der Keim des zukünftigen. Wie kann aber jemand zur Selbständigkeit gelangen, der nicht selbst einen Willen haben darf, sondern stets dem Willen anderer folgen muß? . . . Wohlan, so laßt uns die Erfahrung fragen, was lehrt sie uns? Sie lehrt uns, daß Versammlungen, die aus Geistlichen, Adeligen und Hochbesteuerten bestanden, stets und allerorten Gesetze gemacht haben, die ihren eigenen Vorteil zunächst beförderten, und es ist beinahe lächerlich, etwas anderes zu erwarten. Sie lehrt uns, daß in jedem Staate, wo die Minderheit Gesetze gibt, die Mehrheit unzufrieden ist. Und das Vertrauen, das der Staat in seine Bürger durch Verleihung des allgemeinen Stimmrechts setzt, bewährt sich auf glänzende Weise. Der Mensch fängt unter der freien Verfassung selbst zu denken und zu reden an. Er wird wie umgewandelt. Ein neuer Geist, ein Pfingsten kommt über ihn, er spricht beherzt seine Meinung aus und zeigt oft mehr Verstand und politische Reife als manches Mitglied der preußischen Herrenkurie, als mancher deutsche Professor des Staatsrechts. So wahr ist es, daß nur die Freiheit zur Freiheit erzieht." So schrieb 1848 die „Kölnische Zeitung".

Aber noch ein anderes Verhalten, das man den Sozialdemokraten gegenüber beobachtet hat, soll hier erwähnt werden. Man hat streng darauf geachtet, daß kein Sozialdemokrat in eine der Verwaltungskörper-

schaften gewählt wurde. Damit hat der bremische Liberalismus bewiesen, daß er die Sozialdemokratie in dieser Körperschaft fürchtet.

So brutal der Liberalismus nun nach unten, den arbeitenden Klassen gegenüber, sich gezeigt hat, so devot war er nach oben, wie die letzte Senatswahl bewiesen hat. Die Bürgerlichen zeigten, trotzdem sie vorher große Worte hatten, nicht den Mut zum Standhalten. Einer nach dem andern wurde fahnenflüchtig. Später beim „Isen" waren es aber gerade die Herren von der vierten Klasse, die zuerst die Plätze besetzten. Wir haben dann die Änderung der Verfassung beantragt. Der Antrag wurde unter Berufung auf die Geschäftsordnung nicht zugelassen. Er wurde alsdann formuliert dem Vertreterverein übersandt, um die zur Beratung erforderlichen 30 Stimmen zu erhalten. In diesem Verein hat aber kein Vertreter den Mut gefunden, ihn zu unterzeichnen. Dann versuchten die Liberalen eine Verfassungsänderung, natürlich nach ihrer Art. Es wurde die Niedersetzung einer Deputation von der Bürgerschaft beschlossen, und vom Senat wurde sie abgelehnt. Nachdem die Sache noch einigemal in der Bürgerschaft in der schwächlichen Weise von den Liberalen behandelt wurde, gaben diese schließlich dem Senat, der seine Pappenheimer kennt, nach. Die Liberalen haben die Behandlung durch den Senat wie ein Hund die Prügel seines Herrn hingenommen. Ebenso rücksichtslos behandelt der Senat die Liberalen auf dem Gebiete der Verwaltung, wie die Wahl eines Pastors für die Krankenanstalt bewies. Die Deputation hatte einstimmig für die Wahl dem Senat einen Vorschlag unterbreitet, der Senat ignorierte ihn aber einfach und setzte nach seinem Gutdünken einen anderen, vielleicht angenehmeren Herrn in das Amt.

Um nichts besser ist die Stellung des Liberalismus zu wirtschaftlichen Fragen. Es heißt zwar stets, in Bremen sei die Bevölkerung durch wirtschaftliche Grenzen nicht schroff geschieden. Bremen wird gleichsam als ein Eldorado hingestellt. Einige Zahlen werden uns eines anderen belehren. Nach der Steuerstatistik von 1898 hatten in Bremen 48,7 Tausend Einwohner ein Durchschnittseinkommen von 1084 ℳ, 4,7 Tausend Einwohner ein solches von 5726 ℳ und 1,3 Tausend Einwohner sogar ein Durchschnittseinkommen von 41 974 ℳ; und wenn wir die Gesellschaften, die die Rechte von sog. juristischen Personen haben, bezüglich ihrer Einkommen betrachten, dann finden wir folgendes: Es hatten 114 ein Durchschnittseinkommen von 1237 ℳ, 103 ein solches von 6418 und 80 ein Durchschnittseinkommen von 251 283 ℳ.

Das ist ein Bild der Klassengegensätze, wie es schärfer kaum ausgedrückt werden kann. Nun sollte man meinen, der Liberalismus hätte demgegenüber die Verpflichtung empfunden, auf dem Gebiete der Sozialpolitik Linderung zu schaffen. Weit gefehlt! In dieser Hinsicht sieht es in Bremen trostlos aus, wie ein Blick ins Budget beweist. Die sozialdemokratischen Vertreter haben auf diesem Gebiet eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Wir verlangen für die Minderbegüterten Schutz und Fürsorge in wirtschaftlicher, sozialer, familiärer, geistiger und sittlicher Hinsicht. Wenn wir nur geringe Erfolge zu verzeichnen haben, so lag das an dem permanenten Widerstand des Liberalismus. In wirtschaftlichen Fragen huldigt der bremische Liberalismus angeblich aus prinzipiellen Gründen dem altmanchesterlichen Postulat von der wirtschaftlichen Freiheit.

Diese Grundsätzlichkeit ist aber sehr billig. Wie sie wirkte in der Praxis, zeigte sich bei der Kohlen-

notdebatte 1900. Wir hatten, dem Beispiel anderer deutscher Gemeindeverwaltungen folgend, einen Antrag eingebracht, der den An- und Verkauf von Kohlen und Koks bezweckte. Es sollte dadurch den Minderbemittelten geholfen werden. Aber da kamen wir schön an. Dr. v. Pustau, ein Vertreter der ersten Klasse, meinte damals:

„Es müßte öffentlich nur klar ausgesprochen werden, daß man prinzipiell dagegen ist, daß der Staat sich in wirtschaftliche Dinge mischt ... In diesen Fragen lasse ich nicht mit mir reden. Ich sage, es ist nicht Aufgabe des Staates, sich in wirtschaftliche Dinge zu mischen. Wir stehen nicht im sozialdemokratischen Staate, sondern wir befinden uns im Individualstaate ... Wir sind im Prinzip dagegen. Denn wenn wir mit dieser Sache anfangen, ist kein Ende abzusehen. Der Eine sagt, heute sind die Kohlen zu teuer, ein anderer kommt morgen und sagt, mir ist das Petroleum zu teuer, das Mehl, das Brot, das Fleisch, kurz und gut, wir hören auf im sozialistischen Staate."

Und ein anderer Liberaler kam in die Bürgerschaft gestürmt und führte — trotzdem er dem Gang der Verhandlung nicht beigewohnt hatte — folgendes aus:

„Herr Dr. v. Pustau hat recht, daß wir uns mit dieser Sache dem Zukunftsstaat der Sozialdemokratie nähern; denn die staatliche Regelung der Produktion und Konsumtion ist ein Teil ihres Programms. Dann muß ich Herrn Kunoth in bezug auf seine Ausführungen über die Kohlennot entgegentreten. Eine Kohlennot existiert nicht. (Widerspruch.) Nein, sie existiert absolut nicht ..."

Die Sozialdemokratie hat diesen Standpunkt natürlich längst wirtschaftlich und praktisch überwunden. Es verbirgt sich hinter diesem Grundsatz der Liberalen

auch nichts anderes als Heuchelei. Wer das Prinzip der Selbsthilfe und der Gleichberechtigung anerkennt, der muß auch ein allgemeines Wahlrecht wollen, der muß ferner das Koalitionsrecht anerkennen. Wie es in dieser Hinsicht aber in Wirklichkeit mit dem Liberalismus bestellt ist, hat dessen Stellungnahme in der Bürgerschaft gelegentlich der Debatte über die Streikpostenaffaire, über das Zuchthausgesetz usw. bewiesen. Der Liberalismus handelt hier wie ein Mensch, der, an Händen und Füßen geknebelt, im Wasser liegend um Hilfe schreit, und dem man zuruft: „Schwimm doch!"

Auch die Stellung des Liberalismus zu unserem Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer hat gezeigt, wie es ihm um die Gleichberechtigung der Arbeiter zu tun ist.

Als wir für ordentliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter eintraten, zeigte sich das Manchestertum des Liberalismus nicht minder. Besonders war es hier Herr Hormann, der sich sonst als der Unentwegte geriert, der Ansichten kundgab, wie sie der erste beste Innungsmeister äußert oder ein Spießbürger in den „Bremer Nachrichten" vertreten könnte. Der Antrag wurde abgelehnt. Als wir dann zum zweitenmal mit dem Antrag kamen, schickte man den Herrn Professor Kasten ins Feld, der ihn natürlich ebenfalls bekämpfte.

Der Staat dürfe der Privatindustrie nicht vorangehen, meinte er, sonst könne diese Schaden leiden. Unser Antrag wurde, soweit er die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter und die Einführung der Lohnklassen bei Vergebung von Staatsarbeiten bezweckte, abgelehnt. Wegen der Ruhelohnberechtigung und Hinterbliebenenversorgung hatte aber Professor Kasten einen sinngemäß mit dem so-

zialdemokratischen Antrag übereinstimmenden Antrag eingebracht, um billigerweise Lorbeeren für den Liberalismus einzuheimsen.

Dieser wurde dann, nachdem der sozialdemokratische Antrag unter den eigentümlichsten Umständen abgelehnt worden war, angenommen.

Nun ist die Deputation gewählt worden, die über den Antrag beraten soll, und auch ich bin hineingewählt. Es ist nur noch zu wünschen, daß es nicht einige Jahre währt, wie bei der Deputation zur Regelung des Arbeitsnachweises, bevor die Deputation eine Sitzung abhält. Wir werden natürlich nach Möglichkeit dafür sorgen. Ferner: Als wir auf die Arbeitslosigkeit hinwiesen und einen Antrag auf Vornahme von Notstandsarbeiten stellten, wurde bestritten, daß eine Arbeitslosigkeit bestände. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. So sieht die liberale Sozialpolitik aus.

Auch zur Wohnungsfrage haben wir in der Bürgerschaft wiederholt Stellung genommen, zuletzt bei der Budgetberatung, und bestimmte Anträge in Aussicht gestellt. Bald danach kam auffälligerweise von liberaler Seite ein Antrag auf Einrichtung einer Wohnungsinspektion. Wir haben den Antrag begrüßt und ließen die Sache an uns herankommen. Der Antrag war so schwächlich und seine Begründung so unsachgemäß, daß wir ihn zu vervollständigen trachteten.

Unser Antrag wurde abgelehnt, der liberale Antrag angenommen. Wir sind aber der Meinung, daß der Staat, wenn er Millionen für die Interessen der herrschenden Klassen übrig hat, auch einige Millionen opfern kann für gute Wohnungen für die Arbeiterschaft.

Da wir zur heutigen Versammlung auch die Gegner eingeladen haben und die Zeit zur Diskussion nicht be-

schränken möchten, will ich schließen, zumal sich im Rahmen eines Vortrages ein vollständiges Bild der Tätigkeit unserer Fraktion nicht geben läßt. Die Wähler haben zu entscheiden, ob wir unsere Schuldigkeit getan haben. Sorgen Sie, daß den Siegen der Sozialdemokratie in letzter Zeit ein neuer Sieg hinzugefügt werde. Vorwärts, Genossen! Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

1904.

AUS DEN ANFANGSJAHREN

Die Organisation der bremischen Sozialdemokratie. Aus der Festschrift zum Parteitag in Bremen 1904. Eberts Bericht über seinen ersten Wirkungskreis.

Die Organisation der bremischen Parteigenossen bildet der gleich nach Fall des Sozialistengesetzes gegründete Sozialdemokratische Verein Bremen. Er umfaßt heute die Stadt Bremen und das Landgebiet und zählte beim letzten Jahresschluß 3217 Mitglieder. Darunter befanden sich 123 weibliche Mitglieder, deren Mitgliedschaft vereinsgesetzliche Hindernisse hier nicht im Wege stehen.

Außerdem bestehen in den bremischen Hafenstädten, Bremerhaven und Vegesack, Parteiorganisationen, die 1200 bezw. 300 Mitglieder zählen. Diese umschließen aber auch die benachbarten preußischen Gemeinden und haben dort ihren hauptsächlichen Mitgliederbestand. Nur ein Drittel ihrer Mitglieder hat im bremischen Staatsgebiet seinen Wohnsitz. Danach beträgt die Mitgliederzahl der Organisation in unserem Wahlkreise 14,8 % der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen bildet 12 Distrikte, von denen wieder jeder einzelne nach

Maßgabe der amtlichen Wahlbezirkseinteilung in Bezirke eingeteilt ist. An der Spitze dieser Bezirke stehen Bezirksführer, die dem Distriktsführer unterstellt sind. Diese bilden zusammen mit dem Vereinsvorstand die Leitung der gesamten Organisation.

Die allgemeinen Vereinsversammlungen finden monatlich statt. In diesen werden die Parteigeschäfte erledigt und belehrende Vorträge entgegengenommen. In den Distrikten finden in der Regel auch monatliche Versammlungen statt, die ausschließlich belehrenden und agitatorischen Zwecken dienen.

Finanziell ist die Organisation von vornherein gut fundiert. Seit ihrem Bestehen wird ein Wochenbeitrag von 10 Pf. erhoben, weibliche Mitglieder zahlen die Hälfte. Die Gesamteinnahme im letzten Rechnungsjahr betrug 16 163.65 ℳ, wovon 11 331.48 ℳ auf Mitgliederbeiträge entfallen. Der Vertrieb des „Wahren Jakob" brachte 2 289.77 ℳ ein. Ausgegeben wurden 13 259.29 ℳ, und zwar für Agitationen 7 142.29 ℳ, darunter 1 352.92 ℳ für benachbarte, nicht leistungsfähige Wahlkreise. An Verschiedenem wurden 4 420.97 ℳ verausgabt, darunter 1 200 ℳ an die Hauptkasse in Berlin, während die Verwaltung an persönlichen und sachlichen Ausgaben 1 695.96 ℳ kostete.

Bei dieser Aufmachung sind die Kosten der letzten Reichstagswahl außer acht geblieben. Diese werden aus dem besonders verwalteten Wahlfonds gedeckt, dessen Einnahmen hauptsächlich aus Festüberschüssen, sonstigen gelegentlichen Einkünften und den Erträgnissen der zu Wahlzeiten vorzunehmenden Sammlungen bestehen. Die Kosten des Wahlkampfes für den Bremer Kreis betrugen 19 108.66 ℳ, außerdem wurden noch namhafte Ausgaben für benachbarte Wahlkreise geleistet.

Der Verein ist im Besitz einer sehr wertvollen

Bibliothek, die mehr als 4500 Bände umfaßt. Ausgeliehen wurden im letzten Geschäftsjahr 800 Bände. Mit der Bibliothek verbunden ist ein Lesezimmer, das an zwei Abenden der Woche den Genossen offensteht. Zieht man in Betracht, daß auch fast alle Gewerkschaften über meist gute Bibliotheken verfügen, dann ist die Frequenz unserer beiden Einrichtungen einigermaßen befriedigend.

An ständigen Kommissionen besteht (außer einer Zeitungs-Kommission) eine Kommission zur Erwerbung des bremischen Staatsbürgerrechts, die eine systematische Agitation zu diesem Zweck betreibt und durch Ausgabe von Sparkarten die Erwerbung des Bürgerrechts erleichtert.

Die Geschäfte in dem durch die allgemeine Parteiorganisation den Bremer Genossen überwiesenen Agitationsbezirk liegen in Händen einer Subkommission des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Bremen. Die einzelnen Wahlkreise des Bezirks haben ihre selbständige Organisation und stehen miteinander in loser Verbindung. Alljährlich erscheint der Nordwestdeutsche Volkskalender, der gemeinsam mit dem benachbarten Oldenburger Agitationsbezirk in einer Auflage von etwa 80 000 Exemplaren herausgegeben wird. Auf den Bremer Gesamtbezirk entfallen 60 000 Exemplare, deren Kosten von den Bremer Genossen getragen werden.

* * *

Die Wahlkämpfe der letzten Jahre haben, abgesehen von der finanziellen Leistung, an die Organisation der hiesigen Genossen große Anforderungen gestellt. Denn hier treten uns seit 1893 die bürgerlichen Parteien nicht nur gemeinsam, sondern auch mit einer bis ins kleinste gut durchgeführten Organisation ge-

schlossen gegenüber. Außer der großen schriftlichen und mündlichen Agitation mußte deshalb nicht minder auf sogenannte „Kleinarbeit" große Sorgfalt verwandt werden. Die in dieser Hinsicht für die Stadt Bremen getroffene Regelung ist solcher Art, daß es wohl nicht ohne allgemeines Interesse sein dürfte, wenn wir sie hier näher besprechen.

Sobald die amtlichen Wählerlisten ausgefertigt sind, bilden sie die Unterlage für die fernere Agitation. Die Wähler sind dort nach Straßen und Hausnummern geordnet eingetragen und werden nun, jede Liste für sich abgeschlossen, mit laufenden Nummern versehen. Die Liste wird dann auf sogenannte Straßenkarten übertragen, und zwar so, daß auf keine Karte mehr als 20 Wähler kommen und keine Karte Wähler zweier verschiedener Straßen verzeichnet, d. h. mit Abschluß der Straße schließt auch die Karte ab. Die Verbreitung der Flugblätter und der persönliche Verkehr der tätigen Genossen mit den Wählern erfolgt auf Grund dieser Karten. Auf einige solcher Karten kommt je ein Genosse, der, falls Wähler verzogen sind, auch deren neue Wohnung festzustellen und auf der Karte zu vermerken hat.

Gründlich vorbereitet wird der Schlepperdienst am Wahltag. In jedem Bezirk sind dazu etwa 18 Genossen erforderlich, und zwar: der Bezirksführer und dessen Stellvertreter, zwei Listenführer im Wahllokal, eine Ordonnanz, zwei Stimmzettelverteiler, zehn Schlepper und ein Radfahrer. Von den zwei Listenführern im Wahllokal zeichnet einer in der Wählerliste diejenigen Wähler an, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, wobei der zweite Listenführer behilflich ist. Außerdem hat dieser die laufenden Nummern derjenigen Wähler, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, auf einem besonderen Streifen Papier zu

vermerken. Diese Nummern werden von der Ordonnanz möglichst oft nach dem in nächster Nähe befindlichen Bezirksquartier unserer Genossen gebracht. Der Bezirksführer hat dort einen Bogen vor sich, auf dem die laufenden Nummern der Wählerliste, nach Straßenkarten geordnet, verzeichnet sind. Die ihm von der Ordonnanz übergebenen Nummern derjenigen Wähler, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, streicht er auf seinem Bogen sofort durch. Die Straßenkarten werden in geeigneter Weise unter den Schleppern verteilt, die bei den darauf verzeichneten Wählern herumgehen und nach jedem Rundgang im Bezirksquartier erscheinen. Dort werden die Straßenkarten mit dem Bogen des Bezirksführers verglichen, und diejenigen Wähler, die gewählt haben, ebenfalls auf der Straßenkarte angemerkt und bei den folgenden Rundgängen, die bis zum Schluß des Wahlaktes fortgesetzt werden, außer acht gelassen. Schlepper, deren Tätigkeitsfeld verhältnismäßig weit vom Bezirksquartier abliegt, erhalten diese Information zu bestimmter Zeit durch den Radfahrer übermittelt. In zweckmäßiger Weise wird natürlich Vorsorge getroffen, daß die Aufrüttelung gegnerischen Schleppern überlassen bleibt.

Der Erfolg dieser Tätigkeit zeigt sich in der verhältnismäßig hohen Wahlbeteiligung, die bei der letzten Reichstagswahl hier wohl an der äußersten Grenze angelangt ist, die praktisch möglich ist.

DER SINN DER MAIFEIER

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 3. 5. 1904

Bei der Festversammlung der Maifeier nahm der Arbeitersekretär Fritz Ebert zu der mit großer Aufmerksamkeit angehörten Festrede das Wort. Der Redner führte aus:

In den letzten Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung lebhaft über eine Abänderung der Art der Maidemonstration verhandelt worden. Veranlassung dazu war nicht die Abneigung gegen die Maifeier, sondern ein rein taktischer Grund. Das koalierte Unternehmertum hat der Arbeitsruhe einen immer größeren Widerstand entgegengesetzt, und die Opfer der Maifeier waren außerordentlich zahlreich. In diesem Jahr hat die Frage nicht zur Verhandlung gestanden, weil die Maifeier diesmal auf einen gesetzlichen Ruhetag fiel. Wenn man nun aber annahm, daß in diesem Jahr die Arbeiterschaft nun unbehindert ihre Maidemonstration vorbereiten und ausführen konnte, so hat man sich geirrt. Aus allen Gauen kommen Mitteilungen, wie seitens der Polizei und anderer Behörden den Veranstaltungen der Arbeiter hindernd in den Weg getreten wurde. In einem mitteldeutschen Staat wurde gar der Umzug aus Gründen des „öffentlichen Wohls" verboten. In Preußen sind den Polizeiorganen bestimmte Instruktionen gegeben worden. Man sieht, daß die Maifeier ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Nicht wegen der eintägigen Arbeitsruhe, sondern ihres ganzen Charakters halber wird die Maifeier von der bürgerlichen Gesellschaft bekämpft. Die herrschenden Klassen haben erkannt, daß die Maifeier sich gegen die ganzen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände unserer Zeit richtet. Deshalb sucht man sie zu hindern mit allen Mitteln. Wir sehen also, daß wir den rechten Weg gegangen sind und daß wir alle Veranlassung haben, ihn weiter zu gehen.

Die Maifeier muß uns Anlaß geben, offen zu sagen, was wir wollen. Wir demonstrieren in erster Linie gegen die heutigen wirtschaftlichen Zustände im Staat; wir demonstrieren zum Schutze der unter diesen Zu-

ständen leidenden Arbeiterschaft und stellen als vornehmste Forderung dieses Schutzes die Einführung des Achtstundentages auf. Wir demonstrieren gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande und gegen die Zerfleischung der Völker, die in die heutigen Kulturverhältnisse nicht mehr hineinpaßt. Es liegt nahe, einen Rückblick auf das Erreichte zu werfen. Als der erste internationale Kongreß zu Paris 1889 die Maifeier beschloß, um in erster Linie für den Achtstundentag zu demonstrieren, fand dieser Beschluß Hohn und Spott bei der herrschenden Gesellschaft. Unter dem Drucke des noch auf Deutschland liegenden Sozialistengesetzes waren die deutschen Delegierten kaum in der Lage, über die Verhandlungen des Kongresses zu berichten. Bald hernach, am 20. Februar 1890, hatte die deutsche Sozialdemokratie den Triumph, als stärkste Partei aus der Wahlurne hervorzugehen und den Schöpfer des Sozialistengesetzes gestürzt zu sehen. Sogleich die erste Maifeier erforderte große Opfer; sie brachte aber auch eine heilsame Lehre für die deutsche Arbeiterbewegung. Gerade diese Kämpfe zeigten, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Organisationen sich bedeutend ändern und erstarken mußten, wenn wir erfolgreich für unsere Forderungen kämpfen wollten. Diese Lehre wurde allgemein befolgt und hat die besten Früchte getragen. Nach Feststellung der Generalkommission hat die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten heute über eine Million erreicht. In Bremen kamen 1890 etwa 2000 bis 3000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Frage, im verflossenen Jahr wies nach dem Jahresbericht des Kartells die gewerkschaftliche Organisation eine Stärke von etwa 160 000 Mitgliedern auf. Die Zunahme im letzten Jahr allein war so groß wie die Zahl der Organisierten von 1890. Vor zehn Jahren ungefähr

wurde uns das Reichstagsmandat entrissen, heute haben wir es mit doppelter Stimmenzahl wiedererobert, hoffentlich für immer. Wie unsere Organisationen wohlfundiert und geordnet dastehen, so können wir sagen, daß sich allgemein die Arbeiterbewegung in gesunder und geordneter Weise entwickelt hat. Wir sind auf dem rechten Weg und müssen unser Streben darauf richten, ihn weiter zu verfolgen.

Auch bei unseren zukünftigen Kämpfen werden wir das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach dem Achtstundentag in den Vordergrund stellen. Heute kann diese Forderung von keiner Seite mehr als unberechtigt hingestellt werden; heute stehen nicht nur die Arbeiter hinter ihr, sondern mit ihnen die Wissenschaft, vor allem die Gesundheitslehre. Der Redner legt eingehend die Schädlichkeit der übermäßigen Arbeitszeit für den menschlichen Körper dar und verweist insbesondere auf die großen Opfer, die die Tuberkulose unter der Arbeiterschaft fordert. Gegen die Tuberkulose existiert kein wirksamerer Bundesgenosse als die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Redner erinnert dann an die vermehrte Unfallgefahr der langen Arbeitszeit und nennt dann ungeheure Zahlen der Toten, die seit 1886 auf dem Gebiete des Berufsunfalls unter den Arbeitern zu zählen waren. Die kürzere Arbeitszeit ist auch notwendig, um ein besseres Familienleben des Arbeiters zu ermöglichen. Wie liegen erst dort die Verhältnisse, wo die Frau gezwungen ist, mit in die Fabrik zu gehen! In der Textilindustrie arbeiten 60 % aller Arbeiterinnen noch 11 Stunden den Tag. Wir fordern den Achtstundentag, um außer der Arbeitszeit Muße zu finden, uns als Menschen fühlen zu können. Der Arbeiter muß auch Zeit finden, an den Genüssen der

Literatur, der Natur und an Kulturbedürfnissen aller Art teilhaben zu können.

Auch an praktischen Erfolgen fehlt es nicht. In Amerika, Australien, auch in europäischen Ländern ist der Achtstundentag vorwärts gekommen. Auch in Deutschland haben einige ideal veranlagte Unternehmer mit dem Achtstundentag die besten Erfahrungen gemacht. Fest steht, daß die Mär von dem großen Schaden des Unternehmers widerlegt ist, daß die Arbeitsleistung bei verkürzter Arbeitszeit intensiver wird, daß der Wert der Arbeitskraft steigt. Als wirtschaftliches Gesetz gilt überall: Je kürzer die Arbeitszeit, desto höher die Löhne. Deshalb werden wir überall den Achtstundentag zu erreichen suchen müssen. Unsere wirtschaftlichen Kämpfe werden allerdings anderer Art sein müssen als früher. Die Erfahrungen lehren, daß das koalierte Unternehmertum allgemein die Taktik verfolgt, auch die kleinste Differenz durch Aussperrung zu beantworten, um die Organisation zu schwächen. Wir haben aber deshalb keine Ursache zum Kopfhängen. Die Arbeiterschaft ist in das Stadium des Entscheidungskampfes um die Anerkennung der Gleichberechtigung eingetreten. Wir können feststellen, daß es in keinem Kampfort möglich war, die Organisation zu vernichten. Wir müssen diesen Kampf durchführen, in dessen Anfangsstadium wir uns befinden. Wenn der Opfermut uns bleibt, dann wird es gelingen, auch die skrupelloseste Unternehmerorganisation zu zwingen, in Verhandlungen mit der Arbeiterschaft einzutreten.

Bei allen wirtschaftlichen Bestrebungen dürfen wir aber auch die politische Bewegung nicht vergessen. Sie ist es, die für den Kampf der Gewerkschaften den Boden ebnet. Ohne politische Bewegung kein Koalitionsrecht, ohne dieses keine wirtschaftlichen Er-

folge. Nur unserer starken parlamentarischen Vertretung ist zu danken, wenn das Koalitionsrecht nicht schon den Arbeitern geraubt worden ist. Auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes hat die politische Organisation ein gehöriges Stück Arbeit geleistet.

Der Redner gedenkt nun der Bestrebungen auf internationalem Gebiet. Besonders die Fortschritte des Arbeiterschutzes fordern die internationale Verständigung. Wir sind aber auch international aus kulturellen, rein menschlichen Gesichtspunkten. Wir fordern Schlichtung der Völkerdifferenzen auf kulturellem Boden. Wir demonstrieren gegen den Militarismus, der alle Kulturfortschritte hindert und eine tiefe Kluft in die Bevölkerung reißt.

Wir sind uns aber dessen bewußt, daß alle unsere Bestrebungen im Gegenwartsstaat nur in beschränktem Maße durchgeführt werden können. Die Erreichung des Zieles jedoch ist nur möglich, wenn man die Klassengegensätze, die Klassenherrschaft beseitigt. In diesem Bestreben nach einer neuen, auf gesundem Boden stehenden Gesellschaftsordnung wissen wir uns eins mit dem organisierten Proletariat der ganzen Welt.

Der Redner gedenkt schließlich noch des hiesigen Böttcherstreiks und seiner Ursachen und verurteilt scharf das Verhalten der Brauereibesitzer, die sich allen Versuchen nach friedlicher Beilegung der Differenzen brutal entgegensetzten. Das Gewerkschaftskartell hat daher in seiner letzten Sitzung am Freitag beschlossen, den Böttchern zu Hilfe zu kommen und den Arbeitern zu empfehlen, bis zur Beendigung des Streiks kein Bier der Bremer Brauereien zu konsumieren. Wir müssen besonders heute klar zum Ausdruck bringen, daß wir nicht gewillt sind, das Produkt von Unternehmern, die sich derart rücksichtslos gegen Arbeiter verhalten, zu genießen. Die heutige Maifeier

muß allen Gegnern Achtung vor den Arbeitern abzwingen. Hierauf muß das Bestreben jedes einzelnen gerichtet sein. Jeder steht heute im Dienst der großen Sache der Arbeiter. Verhalten wir uns so, und zeigen wir, daß die Arbeiter unweigerlich an ihren Forderungen festzuhalten entschlossen sind, dann können wir uns eins fühlen mit den Arbeitern aller Kulturländer und mit ihnen einstimmen in den Ruf, der heute über die ganze Erde hallt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Anhaltender Beifall bewies dem Redner, daß es die Maigedanken der Tausenden von Anwesenden waren, die er zum Ausdruck zu bringen verstanden hatte.

DER SINN DER INTERNATIONALE

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 14. 7. 1904

Der Sozialdemokratische Verein hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Stellungnahme zum internationalen Arbeiterkongreß."

Hierzu führte Genosse Ebert folgendes aus: Es ist in der Mitgliederversammlung kaum nötig, den Internationalismus der Sozialdemokratie zu begründen. Unser Programm besagt das Nötige darüber. Auch das Abhalten internationaler Kongresse ist ohne weiteres verständlich, es gilt, die internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Man hat sich für Amsterdam als Ort des nächsten internationalen Kongresses entschieden. Das internationale Sekretariat, an dem 24 Nationen beteiligt sind, und das auf dem letzten internationalen Kongreß gewählt wurde, hat zu allen bedeutenden politischen Fragen Stellung genommen und für das eventuelle Verhalten bestimmten großen politischen Vorkommnissen gegenüber Vorschläge ge-

macht. Der Redner erinnert an das Verhalten gegenüber der armenischen Frage (Metzeleien), der Polenfrage, der Lynchjustiz in Amerika u. a. m. Das internationale Komitee erfüllt vollständig seinen Zweck, zu dem auch die Vorbereitung der internationalen Kongresse gehört. Für den demnächst stattfindenden Kongreß hat die internationale Zentrale nun eine Vorarbeit geleistet, die das Ausscheiden der Gefühlspolitik, die bisher vorwiegend war, auf den internationalen Kongressen wahrscheinlich macht. In sozialpolitischer Hinsicht kann die Zentrale ebenfalls Nützliches leisten. Das internationale Komitee hat dann über die Zulassung zum Kongreß zu befinden. Beschlossen ist, Gewerkschaften und politische Organisationen der Arbeiter aller Richtungen zuzulassen, die Anarchisten aber auszuschließen. Auch die Tagesordnung hat das Komitee festgesetzt. Der Redner schildert in Kürze, wie die s. Z. geschaffene Einheit in Frankreich bald wieder in die Brüche gegangen sei. Auf dem letzten internationalen Kongreß zeigte sich der Riß deutlich. Es zeigten sich zwei Strömungen, die unter der Führung von Jaurès und Millerand einerseits und Guesde-Vailland anderseits stehen. Der Parteitag der sozialistischen Partei Frankreichs hat die Dresdner Resolution akzeptiert und beschlossen, sie dem internationalen Kongreß zur Annahme zu empfehlen. Diesen Beschluß kann der Redner nicht gutheißen, obwohl sich auch bei anderen romanischen Völkern, so in Italien, eine Spaltung der Partei gezeigt habe. Redner hält es nicht für notwendig, daß auch der künftige Kongreß wie andere internationale Kongresse sich mit den Interna der einzelnen Nationen beschäftige. Auch für die Taktik der einzelnen Nationen kann auf dem internationalen Kongreß keine Richtschnur gegeben werden. Die

Taktik hängt ab von den jeweiligen Verhältnissen der einzelnen Länder. In Brüssel beantragten die deutschen Genossen bei ähnlicher Gelegenheit Übergang zur Tagesordnung. Später wurde in Zürich eine ähnliche Stellung von unseren Genossen beobachtet. Damals sprach Liebknecht das bekannte Wort, daß, wenn nötig, vierundzwanzigmal am Tage die Taktik geändert werden müsse. Ferner kommt als wichtige Frage die Erörterung über den Generalstreik in Betracht. Sie ist angeregt von Frankreich und Holland; neu ist die Frage indes nicht. Der Dresdner Parteitag hatte sich ebenfalls mit der Frage zu beschäftigen, dort wurde der Antrag, auf dem nächsten Parteitag über den politischen Streik zu verhandeln, abgelehnt. Nach dem Dresdner Parteitag ist aber dieser Streik erst richtig diskutiert worden, weil er verschiedentlich aktuell geworden war. So in Belgien, Schweden, Holland. In Belgien hat man eine Resolution angenommen, die den Generalstreik empfiehlt und gleichzeitig erklärt, daß die Partei sich ihm gegenüber loyal verhalten solle, also eine Resolution, die nicht sonderlich klar ist. Auch in Holland nahm man auf dem letzten Parteitag Stellung zum Generalstreik und faßte eine Resolution, die dem Kongreß in Amsterdam zur Annahme empfohlen werden soll. Es wird in dieser davor gewarnt, daß die Arbeiter sich allzu frühzeitig von der Idee des Generalstreiks gefangennehmen lassen. Besonderes Gewicht wird auf den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation gelegt, damit, wenn der Generalstreik einmal aktuell werde, man gerüstet sei. Der Redner stimmt in der Frage dem Genossen Adler-Wien zu, der gemeint hat, man sollte die Bourgeoisie nicht von der Furcht vor dem Generalstreik befreien. Sodann hält der Redner für wichtig den von den deutschen

Genossen zur Debatte gestellten Punkt „Sozialpolitik und Arbeiterversicherung". Genosse Molkenbuhr, wohl der beste Kenner der Materie, ist als Referent bestimmt. Der Redner hält es für notwendig, daß sich ein internationaler Kongreß einmal mit dieser Frage beschäftigt. Stets werden dem Ausland unsere Arbeiterversicherungen als Paradepferde vorgeführt. In anderen Ländern besteht recht wenig an Arbeiterversicherungen. Ausländische Genossen sind daher vielfach wenig vertraut mit der Materie und daher ist es schon vorgekommen, daß in einzelnen Ländern von unserer Seite Anträge gestellt sind, die hinter dem Bestehenden in Deutschland zurückblieben. Wichtig ist auch die Erörterung der Frage des Achtstundentages, wobei gleichzeitig die Maifeierfrage gestreift wurde. Zu dieser Frage hatten letzthin eine Anzahl deutscher Genossen eine Meinung geäußert, die auf eine bedeutende Einschränkung der Maifeier hinausläuft. Im Auslande hat man ebenfalls verschiedentlich Abänderungsvorschläge gemacht, so die Verlegung der Feier auf einen Sonntag usw. Es ist bei dieser Frage zu bedenken, daß die Gewerkschaften auch in der Zukunft die Kosten für die Folgen der Maifeier zu tragen haben. Das ist wohl zu erwägen, besonders in Hinsicht auf das Anwachsen der Unternehmerverbände. Es ist wünschenswert, daß in dieser Frage auf einer vorher stattfindenden Gewerkschaftskonferenz eine Einigung erzielt werde. Von großer Bedeutung ist weiter die von den argentinischen Genossen angeregte Erörterung der Frage „Auswanderung und Einwanderung". Der Redner kommt auf ein in Argentinien bezüglich der Einwanderung beschlossenes Gesetz zu sprechen und meint dann, es ginge nicht an, daß wir für gesetzliche Beschränkung der Einwanderung seien. Auch die deutschen Arbeiter hätten zwar mit der Einwanderung

ausländischer Arbeiter (Italiener, Russen, Galizier usw.) zu rechnen, aber einer gesetzlichen Einschränkung dieser Einwanderung könnte er nicht das Wort reden. Trotzdem ist der Redner dagegen, daß der internationale Kongreß sich prinzipiell in dieser Frage festlegt. Es ist denkbar, daß die deutschen Unternehmer ausländische Arbeiter en masse heranziehen, um ihre deutschen Arbeiter auf die Straße zu werfen. In solchen Fällen kann man sehr wohl für eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung sein. Auch hat die Fraktion ja gelegentlich der Besprechung der Tatsache, daß chinesische Kulis auf den Lloyddampfern beschäftigt werden, ganz frisch und frei gefordert, daß das ferner nicht geschehen solle, daß diese Arbeiter durch Deutsche ersetzt werden müßten. Der Redner schließt mit einem nochmaligen resümierenden Hinweis auf die Wichtigkeit des Kongresses.

Beschlossen wird, den Kongreß mit einem Delegierten zu beschicken. In Vorschlag gebracht werden Ebert und Donath. Letztgenannter verzichtet, worauf Genosse Ebert gewählt wird.

1905.

DER GOETHEBUND-KONFLIKT, SOMBART UND EBERT

Nach dem Bericht der Bremer Bürger-Zeitung. 2. 2. 1905

Hierauf wird die Diskussion über Kunst, Wissenschaft und Klassenkampf aufgenommen. Zunächst erhält das Wort Genosse Müller: Genosse Schulz ist der Meinung, daß sich bei den Arbeitern wohl Bildungsbedürfnis zeige, daß es aber abgelenkt werde vom Klassenkampf, und darum predige er: Zurück zum Klassenkampf. Wenn es wirklich so wäre, daß die Arbeiter durch die jetzige Befriedigung ihres Bildungsbedürfnisses in ihrer sozialistischen Überzeugung gefährdet würden, dann stimme ich Schulz zu. Ich bin auch darin mit Schulz einverstanden, daß durch solche Bildungsbestrebungen, wie sie in den Vorträgen über Lessing zum Ausdruck kommen, unmöglich die Arbeiter vor-

wärtsgebracht werden können; das ist nur ein Naschen und befriedigt nur ein Unterhaltungsbedürfnis. Ich muß Schulz aber darin entgegentreten, daß es für die Arbeiter unnötig sei, sich in den Elementarfächern auszubilden. Ich kenne die Arbeiter besser als Schulz. Neben dem Klassenkampf sind wir auch noch selbst da. Darum sind Fortbildungsvereine wohl am Platz. Die Erziehung zum Klassenkampf ist allerdings die Hauptsache. Aber man kämpft doch nicht immer im Klassenkampf, man lebt doch auch noch außerdem, es sind noch Nebensachen vorhanden, die uns gelegentlich ein paar freudige Minuten bereiten können. Das sind nicht Biertisch und Skat, sondern die schöngeistigen Bestrebungen. Diese müssen wir fördern. Wir wollen uns in der sozialistischen Gesellschaft doch nicht nur den Magen vollpumpen, sondern auch ideelle Bestrebungen fördern.

Sollen wir nun heute an solchen Genüssen vorübergehen? Sollen wir an das Theater herantreten und dreimal an die Tür klopfen und rufen: Klassenkampf? Auch Schulz hat ja gesagt, daß die Arbeiter sich schon jetzt solche Genüsse verschaffen sollen. Aber er hat zu gleicher Zeit uns das Verständnis abgesprochen, wir seien nicht in der Lage, alles das zu begreifen. Es müsse zunächst eine ganze Umwälzung der Erziehungsmethode Platz greifen, also gelte das erst für den Zukunftsstaat. Und doch sind die Arbeiter wohl in der Lage, das alles zu verstehen. Schulz sagt nun, wir wollen uns das alles selbst schaffen. Und damit tritt er in Gegensatz zum Goethebund.

Der Goethebund hat in Bremen von Anfang an geblüht, er hat sich hier ein unbestreitbares Verdienst erworben durch die Veranstaltung von Volksvorstellungen und billigen Konzerten. Der „Verein für Volks-Kunstabende" ist Mitglied des Goethebundes. Die Bürgerschaftsfraktion hat erklärt, daß sie die Bestrebungen billige, die Gewerkschaften hätten sie zum Teil unterstützt, und auch die „Bürger-Zeitung" sei früher für den Goethebund eingetreten. Da kam Genosse Schulz hierher. Er hat in der Beteiligung der Arbeiter am Goethebund eine Gefahr erblickt. Das war sein gutes Recht. Aber Schulz hätte zuerst den Beteiligten ein kleines Privatissimum darüber halten sollen. Schulz hat aber, ohne die Verhältnisse zu kennen, in der Bürger-Zeitung oft in hämischer Weise den Goethebund angegriffen. Das durfte nicht geschehen. Dadurch ist persönliche Verbitterung erzeugt.

Besteht denn nun wirklich Gefahr, daß man rufen muß: Genossen, ihr müßt zurück? Wenn der Goethebund von der gegnerischen Seite wirklich zu politischen Zwecken mißbraucht werden

sollte, so beweist die letzte Reichstagswahl, daß es nicht gelungen ist. Auch können Gewerkschaften im Goethebund ein gewichtiges Wort mitreden, ja sie sind zumeist ausschlaggebend. Es ist kein taktischer Fehler, wenn wir uns an ihm beteiligen. Schulz hat selbst Gelegenheit gehabt, in den Goethebund einzutreten. Man hat ihm angeboten, eine Stelle im Ausschuß bezw. Vorstand einzunehmen. Schulz hat aber abgelehnt; er hat gesagt, er stecke seine Beine nicht mit Gegnern unter denselben Tisch. Es kommt doch bisweilen vor, daß wir mit Gegnern gemeinsam arbeiten, z. B. beim Heimarbeiterschutzkongreß. Das ist kein Fehler, wenn nur etwas dabei herauskommt.

Nun hat es Schulz immer an dem eigentlichen Grund zum Angriff gefehlt. Da ist Sombart gekommen, und zu ihm sagte nun Schulz, da sehe man es, wie die Arbeiter mißbraucht werden. Schulz ist kleingläubig in seinen Artikeln zur Sombartfrage. Ich habe von den Arbeitern eine höhere Meinung, denn sie fallen nicht gleich um, wenn sie einmal einen Vortrag von einem bürgerlichen Professor hören. Den Arbeitern paukt ihre Klassenlage genügend Dialektik ein. Warum soll man Furcht vor Sombart haben? Aber, sagt nun Schulz, dadurch müsse Verwirrung in die Masse kommen, daß unsere Partei für solche Vorträge die Verantwortung trüge. Nun ist es jedoch Anstandspflicht von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Goethebundes gewesen, Sombart dort zu einem Vortrag zuzulassen. Es liegt also auch trotz dem Vortrag von Sombart kein Grund vor, vom Goethebund abzurücken. Wir vergeben uns nichts, wenn wir im Goethebund mit ehrlichen Gegnern zusammenarbeiten, uns kann dort viel geboten werden, was wir bislang nicht hatten.

Nach dieser Rede erhält das Wort Genosse Ebert. Schulz hat den Anschein erweckt, als ob das bremische Proletariat in Gefahr sei, zu versumpfen, außerdem hat er schiefe Urteile über das geistige Niveau und das Bildungsbedürfnis der Arbeiter aufgestellt. Wie der Goethebund entstanden ist, ist bekannt; nämlich im Anschluß an den Kampf um die lex Heinze. Das Zitat aus einem Artikel der Genossin Luxemburg kann es nicht abschwächen, daß damals im Reichstag unsere Fraktion wie ein Mann für die Freiheit der Kunst eintrat. Wir waren also stolz auf die Haltung der Fraktion. Darum wurde auch nichts dagegen eingewendet,

daß hier in Bremen auf diesem Gebiet mit einigen bürgerlichen Ideologen Hand in Hand gearbeitet wurde, auch wurde es begrüßt, daß vom Goethebund positive Maßnahmen in der Richtung der Erziehung des Volkes zur Kunst getroffen wurden. Einige Genossen, die als besonders sachverständig gelten, sind mit eingetreten. Einige Jahre haben diese Bestrebungen in Bremen gewährt, ohne daß es deshalb zu Meinungsverschiedenheiten in der Partei oder in den Gewerkschaften gekommen ist. Schulz hat bald nach seiner Herkunft privatim mehrfach erklärt, daß er mit dem Verhältnis der Arbeiterschaft zum Goethebund nicht einverstanden sei. Aber als die Sache im Vorstande des Sozialdemokratischen Vereins zur Sprache kam, stand Schulz völlig isoliert. Der Fall Sombart ist allerdings für Schulz ein sehr günstiger Fall. Ich bin in dieser Beziehung anderer Meinung wie Müller. Der Goethebund muß Fragen volkswirtschaftlicher Natur von seinen Erörterungen ausschließen, denn hier müssen Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen. Sombart ist Partei, er mußte als Wissenschaftler seine abweichende Meinung zum Ausdruck bringen. Ich bin auch damit einverstanden, daß die Bürger-Zeitung die Notiz des Goethebundes über Sombart vor dem Vortrag zurückgewiesen hat. Auch mit der scharfen Abfertigung Sombarts bin ich einverstanden. Aber es hätten nicht drei Artikel zu sein brauchen, ein gründlicher Artikel hätte der Würde der Partei mehr entsprochen.

Aber die Bürger-Zeitung hat es nicht dabei bewenden lassen, dies festzustellen, sondern sie hat einen Angriff gegen die Organisation und die Personen gerichtet, die dem Goethebund angegliedert sind. Man konnte wohl der Meinung sein, ob nicht auf Grund von Sombarts Vortrag die Zeit gekommen sei, unser

Verhältnis zum Goethebund zu revidieren. Aber das braucht nicht gleich öffentlich zu geschehen. Vor allem hätte nicht der Redakteur öffentlich vorgehen dürfen. Die angegriffenen Genossen hätten es dann ebenso machen können. Welches Bild ist es für die Gegner, wenn wir die Zerrissenheit in der Partei bloßlegen!

Schulz hat im Verlauf seiner Ausführungen gesagt, die Arbeiter hätten durchaus keine Zeit, sie täten besser, zu Hause zu bleiben. Ich bin der Meinung, es sei besser, die Parteiliteratur zu unterstützen, aber gerade die Genossen, die viel studieren, möchten auch gern einen Einblick in andere Gebiete der Wissenschaft und in die Unterhaltungsliteratur gewinnen. Dieses Bedürfnis ist allezeit von der Partei anerkannt worden. Ich verweise auf den Gothaer Parteitag. Nun fragt es sich, wenn ein solches Bedürfnis vorhanden ist, wie es befriedigt werden soll. In bürgerliche Veranstaltungen können die Genossen nicht gehen, und aus eigener Kraft können sie es höchstens in einigen Großstädten wie Berlin, Hamburg, München und Dresden durchsetzen. Aber wo es so nicht geht, da verlangt es die Sozialdemokratie auf Grund ihrer Kommunalprogramme vom Klassenstaat. Der betreffende Passus in unserem bremischen Programm, der künstlerische Bildung in den Schulen, Veranstaltungen von Volksvorstellungen, Konzerten, Bibliotheken usw. verlangt, ist von Schulz selbst verfaßt und auf seine Initiative in das Programm gekommen. Was geschieht nun heute? In Bremen haben wir die Hoffnung, daß Wesentliches auf diesem Gebiet erreicht wird. Die Subventionierung der Kunsthalle, des Philharmonischen Orchesters, des Handelsmuseums haben wir unterstützt. Nun hören wir von Schulz, daß alle diese Bestrebungen zur Versimpelung führten! Was ist es denn für ein Unterschied, ob Dr. Pauli über Worpswede

für den Verein für Volks-Kunstabende oder für den Goethebund oder im Auftrage der Stadt spricht?

Der dritte Artikel von Schulz zur Sombartfrage enthält bei genauer Betrachtung so ungeheuerliche Verdächtigungen, daß sie zurückgewiesen werden müssen. Schulz schreibt darin:

„Es sind Leute am Goethebund beteiligt, bei denen ich — zu ihrer politischen Ehre — annehme, daß sie nicht ihren politischen Adam von Kopf bis zu Füßen ausziehen können, sobald sie in eine Sitzung oder Versammlung des Goethebundes gehen. Ich schließe dabei allerdings von mir auf andere. Ich für mein Teil gestehe offen zu, daß ich immer und überall Sozialdemokrat sein muß. Ich kenne keine neutralen Gebiete im öffentlichen Leben, auf denen ich wirken könnte, ohne daß meine politische Gesinnung dabei ein Wort, und zwar das erste, mitzureden hätte".

Man soll nicht so marktschreierisch Reklame mit seinem sozialdemokratischen Gefühl machen. Es ist ein Stück Parteigeschichte, das Schulz in Frage stellt. Ist der Klassenkampf in Bremen nicht energisch genug geführt worden? Sind wir nicht von Erfolg zu Erfolg geschritten? Wir haben nicht zu warten brauchen, bis Heinrich Schulz nach Bremen kommt und uns aus dem Sumpfe holt.

GEGEN DAS VERBRECHEN DER FLEISCHTEUERUNG

Aus der Bremer Bürger-Zeitung. 24. 8. 1905

Der Sozialdemokratische Verein hielt eine Versammlung gegen Fleischnot und Fleischteuerung ab. Das Referat hielt Genosse Ebert:

Vor etwa drei Jahren haben wir in Deutschland unter einer ähnlichen Situation gestanden. Überall, in allen Städten, parlamentarischen Körperschaften,

Städteverwaltungen ist lebhaft Protest erhoben worden gegen die künstliche Fleischverteuerung, wie sie damals zutage getreten ist. Wenn wir in Deutschland eine Regierung hätten, die auch nur einigermaßen bestrebt wäre, die allgemeinen Interessen zu wahren, so hätte die bisherige Bewegung mit den vielen Beschwerden und Klagen, die jetzt schon der Regierung vorgetragen worden sind, Veranlassung geben müssen, in geeigneter Weise diesen Mißständen entgegenzutreten. Aber die Regierung hat genug zu tun, wenn es irgendwo eine abenteuerliche Faxerei im Ausland zu unternehmen gilt. Aber jetzt, da sich im gesamten deutschen Volk eine Notlage geltend macht, ist von der Reichsregierung nichts zu erblicken. Podbielski hat sich, es klingt wie Hohn, bei einer reich besetzten Tafel in einer Rede mit der Fleischnot beschäftigt und ist zu dem Schluß gekommen, daß eine Fleischnot in Deutschland nicht existiere. Die Junker haben Beifall gebrüllt. Ganz natürlich. Wenn das Fleisch recht teuer ist, feiert jene Gesellschaft Triumphe. Ist die deutsche Landwirtschaft überhaupt in der Lage, so viel Vieh zu produzieren und auf den Markt zu bringen, wie das deutsche Volk zu seiner Ernährung bedarf? Die Agrarier und ihre Presse behaupten dies.

Deutschland hat früher einen großen Teil seines Fleischbedarfs aus dem Auslande gedeckt. Die Zufuhr ist jetzt fast völlig unterbunden worden, dank der agrarischen Räuberpolitik. Man will sich nur die ausländische Konkurrenz vom Halse halten. Podbielski meinte, man solle sich drei bis vier Wochen gedulden, und die Fleischteuerung werde wieder zurückgehen. Das ist sehr zu bezweifeln. Dann aber wissen wir auch, daß im nächsten Jahre der neue Zolltarif mit seinen unerhört hohen Zollsätzen, den die Mehrheit des Reichstages unter Bruch der Geschäftsordnung durch-

gepeitscht hat, in Kraft treten wird. Wenn dann wirklich die gegenwärtigen Ursachen der Fleischteuerung behoben sein sollten, so bewirken die hohen Zollsätze, daß die Fleischpreise und sämtliche Nahrungsmittel im Preise sehr in die Höhe gehen werden. Die Arbeiter sind es, die darunter am meisten zu leiden haben. Die Volksgesundheit wird dadurch freventlich untergraben. Es steht ohne weiteres fest, daß den Arbeiterkindern kein anderes Erbteil in die Wiege gelegt werden kann als Krankheit und Siechtum. Die Kindersterblichkeit ist unter den Arbeitern vier- bis fünfmal so groß, die Säuglingssterblichkeit zehnmal so groß wie unter den Reichen. Es ist geradezu empörend, wenn die Reichsregierung Zustände züchtet, durch die die Verhältnisse noch verschlimmert werden. Der Reichskanzler, der gegenwärtig in Norderney weilt, mag noch so viel am Strande herumpatschen, die Schuld an diesen Verhältnissen wird er sich nicht abzuwaschen verstehen. Wir müssen mit einer gewaltigen Protestbewegung auf die Regierung einzuwirken versuchen und der Protest muß wie ein Donnerschlag in Bülows Badekasten schlagen. Zum Schluß fordert der Redner die Anwesenden auf, bei allen Aktionen der Partei stets die volle Schuldigkeit zu tun, sowie der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

Stürmischer Beifall folgte dem Redner.

1907.

FRAGEN DER SOZIALISTISCHEN ORGANISATION UND AGITATION

Aus einer Parteitagsrede. Essen 1907

In der bürgerlichen Presse ist der Einwand erhoben worden, daß die Zahl unserer Organisationsmitglieder zur Zahl der abgegebenen Stimmen für uns immer noch

in einem recht schlechten Verhältnisse stehe. Es wird auch von uns niemand bestreiten, daß es nach der Richtung hin noch bedeutend besser werden muß. Andererseits aber glaube ich sagen zu können, daß dieses Verhältnis bei uns den bürgerlichen Parteien gegenüber das weitaus bessere ist. Die bürgerlichen Parteien sollten doch einmal erklären, wie es in dieser Hinsicht bei ihnen aussieht. Dabei kommt in Betracht, daß unsere Parteigenossen durchweg wirtschaftlich abhängig und infolgedessen vielfach gar nicht in der Lage sind, Mitglieder unserer Organisation zu werden, wenn sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, insbesondere da, wo die Mitgliederlisten unserer Organisation der Behörde eingereicht werden müssen. Ist doch erst kürzlich in einem Parteiblatt mitgeteilt worden, daß der Vorstand des Braunschweiger Landwehrverbandes in der „Landwehrzeitung" eine Bekanntmachung erlassen hat, in der es hieß, daß aus der seitens der herzoglichen Staatsbehörde mitgeteilten Liste sich ergeben habe, daß vier Mitglieder des Krieger- und Landwehrvereins in Heimburg auch dem sozialdemokratischen Verein angehören. In Stade ist mehreren Arbeitern von einem Kriegervereinsvorstand mitgeteilt worden, daß sie nach der von der Polizei gemachten Anzeige einem sozialdemokratischen Verein angehören, solche Mitglieder könnten aber nach dem Statut im Kriegerverein nicht geduldet werden. Die „Greizer Zeitung" hat kürzlich die Mitgliederliste unserer Organisation, die bei der Behörde eingereicht war, einer eingehenden Besprechung unterzogen, sie kann die Informationen nur von der Behörde erhalten haben. Die Kreisleitung des Kreises Essen hat kürzlich mitgeteilt, daß in Rotthausen und Borbeck bei neuaufgenommenen Mitgliedern unserer Organisation die Polizei erschienen sei, um ihre Personalien auf-

zunehmen. Diese wenigen Tatsachen, die man vielfach vermehren könnte, genügen, um klar zu machen, daß diese beschämende vereinsgesetzliche Bestimmung, wonach die Mitgliederlisten unserer Organisation einzureichen sind, der behördlichen Willkür Tür und Tor öffnet und es daher vielen Parteigenossen erschwert, Mitglieder der Organisation zu werden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß an unsere Kreisorganisationen über 11 000 Parteigenossen zwar regelmäßig Gelder für die Partei zahlen, aber nicht Mitglieder der Parteiorganisation sind. Davon entfallen allein über 70 % auf Preußen und bezeichnenderweise hauptsächlich auf Bezirke, wo die Abhängigkeit der Arbeiter besonders groß ist. Natürlich haben wir diese 11 000 Parteigenossen nicht als Mitglieder registriert.

Wenn ich einige Ausführungen über die Organisation im allgemeinen mache, so glaube ich, mich in Übereinstimmung mit Ihnen zu befinden, wenn ich sage, daß die Parteiorganisation sich auch während des Wahlkampfes nach jeder Richtung hin bewährt hat. Deshalb sollte man auch nicht wegen dieser oder jener nebensächlichen Dinge zu einer Änderung des Organisationsstatuts schreiten. Es ist uns ja angekündigt, daß wir als Frucht der konservativ-liberalen Paarung auch ein Reichsvereinsgesetz zu erwarten haben. Ob davon etwas wird, ist ja noch sehr zweifelhaft. Jedenfalls sollten wir schon aus diesem Grunde jetzt von einer Änderung des Organisationsstatuts absehen. Die Kreisorganisation ist in Südbayern und einigen anderen Wahlkreisen noch nicht durchgeführt. In Südbayern soll dies nun geschehen. Die weiter hier in Betracht kommenden Kreise sind aufzufordern, sich ebenfalls dem Organisationsstatut anzupassen. Bis auf einen Bezirk ist die Bezirksorganisation jetzt im ganzen Reich durchgeführt.

Für den inneren Ausbau unserer Organisation bleibt aber noch viel zu tun übrig. Ich beziehe mich da auf die Ausführungen im schriftlichen Bericht über die wahltechnische Organisation unserer Gegner. Es wäre ein großer Fehler, wollten wir das unterschätzen, zumal da die Gegner eifrig bestrebt sind, diese Organisationen auch über die Zeit des Wahlkampfes hinaus für den allgemeinen Kampf gegen uns aufrechtzuerhalten. Wir müssen es uns überall zur Pflicht machen, unsere Organisation nach der amtlichen Einteilung der Wahlbezirke zur Reichstagswahl zu gliedern. In jedem Bezirk müßten wir eine genaue Übersicht über die soziale Stellung der Einwohner des Bezirks haben, es müssen uns erfahrene Genossen in jedem Bezirk zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe wir in der Lage wären, jederzeit mit den uns sozial nahestehenden Schichten der Bevölkerung des Bezirks in persönliche Berührung zu treten. Dann werden wir der Art des Kampfes, wie ihn unsere Gegner führen, erfolgreich begegnen können. Wichtig für den Ausbau der Organisation ist auch die Beitragsleistung. Der schriftliche Bericht zeigt, wie weit wir von einer einheitlichen Beitragsleistung noch entfernt sind. Erfreulicherweise haben ja verschiedene Organisationen ihre Beiträge erhöht. Die sächsische Landeskonferenz hat einen einheitlichen Wochenbeitrag von 10 Pf. beschlossen. Unsere Aufstellung zeigt, daß wir noch 120 Wahlkreisorganisationen haben, in denen der monatliche Beitrag 20 Pf. nicht übersteigt. Ein solcher Beitrag ist heute nicht mehr ausreichend, um die gesteigerten Aufgaben erfüllen zu können. Wir müssen deshalb überall einen Wochenbeitrag von 10 Pf. anstreben. Wenn es unseren sächsischen Genossen, die doch eine ganze Anzahl armer Bezirke haben, gelingt, ihren Beschluß durchzuführen, dann, glaube ich, ist der

Nachweis geführt, daß der Wochenbeitrag von 10 Pf. somit im ganzen Reich durchgeführt werden kann.

Ich komme nun zur Agitation. Es scheint mir, daß in einzelnen Bezirken die Saalabtreiberei nicht mit der notwendigen Energie bekämpft wird. Wo aber der Kampf gegen den Terrorismus der Behörden und Gegner mit Hartnäckigkeit aufgenommen wird, da ist er auch erfolgreich. Wir müssen in dieser Beziehung energisch vorgehen, weil zweifellos die mündliche Agitation am wirksamsten ist. Inzwischen ist unser Handbuch ja erschienen, das die Wahllügen der Gegner systematisch zusammenstellt und zurückweist. Wir glauben damit eine wertvolle Waffe geschaffen zu haben. In dem in allernächster Zeit erscheinenden Leitfaden zum Selbststudium haben wir ein wertvolles Hilfsmittel zur Heranbildung von Agitatoren geschaffen.

Auch die schriftliche Agitation muß noch intensiver gestaltet werden. Hier ist die Hauptsache die Ausbreitung der Parteipresse. Wohl haben wir auch hier große Erfolge erzielt; aber immer kommen wir noch nicht genug gerade an die Schichten der Bevölkerung heran, die wir bearbeiten wollen. Hier muß mit Flugblättern nachgeholfen werden. Wir waren bestrebt, ein möglichst großes Agitationsmaterial bereitzustellen. Diese Agitation muß sich nicht nur an die Landbevölkerung wenden, sondern auch diejenigen Arbeiterschichten fassen, die noch die Generalanzeiger lesen. Einige Wahlkreise haben Anträge gestellt, die den Anschein erwecken könnten, als ob die Partei der Landagitation nicht genügende Aufmerksamkeit schenkt. Das ist aber nicht zutreffend. Die Bezirksorganisationen geben periodisch erscheinende Agitationsschriften, sorgfältig vorbereitete Monatsblätter heraus, deren Inhalt auf die Landbevölkerung be-

rechnet ist. In allen Bezirken werden Agitationskalender verbreitet, die der Agitation unter der ländlichen Bevölkerung dienen. Aus den Berichten der Bezirksorganisationen und der Parteisekretäre geht hervor, daß hier ein erhebliches Stück Arbeit geleistet wird. Allerdings tritt diese Agitation nicht so in die Erscheinung wie die allgemeine Parteiagitation. Aber nichts wäre törichter, als wenn die Landagitation nach einem einheitlichen Schema im ganzen Reiche oder gar mit einer einzigen Agitationsschrift betrieben werden sollte. Die Verhältnisse sind überall verschieden und nach ihnen muß die Agitation auf dem Lande eingerichtet werden.

Im allgemeinen glaube ich, daß wir bei der Agitation unser Augenmerk in erster Linie auf die Gewinnung unserer natürlichen Anhänger, auf das Industrieproletariat, zu richten haben. Hier ist noch außerordentlich viel zu tun. Gerade die Verhältnisse dieses Bezirkes zeigen uns, was wir da noch zu leisten haben. Die Agitation des Zentrums und des Reichsverbandes wendet sich vorwiegend an die indifferenten Industriearbeiter. Hier haben wir mit aller Energie für gründliche und systematische Aufklärung zu sorgen, um diese Schichten mit Klassenbewußtsein zu erfüllen und für den Klassenkampf zu gewinnen.

Auf die Reichstagswahlen brauche ich nicht näher einzugehen, da uns diese noch besonders beschäftigen werden. Wenn wir auch diesmal nicht wie seither seit dem Fall des Sozialistengesetzes mit Stolz einen bei der Wahl errungenen Mandatsgewinn verkünden können, so sind wir doch überzeugt, nach unseren besten Kräften unsere Schuldigkeit getan zu haben. Wenn ich auch durchaus nicht die große Bedeutung einer starken Reichstagsfraktion verkennen möchte, so ist doch eine starke Fraktion nicht gleichbedeutend

mit der Macht und Aktionsfähigkeit der Partei. Diese wurzelt vielmehr in der Stärke ihrer Organisationen, in der Ausbreitung ihrer Parteipresse. Und nach der Richtung hin hat das abgelaufene Jahr uns recht erfreuliche Erfolge gebracht. Fortschritte, die beweisen, daß die Sozialdemokratie unaufhaltsam siegreich vorwärtsdringt. Wir verkennen nicht, daß unser Kampf immer heftiger und schwieriger wird. Das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der behördlichen Organe zeigt uns, daß heute das A und O ihrer Politik der Kampf gegen die Sozialdemokratie, das Niederhalten der aufstrebenden Arbeiterklasse ist. Dieser Kampf wird sich verschärfen, je mächtiger sich die Sozialdemokratie entfaltet, je nachdrücklicher die Arbeiter für ihre Forderungen eintreten. Trotzdem können wir aber siegesfroh und wohlgemut in die Zukunft blicken. Wenn die Partei alle ihre Kräfte auch künftighin konzentriert auf systematische rastlose Organisationsarbeit, auf einmütige gründliche Aufklärungsarbeit und Propaganda unserer Grundsätze und Forderungen, dann wird die Sozialdemokratie auch in Zukunft ihren Siegeslauf fortsetzen.

Ich möchte nicht zum Schluß kommen, ohne mit einigen Worten der Lücke zu gedenken, die im vergangenen Jahre in den Reihen des Parteivorstandes entstanden ist. Sie alle waren gewiß ebenso wie wir im Parteivorstande außerordentlich schmerzlich ergriffen, als der Draht den Tod unseres Genossen Ignaz Auer verkündete. Was Auer für die Partei, was er der Parteileitung gewesen ist, läßt sich mit wenig Worten nicht schildern; wir haben in unserem schriftlichen Bericht und die Parteipresse hat in längeren Artikeln auf die große Bedeutung Auers für die Sozialdemokratie hingewiesen, und auch wir auf dem Parteitage können nur einmütig und dankbar all dessen gedenken,

was Auer in der Partei geleistet hat. Wir alle wollen es uns zur Pflicht machen, in seinem Sinne zu streben und zu wirken für die Sozialdemokratie, für die Befreiung des Proletariats.

1908.

AUS EINER PARTEITAGSREDE

Nürnberg 1908

I.

In der politischen Haltung der Lokalisten ist seit dem letzten Parteitage eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Sie sind zwischen Sozialismus und Anarchismus hin- und hergependelt, und der Rest der Mitglieder, der bei der Freien Vereinigung verblieben ist, hat sich schließlich ganz offen zu den anarchistelnden Bestrebungen der Syndikalisten in den romanischen Ländern bekannt. Auf ihrem letzten Kongreß im Januar d. J. hat die Freie Vereinigung zwar nicht ihr früheres Programm geändert, sie gab ihm aber eine andere Interpretation, hat diese Interpretation für authentisch erklärt und weiter bestimmt, daß sie für die Geschäftsleitung und für die Redaktion der „Einigkeit" verbindlich sein soll. Auf einige Punkte dieser Programmrede muß ich hinweisen, um darzutun, daß unsere Charakterisierung der Freien Vereinigung gerechtfertigt ist. So sagte der Referent: „Wir müssen uns das Organ der französischen Syndikalisten zum Muster nehmen, das nicht hin- und herpendelt, das nicht anarchistelt, aber auch nicht parlamentarisch-sozialdemokratisch, sondern einfach ein Organ der syndizierten Gewerkschaften ist, die sich aus Interessenvertretungen zusammensetzen — das bedeutet Syndikat —, die aber, weil sie Gewerkschaftler sind, auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Dieser Kampf kann jedoch nach ihrer Meinung nicht durch Be-

teiligung an der Gesetzgebung geführt werden; sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen, den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreik, action directe, Sabotage, die sogenannte passive Resistenz usw. führen zu müssen. Wenn wir uns die Leitsätze unseres auf dem siebenten Kongresse beschlossenen Programms ansehen, wo es heißt, daß wir die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks, und diesen Satz richtig verstehen und auslegen wollen, so unterscheiden wir uns in keiner Weise von den syndikalistischen Gewerkschaften in Frankreich, Italien und anderen Ländern..." Auch in bezug auf die Stellung zum Massenstreik hat man eine neue Interpretation gegeben, die zur Charakterisierung der Freien Vereinigung wesentlich ist. Der Referent sagte: „Wir müssen definieren, daß wir nicht nur den Massenstreik, sondern jeden Solidaritätsstreik, bei dem es sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, um die Herbeiführung höherer Menschenrechte handelt, mitzumachen haben. All dies gehört zum Massenstreik, solange es sich nicht um einen politischen Massenstreik, das heißt um einen Streik des Parlamentarismus wegen, handelt. Diesen lehnen wir ab, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeiter aller Art nur zu dem Zwecke zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, um dadurch irgendein Wahlrecht zu einem Stadt- oder Landesparlament zu erreichen." Es ist zweifellos, daß die Freie Vereinigung sich mit dieser Programmerklärung in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hat. Allerdings hat man nicht den Mut gehabt,

das offen und klar zum Ausdruck zu bringen, man treibt vielmehr ein erbärmliches Versteckenspiel, indem man sich hinter einer parteipolitischen Neutralität versteckt. Das was man jahrelang den Zentralverbänden zum Vorwurf gemacht hat, die angebliche parteipolitische Neutralität, das hat jetzt die Freie Vereinigung zu ihrem Grundsatz erklärt. Wie nun aber diese Neutralität, auf die auch die Redaktion der „Einigkeit" verpflichtet ist, gegenüber der Sozialdemokratie geübt wird, dafür nur ein Beispiel. In der Nummer 26 der „Einigkeit" vom 27. Juni d. J. wird in bezug auf die Sozialdemokratie gesagt: „An der hündischen Ergebenheit der bezahlten Schreiber der Parteipresse, an den servilen, feinohrigen Redakteuren liegt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entweder so gut wie nichts oder schlimmer noch, nur tendenziös Entstelltes von der Geringschätzung und dem Hohn erfährt, welchen die ausländischen Genossen der ohnmächtigen, feigen deutschen Dreimillionenpartei zuteil werden lassen, die nichts weiter kann, als ihren Parteigötzen, den Führern, nachlaufen, die die revolutionäre internationale Aufgabe des Sozialismus preisgegeben haben, aus Eitelkeit, Schwäche und Bequemlichkeit oder um sich eine gute Einnahme zu sichern." Ich glaube, diese Probe genügt, um Ihnen zu zeigen, wie man in der Praxis die parteipolitische Neutralität übt. Man hat sich diesen Grundsatz einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen geschaffen. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die Freie Vereinigung in der Regel an solchen Orten auftaucht, wo infolge gewerkschaftlicher Kämpfe Differenzen, Unstimmigkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsleitung entstanden sind. Da sucht dann die Freie Vereinigung ihr Süppchen zu kochen. Und bei dieser Gelegenheit ist es ihr auch lieb, wenn sie sich den harmlosen

Charakter der parteipolitischen Neutralität geben kann. Das ist auf dem Kongreß von einem Redner ziemlich unverblümt zum Ausdruck gekommen. Er sagte nämlich: „Auf Grund dieses Kommentars — das ist die Programmrede — können wir in der Agitation den Gegnern klarmachen, daß wir nicht Anarchisten sind." Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Hauptbetätigung der Freien Vereinigung heute nur noch besteht in gemeiner, perfider Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Diesem Treiben muß nun endlich ein Ende bereitet werden, wir müssen eine klare, unzweideutige Scheidelinie ziehen zwischen uns und jenen. Diese bietet unsere Resolution. Sie ist so aufzufassen, daß nicht allein die Mitgliedschaft, sondern jede Betätigung für die Freie Vereinigung der Gewerkschaften unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie.

Nun noch einige Worte zu der Stellung gegenüber dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, dem sogenannten Wiesenthalschen Verband. Schon auf dem Mannheimer Parteitag hat die Kontrollkommission gelegentlich einer Beschwerde die Entstehungsgeschichte dieses Verbandes nachgeprüft und hat dabei festgestellt, daß die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach entstandenen Differenzen ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben, sondern sofort zur Gründung des Wiesenthalschen Verbandes geschritten sind. Die Kontrollkommission hat damals gesagt, daß diese Zersplitterung entschieden zurückgewiesen werden müsse. In Essen lag dann ein Ausschließungsantrag gegen Wiesenthal vor. Bei ihrem Bericht zu diesem Antrag hat die Kontrollkommission erklärt, daß die Gründung und Existenz dieser Sonderorganisation im Interesse des Klassenkampfes auf das schwerste zu verurteilen sei. Die

Parteitage haben dem zugestimmt und es liegt kein Anlaß vor, von dieser grundsätzlichen Auffassung abzuweichen, die insbesondere auch nach den Vorkommnissen der letzten Zeit sich als richtig erwiesen hat. Ich erinnere nur an das Verhalten dieser Organisation bei dem augenblicklich in Berlin tobenden Kampfe im Rohrlegergewerbe. Auch mit diesem Verbande sind seit Essen Einigungsverhandlungen gepflogen worden, ich habe dem Bericht in dieser Beziehung nichts hinzuzufügen und bitte Sie, auch hier unserem Antrag zuzustimmen. Wenn auf jener Seite der ernstliche Wille vorhanden gewesen wäre, sich dem Beschlusse des Essener Parteitages anzuschließen, dann hätte es auch in diesem Falle zu einer Einigung kommen müssen.

Es gilt eine klare Scheidelinie zwischen uns und den Elementen zu ziehen, die absichtlich und bewußt bestrebt sind, die Einheit und Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes zu stören.

Nürnberg 1908

II.

Die Geschlossenheit der Partei ist die Vorbedingung für unseren Erfolg. Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagsbeschlüsse von jedem einzelnen. Wenn das nicht mehr geschieht, dann kommen wir zur Desorganisation, dann kommen wir zu anarchischen Zuständen, dann ist die Aktionskraft, die Schlagkraft der Partei gelähmt.

Uns ist der Ernst der Situation wohl bewußt! Nichtsdestoweniger wissen wir keinen anderen Ausweg, als die Entscheidung in die Hände des Parteitages zu legen. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß jeder Parteigenosse, mag er heißen, wie er will, so viel

demokratisches Prinzip besitzt, daß er sich der Entscheidung unterwirft. Es sind in der Auseinandersetzung heftige Worte gefallen. Man hat von Trennung gesprochen. Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Phalanx, die ein Bismarck mit den brutalsten Mitteln des Polizeistaates nicht zu sprengen vermochte, die bisher allen Stürmen standgehalten hat, sie sollte gelöst und gebrochen werden wegen dieser Frage, um die wir uns hier streiten? Die machtvollste Kulturbewegung, welche die Welt bisher gesehen hat, sollte zum Gespött aller Volksfeinde werden? Dort oben im Saale leuchtet der Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Das ist die Mahnung, die wir den Arbeitern der ganzen Welt zurufen. Und das deutsche Proletariat, das bisher den Arbeitern der ganzen Erde ein leuchtendes Vorbild zielsicherer Einigkeit gewesen ist, das sollte von dieser Höhe herabsteigen, sollte sich zum Gaudium der Gegner selbst zerfleischen? Das kann nicht geschehen, das darf nicht geschehen! Wenn wir diesen Parteitag verlassen, dann soll es weder Sieger noch Besiegte geben, sondern nur Kampfgenossen, die gewohnt sind, nach erfolgter Aussprache den Willen der gesamten Partei zu respektieren und wieder einig und geschlossen zu marschieren. Zu marschieren gegen den gemeinsamen Feind!

1909.

AUS EINER PARTEITAGSREDE

Leipzig 1909

Die lebhafte Befürwortung einer zweckmäßigen und nachhaltigen Agitation unter der proletarischen Jugend findet die volle Zustimmung der Parteileitung

und der Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands. Liebknecht ließ durchblicken, daß man mit dem, was bisher geschehen sei, nicht überall zufrieden sei. Wir geben offen zu, daß bei der großen und schwierigen Aufgabe, die für uns vielfach noch neu ist, in der ersten Zeit Schwierigkeiten entstanden sind; Sie wissen auch alle, daß in organisatorischer Hinsicht uns durch das Vereinsgesetz große Schwierigkeiten bereitet worden sind, so daß hier eben wie überall gewisse Kinderkrankheiten überwunden werden müssen. Aber der Nürnberger Beschluß bezüglich der Jugendbewegung hat draußen im Lande bei allen unseren Parteigenossen freudigen Widerhall gefunden wie selten ein Beschluß unserer Parteitage. Und unser Bericht, aus dem sich ergibt, daß in kurzer Zeit an über 300 Orten Jugendausschüsse errichtet worden sind, tut dar, daß die Genossen mit Ernst und Eifer an die Ausführung unserer Beschlüsse gegangen sind. Dabei müssen Sie berücksichtigen, daß die Tätigkeit der Zentrale und der Jugendausschüsse eigentlich erst von Anfang d. J. ab datiert; zwei Drittel der Jugendausschüsse sind erst in den letzten Monaten gegründet worden. Die auf unsere Umfrage über die Tätigkeit der Jugendausschüsse eingegangenen Berichte aus etwa 160 Orten zeigen, daß sehr wohl auf dem beschrittenen Wege Erfolge erzielt werden können. Es sind in der verhältnismäßig kurzen Zeit an 36 Orten bereits Jugendheime errichtet, darunter allein 30 mit einer besonderen Jugendbibliothek. Über 327 Einzelvorträge sind gehalten worden. Unterrichtskurse sind an etwa 20 Orten eingerichtet, künstlerische Darbietungen an 67 Orten gegeben. Führung durch Museen und dergleichen fand in 34 Orten statt. Recht lebhaft war im Laufe des Sommers die Tätigkeit der Jugendausschüsse durch Veranstaltung von Ausflügen

und Spielen im Freien, um die proletarische Jugend zu sammeln. Es sind weit über 500 derartige Ausflüge durch unsere Jugendausschüsse veranstaltet worden. Das ist ja gewiß noch herzlich wenig, aber wenn Sie die Schwierigkeiten und die kurze Zeit der Tätigkeit berücksichtigen, dann kann man mit dem Erfolg zufrieden sein. Man ersieht daraus, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Das zeigt am besten die Leserzahl der „Arbeiter-Jugend". Im ersten Quartal hatten wir 25 000 zahlende Abonnenten, im zweiten Quartal über 28 000 und heute zirka 32 000. Also ein äußerst gesunder Fortschritt! Aus den Berichten der Jugendausschüsse geht auch hervor, daß die organisatorischen Schwierigkeiten gar nicht so groß sind. Nur müssen die Jugendausschüsse verstehen, die für die Jugendbewegung in Betracht kommenden Faktoren zusammenzufassen. Auch die Gewerkschaftssektionen haben sich überall den Nürnberger Beschlüssen angepaßt. Erfreulicherweise gehen diese vielfach dazu über, für ihre Mitglieder die „Arbeiter-Jugend" obligatorisch einzuführen.

Im übrigen kann ich auf die Anregungen für die Redaktion und Ausstattung der „Arbeiter-Jugend", auch auf das, was Gradnauer über die von uns vorgeschlagenen Vortragsthemen gesagt hat, im einzelnen hier nicht eingehen. Wir sind dankbar für alle Anregungen, und die Jugendzentrale hat sich immer bemüht, Anregungen und Erfahrungen möglichst nutzbar zu machen. Ich bitte Sie daher, sowohl die Anregungen wie die Anträge der Jugendzentrale zur Erwägung zu überweisen; ich kann versichern, daß sie dort gründlich und objektiv geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine Konferenz der Jugendausschüsse hat die Zentrale schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen, sie muß aber gut vorbereitet sein, wenn sie

fruchtbare Arbeit leisten soll. Es muß daher erst eine gewisse Zeit der Erfahrung hinter uns liegen. Über die Winterveranstaltungen, die ich für das Wesentlichste halte, haben die Jugendausschüsse bis jetzt nur wenig Erfahrung. Wir sind also bereit, sobald wie möglich eine Konferenz zu berufen, um die Erfahrungen der Praktiker entgegenzunehmen. Der erste Teil des Antrages 12 kann schon hier vom Parteitag angenommen werden, denn aus unserer Umfrage hat sich ergeben, daß Partei- und Gewerkschaftsorganisationen an den einzelnen Orten in der materiellen Unterstützung der Jugendausschüsse weit mehr leisten müssen, als sie bisher geleistet haben. Wenn die Annahme des Antrages hier eine Besserung bringt, dann ist das sehr zu begrüßen. Bezüglich des Preises der „Arbeiter-Jugend" geht Liebknecht wohl ebenso wie die Nürnberger von falscher Voraussetzung aus. Der Abonnementspreis beträgt 50 Pf., aber an die Jugendausschüsse, Organisationen und Wiederverkäufer wird sie zum halben Preise abgegeben. Wir knausern nicht, wir wollen keine Überschüsse aus der „Arbeiter-Jugend", wir leisten selbstverständlich bei diesem geringen Preis erhebliche Zuschüsse. Ganz umsonst die „Arbeiter-Jugend" abzugeben, wäre aber nicht zweckmäßig, denn bei den großen Kosten ihrer Herstellung ist es notwendig, daß man durch einen geringen Preis Sorge trägt, daß sie zweckmäßig verbreitet wird. Alles in allem glaube ich sagen zu können, daß sich der Nürnberger Beschluß und die von der Zentrale zu seiner Ausführung getroffenen Maßnahmen bewährt haben und daß es wünschenswert ist, daß man überall im Lande kräftig Hand ans Werk legt, um diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

1911.

EBERTS WAHL ZUM VORSITZENDEN DER PARTEI

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1911

Ebert: Zu meinem Bedauern ist trotz dringenden Abratens meinerseits mein Name auf die Vorschlagsliste für die Wahl des Vorsitzenden der Partei gekommen. Ich erkläre, daß ich unter keinen Umständen zur Wahl des Vorsitzenden kandidiere, vielmehr empfehle ich die Kandidatur Haase. Ich bitte deshalb, meinen Namen zu streichen.

Legien: Es ist meines Wissens das erstemal, daß ohne erkennbare sachliche Gründe ein Genosse, der für einen der höchsten Ehrenposten der Partei vorgeschlagen wird, ablehnt. Meines Erachtens liegen in diesem Falle erkennbare sachliche Gründe wirklich nicht vor. Ebert hat, das dürfte allgemein bekannt sein, bei vollständig kollegialem Zusammenarbeiten mit den Kollegen im Bureau seit Jahren im Parteivorstande die Arbeiten gemacht, die in gewisser Beziehung einem im Parteibureau ständig tätigen Vorsitzenden zufallen würden. Ebert hat auf der anderen Seite, und das kommt als besonders wichtiger Umstand in Betracht, vielfach an den Verhandlungen über die nicht unerheblichen und zahlreichen Differenzen in den einzelnen Landesorganisationen teilgenommen, und es ist ihm gelungen, diese Differenzen beizulegen. Er hat nach dieser Richtung hin eine überaus glückliche Hand gehabt, und das ist es, was meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation die Partei am dringendsten braucht. Gegenwärtig sowohl, wie vielleicht in der nächsten Zeit, wird es wesentlich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden mit einem Genossen besetzen, der nach der genannten Richtung hin ausgleicht, der bei Differenzen den nötigen

Takt und ein gewisses Geschick bisher bewiesen hat. Infolgedessen scheint es mir unrichtig, daß Ebert verzichtet. Alle diese Gründe bewegen mich, an die Genossen, die die Absicht hatten, Ebert zu wählen, die Bitte zu richten, sich durch dessen Ablehnungserklärung bei der Abgabe ihrer Stimme nicht beeinflussen zu lassen.

Bebel: Legien hat recht, wenn er sagt, daß zum ersten Male in der Partei über einen Mann, der zu dem höchsten Amt vorgeschlagen worden ist, eine Diskussion entsteht, weil er die Kandidatur nicht annehmen will. Ebert habe ihm keine genügenden Gründe für seine Ablehnung gegeben. Es ist in erster Linie Sache von Ebert selbst, was er sagen will oder nicht. Wenn Ebert erklärt, ich nehme die Wahl nicht an, so bleibt es dabei. Damit ist selbstverständlich keinem Mitglied des Parteitages das Recht genommen, ihn trotzdem zu wählen. Will man eine Demonstrationswahl machen, so steht dem nichts im Wege. Die Kandidatur Ebert ist heute nicht zum erstenmal aufgetaucht. Es ist schon einige Zeit nach dem Tode von Singer im Vorstand und in der Kontrollkommission darüber gesprochen worden und schon damals hat der Genosse Ebert auf das entschiedenste erklärt, daß er eine Wahl zum Vorsitzenden nicht annehmen würde, und dem ist entsprechend Rechnung getragen worden, insofern als man von seiner Kandidatur abgesehen hat. Nun hat Legien in einer für Ebert durchaus schmeichelhaften Weise hervorgehoben, welche Tätigkeit er ausgeübt habe und welche Stellung er im Parteivorstand einnimmt. Ich und meine übrigen Vorstandskollegen können nur voll in dieses Lob einstimmen, ich muß aber auf ausdrückliches Ersuchen des Genossen Ebert erklären, daß er seine Tätigkeit stets in voller Übereinstimmung und in freundschaftlicher Aussprache

mit den Vorstandskollegen ausgeübt hat und daß er es ablehnen müsse, daß ihm dies als besonderes Verdienst angerechnet wird.

EBERT UND DIE JUGENDBEWEGUNG

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1911

Noch ein paar Worte zur Jugendbewegung selbst. Mit dem, was von den Genossen hier ausgeführt ist über die Notwendigkeit einer intensiven, nachhaltigen Propaganda unter der Jugend, sind wir völlig einverstanden. Von uns geschieht alles, was die Propaganda fördern kann. Nun ist es ganz klar, daß in einer so jungen Bewegung, in der das junge Element ausschlaggebend ist, es nicht an Wünschen, Anregungen und Forderungen fehlt, Forderungen, die sehr oft das überschäumende jugendliche Temperament erkennen lassen. Aber alle Anregungen sind von uns sachlich geprüft und alle wesentlichen Beschlüsse sind einmütig gefaßt worden. Mit der Frage des Korrespondenzblattes hat sich die Zentralstelle wiederholt beschäftigt. Wir beabsichtigen die „Arbeiter-Jugend" nach der Richtung hin auszubauen, daß sie künftighin mehr Material bringt zur Schulung in der praktischen Jugendarbeit. Das sollte man zunächst abwarten. In unserem Bericht ist schon gesagt worden, daß die Jugendausschüsse vielfach klagen, daß sie nicht die Unterstützung von den Erwachsenen erhalten, die wünschenswert und notwendig ist. Verkennen Sie nicht die Wichtigkeit der Jugendbewegung! Es ist ein Kampf, den wir führen, gegenüber der herrschenden Klasse, um unsere Jugend. Die Arbeiterjugend müssen wir uns sichern, die Bestrebungen der bürgerlichen Kreise, sie für ihre Zwecke zu gewinnen, müssen illusorisch gemacht werden. Das wird und muß gelingen, wenn jeder Genosse und vor allem jede Genossin die Jugendbewegung

nach Möglichkeit fördert. Dem Amendement Liebknechts schließen wir uns an. Ich bitte Sie noch einmal, einmütig unsere Resolution anzunehmen.

1912.

GEGEN DEN HERRENSTANDPUNKT

Aus einer Reichstagsrede — 28. 3. 1912

In einer Petition des Verbandes der deutschen Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker mit dem Sitz in Bochum wird folgendes ausgeführt: „Stehen wir doch vor der Tatsache, daß einzelne Arbeiterausschüsse in Ansehung der erfolglosen Bemühung um erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft amtsmüde sind und allen Ernstes daran denken, überhaupt nicht mehr zusammenzutreten. Und dies lediglich, weil nennenswerte Anträge, insonderheit solche, die für die Verwaltung bei Annahme Geldaufwendungen nötig machen, stets glatt abgelehnt werden. Es wird in den Kreisen der Arbeiter offen ausgesprochen, daß die Hauptarbeit, die die Verwaltung mit den Ausschüssen habe, darin bestehe, daß eine einigermaßen plausible Begründung für die Ablehnung der Anträge geschaffen werde." Das sind dieselben Klagen, wie wir sie täglich aus der Privatindustrie hören. Weiter wird darin gesagt: „Um alle Verhandlungen über Lohnforderungen gleich im Anfang niederzuhalten, hat unter anderem ein Ausschußleiter einem Arbeiter, welcher einen Antrag begründete, recht schroff gesagt: Ja, wenn es Ihnen bei der Verwaltung nicht paßt, wenn Sie glauben, wirtschaftlich ungünstig zu stehen, dann gehen Sie doch zu einem Privatunternehmer!" Das ist der nackte Herrenstandpunkt; man sagt dem Arbeiter, wenn er mit berechtigten Beschwerden kommt, einfach: wenn es dir nicht paßt, dann scher dich zum Teufel!

VOM WACHSEN UND REIFEN DER PARTEI

Aus einer Parteitagsrede. Chemnitz 1912

Die Aufgaben der Partei werden immer größer und immer schwieriger und jeder Erfolg hängt letzten Endes doch von der Stärke unserer Organisation ab. Unablässig müssen wir deshalb bestrebt sein, die uns noch fernstehenden Arbeitermassen mit Klassenbewußtsein zu erfüllen, sie zu veranlassen, sich mit ihren Klassengenossen eng zusammenzuschließen und gemeinsam den Kampf zu führen. Mehr als je gilt heute das Wort: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!

Der Kampf um die Jugend ist bei unserer Rekrutierungsarbeit von größter Bedeutung. Nach dem alten Rezept: Zuckerbrot und Peitsche! versuchen die Bürgerlichen aller Schattierungen im Bunde mit den Regierungen die Arbeiterjugend für ihre Zwecke einzufangen. Das Vereinsgesetz öffnet der behördlichen Willkür Tür und Tor und wird nur gegen die proletarische Jugendbewegung angewendet. Die bürgerliche Jugendbewegung, die in erster Linie der Bekämpfung der Sozialdemokratie dient, die trotz aller Heuchelei ihrem ganzen Wesen nach politisch ist, wird mit den Mitteln des Staates und der Gemeinden geradezu treibhausartig gezüchtet. Den Beamten, Lehrern und Offizieren wird zur „unabweisbaren Pflicht" gemacht, an dieser „nationalen Aufgabe ersten Ranges" mitzuwirken. Fortbildungsschulen und Sportvereine aller Art versucht man vor diesen Karren zu spannen, und nach der ministeriellen Anweisung soll das alles geschehen, „ohne nach außen hin irgendwelches Aufsehen zu machen". Jeder klassenbewußte Arbeiter muß da erkennen, wohin die Reise geht. Schon werden im gegnerischen Lager Stimmen laut, die neue Zwangsmaßnahmen für die Jugend verlangen. Hier steht also viel auf dem Spiele! Jedem klassenbewußten Arbeiter

muß zur dringenden Pflicht gemacht werden, die proletarische Jugendbewegung nach besten Kräften zu fördern. Das treffliche Organ unserer Jugendbewegung, die „Arbeiter-Jugend", darf in keiner Arbeiterfamilie, in der heranwachsende Söhne und Töchter sind, fehlen. Wenn so jeder seine Schuldigkeit tut, dann werden wir gemeinsam mit den Kräften unserer Jungmannschaft in der Lage sein, dem bürgerlichen Vorstoß mit Erfolg zu begegnen.

Recht gut hat sich unsere Frauenbewegung entwickelt. Die aktive Beteiligung der Frauen am Parteileben steigt erfreulicherweise immer mehr, aber auch im Hause als Mutter und Erzieherin kann die Frau unseren Bestrebungen ungemein große Dienste leisten. Deshalb muß auch hier jedem einzelnen Parteigenossen sowohl als auch den Organisationen zur Pflicht gemacht werden, nach Möglichkeit die Frauenagitation zu fördern. Bei der Gelegenheit muß ich auf einen Auftrag zu sprechen kommen, den bereits der Magdeburger Parteitag dem Parteivorstand zur Erwägung übergab. Es handelt sich um die Herausgabe einer Modezeitung mit Schnittmusterbeilagen, die den Anforderungen der Arbeiterfamilie entsprechen soll. Wir mußten die Sache der Reichstagswahl wegen zurückstellen, haben aber nun Gutachten von Sachverständigen eingefordert, und daraus ergibt sich, daß diese Aufgabe, die unsere Genossinnen aus agitatorischen Gründen eifrig befürworten, doch überaus schwierig ist. Trotzdem hat der Parteivorstand beschlossen, an die Ausführung dieser Aufgabe heranzutreten. Wir hoffen, daß es gelingt, die großen Schwierigkeiten zu bezwingen.

Neben der Organisation ist die Presse von größter Wichtigkeit für die Partei. Die Zahl unserer Tageszeitungen hat sich im letzten Jahre um fünf vermehrt,

sie ist auf 86 gestiegen. So sehr das auch zu begrüßen ist, so muß doch immer wieder vor übereilten Blattgründungen gewarnt werden, besonders wenn es sich um die Schaffung selbständiger Zeitungen handelt. In den letzten Jahren sind entgegen sachkundigem Rat mehrfach Unternehmungen geschaffen worden, die nun einen außerordentlich schweren Stand haben, weil die Voraussetzungen für ihre Existenzmöglichkeit eben nicht gegeben sind. Der Parteivorstand muß bei finanzieller Beteiligung an Presseunternehmungen sich von bestimmten Grundsätzen leiten lassen, wenn er nicht geradezu unabsehbare und bedenkliche Konsequenzen schaffen will.

Was ich vorhin über die Mitgliederbewegung gesagt habe, trifft auch im wesentlichen bei der Parteipresse zu. Neben der Zunahme an Abonnenten hat die Parteipresse in den letzten Jahren auch gewaltig an innerem Wert gewonnen, an dem, was sie leistet zur Erweckung des Klassenbewußtseins des Proletariats, zur politischen und wissenschaftlichen Aufklärung. Es muß rühmend anerkannt werden, daß insbesondere während des Reichstagswahlkampfes unsere Parteipresse geradezu Glänzendes geleistet hat. Große Schichten der Arbeiter stehen uns aber heute noch fern; sie betrachten die Zeitungslektüre lediglich als Befriedigung ihrer Neugierde und bilden die Träger der sogenannten farblosen Presse. Hier liegt noch eine große wichtige Arbeit für die Partei. Hier muß mit voller Wucht eingesetzt werden! Je größer die Ausbreitung der Parteipresse, desto mehr kann sie ihrer großen Aufgabe genügen, um so größer wird ihre Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung unserer großen Aufklärungsarbeit!

An allgemeiner Agitation ist alles geschehen, was das Interesse der Arbeiterklasse gebot und was ge-

eignet war, das Parteileben zu befruchten. Gegen die imperialistische Raubpolitik, gegen den Wahnwitz der Rüstungssteigerung, gegen die Kriegshetzereien sowie gegen die wucherische Aushungerungspolitik sind von uns Massenaktionen eingeleitet worden, die sich mehrfach zu wuchtigen Demonstrationen gestalteten. Die sogenannte Aufhebung der Schnapsliebesgabe, die in Wirklichkeit nur eine Erhöhung der Branntweinsteuer, eine Verteuerung des Branntweinpreises und eine Mehrbelastung der Ärmsten der Armen war, beantworteten wir mit der Aufforderung zu energischer Durchführung des Schnapsboykotts. Es liegen Anträge vor, die eine neue Agitation für den Schnapsboykott fordern. Ich glaube, wir führen am besten darüber keine lange Verhandlung, sondern bekräftigen aufs neue den Leipziger Beschluß. Ein einmütiger Appell an die Arbeiterklasse, aus moralischen und politischen Gründen den Schnapsgenuß zu meiden, wird draußen im Lande großen Widerhall finden und die beste Wirkung haben.

Zu allen politischen Aktionen ist von uns Agitationsmaterial herausgegeben worden, und zwar Musterflugblätter, Rednermaterial u. a. m. Zur Reichstagswahl allein sind 68 verschiedene Flugblätter den Organisationen angeboten worden. Dabei ist auf die verschiedensten Verhältnisse Rücksicht genommen worden. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit dem letzten Parteitag dreimal zusammenberufen worden, auch eine Konferenz der Redakteure hat getagt. Mit der Kontrollkommission haben wir alle Vierteljahre konferiert. Bei diesen Konferenzen sind alle wichtigen Parteifragen und die zu treffenden Maßnahmen erörtert, Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht worden. Wenn früher hin und wieder geklagt wurde, daß es an Agitationsmaterial mangele, so ist jetzt

wiederholt von einer Fülle, sogar von Überfülle an Material gesprochen worden. Ich habe darauf hingewiesen, weil wieder einzelne Genossen dem Vorstand den Vorwurf der mangelnden Initiative und Aktivität machen. In der Organisationskommission, wo doch Genossen sitzen, die langjährige Erfahrungen haben, ist einmütig erklärt worden, daß dieser Vorwurf durchaus unberechtigt sei.

So glaube ich sagen zu dürfen, daß das hinter uns liegende Jahr an die Tatkraft und Opferfreude der Parteigenossen die größten Anforderungen gestellt hat. Unser Freund Seitz hat vorhin gesagt, es sei ein Ehrenjahr der Partei gewesen. Ja, es war ein Kampfjahr, aber auch ein Jahr des Sieges! Außer der großen Steigerung der Mitgliederzahl, der erfreulichen Vermehrung der Abonnenten unserer Presse ist die Zahl unserer Gemeindevertreter von 8900 auf 10 432 gestiegen. In den Landtagen sitzen heute 244 Sozialdemokraten gegen 188 im Vorjahre. Die $4^1/_4$ Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl sind ein glänzendes Vertrauensvotum für die Partei und ihre Politik. Diese gewaltige Wählermasse mit sozialistischer Erkenntnis zu erfüllen, sie zu überzeugten und kampfbereiten Sozialdemokraten zu machen, muß unsere wichtigste Arbeit für die nächste Zeit sein.

Und nun, am Schluß, noch etwas über die Art der Arbeitserledigung im Vorstande oder, wenn ich so sagen darf, über die Richtlinien, die er dabei beachtete. Unsere Arbeit im Vorstand war getragen von übereinstimmender Auffassung in allen wichtigen Fragen und von schöner Kollegialität. Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung, zur Generalkommission, fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen. Zu den auf-

tretenden Parteistreitfragen hat der Parteivorstand jederzeit klar und entschieden Stellung genommen. Bei prinzipiellen Fragen stellte er sich rückhaltlos auf den Boden der Grundsätze des Erfurter Programms, bei taktischen Fragen ließen wir uns bestimmen durch unsere Klassenkampftaktik und durch die Beschlüsse unserer Parteitage. Freilich hat die Parteileitung kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten. Wir waren daher bestrebt, daß bei aller Gegensätzlichkeit in der Meinung die Zusammengehörigkeit, die Kameradschaft immer über das Trennende zu setzen ist. Vor allem waren wir bestrebt, die Geschlossenheit und Einheit unserer Kampffront zu erhalten, die mit ganzer Wucht gegen den Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu richten ist. So bitte ich Sie, an die Kritik unserer Tätigkeit heranzutreten und erkläre, daß eine offene, rückhaltlose Aussprache niemandem mehr erwünscht ist als dem Parteivorstand. Wird die Kritik nicht der Kritik wegen, sondern des Interesses an der Sache wegen geführt, dann muß sie zum Vorteil der Partei ausschlagen, dann muß sie die Kampfesfreude und Siegessicherheit unserer Parteigenossen stärken!

1913.

GEGEN AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT

Aus einer Reichstagsrede. **9. 1. 1913.**

Die große Masse der Unterbeamten, die große Masse der Befähigten in dem etwa 120 000 Köpfe zählenden Heere der Unterbeamten hat überhaupt keine Möglichkeit, vorwärts zu kommen. Sie sind für alle Zeit fest eingeschlossen in die enge Klasse der Unterbeamten. Wenn hier eine durchgreifende Änderung

eintreten soll, dann muß mindestens das Arbeitsgebiet der gehobenen Unterbeamten erheblich erweitert werden, und zwar in weit größerem Maße, als es nach der Denkschrift zaghaft, allmählich oder „im Laufe der Zeit", wie es dort heißt, geschehen soll. Nicht nur bei den Postämtern erster, sondern auch bei den Postämtern zweiter und dritter Klasse müssen gehobene Unterbeamte beschäftigt werden. Die ganze Einrichtung müßte überhaupt so ausgebaut werden, daß es jedem fähigen Beamten ermöglicht wird, sich emporzuarbeiten. Es müßten Einrichtungen geschaffen werden, die den besonders Befähigten freie Bahn geben, um sich über die Grenze ihrer Klasse hinweg bis zu den höchsten Stellen des Postdienstes emporarbeiten zu können. Ich brauche gar nicht auf das Wort von dem Marschallsstab im Tornister zu verweisen. Denn es gibt keinen plausiblen Grund, zu bestreiten, daß auch in den Kreisen der Unterbeamten sich ein kommender Stephan befinden kann. Mindestens aber müßte dafür Sorge getragen werden, daß es allen befähigten Unterbeamten ermöglicht wird, die mittlere Beamtenlaufbahn zu beschreiten. Den Einwand der ungenügenden Vorbildung, der bei dieser Gelegenheit gern gegen die Unterbeamten erhoben wird, können wir nicht gelten lassen. Ganz abgesehen davon, daß dieser Einwand für die sonst so viel gepriesenen Leistungen unserer Volksschule nicht schmeichelhaft ist, steht fest, daß der Nachweis, den heute die Unterbeamten bei ihrer Prüfung für die gehobenen Stellen erbringen müssen, sich mit dem deckt, was man früher von den Anwärtern der mittleren Laufbahn verlangt hat. Das, was die heutigen Militäranwärter für die mittlere Beamtenlaufbahn an Vorbildung mitbringen, kann die große Mehrzahl unserer Unterbeamten jeden Tag erweisen. Am guten Willen und am Fleiß, sich in

posttechnischen Dingen weiter zu bilden, wird es den Unterbeamten auch nicht fehlen.

Die wesentliche Neuerung, die die Denkschrift ankündigt, ist die vermehrte Heranziehung von weiblichem Personal zum Postdienst. Wir Sozialdemokraten haben immer die Auffassung vertreten, daß der Frau die ungehinderte Möglichkeit gegeben werden soll, in das Erwerbsleben einzutreten, abgesehen von Betrieben, wo gesundheitliche oder sittliche Gründe dagegen sprechen. Wir sind also selbstverständlich mit der Beschäftigung von Frauen im Postdienst einverstanden. Wir sind aber auch ebenso entschieden stets dafür eingetreten, daß den Frauen bei gleichen Leistungen auch gleiche Entlöhnung gewährt werden müsse, damit die Frau nicht als Konkurrentin oder Lohndrückerin gegen den Mann ausgespielt werden kann. Es sind heute bereits 20 000 Postgehilfinnen tätig, die hauptsächlich bei der Telephonie und an den Rechen- und Schreibmaschinen beschäftigt werden. Nun sollen aber lediglich aus Sparsamkeitsrücksichten etwa 8000 männliche Beamte verschiedener Dienstzweige durch weibliche Kräfte ersetzt werden. Am meisten Aufsehen, auch weit über die Kreise der Postbeamten hinaus, hat die Art und Weise erregt, wie das bei den Postämtern dritter Klasse durchgeführt werden soll. Hier sollen alle nachgeordneten männlichen Beamten durch weibliche Kräfte ersetzt werden. Für die Verwaltung ist das selbstverständlich nur ein höchst einfaches Rechenexempel. Geradezu charakteristisch wird das in der Denkschrift aufgemacht.

Diese in Aussicht genommenen weiblichen Kräfte sollen später nicht etwa in etatmäßige Stellen eintreten; es ist auch nicht eine Pensionsversorgung für sie vorgesehen. Es sollen außeretatmäßige Stellen bleiben. Es handelt sich also bei dieser Maßnahme

um eine Lohndrückerei schlimmster Art, um eine unerhörte Ausnutzung weiblicher Arbeitskräfte, wie sie im rücksichtslosesten privatkapitalistischen Betriebe nicht schlimmer betrieben werden kann. Es ist doch ganz unmöglich, daß eine Angestellte, selbst mit den bescheidensten Bedürfnissen, bei einem Gehalt von 50 bis 60 ℳ pro Monat ihre Existenz fristen kann. Oder sollen etwa die Unterbeamten von ihren „fetten Pfründen" auch noch ihren Töchtern Zuschüsse gewähren, damit sie gegen eine so elende Bezahlung der Postverwaltung ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen können? Hier muß der Reichstag unter allen Umständen entschieden eingreifen. Es wäre unerhört, wenn bei einer so tief einschneidenden Maßnahme lediglich finanzielle Gesichtspunkte maßgebend sein sollten. Sowohl im Interesse der neuen weiblichen Angestellten als auch der vorhandenen Beamten müssen wir dringend verlangen, daß solch rücksichtslosem Fiskalismus gegenüber mindestens den elementarsten sozialpolitischen Pflichten Rechnung getragen wird.

Bei der hochnotpeinlichen Suche, die man nach Ersparnissen angestellt hat, scheint es mir sehr zweifelhaft, ob man auch in die Verhältnisse des höheren Dienstes gründlich genug hineingeleuchtet hat. Dort sind sicher noch erheblich mehr Ersparnisse zu machen, als die Denkschrift in Aussicht nimmt.

So befriedigt die Denkschrift eigentlich nur nach einer Seite, und diese eine Seite ist das Reichsschatzamt. Der Herr Reichsschatzsekretär blickt schon schmunzelnd nach der von der Denkschrift in Aussicht gestellten Ersparung von 16,5 Millionen Mark Personalausgaben. Es handelt sich also lediglich um eine Verschärfung der Plusmacherei der Postverwaltung, die, wie die ganze Personalpolitik dieser Verwaltung, von keinerlei sozialpolitischen Rücksichten beeinflußt ist.

Die Ablehnung einer durchgreifenden Reform der Personalverhältnisse, die Abweisung der berechtigten Wünsche auf Besserung der Beförderungsverhältnisse ist um so schärfer zu verurteilen, als der neue Etatvoranschlag für die Reichspost mit einem Überschuß von fast 113 Millionen Mark abschließt, und in der Denkschrift wiederholt hervorgehoben wird, daß an das Personal infolge der gewaltigen Verkehrssteigerung, infolge des Hinzukommens neuer Dienstzweige gesteigerte Ansprüche gestellt werden müssen. Diese blinde Überschußwut, wie sie sich auch hier wieder bei der Postverwaltung zeigt, ist von uns jederzeit entschieden bekämpft worden. Wir haben diese Politik bekämpft, weil sie jeden ernsten sozialpolitischen Fortschritt hindert und lediglich der Steuerscheu der Besitzenden dient.

LOHNUNGERECHTIGKEITEN BEI DEN POSTBEAMTEN

Aus einer Reichstagsrede. 13. 2. 1913.

Den heftigsten Widerspruch fordert die Personalpolitik der Reichspostverwaltung heraus. Der Reichstag ist in sozialpolitischen Dingen doch wahrlich recht zaghaft und zurückhaltend, und doch steht die Postverwaltung auf diesem Gebiet mit ihm sozusagen ständig auf Kriegsfuß. Die Besprechung der Denkschrift über die Personalverhältnisse der Post war eine glatte Absage des ganzen Reichstages an die Postverwaltung. Nach einem bekannten Kaiserwort sollen Staatsbetriebe Musterbetriebe sein. Die Kaiserliche Post ist wohl der größte Reichsbetrieb; aber sie wird nicht nach den Grundsätzen jener Kaiserlichen Botschaft, sondern ganz im Geiste privatkapitalistischer Profitmacherei geleitet. Ein Privatunternehmer kann nicht einmal so nichtachtend an den berechtigten Wünschen seines Personals vorübergehen wie die

Postverwaltung. Der Reichstag wird nicht besser beachtet! Im vorigen Jahr sind hier eine ganze Anzahl Resolutionen beschlossen worden, in denen Besserstellung des Personals nach verschiedenen Richtungen hin verlangt wurde. Fast alle diese Resolutionen haben einmütige Annahme gefunden — wohl der beste Beweis, wie bescheiden das Verlangte war. Nun hat uns aber der Bundesrat eröffnet, daß diese Beschlüsse fast alle unberücksichtigt in seinen großen Papierkorb gewandert sind. Die Begründung der Ablehnungen, wenn man überhaupt hier die Randbemerkungen in dem Aktenstücke so ansprechen darf, sind durchweg geradezu nichtssagend. Das ist so recht bezeichnend für die Wertschätzung der Reichstagsbeschlüsse beim Bundesrat. Wenn solche Beschlüsse draußen im Lande nicht völlig an Bedeutung verlieren sollen, wenn man draußen nicht zu der Auffassung kommen soll, daß es dem Reichstag mit solchen Beschlüssen überhaupt nicht Ernst ist, dann muß er andere Wege einschlagen und seinen Entschließungen mehr Nachdruck verleihen als bisher.

Die Stellung der nicht etatmäßig angestellten Unterbeamten, der Postboten, ist das traurigste Kapitel in der Personalpolitik der Reichspostverwaltung. Wenn wir die wirtschaftliche Lage der Postboten nachprüfen, so finden wir, daß der Normaltagegeldsatz 2 bis 3 ℳ, also 2,50 ℳ durchschnittlich, im Reichspostgebiet beträgt. Die erste Zulage erfolgt nach Ablegung des Probejahres und zweier weiterer Dienstjahre, also in der Regel erst nach drei Jahren; und diese Zulage beträgt ganze 10 Pfennig pro Tag und steigert sich bis zum achten Dienstjahre um weitere 10 Pfennig pro Tag. Der Höchstbetrag, den der Postbote zu erreichen vermag, ist also 2,80 bis 3,30 ℳ pro Tag oder im Reichsdurchschnitt 3,30 ℳ. Zu solch

elenden Löhnen werden mehr als 34 000 Postboten beschäftigt! Diese Tagegelder, die mit Recht eben als Hungerlöhne bezeichnet worden sind, sind überall schlechter als die Löhne in der Privatindustrie; vielfach bleiben sie sogar hinter den ortsüblichen Tagelöhnen zurück. Ja, man kann wohl sagen, daß jede anständige Stadtverwaltung ihre Straßenfeger besser bezahlt als die Postverwaltung ihre Postboten. Daß mit solchem Einkommen auch nicht die allernötigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen sind, bedarf wohl keiner näheren Darlegung.

Ich will nur Bezug nehmen auf ein mir zugegangenes Schreiben, in dem das meines Erachtens trefflich illustriert wird. Dort heißt es: „Da möchte ich Ihnen noch ein Beispiel anführen. Bei mir wohnt nämlich ein Kollege, welcher ein Tagegeld von 2,90 ℳ bezieht. Er bezahlt an Pension monatlich 60 ℳ. Im Spar- und Vorschußverein, wo er einen Pump hat, muß er 10 ℳ bezahlen. Dann kommt jedes Vierteljahr das Kleidergeld; er muß seine Wäsche bezahlen, er muß seine Schuhe besohlen lassen, er muß Zivilzeug haben; dann muß er schließlich für seinen Vater noch 5 ℳ monatlich der Stadt bezahlen! Der Mann hat also ein Einkommen von monatlich 87 ℳ. Er zahlt 60 ℳ an Pension, 10 ℳ für den Sparverein und 5 ℳ für den Unterhalt seines Vaters; das sind allein 75 ℳ, so daß ihm zur Befriedigung aller übrigen Bedürfnisse noch ganze 12 ℳ übrigbleiben." Noch schlimmer liegen freilich die Verhältnisse, wenn der Postbote verheiratet ist. Im vorigen Jahre ist von dem Herrn Unterstaatssekretär mir gegenüber gesagt worden: Ja, die Postboten sind in der Regel junge Leute, die sich noch nicht zu verheiraten pflegten. Mittlerweile ist uns eine Statistik von der Reichspostverwaltung zugegangen über die Familienverhältnisse der Beamten,

und da findet sich, daß das Alter und die Familienverhältnisse der Postboten sich wie folgt gestalten: über 20 bis 25 Jahre alt sind 5985 Postboten, und 11,6 % davon haben einen eigenen Haushalt; über 25 bis 30 Jahre alt sind 19 891, und 57,7 % haben einen eigenen Haushalt; über 30 bis 35 Jahre alt sind 7914 und 85,4 % verheiratet; über 35 bis 40 Jahre 248, 94,8 % verheiratet. Kurz, von 34 123 Postboten sind 56,4 % verheiratet. In der Tat ist also mehr als die Hälfte aller Postbeamten gezwungen, mit dem schon näher bezeichneten Lohn eine Familie ernähren zu müssen. Hinge es von der Verwaltung ab, dann würde sie allerdings von Amts wegen die Postboten zum Zölibat zwingen. Schon heute ist es für einen Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten; denn er gerät dabei in Schulden, dann läuft er Gefahr, überhaupt nicht etatmäßig angestellt zu werden. Bei einem solchen Verdienst ist es aber für einen Familienvater geradezu ein Kunststück, sich vor Schulden zu bewahren!

Hier in Berlin klagt man über Mangel an Personal und die daraus resultierende Überlastung. Ich will da nur auf eine Gerichtsverhandlung hinweisen, die recht bezeichnend ist. Die Verhandlung fand vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III Berlin statt. Dort stand ein Arbeiter, der bei der Postanstalt Lichtenberg 2 als Postaushelfer beschäftigt war, unter der Anklage der Amtsunterschlagung. Als dieser Arbeiter stellenlos war, ging er nämlich zur Postzentrale in der Königstraße. Dort wurde er nach Lichtenberg geschickt, wo man einen Aushelfer brauchte. Vor Gericht behauptete er nun unwidersprochen, daß der Oberpostsekretär in Lichtenberg ihn lediglich danach gefragt habe, ob er lesen und Briefe austragen könne; da er das bejaht und erklärt habe, daß er vor längerer

Zeit schon einmal Postaushelfer gewesen sei, sei er ohne weitere Legitimationsprüfung, und ohne daß er, wie es die Dienstanweisung vorschreibt, durch Handschlag verpflichtet worden wäre, dem Postamt Lichtenberg 2 zugewiesen worden und habe schon am nächsten Tag den Dienst als Briefträger begonnen, wobei ihm die Arbeit bald über den Kopf gewachsen sei. Es kamen dann Klagen über schlechte Bestellung der Briefe, und eine Hausuntersuchung ergab, daß bei ihm in der Wohnung 205 Briefe, die nicht bestellt worden waren, gefunden wurden. Außerdem hatte sich der Arbeiter eine Unterschlagung von 6 ℳ zuschulden kommen lassen. Er ist dann vom Landgericht wegen Vergehens gegen § 359 des Strafgesetzbuches zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hat also angenommen, daß der Angeklagte Beamtenqualität besaß. Ich meine, der ganze Vorgang, insbesondere die Art bei der Anstellung und die sofortige Beschäftigung als Briefträger, spricht dafür, daß zu jener Zeit in Berlin kein Überfluß an Bewerbern vorhanden gewesen sein kann.

Wie leicht übrigens Postangestellte infolge der schlechten Bezahlung in Versuchung geraten und mit dem Strafrichter in Berührung kommen, zeigt eine andere Gerichtsverhandlung in Schelitz in Schlesien, auf die ich auch noch hinweisen muß. Ein Postbote hatte dort im Dezember die Beträge von zwei Postanweisungen in Höhe von 15 und 20 ℳ unterschlagen. Er hatte weiter einen Quittungsvermerk geändert und einen Betrag von 15,49 ℳ für Postwertzeichen unterschlagen. Der betreffende Postbote wurde im März 1909 gegen Tageslohn angenommen und am 14. April 1909 definitiv mit einem Lohn von 1,80 ℳ pro Tag angestellt. Das Gericht berücksichtigte zwar — wie das „Königshütter Tageblatt" berichtet — die Notlage,

ferner das Geständnis, die bisherige Unbestraftheit und das jugendliche Alter, nahm auch mildernde Umstände an, erkannte aber trotzdem auf 4 Monate Gefängnis. So ist der junge Mann, der zu einem Lohn von 1,80 ℳ beschäftigt wurde, für seine ganze spätere Zeit gebrandmarkt. Mit Recht kann man hier sagen: „Ihr laßt den Armen schuldig werden und überlaßt ihn dann der Pein!"

Ich glaube, daß eine Besserstellung der Unterbeamten unter allen Umständen dringend und unaufschiebbar notwendig ist. Gewiß kann eingewendet werden, daß es Tausende von Arbeitern gibt, die noch weniger verdienen; aber das beweist doch nur, unter welchen elenden Verhältnissen heute noch weite Schichten der Arbeiterklasse leben müssen. Das zeigt doch nur, wie strafbar der Versuch ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht und damit die Möglichkeit zu rauben, sich selbst aus diesen Verhältnissen herauszukämpfen. Eine Regierung, die ihren Beamten jede Möglichkeit der Selbsthilfe nimmt, eine Regierung, die eine Wirtschaftspolitik betreibt, die nach ihren eigenen Erklärungen den Zweck hat, die Preise der Lebensmittel zu steigern, hat das Recht verwirkt, sich zur Rechtfertigung der schlechten Entlohnung ihrer Arbeiter und Beamten auf die noch schlechteren Erwerbsverhältnisse bestimmter Arbeiterschichten zu berufen. Hat doch kürzlich der Landwirtschaftsminister im preußischen Abgeordnetenhause kalten Blutes gesagt, daß das Publikum sich eben daran gewöhnen müsse, auch für die Lebensmittel mehr auszugeben als bisher. Da muß doch gerade hier beim Postetat gesagt werden, daß man von einer Regierung, die eine solche Politik betreibt, auch verlangen muß, daß sie sich schließlich daran gewöhnt, ihre Arbeiter und Beamten so zu bezahlen, daß sie bei diesen Wucher-

preisen für Lebensmittel in der Lage sind, sich und ihre Familie einigermaßen menschenwürdig durch das Leben zu bringen.

Ausgerechnet ein Organ der Junker, derselben Leute, die nicht genug über ihre angebliche Notlage schreien können, die sich auf Kosten des Volkes und des Reiches ihre Taschen füllen, macht den Unterbeamten das Recht streitig, öffentlich über ihre tatsächliche Notlage reden zu dürfen. Das nennt man „demokratisches Teuerungsgeschrei", und die Beamtenführer denunziert man als „demagogische Einpeitscher". Dieser Wink des Junkerorgans scheint auch bei der Reichsregierung seine Zwecke nicht verfehlt zu haben; denn wie in der Presse mitgeteilt wurde, wußte die Reichsregierung diese Eingabe des Verbandes der Unterbeamten auf Gewährung von Teuerungszulagen nicht besser zu bewerten, als daß sie nach Mitteilungen in der Presse zunächst eine hochnotpeinliche Untersuchung einleitete, um die Vertrauensmänner des Verbandes der Unterbeamten bei den einzelnen Behörden zu ermitteln. Und trotzdem bei der Teuerungsdebatte der Herr Reichskanzler hier selbst zugeben mußte, daß neben den Arbeitern auch die kleinen Beamten durch die Teuerung stark in Mitleidenschaft gezogen werden, soll doch allen oberen Reichsbehörden die Anweisung gegeben worden sein, der Eingabe des Verbandes der Unterbeamten nicht nur nicht stattzugeben, sondern sie überhaupt nicht zu beantworten!

Danach triebe also die Reichsregierung eine recht zweideutige Beamtenpolitik. Wenden sich die Beamten in ihrer Notlage mit Petitionen an die Regierung, dann würdigt man sie keiner Antwort. Bei Wahlen aber verlangt man in Kundgebungen und Erlassen aller Art von den Beamten, die Regierungspoli-

tik zu unterstützen. Das wäre doch in der Tat der Gipfel unserer erhabenen — um nicht zu sagen: hochnäsigen — Regierungsbureaukratie.

Dieselbe Regierung, die den Agrariern den Tisch nicht üppig genug decken kann, gibt ihren Behörden Anweisung, die Unterbeamten in der Not ihrem Schicksal zu überlassen und ihre Petition nicht einmal einer Antwort zu würdigen.

Mangel an Mitteln kann die Regierung zu ihrer ablehnenden Haltung doch nicht veranlassen; besonders nicht bei der Post, denn es handelt sich hier um eine Verwaltung, die mit einem Überschuß von 140 Millionen Mark aufwartet. Dazu kommt, daß an dem Etat auch erhebliche Abstriche und Ersparnisse gemacht worden sind und durch steigende Überschüsse Ausgaben für Gehaltsaufbesserungen sehr bald wieder ausgeglichen werden. Mangelt es aber im übrigen an Mitteln, dann sollte die Regierung mit der schuldigen Besitzsteuer herauskommen! Aber da scheint es an der nötigen Homogenität oder an dem erforderlichen Mut zu fehlen!

Zum Schluß nur noch einige Worte über die staatsbürgerlichen Rechte der Postarbeiter und Beamten. Aus den Debatten über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter wissen wir, daß die Regierung versucht, das auch ihren Angestellten gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht mit juristischen Finessen zu erdrosseln. Bei der Beratung des Postetats im vorigen Jahr haben wir hier festgestellt, daß die Postverwaltung amtliche Wahlbeeinflussung ihrer Beamten nicht allein duldet, sondern geradezu gutheißt. Wir haben weiter festgestellt, daß hinter Beamten hergeschnüffelt worden ist, um zu ermitteln, wie sie ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Die Fachblätter der Staatsarbeiter und -Beamten werden von der Regierung bevor-

mundet, als wenn sie ein Zensurrecht über diese Blätter hätte. Eingaben der Angestellten läßt man unbeantwortet, wenn sie unbequem sind; das Verlangen nach Einrichtung von Beamtenausschüssen lehnt man grundsätzlich ab. Die Arbeiterausschüsse läßt man zu keiner wirksamen Tätigkeit kommen. Meine Herren, wer eine solche Politik treibt und gutheißt, kann in den Beamten keine Männer von Charakter und mit Überzeugung erblicken, der degradiert die Beamten zu Heloten, zu einem willenlosen Werkzeug. Das ist Terrorismus in schlimmster Form! Wo bleibt da die freie Menschenwürde! Wir haben diese Politik immer auf das äußerste bekämpft. Die Staatsarbeiter und -Beamten sind nicht Staatsbürger zweiter Klasse. Die Reichsverfassung garantiert auch ihnen die Freiheit in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, und niemand, mag er heißen wie er will, hat einen Rechtstitel, sie daran zu hindern. Alle diese Versuche sind rechtswidrige Willkürakte!

Wie sich die Beamten zu den politischen Parteien und zur Sozialdemokratie stellen, ist eine Frage, die die Beamten allein zu entscheiden haben. Wer sie an dieser freien Entscheidung hindert, der hat kein reines Gewissen, der hat die Entscheidung der Beamten zu fürchten, der züchtet Gesinnungslumperei! Wenn Sie glauben, mit einer solchen Politik die Sozialdemokratie zu schädigen, dann sind Sie auf dem Holzwege. Wenn wir Sozialdemokraten die Postpolitik lediglich vom Standpunkt unserer Parteipolitik aus betrachten würden, dann könnten wir uns leicht damit abfinden, denn der Herr Staatssekretär und seine Politik sind, wenn auch ungewollt, unsere besten Propagandisten unter dem Postvolk. Von diesem Gesichtspunkt aus können wir sagen: Sie sind ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft!

DIE JÄMMERLICHKEIT DES LIBERALISMUS

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1913

Das Altonaer Bürgertum hat heute nacht unter Führung des liberalen Oberbürgermeisters Schnackenburg die Wahlrechtsverschlechterung, die der Arbeiterschaft die Majorität im Rathaus versperren soll, angenommen. Zu diesem mit den rücksichtslosesten Mitteln durchgesetzten Wahlrechtsattentat hat der durch Waldstein und Löwenthal vertretene Liberalismus seine Zustimmung und Hilfe gewährt. Möge dieser neue Beweis für die Jämmerlichkeit des Liberalismus in den Vertretern des Proletariats das Bewußtsein stärken, daß die Befreiung der Massen nur durch die Massen selbst herbeigeführt werden kann.

ARBEITSLOSENFÜRSORGE UND MASSENSTREIK

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1913

Wenn wir auf unsere Verhandlungen zurückblicken, so können wir mit vollem Recht sagen, der Parteitag habe fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Parteitag hat der Tätigkeit der Parteileitung und Reichstagsfraktion zugestimmt, und beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die sicher weitestgehende Berücksichtigung finden und nach Möglichkeit in die Tat umgesetzt werden.

Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag Stellung genommen zu einer Frage, die zur Zeit die Lebensinteressen Hunderttausender von Arbeiterfamilien aufs engste berührt. Die mit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbundene Arbeitslosigkeit hat bereits ein Massenelend in großem Umfange hervorgerufen. Die

Wintermonate werden sicher noch eine enorme Steigerung des Elends bringen. Im ganzen Reiche muß deshalb unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung eingeleitet werden zur Propagierung und Durchsetzung der in unserer Resolution festgelegten Forderungen. In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, in denen der Kapitalismus ungeheure Reichtümer einheimste, waren die herrschenden Klassen zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu bewegen. Jetzt gilt es einen Massensturm zu entfachen, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zur Abhilfe zwingt.

Erneut hat sich der Parteitag mit dem politischen Massenstreik beschäftigt. Wie auf den früheren Parteitagen, so sind auch hier über die Art des Kampfmittels und seine Propagierung die Meinungen auseinandergegangen. Volle Einigkeit herrschte aber über das Ziel, zu dessen Erkämpfung, wenn andere Mittel versagen, eventuell der Massenstreik in Anwendung gebracht werden soll. Die Dreiklassenschande in Preußen muß beseitigt werden, koste es, was es wolle! Unser Beschluß ist klar und unzweideutig, nicht nur für die Partei, sondern auch für die, die sich in kurzsichtiger Verblendung der Beseitigung der Dreiklassenschmach widersetzen. Wenn es sein muß, werden wir zum äußersten Mittel greifen. Es ist so, wie ein Redner sagte: entweder werden wir das freie Wahlrecht in Preußen haben oder wir haben den Massenstreik.

Für unsere Gegner war unsere Tagung eine recht bittere Enttäuschung. Sie setzen ihre einzige Hoffnung auf die Selbstzerfleischung der Partei, und gerade an diesen Parteitag haben unsere Feinde in dieser Hinsicht besondere Erwartungen geknüpft. Mit

Freuden können wir demgegenüber feststellen, daß bei aller sachlichen Schärfe, mit der wir unseren Meinungsstreit geführt haben, unsere Verhandlungen getragen waren von gutem kameradschaftlichen Geist. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, die innere Festigkeit der Partei, der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit der Partei sind wohl selten auf einem Parteitag stärker zum Ausdruck gekommen als auf diesem. Es ist auf diesem Parteitag von neuem die Erkenntnis gefestigt worden: Die Zusammenfassung aller Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit ist die Wurzel unserer Kraft und unserer Erfolge.

Wenn wir uns nun anschicken, auf unsere heimatlichen Posten zurückzukehren, so tun wir das mit dem aufrichtigen Gelöbnis, in alter Treue unser Bestes, unser Alles einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung. In all unserem Tun und Handeln, in allen unseren Kämpfen wollen wir uns leiten lassen von dem glänzenden Beispiel, das uns unser großer, unvergleichlicher Meister August Bebel gegeben hat.

So trennen wir uns frohen Mutes mit unserem alten Schlachtruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

ZUR NOTWENDIGKEIT DER MAIFEIER

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1913

Wir haben uns in diesen Tagen eingehend unterhalten über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit von Massenaktionen. Die Maidemonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach am besten geeignet sein muß, bei den Massen Begeisterung und Entschlossenheit auszulösen. Sie gilt den Forderungen

des proletarischen Klassenkampfes. Neben der Forderung des wirksamen Schutzes der menschlichen Arbeitskraft gegen kapitalistische Ausbeutung und Verwüstung gilt es einzutreten für die politische Gleichberechtigung, zu protestieren gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg. Die Gefährdung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, der Stillstand der Sozialpolitik, die Verweigerung des gleichen Wahlrechtes in Preußen und der immer beutegieriger auftretende Imperialismus geben der Maidemonstration des deutschen Proletariats neuen Inhalt und neue Kraft. Eine Abschwächung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht verstanden werden würde. Den Treibereien der Scharfmacher und Rüstungsfanatiker muß mit steigender Wucht die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden. Dazu gibt die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongreß im nächsten Jahre zusammentritt, sind 25 Jahre verflossen, seitdem die neue Internationale entstand, die als mächtiger Bund des Sozialismus die Länder des Erdballes umspannt. Auf jener imposanten Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier geschaffen, die seitdem mächtig die Propagierung unserer Klassenforderungen gefördert hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumskongreß wird Neigung haben, den Charakter der Maidemonstration abzuschwächen.

AN DIE ÖSTERREICHISCHEN BRÜDER

Aus einer Parteitagsrede. Jena 1913

Ich danke namens des Parteitages den Vertretern unserer Bruderparteien für die freundlichen Worte, die sie an uns gerichtet haben. Ich kann wohl ver-

sichern, daß das deutsche Proletariat beseelt ist von den gleichen brüderlichen Gefühlen, und daß wir stets mit größtem Interesse den Kämpfen unserer Bruderparteien folgen werden. In tatkräftiger Erfüllung ihrer internationalen Pflichten und in guter Pflege der kameradschaftlichen Beziehungen zu allen Bruderparteien hat die deutsche Partei immer ihren Stolz gesehen.

1914.

GEGEN SOZIALE UNGERECHTIGKEITEN DES STAATES

Aus einer Reichstagsrede. 2. 3. 1914

Der Riesenüberschuß der Post beträgt 100 Millionen Mark, mehr als 11 % der gesamten Einnahmen der Post. Von dem gemeinnützigen Charakter der Post kann bei solcher Überschußwirtschaft nicht gut mehr die Rede sein.

Das Herauswirtschaften so hoher Überschüsse ist vielmehr gleichbedeutend mit einer indirekten Steuerbelastung, deren Ertrag hier fast doppelt so hoch ist wie der Betrag, der aus der Salzsteuer herausgeschunden wird. Wir Sozialdemokraten haben die das ganze Postwesen beherrschende fiskalische Erwerbsgier immer bekämpft, wir haben demgegenüber immer entschieden die Auffassung vertreten, daß die Post kein Erwerbsinstitut sein soll, sondern lediglich den Verkehrsinteressen und der Verkehrsförderung zu dienen hat. Die Überschüsse sollen in mäßigen Grenzen gehalten werden und vor allem zum Ausbau der Verkehrseinrichtungen und zu einer mustergültigen wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge für die Angestellten der Post Verwendung finden. Auf beiden Gebieten liegt heute sehr vieles im Argen.

Nun zur Zaberner Postaffäre. Die Angelegenheit ist zwar schon in der Kommission behandelt worden.

Der Herr Staatssekretär hat dort aber eine so merkwürdige Stellung eingenommen, daß es notwendig ist, hier noch einmal darauf zurückzukommen. Oberst von Reuter hat vor dem Kriegsgericht in Straßburg behauptet, ihm seien von der Post in Zabern alle Schmähkarten zugestellt worden, dagegen habe man ihm Zustimmungskarten vorenthalten. Der Oberst hat also den schweren Vorwurf des Amtsverbrechens erhoben. Alle Zeitungen haben darüber fast gleichlautend berichtet.

Auch die Reichspostverwaltung hat diese Mitteilungen sehr ernst genommen und Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis ist postamtlich der Presse mitgeteilt worden. Der Wortlaut ist mir sehr wichtig, und da es sich nur um einige Zeilen handelt, darf ich diese Notiz wohl verlesen. Sie lautet: „Die postseitig eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß bei der nach vielen Hunderten zählenden Menge der in Zabern für einzelne Offiziere eingegangenen Schmähkarten einzelne Sendungen mit erkennbar beleidigenden Angaben in der Hast des Betriebsdienstes der Aufmerksamkeit des Personals entgangen sind. Diese Fälle sind aber im Hinblick darauf, daß viele Hunderte von Schmähkarten in Zabern als unzulässig erkannt und zurückgewiesen worden sind, als vereinzelte zu betrachten. Von den ebenfalls eingegangenen Zustimmungspostkarten sind nur zwei vom Personal wegen Zweifels über die Zulässigkeit eines darin enthaltenen Ausdrucks zunächst beanstandet worden. Beide Karten sind aber auf Anordnung des Postamts den Empfängern ausgehändigt worden, und zwar eine ohne jede Verspätung, die zweite auf dem nächsten Bestellgang." Die amtliche Feststellung ergab also, daß von einer Vorenthaltung von Postsendungen überhaupt keine Rede sein konnte. Damit ist aber der schwerste

Teil des Vorwurfs, der Vorwurf der Briefunterschlagung, sofort glatt zu Boden gefallen.

Von der ganzen Geschichte blieb nur die kaum erwähnenswerte Tatsache über, daß dem Herrn Oberst einige nicht ganz einwandfreie Postkarten ausgeliefert worden sind. Dabei ist aber zu beachten, daß das sonst so ruhige und kleine Postamt in Zabern in jenen Tagen mit Briefsendungen geradezu überschwemmt worden ist. Oberst von Reuter, der ja höchstwahrscheinlich über die ihm zugehenden Sendungen Statistik führt, hat in jenen Tagen allein etwa 15 000 Zuschriften erhalten. Ist es da nicht ganz selbstverständlich, wenn selbst bei genauer Prüfung einige Postkarten mit unterlaufen, die geeignet sind, das zartbesaitete Gemüt des Herrn Oberst zu erregen? Wer hat nicht schon solche Postkarten erhalten? „Jeden Tag!" wird mir zugerufen. In der Zeit, wo mein Freund Scheidemann hier noch den Präsidentenstuhl zierte, ist er damit recht reichlich bedacht worden. Niemand würde sich darüber erregen oder deshalb gar Vorwürfe gegen die Postverwaltung oder die Postbeamten erheben. Das blieb nur dem Oberst von Reuter vorbehalten, dem Herrn, der es mit seinem Feingefühl vereinbaren konnte, einen Bürger „Lumpen" zu schimpfen, weil er vor ihm nicht die Mütze zog. Bei dieser Sachlage lag nichts näher als die Annahme, daß die Reichspostverwaltung ihre Beamten gegen die ebenso schweren wie haltlosen Anschuldigungen in Schutz nehmen würde; allein mit diesem Optimismus ist gründlich aufgeräumt worden. Die Postverwaltung war völlig befriedigt, als der Herr Oberst sie zu der Erklärung „ermächtigte" — ich gebrauche da wörtlich die Bezeichnung, die der Herr Staatssekretär in der Kommission gewählt hat —, er habe nicht beabsichtigt, zu beleidigen. Von dieser gnädigst gewährten „Ermächti-

gung" hat die Postverwaltung dann weitestgehenden Gebrauch gemacht, und damit war für den Herrn Oberst die ganze Geschichte erledigt.

Nicht so glimpflich werden dagegen die Postbeamten davonkommen, die das Stirnrunzeln des gewaltigen Herrn verschuldet haben. Gegen sie ist Untersuchung eingeleitet, und es ist, wie der Herr Staatssekretär in der Kommission mit Nachdruck erklärte, ihre Bestrafung in Aussicht genommen. Die Ungeheuerlichkeit dieser Erklärung ist in weiten Kreisen mit Kopfschütteln aufgenommen worden. Ein solches Verfahren steht in schneidendem Gegensatz zu allem Rechtsempfinden. Offenbar ist die Postverwaltung bestrebt, es hier der Zaberner Militärjustiz gleichzutun. Das Vorgehen der Postverwaltung ist um so unerhörter, weil sie sonst gegen Kritik aus dem Publikum außerordentlich empfindlich ist, besonders wenn es sich um sozialdemokratische Kritik handelt. Wenn eben möglich, wird da kurzerhand der Staatsanwalt mobil gemacht. Ich könnte auf einige Beispiele hinweisen, die gar nicht so weit zurückliegen, bei denen es sich um viel wichtigere Dinge und um weniger schwere Vorwürfe handelt. Hier aber, wo es sich um völlig unbegründete und überaus schwere Vorwürfe eines Offiziers handelt, der allerdings der Held aller echt preußischen Leute ist, schlägt die Postverwaltung sozusagen die Hacken zusammen und nimmt die Kritik mit der Hand an der Hosennaht entgegen. Die Beamten aber, die zu Unrecht schwer angegriffen worden sind, gibt man kläglich preis und macht sie zum Sündenbock.

Wie groß die Abneigung der Reichspostverwaltung gegen Eingaben und Petitionen ihrer Beamten ist, geht auch daraus hervor, daß dem Verein der Post- und Telegraphengehilfinnen bei seiner Zulassung von der

Verwaltung zur Bedingung gemacht sein soll, daß er dem Reichstag keine Petitionen unterbreitet. Würden die Behörden den berechtigten Wünschen des Personals mehr Verständnis entgegenbringen, würden die Beamten Gelegenheit haben, in direkter mündlicher Verhandlung den Behörden gegenüber ihre Wünsche vertreten zu können — ich bin überzeugt, die Zahl der Petitionen an den Reichstag würde erheblich abnehmen, wir würden uns hier weit weniger mit Personalfragen zu beschäftigen haben.

Noch ein kurzes Wort über die Verhältnisse der weiblichen Angestellten. Der Bundesrat hat die unkündbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfinnen abgelehnt, weil es an genügender Erfahrung fehlen soll. Dabei haben kürzlich mehrere Postgehilfinnen ihr vierzigjähriges Dienstjubiläum gefeiert; etwa 1000 Gehilfinnen sollen schon 20 Jahre und länger im Dienst der Post sein. An genügender Erfahrung kann es da doch nicht fehlen. In Bayern und Württemberg sind die Verwaltungen längst zu einem abschließenden Urteil gekommen und haben ihren Beamtinnen unkündbare Anstellung zugebilligt. Sachliche Bedenken gegen die unkündbare Anstellung können nicht gut vorhanden sein, weil unter den Bewerberinnen eine scharfe gesundheitliche Auslese gehalten wird. Vor der erst mehrere Jahre später erfolgenden endgültigen Anstellung findet eine erneute scharfe ärztliche Untersuchung statt. Sogar um das Seelenheil der in Dienst genommenen Gehilfinnen ist die Verwaltung besorgt. Sie maßt sich eine sehr weitgehende Bevormundung außerhalb des Dienstes an. Sie zwingt die Beamtinnen nicht nur zum Zölibat; die Beamtinnen dürfen nur bei solchen Familien Wohnung nehmen, wo außer dem Familienvater nicht weitere männliche Personen über 16 Jahre vorhanden sind. Die nicht etatmäßig an-

gestellten Gehilfinnen, die nicht bei Angehörigen wohnen, dürfen nur in sogenanntem Familienanschluß wohnen. Es sollen sogar Beobachtungen von Beamtinnen im Privatleben vorgekommen sein. Das ist eine durchaus unwürdige Schnüffelei und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Schon diese Vorgänge machen den Schutz der Beamtinnen gegen willkürliche Kündigung und Entlassung notwendig. Was die Beamtinnen verlangen, ist nur die rechtliche Gleichstellung mit den männlichen Beamten, und das halten wir für durchaus gerechtfertigt.

Schlimmer liegen die Verhältnisse bei einer anderen Gruppe weiblicher Angestellten, die bei den Postämtern dritter Klasse als Hilfskräfte beschäftigt werden. An sie werden sehr weitgehende Anforderungen gestellt; sie haben den gesamten Schalterdienst zu versehen, wobei auch erhebliche Geldsummen durch ihre Hände gehen. Ihre Vergütung ist aber geradezu skandalös. Der Regelbetrag, der dafür eingesetzt ist, beträgt jährlich 500 ℳ. In der Anweisung heißt es wörtlich: „Die Oberpostdirektoren können diese Sätze ermäßigen, erhöhen dürfen sie sie nur mit Genehmigung des Reichspostamts." Von dem Rechte der Ermäßigung scheint vielfach Gebrauch gemacht zu werden. Es gibt Fälle, wo solche weiblichen Hilfskräfte im Postdienst mit monatlich 30 ℳ entschädigt werden. Das ist eine Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, deren sich das Reich schämen muß.

Zum Schluß eine Bemerkung zur Ostmarkenzulage. Wir werden wie in den beiden letzten Jahren, so auch in diesem Jahre für die Streichung der Ostmarkenzulage stimmen. Es ist überhaupt verwunderlich, daß diese Zulage wieder in den Etat eingestellt wurde, obschon der Reichstag sie wiederholt mit großer Mehrheit gestrichen hat. Wenn immer wieder behauptet

wird, die Zulage habe keinen politischen Charakter, so steht das in Widerspruch mit der ganzen Geschichte der Ostmarkenzulage und den bei ihrer Einführung geltend gemachten Gründen. Preußen hat die Zulage im Jahre 1903 eingeführt, das Reich ist ihm später gefolgt. In der Begründung der preußischen Vorlage wurde damals folgendes ausgeführt: „Die Gewährung von Gehaltszulagen gehört zu den von der Staatsregierung zur Stärkung des Deutschtums und zur Bekämpfung der staatsfeindlichen polnischen Agitation gerichteten Maßnahmen."

Der politische Charakter der Zulage ist hier klipp und klar festgelegt, darum kommt man nicht herum. Die Ostmarkenzulage ist also ein Teil der Drangsalierungspolitik gegen das polnische Volk, die im Gegensatz steht zu Menschlichkeit und Kultur, und die von uns immer auf das schärfste bekämpft worden ist. Die Behauptung, die Zulage habe nur wirtschaftlichen Charakter, ist widersinnig, denn die Lebensverhältnisse in den Großstädten und in den Industriebezirken sind erheblich teurer als im Osten.

Wenn der Herr Staatssekretär trotzdem immer in beweglichen Worten die Zulage im Interesse seiner Beamten befürwortet, so mutet das um so merkwürdiger an, als er andere wohl begründete, dringliche und durchaus berechtigte Forderungen der Beamten hartnäckig bekämpft. Auf diesem Gebiet hätte der Herr Staatssekretär vollauf Gelegenheit, seine Worte in die Tat umzusetzen. Je kräftiger er da zugreift, desto sicherer ist ihm die Zustimmung all seiner Beamten und Arbeiter. Hier gilt es, an die Stelle einseitiger fiskalischer Erwerbspolitik großzügige, tatkräftige Sozialpolitik zu setzen.

SOZIALES PFLICHTGEFÜHL

Aus einer Reichstagsrede. 7. 5. 1914

Es ist charakteristisch, daß der Herr Reichsschatzsekretär in der Kommission bei der ersten Lesung der Vorlage erklären konnte, die Regierung werde jede Änderung ihrer Vorlage, die von materieller Bedeutung sei, ablehnen. Das ist ganz unverblümt der Standpunkt: Vogel friß oder stirb! Wo bleibt da die verfassungsrechtliche Stellung des Deutschen Reichstags? Da muß doch endlich die Frage aufgeworfen werden, wie lange der Reichstag sich eine solche Behandlung noch gefallen lassen will? Diese Taktik des Bundesrats wächst sich geradezu zu einem System aus, das darauf hinausläuft, den Reichstag völlig auszuschalten! Es ist unseres Erachtens Pflicht des Reichstages, Sorge zu tragen, daß diesem unwürdigen Zustande endlich ein Ende bereitet wird. Finanzielle Bedenken können für die Haltung des Bundesrates nicht entscheidend gewesen sein; denn dazu ist das Objekt angesichts des Hundertmillionen-Überschusses der Reichspostverwaltung denn doch zu geringfügig. Weitere Konsequenzen für andere Reichsbeamte können aus den Beschlüssen der Kommission auch nicht gefolgert werden. Und soll denn schließlich die Rücksicht auf Preußen so weit gehen, daß die preußische Regierung dem Reichstage seine Beschlüsse diktiert? Wenn Preußen es an dem nötigen sozialen Verständnis, an dem nötigen Pflichtgefühl gegenüber seinen Beamten fehlen läßt, so kann doch der Reichstag nicht gezwungen sein, in denselben Fehler zu verfallen und ebenso zu verfahren.

Die Kommissionsbeschlüsse sind nach jeder Hinsicht sorgfältig geprüft und durchaus gerechtfertigt. Läßt die Regierung trotzdem die Besoldungsvorlage an diesen Beschlüssen scheitern, dann setzt sie ihre so

viel gerühmte Beamtenfreundlichkeit eben selbst in das richtige Licht. Der Herr Schatzsekretär hat vorhin gesagt, die Reichsregierung lasse sich in der Fürsorge für die Beamten von niemandem übertreffen. Ja, meine Herren, an schönen und billigen Redensarten für die Beamten hat es die Reichsregierung allerdings nie fehlen lassen. Jetzt aber, wo es sich darum handelt, den wirtschaftlich hart bedrängten Unterbeamten tatsächliche Hilfe zu leisten, wo es sich darum handelt, die Worte in die Tat umzusetzen, da versagt die Reichsregierung gänzlich. Wenn es sich um Forderungen für den Militarismus handelt, dann kommt es auf einige Dutzend Millionen Mark mehr oder weniger nicht an. Hier aber, wo es sich um eine verhältnismäßig geringfügige Aufwendung für durchaus notwendige und gerechtfertigte soziale Zwecke handelt, da knöpft die Regierung ihre Taschen zu und weist den Beamten die Tür!

DEN OBEREN ALLES, DEN UNTEREN NICHTS!

Aus einer Reichstagsrede. 18. 5. 1914

Wie will es die Regierung vor dem Lande verantworten, den Deckoffizieren eine wesentliche Erhöhung ihres Gehalts zu geben? Wie will sie es vor dem Lande verantworten, für die Offiziere die Erhöhung des Stallservices zu verlangen, was allein eine Ausgabe von drei Millionen erfordern würde?

Wie will das die Regierung verantworten, wenn sie gleichzeitig den Unterbeamten eine durchaus maßvolle und bescheidene Gehaltserhöhung verweigert?

BRIEF AN DEN PARTEIVORSTAND

Breege auf Rügen, 27. 7. 1914

Liebe Kollegen!

Die Zwackel soll der Teufel holen! Mit der Ruhe zu Ferien scheint's alle zu sein. Besonders beunruhigend wirkt, daß man nun so abseits vom Verkehr liegt und nicht recht weiß, was los ist.

Über Euren Aufruf habe ich mich gefreut. Er trifft das Richtige. Durch die Extraausgabe des Vorwärts kam er auch im passenden Zeitpunkt. Die Versammlungen werden sicher imposante Kundgebungen werden. Ein Elberfelder Telegramm an meine Privatadresse habe ich leider erst heute erhalten. Morgen sind die Versammlungen, es war also zu spät. —

Aber was nun? Sind weitergehende Maßnahmen in Aussicht genommen? Basel kann man doch nicht wiederholen. Dagegen erschien mir eine Kundgebung der I. S. B. zweckmäßig. Das Bureau wird ja ohnedies zusammentreten müssen. Denn wenn es wirklich zum Krachen kommt, dann kann doch der Kongreß nicht tagen, wenigstens nicht in Wien.

In unserem Parteiinnern wird's wohl auch Schwierigkeiten geben. Krieg und die mächtige Wiederbelebung der Arbeiterbewegung in Rußland werden die Rosagruppe doch mit neuen Plänen erfüllen.

Ich bitte Euch sehr, mich schnell zu informieren. Selbstverständlich bin ich gern bereit, sofort zurückzukommen. Wir sind hier ja gut aufgehoben. Bei dieser Situation kommt man aber, wie gesagt, doch nicht zur Ruhe.

Herzliche Grüße an Euch alle Euer Fritz.

1915.

ZUR KRIEGSERKLÄRUNG ITALIENS

Aus einer Reichstagsrede. 29. 5. 1915

Nach den Erklärungen, die uns der Herr Reichskanzler hier gegeben hat, sind von Österreich-Ungarn und von Deutschland die größten Anstrengungen gemacht worden, um den Krieg mit Italien zu vermeiden. Österreich-Ungarn hat sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, Zugeständnisse, die den ernsten Friedenswillen stark zum Ausdruck brachten. Bei einigermaßen gutem Willen Italiens hätte der Frieden erhalten werden können. Aber man wollte den Krieg! Das bisher mit uns verbündete italienische Volk ist frivol in die Schrecknisse des Krieges hineingestürzt worden. Man wollte nicht nur die Angliederung der italienischen Sprachgebiete Österreichs an Italien, die man ja ohne Schwertstreich haben konnte, man wollte weit darüber hinaus Machterweiterungen sogar mit Vergewaltigung fremdsprachlicher Gebiete. Italien führt also keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffs- und Eroberungskrieg! Mit dieser Auffassung befinden wir uns in Übereinstimmung mit unseren tapferen Parteigenossen Italiens, die alles taten, auch im Parlament, um das Unheil des Krieges von ihrem Lande und ihrem Volke fernzuhalten und Italien zu einem Friedensfaktor für Europa zu machen.

Nun werden neue Hunderttausende auf die Schlachtfelder geführt. Unser Land, das schon seitdem gegen eine Übermacht zu Lande und zu Wasser stand, wird vor eine neue blutige Kraftprobe gestellt. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am 4. August und später hier erklärt haben. Wir stehen zu unserem Volk! Einmütig wird das deutsche Volk seine ganze Kraft ein-

setzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden und unser Land zu schützen.

Aber wir beklagen es tief, daß mit dieser Erweiterung und Verschärfung des Krieges die aufkeimenden Hoffnungen auf baldigen Frieden in weitere Ferne gerückt sind. Unerhört sind die Opfer an Menschenleben in allen kriegführenden Ländern. Unermeßliche Kulturgüter sind vernichtet. Mehr und mehr macht sich überall das Verlangen geltend, dem Entsetzlichen endlich ein Ende zu machen. Trotz der verschärften Situation glauben wir, getreu unserer sozialistischen Weltanschauung, auch heute dieser Friedenssehnsucht Ausdruck geben zu sollen. Dabei wissen wir uns in Übereinstimmung mit großen Schichten aller Völker, die mit uns erstreben: einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. Darum wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen diejenigen Bestrebungen, die den Frieden abhängig machen wollen von allerlei Eroberungen. Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen. Daran halten wir fest! Angesichts der glänzend betätigten wirtschaftlichen und militärischen Widerstandskraft unseres Volkes und angesichts des durch unsere tapferen Volksgenossen erkämpften günstigen Standes des Krieges kann dieses Aussprechen unserer Friedensbereitschaft von niemandem als Schwäche gedeutet werden.

Unser Volk hat in diesem Kriege Gewaltiges geleistet; draußen vor dem Feinde und daheim hat es alles daran gesetzt, um seine Pflicht zu tun. „Alle Heerführer bekunden ihre unbedingte Hochachtung vor der Masse" — so schrieb kürzlich ein bürgerlicher Kollege. Und ein anderes Mitglied dieses Hauses sagte

in einer Versammlungsrede: „Das ganze Volk ist ein Held!" Einem solchen Volke darf nicht länger vorenthalten werden, worauf es längst berechtigten Anspruch hat, das es längst besitzen müßte: staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller auf allen Gebieten! Gleiche Entwicklungsfähigkeit für jeden! Nur so wird es möglich sein, unserem innerpolitischen Leben eine gesunde Basis zu geben; nur so wird es allen Volksgenossen möglich sein, freudig mitzuarbeiten an den gewaltigen Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete, die das deutsche Volk nach dem Kriege erfüllen muß.

Entschlossen, unser Vaterland in diesem Sinne zu einem wohnlichen Hause für alle auszubauen, wehren wir jede Gefahr von außen mit allen Kräften ab. Niemals haben wir Sozialdemokraten einen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit unserem Volke für unsere wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung alles einsetzen werden. Das gilt besonders heute, wo durch den Beitritt der letzten europäischen Großmacht zur Koalition unserer Feinde dieser Krieg ein Riesenkampf für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes geworden ist.

BEWILLIGUNG DER KRIEGSKREDITE

Aus einer Reichstagsrede. 21. 12. 1915

Die sozialdemokratische Partei hat seit Anbeginn dieses Weltkrieges ihren Willen und ihre Kraft dafür eingesetzt, daß Deutschland in dem schwersten Existenzkampf gegen die ungeheure Koalition seiner Gegner bestehen kann und gesichert werde. Zugleich aber hat unsere Partei unausgesetzt danach gestrebt, die unermeßlichen Verwüstungen des Krieges zu beendigen und den Völkern Europas den heißersehnten

Frieden wiederzugeben. Wir haben wiederholt unsere Hand ausgestreckt, damit die Vertreter der Arbeiterklassen in den anderen Ländern sie ergreifen sollen und damit wir gemeinsam die Möglichkeiten der Friedensanbahnung und die Grundlagen eines dauernden Friedens besprechen können.

Zu unserem tiefen Bedauern sind diese Bemühungen bisher noch nicht zu dem gewünschten Erfolg gediehen. Wohl hat sich an manchen Stellen ein Schimmer von Hoffnung gezeigt. In England und Frankreich machen sich mit zunehmender Stärke Stimmen geltend, die die Fortsetzung des Krieges ins Unabsehbare beklagen und bekämpfen und einen ehrenvollen Frieden fordern. In neutralen Staaten sind neue Anregungen gegeben, eine Vermittlung zwischen den Kriegführenden einzuleiten. Wir weisen auch hin auf die Worte, die das Oberhaupt der katholischen Kirche jüngst gesprochen hat. Ungeachtet aller Verschiedenheit der Weltanschauung sind wir erfreut, daß auch von dieser Seite eine so ernste Ermahnung an die Völker und ihre Regierungen ergangen ist.

Diesem Bestreben stehen aber leider noch immer sehr ungünstige Tatsachen und Hindernisse im Wege. In England und Frankreich, in Rußland und Italien wollen sich die Regierungen und die maßgebenden Parteien noch keineswegs in den Gedanken finden, daß ihr Bündnis, dieser Zusammenschluß der mächtigsten und volkreichsten Länder, nicht imstande gewesen ist, Deutschland und seine Verbündeten niederzuzwingen.

Sie halten noch an der Hoffnung fest, durch Aufstellung neuer Heere oder durch wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands dem Krieg eine neue Wendung zu geben und schließlich als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Die leitenden Männer der

gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, bevor nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber dieser Tatsache ist es unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie dienen dem Schutz von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an den Fronten auch weiterhin zu halten.

Aus diesen Mitteln müssen aber auch in höherem Maße als bisher den Familien der Kriegsteilnehmer und allen sonstigen Notleidenden Hilfe und Unterstützung geleistet werden. Die Lebensmittelversorgung der Minderbemittelten muß durch Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme aller notwendigen Nahrungsmittel und planmäßige Verteilung mehr als bisher sichergestellt werden. Nur so wird dem Unwillen des Volkes über unzureichende behördliche Maßnahmen und wucherische Ausbeutung gesteuert und seine Widerstandskraft gestärkt werden.

Wir erheben aber auch in dieser Stunde wiederum unseren Einspruch gegen alle Eroberungspläne, die darauf ausgehen, andere Völker zu vergewaltigen. Dadurch würde die nationale Kraft und Einheit des Deutschen Reiches geschwächt, seine Beziehungen nach außen dauernd geschädigt und der Keim zu neuen Kriegen gelegt werden.

Das deutsche Volk und seine Verbündeten haben unvergleichlich Großes vollbracht. Es ist gelungen, nicht nur unser Land und die Staaten der Verbündeten, denen bereits der Untergang angedroht war, gegen die von allen Seiten anstürmende Übermacht zu

sichern, sondern auch die von Osten drohende ungeheure Gefahr für die gesamte westeuropäische Kultur weit zurückzuwerfen. Kein Gegner und keine Koalition von Gegnern kann sich danach in Zukunft vermessen, das deutsche Volk niederzuzwingen und in seiner Entwicklung zu hemmen.

Der Herr Reichskanzler hat in der Sitzung vom 9. Dezember ausgesprochen, daß er jederzeit bereit ist, in die Diskussion über Friedensangebote einzutreten, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen. Er hat die Verantwortung abgelehnt für die Fortsetzung des entsetzlichen Elends, das Europa und die Welt erfüllt. Wir wünschen aufs dringendste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwillig wahrnimmt. Deutschland ist durch seine Stärke über jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft erhaben.

Indem wir so den unveräußerlichen Geboten der Menschlichkeit dienen, dienen wir zugleich den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes.

1916.

KRIEGSSORGEN UND GEWISSENSFRAGEN

Aus einer Reichstagsrede. 5. 4. 1916

Das Bild, das uns der Herr Reichskanzler von der politischen und wirtschaftlichen Lage zeichnete, gibt leider wenig Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Die Erwartungen, daß die furchtbaren Blutopfer, die unabsehbaren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen dieses Krieges bei allen Völkern dem Friedensgedanken zum Durchbruch verhelfen würden, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Auch die Friedensdebatte, die im Dezember auf unsere Veranlassung hin hier geführt

worden ist, hat im feindlichen Ausland wenig Echo gefunden.

Der Herr Reichskanzler hat darauf verwiesen, daß die verantwortlichen Stellen in London, Paris und Petersburg seine Erklärung, er sei bereit, Friedensangebote zu diskutieren, die der Würde und Sicherheit des Reiches entsprechen, geradezu mit Kriegsfanfaren beantwortet haben. Es steht auch fest, daß die Pariser Konferenz der Alliierten, die kürzlich getagt hat, die Zerstörungs- und Vernichtungsforderungen der feindlichen Mächte von neuem bekräftigt hat. Bekannt ist weiter, daß bedauerlicherweise sozialistische Parteien des Auslandes, namentlich die sozialistische Partei Frankreichs, keine Friedensneigung zeigen. Aber trotzdem kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Friedensneigung bei den Völkern der feindlichen Länder sich mehr und mehr bemerkbar macht. Besonders in der letzten Zeit sind, zum Teil gestützt auf unsere hier geführte Friedensdebatte, bemerkenswerte Stimmen laut geworden. Ich verweise da auf die Verhandlungen in der russischen Duma, namentlich aber auf die Verhandlungen im englischen Unterhause. Die Friedensdebatte im englischen Unterhause am 23. Februar dieses Jahres ist von einem Mitglied der „Unabhängigen Arbeiterpartei", dem Sozialisten Snowden, eröffnet worden. Snowden hat sich dabei mehrfach auf die hier im Reichstag geführten Verhandlungen vom 9. Dezember berufen und sich auf die Stellungnahme meiner Parteifreunde gestützt. Snowden hat sich bei seiner Rede offen und entschieden für einen baldigen Frieden eingesetzt.

Die Rede Snowdens läßt keinen Zweifel, daß die Kriegswirkungen auf allen Völkern gleich schwer lasten und alle den Frieden als Erlösung betrachten

würden. Wenn trotzdem die feindlichen Staatsmänner mit ihren Vernichtungsreden den Kriegswillen ihrer Völker immer wieder zu entfachen suchen, so ist das heller Wahnsinn, wenn nicht mehr. Denn nach den Erfahrungen dieses Krieges kann ernstlich niemand mehr mit einer Niederzwingung Deutschlands rechnen. Wir sind heute ebenso bereit, Frieden zu schließen, wie wir es während des ganzen Krieges gewesen sind. So lange aber die feindlichen Mächte bei ihren Zerschmetterungsplänen beharren, so lange die feindlichen Mächte keinerlei Friedensneigung zeigen, so lange werden wir mit unserem Volke zur Verteidigung unseres Landes stehen.

Uns Sozialdemokraten ist es nicht leicht geworden, mit der Verteidigung unseres Landes auch das herrschende System mit zu schützen. Wir waren höchst unzufrieden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und standen in schroffem Gegensatze zu den politischen Zuständen im Reiche. An unserer grundsätzlichen Stellung ist durch den Krieg nichts geändert worden. Würden aber die Zerstückelungspläne der feindlichen Mächte durchgesetzt, namentlich die auch auf der Pariser Konferenz der Alliierten scharf wieder unterstrichene Einschnürung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands, so würde dieser Schlag gegen unsere Industrie und gegen unseren Handel die deutsche Arbeiterschaft schwer treffen. Der Kampf der deutschen Arbeiter für ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, der Befreiungskampf der Arbeiter würde dadurch weit zurückgeworfen werden. Deshalb schützen wir mit der Landesverteidigung die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter, wir verteidigen uns selbst.

So sehr wir aber unsere Kraft für die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Landes und für die Siche-

rung unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit einsetzen, so entschieden wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, die auf Vergewaltigung fremder Völker hinzielen. Wiederholt haben wir hier gegen törichte Eroberungspläne, die von politisch Unverantwortlichen ausgeheckt und kolportiert worden sind, scharf Verwahrung eingelegt. An diesem Standpunkt halten wir unter allen Umständen entschieden fest. Wir wenden uns nach wie vor aufs entschiedenste gegen alle Eroberungsabsichten, deshalb muß ich scharfen Protest erheben gegen die Ausführungen, die mein Herr Vorredner, der Abgeordnete Spahn, über Belgien gemacht hat. Was der Herr Reichskanzler über Flämen und Belgien gesagt hat, fällt, wenn ich ihn recht verstanden habe, selbstverständlich unter seine vorausgegangene Erklärung, daß er nicht daran denkt, andere Völker vergewaltigen zu wollen. An dieser Auffassung werden wir Sozialdemokraten entschieden festhalten, wie ich noch einmal unterstreiche. Vergewaltigungsbestrebungen werden wir entschlossen entgegentreten!

Unsere Soldaten haben überall Großes und Bewundernswertes geleistet. Unsere militärische Lage ist günstig, günstiger als je während des ganzen Krieges. Das kann auch kein klarsehender Gegner ernstlich in Frage stellen. Ich glaube deshalb, ohne Scheu vor Mißdeutungen, auch heute wieder ganz offen den Friedenswillen meiner Partei aussprechen zu können. Angesichts der furchtbaren Opfer dieses grausamsten aller Kriege ist es sittliche Pflicht aller Staatsmänner, alles zu tun, um einer Verständigung der Völker die Wege zu ebnen. Diejenigen, die diesen Gedanken abweisen, laden eine schwere Blutschuld auf sich. Wir erwarten daher von der Reichsregierung, daß sie nach wie vor zu der Friedensbereitschaft steht, die der

Herr Reichskanzler im Dezember hier zum Ausdruck gebracht hat, daß sie bereit ist, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sobald ein Frieden möglich ist, der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Reichs und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert. Nicht Gefühle der Schwäche drängen uns zu unserem Friedensverlangen. Unsere unerschütterliche Weltanschauung, die das Heil der Völker in ihrer friedlichen und gemeinsamen Kulturarbeit erblickt, unsere Sorge, daß dieser Krieg allen Völkern Europas unheilbare Wunden schlägt, daß er den wertvollsten Kulturbesitz Europas vernichtet, das ist es, was uns immer und immer wieder die Stimme für den Frieden erheben läßt.

Die feindlichen Mächte setzen ihre Hoffnung auf unsere wirtschaftliche Erschöpfung. Englands Bestreben ist es, mit allen Mitteln den Aushungerungskrieg gegen unser Volk durchzukämpfen. Gegenüber diesem Erdrosselungsversuch, der ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Rechte der Neutralen betrieben wird, ist scharfe Abwehr geboten. Hier kämpfen wir um unsere Existenz. Wir haben das Recht auf unserer Seite, wenn wir die englische Hungerblockade mit dem U-Boot-Krieg beantworten. Darüber kann sich niemand beklagen. Die englische Admiralität war es, die in Friedenszeiten die Abschaffung des Seebeuterechts und eine zeitgemäße Regelung des Völkerrechts auf der See verhindert hat. England macht von dem Seebeuterecht rücksichtslosen Gebrauch. Der U-Boot-Krieg ist dagegen nur eine Maßregel der Selbstbehauptung. Verhängnisvoll wäre es aber, wenn man die Neutralen für den englischen Aushungerungskrieg verantwortlich machen wollte. Der rücksichtslosen Torpedierung würden wir mit äußerster Schärfe begegnen müssen. Es ist ganz selbstver-

ständlich, daß bei dem U-Boot-Krieg gegen England die Rechte der neutralen Staaten auf das gewissenhafteste respektiert werden müssen. Der vorliegende Antrag, der sich mit dem U-Boot-Krieg beschäftigt, wird diesem Standpunkt gerecht, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir Sozialdemokraten diesem Antrag zugestimmt! Der Antrag spricht von Anwendung des U-Boot-Krieges gegen die auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung Englands und stellt weiter fest, daß dabei die berechtigten Interessen der neutralen Staaten geachtet werden müssen. Das letztere ist der springende Punkt und für unsere Stellungnahme das Entscheidende! Es handelt sich also bei dem Antrag lediglich um ein Gebot der Notwehr. Meine politischen Freunde werden deshalb dem Antrag zustimmen.

Die beste Waffe gegen den Aushungerungskrieg ist aber wirksame Organisation unserer Volksernährung und Entschlossenheit in der Durchführung. Unerläßliche Pflicht der Reichsregierung ist es, für eine möglichst gleichmäßige, gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu sorgen und rücksichtslos mit dem wucherischen Treiben der Interessenten aufzuräumen. Äußerste Rücksichtslosigkeit ist hier am Platze! Die unabwendbaren Wirkungen des Krieges für die Volksernährung müssen von allen Volksgenossen gleichmäßig getragen werden. Das Privileg des Geldbeutels muß beseitigt werden. Der Zahlungsfähige darf nicht nach wie vor aus dem Vollen schöpfen, während der Minderbemittelte oft nicht das Notwendigste zu erlangen vermag. Das ist eine ernste Gefahr, die gebieterisch Abhilfe verlangt. Wir Sozialdemokraten haben seit Kriegsausbruch die Regierung fast unausgesetzt mit Vorschlägen auf diesem Gebiete bestürmt. Im Reichstag haben wir erneut in Form

eines Antrags ein Programm zur Sicherstellung der Volksernährung unterbreitet, das später noch des näheren von uns zu besprechen sein wird. In unserer Kriegswirtschaft darf für das freie Spiel der Kräfte kein Raum bleiben. Leider hat die Regierung durch Mangel an Tatkraft und Voraussicht viel verschuldet. Der Preistreiberei ist viel zuviel Spielraum gelassen worden. Meist hat die Regierung erst eingegriffen, wenn die Dinge fast unerträglich geworden, vielfach erst, wenn es zu spät war. An Verordnungen hat es nicht gefehlt. Eine Verordnung jagte die andere, aber mit Papier und Druckerschwärze allein ist es nicht getan. Die besten Bestimmungen sind nutzlos, wenn die Regierung und ihre Organe sie nicht streng durchführen und rücksichtslos allen widerstrebenden Sonderinteressen zu Leibe gehen.

Wie man in Interessentenkreisen die Verordnungen des Bundesrats respektiert, das hat kürzlich der konservative Herr von Oldenburg-Januschau mit der ihm eigenen Offenheit gesagt. Als nämlich die Kartoffelbeschlagnahme angedroht wurde, sagte er in einer Versammlung der westpreußischen Landwirtschaftskammer unter Bezugnahme auf diese Bundesratsverordnung: Das Papier ist geduldig, und er sagte weiter: Die Ausführung liegt in den Händen unserer Provinzialverwaltung — na, und zu der können wir Vertrauen haben. Herr von Oldenburg hat dabei auch sehr vertrauensvoll auf den Herrn Landwirtschaftsminister hingewiesen.

Die Äußerung des Herrn von Oldenburg kennzeichnet meines Erachtens recht treffend die schwache Seite unserer Lebensmittelversorgung: sie ist sehr bezeichnend für das Verhalten weiter Interessentenkreise; sie zeigt aber auch aufs neue, daß selbst bei der Regelung der Lebensmittelversorgung Preußen den

Hemmschuh bildet. Wäre bei der Durchführung der Maßnahmen überall scharf durchgegriffen worden, hätte man nicht vielfach zu sehr Rücksicht auf das Spekulationsinteresse genommen, dann hätten die Schwierigkeiten nicht ein so hohes Maß erreicht, wie es leider vielfach geschah. Die Tatsache, daß weite Interessentenkreise die Kriegswirkungen auf dem Lebensmittelmarkte zu wüster Spekulation ausbeuteten und ausbeuten konnten, brandmarkt für alle Zeiten die kapitalistische Profitsucht. Auf der Reichsregierung liegt eine außerordentlich schwere Verantwortung, wenn sie hier nicht unverzüglich und rücksichtslos durchgreift und der berechtigten Erregung weiter Volkskreise endlich Rechnung trägt.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik harren wichtige Aufgaben dringender Erledigung. Wegen der Ausgestaltung der Fürsorge für die verwundeten Kriegsteilnehmer und für die Hinterbliebenen der Gefallenen ist zwischen Regierung und Reichstag eine grundsätzliche Verständigung herbeigeführt. Die Durchführung soll nach dem Kriege mit rückwirkender Kraft erfolgen. Wir halten aber schon jetzt die gesetzliche Festlegung einer Frist für unveränderte Fortgewährung der festgesetzten Bezüge für dringend geboten, damit nicht durch häufige Kürzungsversuche unnötige Unruhe in die Reihen unserer Kriegsverletzten hineingetragen und deren Wiedereinführung in das Erwerbsleben gehemmt wird. Bei der Unterstützung der Kriegerfamilien ist nach der fortgesetzt steigenden Teuerung eine abermalige Erhöhung der Unterstützungssätze unabweisbar geworden.

Sehr dringlich ist noch während des Krieges die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung in Verbindung mit einer Arbeitslosenunterstützung durch das Reich. Es muß unter allen Umständen verhindert

werden, daß unsere nach Friedensschluß aus dem Felde zurückströmenden Volksgenossen der Not ausgesetzt sind. Hier müssen rechtzeitig vorbeugende Maßregeln getroffen werden. Das kann nur durch eine zweckentsprechende Organisation unserer Arbeitsvermittlung durch das ganze Reich und Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung geschehen.

Dann muß ich auf das früher von der Reichsregierung schon in Aussicht gestellte dauernde Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien hinweisen. Eine Vorlage der Regierung liegt darüber bedauerlicherweise heute noch nicht vor.

Schließlich verweise ich auf die dem Reichstag zugegangene Eingabe sozialdemokratischer Frauen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die Maßnahmen zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte während des Krieges verlangen. Unsere Frauen und die Jugend füllen tatkräftig die Lücken in unserem Wirtschaftsleben aus. Das kann unseres Erachtens nicht hoch genug anerkannt werden. Bei der langen Dauer des Krieges wird aber die Anwendung der schutzgesetzlichen Bestimmungen immer bedenklicher. Hier muß schnellstens wieder zu einer Beschränkung der täglichen Arbeitszeit geschritten werden, wenn unsere Volksgesundheit, die ohnedies schwer bedroht ist, nicht noch schlimmeren Schaden erleiden soll.

In der Handhabung des Belagerungszustandes und der Pressezensur ist eine Besserung leider nicht eingetreten, obgleich bei der letzten Tagung alle Parteien die vielen Mißgriffe und Übergriffe auf diesem Gebiete scharf verurteilt haben. Die Zustände werden hier immer schlimmer und fordern zur schärfsten Kritik heraus.

Ich will jetzt auf Einzelheiten nicht eingehen; das wird von unserer Seite bei einer anderen Gelegenheit geschehen. Wir müssen aber schon jetzt entschieden Verwahrung einlegen gegen die in letzter Zeit fast überall im Reiche erfolgten, durchaus unberechtigten Eingriffe in das Versammlungsrecht. So hat man vielfach Versammlungen, die sich mit den Steuerplänen der Regierung beschäftigen wollten, unterbunden. Das geschah, trotzdem die Reichsregierung bei unserer letzten Tagung dem Reichstag erklären ließ, daß solche Versammlungen nicht behindert werden sollen. Ich gebe gern zu, daß die Reichsleitung in Beschwerdefällen vermittelnd und auch erfolgreich zum Teil eingegriffen hat. Aber in welch entwürdigende Rolle wird die Reichsregierung gebracht, wenn die Militärs ihre Erklärungen im Parlament so wenig beachten oder geradezu durchkreuzen! Diese einseitigen Eingriffe in die innere Politik sind nicht Sache des Militärs und müssen endlich unmöglich gemacht werden. Mit Recht empfindet unsere Bevölkerung diese fortgesetzten Übergriffe als sinnlose Schikane; sie erreichen das Gegenteil von dem, was beabsichtigt ist, sie tragen zur Erbitterung unserer Bevölkerung in hohem Maße bei. Meine Parteifreunde werden selbstverständlich auch bei dieser Tagung wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragen.

Der Herr Reichskanzler sagte: Nur der Mann gilt, und zwar einer gleich dem anderen. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß bis zu einem gewissen Grade diesem Gedanken in der letzten Thronrede in Preußen mit dem Versprechen einer Wahlreform nähergetreten ist. Allerdings in einer für das Maß der Gleichheit recht unbestimmten Form. Aber nichtsdestoweniger hat Herr von Heydebrand diese sehr vorsichtige Zusage einer Wahlreform als ganz unverantwortlich be-

zeichnet und das Dreiklassenwahlrecht als Ideal gefeiert. Wir haben hier wiederholt erklärt: Wir verlangen für die Dienste, die wir in den schweren Kriegsmonaten unserem Lande geleistet haben, keine Gegengabe. Unsere Stellung zur Landesverteidigung darf nicht Objekt eines politischen Schachergeschäftes sein. Aber wer glaubt, die Lehren dieses Krieges unbekümmert beiseite schieben zu können, der wird furchtbare Enttäuschungen erleben! In der Thronrede steht unter anderem auch der Satz: „In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß." Ich will den Sinn dieses Satzes dahingestellt sein lassen; ich bin aber der festen Überzeugung: Die Massen, die von den Schützengräben heimkehren, werden getragen sein von starkem Selbstbewußtsein; sie werden erfüllt sein von dem festen Willen, daß der Staat, für den sie ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, nicht die Verwaltungsmaschine einer kleinen bevorrechteten Klasse sein darf. Dieses neue Schützengrabengeschlecht, das in langen Monaten in Kampf und Gefahr gemeinsam dem Tode ins Auge geschaut hat, dem Tode, der keine Klassen und keine Ausnahmen kannte, — dieses neue Schützengrabengeschlecht läßt sein politisches Leben nicht wieder in die Drahtverhaue des Dreiklassensystems hineinzwingen.

Meine Herren — und damit möchte ich zum Schlusse kommen — das neue Geschlecht verlangt Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung, und es wird, wenn es sein muß, sie zu erkämpfen wissen. Deshalb muß die Friedensstunde die Stunde der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung sein.

KAMPFANSAGE GEGEN DIE REGIERUNG

Aus einer Reichstagsrede. 7. 6. 1916

Die sozialdemokratische Partei hat schon in der ersten Zeit des Krieges die Forderung erhoben, daß die Kriegsgewinne zur Deckung der Kriegskosten im weitesten Maße herangezogen werden müssen. Die lange Dauer des Krieges gebot, außer den im Kriege gemachten Gewinnen den Besitz im allgemeinen, Einkommen und Vermögen für die Ordnung der Reichsfinanzen in Anspruch zu nehmen. Der Herr Reichskanzler hat hier wiederholt auf die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes hingewiesen. Noch in den letzten Tagen hat er in treffenden Worten den Opfermut unseres Volkes gepriesen. Bei den Steuern ist leider nicht nach diesen Worten gehandelt. Mitten im schweren Existenzkampf des Deutschen Reichs waren einzelne Schichten der Bevölkerung in der Lage, sich zu bereichern und oft ohne irgendwelche volkswirtschaftlichen Bemühungen große Kapitalien aufzuhäufen. Der Krieg, der die soziale Gerechtigkeit hätte entwickeln sollen, hat Triumphe der Selbstsucht gezeitigt. Andererseits müssen weiteste Kreise unseres Volkes ganz außerordentliche Opfer bringen. Zahlreiche Gewerbetreibende und Handwerker erleiden schwere Einbußen, und die große Masse der Unbemittelten wurde von der Not der Zeit aufs äußerste heimgesucht. Es wäre in dieser Lage unerläßliche Pflicht des Besitzes gewesen, die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Volkskreise mit neuen Steuerlasten zu verschonen. Schon deshalb dürften auf keinen Fall neue Verkehrs- und Verbrauchssteuern in Vorschlag gebracht und zum Beschluß erhoben werden. Die verbündeten Regierungen haben aber hartnäckig an dem partikularistischen Gedanken festgehalten, der dem Reiche die Heranziehung des Ver-

mögens und des Einkommens zu den Reichslasten verweigert. Sie sträuben sich gegen die Abkehr von alten und veralteten Bahnen. Wie soll da im Volke Vertrauen erwachsen auf eine gerechtere Verteilung der Lasten bei den in Zukunft bevorstehenden weit größeren Steueraufgaben des Reichs, wenn sogar inmitten der Kriegsnot so schroffe Zumutungen gewagt werden, wie sie in den neuen Verkehrs- und Verbrauchssteuern enthalten sind! Durch diese Steuern wird nach unserer Überzeugung nicht nur ein verhängnisvoller politischer Fehler begangen, sondern auch eine schwere Ungerechtigkeit gegen das Volk, das so viele Opfer gebracht hat und jeden Tag noch bringt.

Es kommt hinzu, daß in der inneren Politik die notwendigsten Forderungen politischen und sozialen Fortschritts unberücksichtigt bleiben. In den ersten Perioden des Krieges konnte noch mit einem Schein von Berechtigung gesagt werden, daß ein Ausbau der politischen Zustände mitten im Kriege allzu große Schwierigkeiten bereite. Aber der Krieg dauert 22 Monate, und in so langer Zeit wäre es sehr wohl möglich gewesen, die Bahn zu Neuem freizumachen. Kaum eine Fessel veralteten Polizeigeistes ist gelöst, und noch immer verlautet nichts von der Reform des Klassenwahlrechts in Preußen und in anderen Bundesstaaten.

Auf dem Gebiete der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln hat man nicht die Entschlossenheit aufgebracht, die zur Sicherung der Ernährung und zum Schutze gegen Auswucherung notwendig ist.

Die Energie, mit der man auf dem Gebiete der Heranschaffung, Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln vorgehen mußte, betätigt man auf dem Felde des Belagerungszustandes und der Zensur. Statt durch Aufhebung des Belagerungszustandes zu beweisen,

daß man dem deutschen Volke das Vertrauen entgegenbringt, auf das es sich durch seine Leistungen und sein Verhalten Anspruch erworben hat, duldete man die Ausschreitungen der Zensur und überlieferte damit die Presse der Willkür des Zensors.

Dies alles erfüllt die weitesten Kreise unseres Volkes mit Besorgnis nicht nur, sondern mit Mißstimmung und Erbitterung. Es ist unsere Pflicht, dieser Mißstimmung deutlichen Ausdruck zu geben und auf das eindringlichste gegen diesen Kurs der inneren Politik Einspruch zu erheben. Wir fordern, daß dem Volke, das in diesem schweren Kriege so Gewaltiges geleistet hat, in der Entwicklung von Recht und Freiheit sowie in der Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse endgültig ein weiteres Entgegenkommen bewiesen wird. Da es die Regierung bisher daran fehlen ließ, ergibt sich auch für uns hieraus die Schlußfolgerung, den Etat abzulehnen.

BEWILLIGUNG DER KRIEGSKREDITE

Aus einer Reichstagsrede. 27. 10. 1916

Erneut tritt die Forderung von Kriegskrediten an uns heran. Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir feststellen, daß auch zur Zeit noch Aussichten auf einen baldigen Frieden nicht vorhanden sind. Die Erklärungen der leitenden Staatsmänner der gegen uns Krieg führenden Länder lassen von Friedensbereitschaft nichts spüren. Noch immer verharren sie bei ihrer Niederwerfungs- und Vernichtungsdrohung. Noch immer geben sie sich der Hoffnung hin, die militärische Lage zu ihren Gunsten zu wenden und Deutschland den Frieden diktieren zu können, einen Frieden, der mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes gänzlich unverträglich

wäre. Ja, selbst aus den führenden sozialistischen Kreisen des gegnerischen Auslandes werden leider noch immer Kriegsziele verkündet, die in den Bestand des Deutschen Reiches eingreifen. Die unsererseits bekundete Bereitschaft zu einem Frieden der Verständigung, der keines der beteiligten Völker vergewaltigt, ist neuerdings wieder auf das schroffste zurückgewiesen worden.

Angesichts dieser Sachlage stehen wir auch heute noch vor der Notwendigkeit, die Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, um unser Land gegen den Ansturm der feindlichen Übermacht auf allen Fronten zu schützen.

Unser Volk leistet Gewaltiges, draußen und in der Heimat. Seine Widerstandskraft zu stärken, ist die vornehmste Pflicht. Wir fordern daher, daß die Regierung alles aufbietet, um die Schwierigkeiten in der Organisation der Verteilung der Nahrungsmittel zu überwinden und die alsbaldige Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und alle notwendigen Gebrauchsgegenstände herbeizuführen. Auch ist ein wirksamer Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der in der Kriegsindustrie beschäftigten, geboten. Ebenso ist es dringend nötig, weitere Mittel bereitzustellen, um die Wunden, die der Krieg schlägt, zu mildern, die Kriegsverletzten vor wirtschaftlicher Not zu bewahren und die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer zu erhöhen.

Indem wir wiederum den Entschluß bekunden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes auszuhalten, lehnen wir erneut darüber hinausgehende Kriegsziele ab. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie nichts verabsäumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Einrichtun-

gen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich und dient auch den höchsten Interessen des deutschen Volkes.

EBERTS RECHENSCHAFT ÜBER SEIN VERHALTEN IM KRIEGE

Rede auf der Reichskonferenz der Partei **21. 9. 1916**

Genossinnen und Genossen! Der Weltkrieg traf uns bei den Vorbereitungen zum Parteitag. Wir hatten ein Jahr lebhafter politischer Arbeit hinter uns, bei der alle Faktoren der Partei einheitlich und tatkräftig zusammengewirkt haben. Trotz schlechter wirtschaftlicher Konjunktur war es gelungen, die Parteipresse und die Organisation weiter auszubauen und zu festigen; unsere Mitgliederzahl hatte sich um 10 % gesteigert und damit zu unserer großen Freude das lang erstrebte Ziel von einer Million überschritten. Die Steigerung der Abonnentenzahl der Parteipresse war geringer, aber es war doch möglich gewesen, den im Vorjahre erlittenen Verlust an Abonnenten wieder wettzumachen. Die Wirkungen des Krieges haben auf die Organisationen und die Presse gleich mit voller Wucht eingesetzt. Im September 1914, nach vollzogener Mobilmachung, konnten wir durch eine Umfrage feststellen, daß in 331 Wahlkreisen etwa 30 % unserer Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen waren; in sechs Bezirken betrug die Zahl der Eingezogenen sogar über 50 %. Die Parteipresse hatte sechs Wochen nach Kriegsausbruch ein Fünftel ihrer Abonnenten verloren. Der Verlust in den einzelnen Provinzen ist nach den militärischen und wirtschaftlichen Verhältnissen verschieden gewesen. Aber auch schon damals hatte bereits Straßburg im Elsaß einen Verlust von

50 % der Abonnenten. Wir haben deshalb bereits bei Kriegsausbruch, Anfang August, die Parteipresse bitten müssen, sich die allergrößte Einschränkung und größtmöglichste Sparsamkeit aufzuerlegen. Es mußten erhebliche Kürzungen der Gehälter der Parteiangestellten vorgenommen werden, nur so war es möglich, den Parteigeschäften über die ersten großen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Über die Zahl der zum Heere eingezogenen Mitglieder können zuverlässige Angaben nicht gemacht werden, teils haben die Organisationen darüber überhaupt nicht berichtet, teils sind die Angaben offenbar unvollständig; es fehlt ja auch jede Möglichkeit der Kontrolle und genauen Feststellung. Jedenfalls müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß unser Mitgliederstand und der Abonnentenstand der Parteipresse weit über die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen hinaus zurückgegangen ist. Das zeigt insbesondere der starke Rückgang der weiblichen Mitglieder, trotz der gesteigerten Erwerbsmöglichkeit für Frauen im Kriege. Der Rückgang in den einzelnen Bezirken ist verschieden. Ich kann mich darauf nicht näher einlassen, aber nach dem vorliegenden Material darf gesagt werden: Je fester eine Organisation gefügt ist, je besser insbesondere die Beitragskassierung durchgeführt ist und je mehr die Mitglieder mit den positiven Arbeiten der Partei während des Krieges beschäftigt worden sind, desto geringer ist der Rückgang der Mitglieder. Dort, wo jahrelang das ganze Parteileben ausschließlich vom Parteistreit erfüllt war, ist es durchaus nicht verwunderlich, wenn diejenigen Mitglieder, die nicht gefestigt sind, schließlich der Partei den Rücken kehren.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Parteipresse sind augenblicklich sehr groß. Sie sind verschärft worden durch die ungeheure Verteuerung des

Papiers und der sonstigen Betriebsmaterialien. Wir haben, das zeigen die vorhin genannten Ziffern, bisher alles getan, was in unserer Kraft stand, um alle Parteiblätter über Wasser zu halten. Das soll nach Kräften auch in Zukunft geschehen, aber mehr als unsere Kraft zuläßt, können wir nicht leisten; deshalb muß ich auch an dieser Stelle die Geschäftsführer unserer Parteiunternehmungen auf das allerdringendste ersuchen, ihre geschäftlichen Dispositionen so zu treffen, daß sie ohne Zuschüsse der Zentralkasse künftig durchkommen.

Unter dem Kriegszustand und bei seiner langen Dauer ist eine möglichst enge Fühlungnahme zwischen der Zentralleitung der Partei und den einzelnen Organisationen im Lande notwendiger denn je. Wir haben deshalb, sobald sich die Möglichkeit geboten hat, nicht nur den Parteiausschuß, sondern auch die Redakteure unserer Parteipresse, die Geschäftsführer der Parteiunternehmungen und die Bezirksleitung der Jugendbewegung wiederholt zu Konferenzen zusammenberufen, um die Situation mit ihnen zu besprechen. Diese Verhandlungen waren für uns außerordentlich wichtig und haben uns unsere Tätigkeit wesentlich erleichtert. Ich kann freilich auf Einzelheiten dieser Verhandlungen jetzt nicht eingehen, sondern muß mich darauf beschränken, in großen Zügen ein Bild der Tätigkeit der Parteileitung auf den wichtigsten Gebieten zu geben.

Auf unsere Stellung zum Belagerungszustand hat schon Genosse Scheidemann hingewiesen. Gleich in der ersten Zeit nach dem Kriege haben wir der Regierung gegenüber energisch den Standpunkt vertreten, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in allen Teilen des Reichs und während der ganzen Dauer des Krieges mit der Verfassung unvereinbar ist.

Unter keinen Umständen dürfe aber die Vertretung der eigenen politischen Anschauung unterbunden werden. Das Recht der Kritik, insbesondere der Kritik in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, müsse gewahrt bleiben. Diesen Standpunkt haben wir fortgesetzt der Regierung gegenüber vertreten, insbesondere auch bei der Erörterung der vielen Beschwerden über Mißgriffe und Übergriffe der Militärbehörden. Wir haben in einer besonderen Denkschrift gegen das System der militärischen Sicherheitshaft und gegen die sinnlosen und vielfach durchaus ungerechtfertigten Verhaftungen den allerschärfsten Protest bei der Reichsregierung erhoben. Noch kürzlich bei Einleitung unserer letzten Aktion haben wir der Regierung gegenüber mit großem Nachdruck die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt. — Auch über das Verhalten der einzelnen Parteigenossen zum Belagerungszustand hat sich der Parteivorstand gleich bei Beginn des Krieges schlüssig gemacht. Am 31. Juli 1914 bereits ist an die Redaktionen unserer Parteipresse ein Rundschreiben ergangen, in dem von uns ausgeführt wird: „Es versteht sich von selbst, daß unsere Presse unseren Standpunkt gegenüber den politischen Ereignissen auch in Zukunft klar zum Ausdruck bringen wird. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß es im Interesse der Partei unter allen Umständen vermieden werden muß, durch unvorsichtige, zweideutige, herausfordernde, durch die Sache nicht selbst begründete Wendungen Gefahren für die Partei heraufzubeschwören und einzelnen harte Opfer unnütz aufzuerlegen. Besondere Vorsicht ist für die im Rayon von Festungen erscheinenden Zeitungen geboten." In einem Aufruf an die Partei am 1. August haben wir nach der Richtung hin folgendes gesagt: „Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbeson-

nenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern unserer Sache." In dieser Auffassung war damals der Parteivorstand vollständig einig. Diese Stellungnahme ist bereits in einer früheren Konferenz der Redakteure, und zwar nach dem Marokkokonflikt, auf Veranlassung und mit Zustimmung des Genossen Bebel festgelegt worden. Diese Auffassung ist damals und auch in der ersten Zeit des Krieges von keiner Seite angefochten worden. Es ist eben die in der Partei gegebene Stellungnahme. Sie ist schon unter dem Sozialistengesetz sowohl unklugem Übereifer als auch sinnlosen putschistischen Neigungen gegenüber mit aller Entschiedenheit zur Durchführung gebracht worden.

Über die Kriegswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben konnte die Partei von vornherein nicht im Zweifel sein. Das hat uns auch Bebel oft genug, zuletzt auf dem Parteitag in Jena 1911, in allen seinen Konsequenzen geschildert. Wir haben deshalb sofort nach Kriegsausbruch gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften es als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachtet, den wirtschaftlichen Kriegswirkungen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Dabei handelte es sich für uns zunächst um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um Hergabe von Reichsmitteln zur Unterstützung Arbeitsloser, um Erweiterung und Erhöhung der Unterstützung von Kriegerfamilien, um die Schaffung einer Wöchnerinnenhilfe durch das Reich und um Neuregelung der Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene gefallener Soldaten. Um diese Fragen vorzubereiten, waren umfangreiche Vorbereitungen mit sachkundigen Genossen erforderlich. Später sind diese Forderungen in vielen Verhandlungen mit der Regierung hartnäckig von uns vertreten

worden, ebenso von der Fraktion im Reichstag. Das Erreichte ist allerdings ungenügend und unvollständig. Was aber an Verbesserungen geschaffen ist — das dürfen wir, ohne ruhmredig zu sein, sagen —, das ist fast ausschließlich auf die Initiative und die intensive Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften zurückzuführen. Besonders muß ich hier hervorheben die riesige Arbeit, die auf diesen Gebieten unsere Genossen in den Landtagen und in den Gemeinden, unsere Partei- und Arbeitersekretäre und andere Tausende von Genossinnen und Genossen geleistet haben. Die Partei leistet hier wertvolle soziale Arbeit, die auch von nachhaltigem politischem Werte sein wird.

Die zweite große Aufgabe auf diesem Gebiete ist die Sicherung der Volksernährung. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Ernährungsfrage hier aufzurollen. Nicht um eine Kritik der Ernährungspolitik und des Lebensmittelwuchers kann es sich hier handeln, sondern nur um die Tätigkeit der Parteileitung. Wir haben in einer Broschüre das hier in Betracht kommende Material zusammengestellt, und ich empfehle sie Ihrer besonderen Beachtung. Daraus ergibt sich, daß Partei und Gewerkschaften gleich nach Kriegsausbruch mit einem wohlvorbereiteten Programm, das durchgreifende Maßnahmen forderte, hervorgetreten sind. Deutschland hatte vor dem Kriege eine Einfuhr an Brotgetreide von 10 % seines Gesamtbedarfs und eine Einfuhr von etwa 44 % seiner gesamten Futtermittel. Der Wegfall dieser Zufuhren mußte selbstverständlich unsere Volksernährung aufs höchste gefährden. Deshalb haben wir sofort eine rationelle Neuregelung und Organisation unserer gesamten Lebensmittelversorgung beantragt, soweit das in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt durchführbar ist. Selbstverständlich war dabei mit dem heftigsten

Widerstand der Interessenten zu rechnen, sowohl der Produzenten wie der Händler. Deren Widerstand mußte überall soweit als möglich das Konsumenteninteresse entgegengestellt werden. Dazu gehörte, daß wir unsere Forderungen nicht nur in der Presse und in den Parlamenten vertraten, sondern auch in direkten Verhandlungen der Regierung gegenüber. Dabei haben wir stets eine sehr deutliche Sprache geführt. Es ist von uns immer mit großem Nachdruck auf die Notlage der Arbeiterschaft hingewiesen und scharfe und rücksichtslose Kritik geübt worden. Wie hartnäckig und unablässig wir hier tätig waren, wie immer erneut auf die Mißstände und Fehler der Lebensmittelversorgung hingewiesen und neue Forderungen gestellt wurden, das ergibt sich aus dem vorliegenden Material. Die Ernährungsfrage ist auch fast in jeder Sitzung mit dem Parteiausschuß verhandelt worden, mehrmals sehr eingehend. Einmal ist dieser Frage allein eine zweitägige Verhandlung eingeräumt worden. Wiederholt hat die Partei auch Aktionen gegen den Lebensmittelwucher über das ganze Reich eingeleitet, und zwar ohne Rücksicht auf den Belagerungszustand. Wir haben Parlamentsreden, Aufrufe und Flugblätter zur Massenverbreitung herausgegeben, wir haben die Organisationen aufgefordert, in Mitgliederversammlungen, öffentlichen Versammlungen und wo immer sich die Möglichkeit bietet, die Ernährungsfragen in unserem Sinne zu behandeln. Partei- und gewerkschaftliche Organisationen sind aufgefordert, örtliche Einrichtungen zur Überwachung und Bekämpfung des Wuchers zu schaffen. Die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevertretungen haben wir ersucht, fortlaufend die Lebensmittelfrage zu erörtern und zu veranlassen, daß auch von den Bundesstaaten und den Gemeinden ernstere und durchgreifendere

Maßnahmen getroffen werden. Soweit wir Berichte der Organisationen erhalten haben, darf gesagt werden, daß überall unsere Parteiorganisationen nach der Richtung hin ihr Bestes und Möglichstes getan haben. Wir haben also alle erfolgversprechenden Kampfmittel und alle taktischen Möglichkeiten, die wir auch in Friedenszeiten im politischen Kampfe anwenden, für den Kampf gegen den Kriegswucher eingesetzt. Dabei kann ich feststellen, daß bei allen Beratungen im Parteiausschuß und ebenso in der Reichstagsfraktion in der Beurteilung der Lebensmittelfrage, in ihrer Kritik und in den Forderungen, die die Partei zu stellen hat, volle Übereinstimmung bestanden hat.

Auch bei der letzten großen Ernährungsdebatte im Reichstag, im Plenum sowohl wie in der Kommission, haben sich Gegensätze zwischen Fraktion und Arbeitsgemeinschaft nicht ergeben. Die Arbeitsgemeinschaft hat zu unseren Anträgen noch nicht einmal Abänderungsanträge eingebracht, sie hat ihnen ohne weiteres zugestimmt. Es kann also festgestellt werden, daß in der Stellung der Partei zu den Ernährungsfragen Gegensätze so gut wie nicht bestehen. Trotzdem hat wohl nichts mehr zur Verschärfung der Parteigegensätze beigetragen als die Lebensmittelschwierigkeiten. Das klingt zwar paradox, aber es ist so. Es ist manchmal im Parteistreit die Lebensmittelfrage zu demagogischen Spekulationszwecken benutzt worden. Manchmal hat man die mit Recht in der Bevölkerung vorhandene leidenschaftliche Erregung die eigene Partei entgelten lassen. Nichts leichter als das. Nutzen von einer solchen Taktik haben allerdings nur die Lebensmittelwucherer, den Schaden hat die Partei, die Partei, die während ihrer ganzen Geschichte auf keinem anderen Gebiete mit so großem Fleiß, mit so großer Hartnäckigkeit die proletarischen Interessen

vertreten hat, wie in der Ernährungsfrage. Wenn gleichwohl heute große Mängel in der Organisation der Lebensmittelversorgung vorhanden sind, wenn mit der Politik des Abwartens und der Halbheiten immer noch nicht gebrochen ist, wenn Wucher und Profitsucht sich immer noch breit machen können, so darf doch nicht die Bedeutung der Parteiarbeit verkannt werden. Wie stände es heute, wenn die Genossen in Partei und Gewerkschaften, wenn die Tausende unserer Genossen in den Landtagen und Gemeinden nicht so intensiv auf diesem Gebiete gearbeitet hätten! Daß dann die Interessen der Arbeiterklasse bei der Regelung der Lebensmittelfrage noch weniger berücksichtigt worden wären, liegt auf der Hand. Gerade wir Sozialdemokraten dürfen nicht verkennen, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung aufgebaut ist auf Profit und Gewinn, daß es unmöglich ist, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Wucher und Ausbeutung auf dem Wege von Verordnungen und Paragraphen aus der Welt zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist eben der Kampf um die Sicherung der Volksernährung ein Teil unseres großen Kampfes um Erringung der politischen Macht. Deshalb gilt es, diesen Kampf mit verstärkter Macht fortzuführen. Je einmütiger und entschlossener die Arbeiterschaft ihn führt und hinter Partei und Gewerkschaften steht, desto sicherer der Erfolg!

Ein anderes wichtiges Tätigkeitsgebiet sind die Bestrebungen des Parteivorstandes, die Aktionsfähigkeit der Internationale wieder herbeizuführen. Es braucht hier nicht erst gesagt zu werden, wie aufrichtig und ernst es die deutsche Sozialdemokratie allezeit mit ihren internationalen Pflichten gehalten hat. Die internationale Solidarität haben wir stets durch die Tat bekundet, und zwar reichlich und freudig! Dieser Pflicht

sind wir bis in die letzten Stunden vor dem Krieg gerecht geworden. Die Kriegsgefahr haben wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft bekämpft. Wir haben aber auch bei der Internationale niemals Illusionen erweckt über unsere Macht zur Verhinderung des Krieges. Über die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß eingehend verhandelt worden. Bebel hat sich damals mit aller Schärfe gegen den von französischer und englischer Seite geforderten Kriegsstreik ausgesprochen, und auf dem Jenaer Parteitag von 1911 hat Bebel noch einmal auf diese Verhandlungen zurückgegriffen und seinen Standpunkt unter Zustimmung des ganzen Parteitages von neuem dargelegt und vertreten. Als kurz vor Kriegsausbruch das Internationale Bureau am 28. Juli zusammentrat, hat auch niemand vom Kriegsstreik gesprochen. Das Internationale Bureau hat damals das Proletariat in den kriegführenden Ländern aufgefordert, „in den Kundgebungen gegen den Krieg fortzufahren und sie zu verstärken". Das haben wir getan, soweit unsere Kraft reichte. Wir haben aber ein weiteres getan. Als das Verhängnis schon unabwendbar schien, haben Parteivorstand und Fraktion den Genossen Müller beauftragt, nach Brüssel und Paris zu fahren, Fühlung zu halten mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau und der Partei Frankreichs und möglichst eine einheitliche gemeinsame Stellungnahme in die Wege zu leiten. Die Ereignisse haben sich damals überstürzt, die Verhandlungen konnten zu keinem Ergebnis führen; Müller kehrte zurück mit der festen Überzeugung, daß unsere französischen Parteigenossen für die Kriegskredite stimmen würden. — Nach Kriegsausbruch hat dann die Parteileitung ihre Bestrebungen, eine Verständigung und Fühlungnahme mit der Internationale herbeizuführen,

von neuem aufgenommen und unausgesetzt fortgeführt. Im September 1914 bereits haben Mitglieder des Parteivorstandes in der Schweiz versucht, mit der französischen Partei in Fühlung zu kommen. Der Versuch ist mißglückt, nicht durch unsere Schuld. — Einige Wochen später erklärte sich die holländische Partei bereit, die Funktionen des Internationalen Bureaus zu übernehmen und eine Verständigungsaktion unter den Parteien der kriegführenden Länder einzuleiten. Der Vorschlag wurde uns erst unterbreitet, als er bereits die Zustimmung der drei skandinavischen Parteien gefunden hatte. Wir haben diesen Vorschlag freudig begrüßt, ebenso unsere österreichischen Freunde. Die französische Partei dagegen hat gegen ihn heftigen Protest erhoben. Später ist das Internationale Bureau doch nach dem Haag verlegt worden. Die Leitung blieb aber in den Händen der belgischen Parteigenossen, sie wurde verstärkt durch die drei holländischen Mitglieder im Bureau. Nun hat das Bureau selbst einen Verständigungsversuch unternommen. Es hat vorgeschlagen, daß zunächst jede Partei in den kriegführenden Ländern mit dem Bureau im Haag einzeln verhandeln solle. Das Ziel dieser Verhandlungen solle sein, eine gemeinsame Sitzung des Internationalen Bureaus herbeizuführen. Zu diesem Vorschlag haben wir unsere Zustimmung abhängig gemacht von der Haltung der französischen Partei. Aber erst als wir im März 1915 im Haag zu Verhandlungen erschienen sind, erfuhren wir, daß die französische Partei auch diesen Vorschlag von vornherein rundweg abgelehnt hatte. Die britische Sektion der Internationale hat sich erst zustimmend erklärt, später sich aber an die Seite der französischen Partei gestellt. — Unsere deutsch-österreichisch-ungarische Konferenz in Wien, die im April 1915 tagte,

ist auf Veranlassung des Internationalen Bureaus berufen worden. Auch sie diente dem Versuch der Verständigung. Sie hat sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Kopenhagener Beschlüsse gestellt und hat sich entschieden und lebhaft für einen Frieden ausgesprochen, der kein Volk demütigt. Aber auch diese Konferenz hat bei der französischen Partei sowohl wie bei der britischen Sektion der Internationale kein Echo gefunden. — Schließlich hat die deutsche Partei aus eigenem Antriebe einen Versuch unternommen. Wir haben am 30. Juni 1915 eine Kundgebung für den Frieden veröffentlicht, in der wir die Erwartung aussprachen, daß die Parteien in den anderen kriegführenden Ländern im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirken würden. Leider hatten wir uns auch darin getäuscht. Der Nationalrat der französischen Partei hat bald darauf beschlossen, daß er einträte für entschiedene und ungeschwächte Fortsetzung des Krieges. Der letzte Versuch ist unternommen worden im Dezember vorigen Jahres. Das Internationale Bureau ließ uns durch einen deutschen Genossen, der in Holland gewesen war, mitteilen, daß Ende Dezember oder Anfang Januar Vandervelde, die Franzosen und Engländer nach dem Haag kommen würden, es wäre gut, wenn vorher mit einer Vertretung der deutschen Parteileitung eine Aussprache stattfinden könne. Diese hat dann am 22. Dezember vorigen Jahres stattgefunden. Wir haben uns auch hier wieder bereit erklärt, mit den Parteien der anderen kriegführenden Länder in eine gemeinsame Aktion für den Frieden einzutreten, für einen Frieden ohne Eroberungen. Die Holländer waren sehr optimistisch. Wir hörten später, daß Vandervelde zwar im Januar im Haag gewesen sei, die Franzosen und Engländer sind aber nicht gekommen.

Über den Verlauf der Besprechung sind wir offiziell

bis heute nicht unterrichtet worden. Wir haben kurz danach im Januar 1916 in der „Humanité" einen Bericht gefunden über eine Versammlung, die Vandervelde in Lausanne abgehalten hat. In dieser Versammlung, also unmittelbar nach den Verhandlungen im Haag, hat Vandervelde folgendes gesagt: „In diesem Moment den Frieden wollen, würde heißen, die Verkleinerung Frankreichs und den Verlust Belgiens wollen. Solange es deutsche Soldaten in Frankreich gibt und man mir von Frieden spricht, werde ich mir die Ohren verstopfen." Wenn sich ein belgischer Minister auf diesen Standpunkt stellt, dann muß man das hinnehmen, aber unvereinbar ist dieser Standpunkt mit dem Präsidium der proletarischen Internationale. Das Internationale Sozialistische Bureau ist kein Instrument der Entente, es hat die Aufgabe und die Pflicht, einer Verständigung der Sozialisten aller Länder die Wege zu ebnen. Glaubt Vandervelde dennoch, eine einseitige und unversöhnliche Haltung einnehmen zu müssen, dann mag er die Konsequenzen ziehen. Bereits auf unserer Wiener Konferenz haben wir mit Zustimmung der Österreicher, Ungarn und Tschechen in unserer damaligen Kundgebung folgendes zum Ausdruck gebracht: „Die Tatsache, daß die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten, sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen." An diesem Standpunkt müssen wir mit aller Entschiedenheit festhalten!

Die Stellung der französischen Partei ist von neuem festgelegt worden in der letzten Sitzung des Nationalrats Anfang August. In der dort beschlossenen Kundgebung fordert die französische Partei Fortsetzung des

Krieges bis zur Zurückeroberung Elsaß-Lothringens. Zur Herbeiführung des Friedens wird in jener Resolution verlangt: „Kräftige und vollständige Organisation der militärischen Aktion" und eine „entschiedene Führung des Krieges". Eine Verständigung mit der Internationale lehnt die französische Partei nach wie vor ab. Allerdings hat sich eine erhebliche Minderheit in Frankreich gegen diesen Standpunkt erklärt; ihr hauptsächlichster Vertreter, Longuet, hat im „Populaire du Centre" am 29. August die Stellung der französischen Minderheit präzisiert. Er sagt: „Die Minderheit steht seit Beginn des Krieges auf dem Standpunkt der Politik vom 4. August. Sie arbeitet für die nationale Verteidigung. Die Mehrheit wünscht die vollständige Niederlage des deutschen Imperialismus, denn ohne diese Niederlage sei kein andauernder Friede möglich. Die Minderheit jedoch ist der Ansicht, daß zur Herstellung eines dauernden Friedens das militärische Ergebnis nicht genügt, sondern daß auch ein internationales Einvernehmen nötig ist. Deshalb verlangt die Minderheit die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, das heißt den Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus". Vergleicht man diese Stellung mit der Stellung der deutschen Mehrheit, so sind trennende Gegensätze wohl kaum festzustellen.

Eine ähnliche Stellung wie die Mehrheit der französischen Partei nimmt die britische Arbeiterpartei ein. Recht charakteristisch für die Stellung der englischen Arbeiter ist der Verlauf des letzten Gewerkschaftskongresses. Dort ist die Anregung des Amerikanischen Arbeiterbundes, am Ort der Friedensverhandlungen einen internationalen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, mit zwei Drittel Mehrheit abgelehnt worden. Überaus interessant ist, was dort von

dem Unterhausmitglied Thorne, der meines Wissens ein hervorragendes Mitglied der British Socialist Party ist, ausgeführt wurde. Thorne sagte:

„Es ist nicht möglich, daß die Abgeordneten von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei mit uns tagen, wenn wir über die Friedensziele verhandeln. Eine Beratung über den Frieden darf nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien vertrieben ist. 99 % der englischen Arbeiter würden sich gegen die jetzige oder eine andere Regierung erheben, die Frieden schließen würde, bevor das geschehen ist."

Auch in England gibt es eine Minderheit, und zwar ist es die Unabhängige Arbeiterpartei, die aber der Zahl ihrer Mitglieder und ihrem Einfluß nach von geringer Bedeutung ist. Die Unabhängige Arbeiterpartei steht auf dem Standpunkt der Landesverteidigung, bewilligt die Kriegskredite, tritt ein für eine internationale Verständigung und für einen baldigen Frieden. —

Das Bild unserer Verhandlungen mit der Internationale ist nicht erhebend. Vandervelde, die Mehrheit der französischen Partei und die britische Arbeiterpartei machen ihre Stellung zum Kriege abhängig von der Entscheidung durch das Schwert. Das ist der Krieg bis zum Ende! Das ist aber auch die grundsätzliche Ablehnung des Verhandlungsprinzips. Dabei können die Sozialisten Frankreichs doch nicht im Zweifel sein, daß die Zurückeroberung Elsaß-Lothringens nur gelingt, wenn die deutschen Truppen vollständig geschlagen werden. Und welch ungeheure Blutopfer die gewaltsame Vertreibung der deutschen Soldaten aus Frankreich und Belgien kosten würde, das kann man sich ungefähr nach dem bisherigen Verlauf der Sommeoffensive berechnen. Und selbst wenn es den französischen und englischen Soldaten gelingen

würde, unsere Soldaten zurückzudrängen und über die Grenzen hinaus bis in die Rheinprovinz vorzudringen, welche Stellung sollte dann die deutsche Partei zum Frieden einnehmen? Und sind, abgesehen von den Kolonien, nicht auch große Gebiete der Mittelmächte von feindlichen Heeren besetzt? Ich meine, diese Hinweise allein zeigen schon, wie völlig unhaltbar der Standpunkt der Franzosen und Engländer ist. Wird an diesem Standpunkt festgehalten, so heißt das, die Internationale bei der Friedensarbeit überhaupt ausschalten! Hatte die Internationale schon nicht die Macht, den Krieg zu verhindern, so wäre es doppelt verhängnisvoll, wenn sie ihren Einfluß auf die Friedensmöglichkeiten und auf die Gestaltung des Friedens selbst preisgeben wollte. Mit Recht hat Troelstra schon im vorigen Frühjahr auf diese Gefahr hingewiesen. Es gelte den Blick in die Zukunft zu richten, alle Kräfte müßten auf den einen Punkt: den Frieden, konzentriert werden. Troelstra bezeichnete es als dringendstes Gebot der Sozialisten aller Länder, in diesem Sinne zu wirken. Ich darf für die deutsche Partei und die deutsche Parteileitung in Anspruch nehmen, daß sie seit Kriegsausbruch unausgesetzt in diesem Sinne gewirkt haben. Wo immer sich die Gelegenheit geboten hat, hat sich die deutsche Partei zum Frieden bereit erklärt, und zwar zu einem Frieden ohne Eroberungen.

Für diese Stellungnahme spricht auch unsere letzte Friedensaktion, die wir gegen die Treibereien der Annexionisten eingeleitet und trotz Verschärfung der militärischen Situation durchgeführt haben. Diese Aktion hatte leider nicht nur mit behördlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sie ist auch offenen Widerständen in der Partei begegnet. So haben die Wahlkreise Braunschweig-Stadt und Hanau die Beteiligung an die-

ser Aktion abgelehnt. Sie ist ihnen nicht — radikal genug. In Berlin hat der Wortlaut unserer Petition Bedenken erregt. Daß gegen alle Eroberungspläne Einspruch erhoben wird, genügte nicht. Acht Tage, nachdem das Material bereits im ganzen Reich verbreitet war, schlug uns der Vorstand der Berliner Parteiorganisation einen anderen Wortlaut vor. Als wir uns darauf nicht einließen, hat man eine eigene Petition gemacht. So fördert man in Berlin die Parteieinheit. Im 6. Berliner Reichstagswahlkreise hatte es ein Funktionär dennoch gewagt, die Petition des Parteivorstandes in Umlauf zu setzen. Die Folge davon war, daß man ihm ein derbes Mißtrauensvotum erteilte. Und da man in Berlin bekanntlich sehr tolerant ist, hat man diesen Bösewicht auch seines Postens enthoben. Dabei ist dieser Parteigenosse ein Mann, der seit fast drei Jahrzehnten Funktionär der Partei in Berlin ist. Man hat gegen unsere Aktion auch ein Flugblatt verbreitet. Es trägt die Überschrift: „Eine Petition gegen den Frieden?" Am Schluß dieses Flugblattes heißt es:

„Die Petition für den Frieden ist im Grunde genommen eine Aktion gegen den Frieden und für eine Verlängerung des Krieges. Arbeiter! Parteigenossen! Lassen wir uns nicht überrumpeln, lassen wir uns nicht von dem einzigen Weg zum Frieden, vom Weg des rücksichtslosen Massen- und Klassenkampfes abbringen! Schieben wir den elenden Wisch der Durchhalte-Scheidemänner und der anderen Regierungsstützen vom Parteivorstand mit Verachtung von uns und vergessen wir keinen Augenblick, daß unsere Aufgabe nicht darin besteht, die Urheber des Völkermordens erfolglos zu bitten, sondern ihnen durch Massenaktionen den Friedenswillen der Arbeiterklasse mit Gewalt aufzuzwingen."

Das sinnlose Zeug bedarf natürlich keines Kommentars.

Über das Ergebnis der Unterzeichnung unserer Petition kann ich Endgültiges noch nicht mitteilen. Aber das kann ich wohl sagen, daß trotz der Schwierigkeiten und der eingetretenen Verschiebung der militärischen und politischen Situation das Ergebnis erfreulich ist. Vor allem waren die Versammlungen, die fast überall im Reiche abgehalten wurden, prächtige Kundgebungen für die Friedensarbeit der Partei.

So viel über die positive Seite unserer Arbeit. Leider hat sie auch eine große negative Seite, das sind die Kämpfe innerhalb der Partei. In der ersten Zeit nach dem Kriege ist in der Partei fast übereinstimmend die Auffassung vertreten worden, daß während des Krieges der Burgfriede innerhalb der Partei gewahrt werden müsse. Am nachdrücklichsten ist das von Kautsky geschehen, der am 21. August 1914 in der „Neuen Zeit" schrieb:

„Wir müssen die Organisationen und die Organe der Partei und der Gewerkschaften intakt halten, ihre Mitglieder bewahren ebenso vor Unvorsichtigkeiten wie vor feiger Fahnenflucht. Das ist ja selbstverständlich, und es gibt keinen Genossen, der nicht in diesem Sinne handelte. Nicht minder notwendig wird aber die innere Geschlossenheit der Partei, der Verzicht auf jede Eigenbrötelei. Wir sind eine Partei der Selbstkritik, aber unter dem Kriegszustand muß diese verstummen. Nie war es schwieriger, nie weniger möglich, eine Haltung einzunehmen und zu äußern, die jeden Genossen ohne Ausnahme befriedigt ... Wir begreifen es sehr wohl, wenn manchem dieser oder jener Schritt unserer Partei falsch erscheint, aber noch weit falscher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren

Zwiespalt zu entfesseln. Auch in dieser Beziehung hat die Waffe der Kritik jetzt zu schweigen. Disziplin ist im Kriege nicht bloß für die Armee, sondern auch für die Partei das erste Erfordernis. Hinter ihrer Praxis müssen wir alle einmütiger, geschlossener stehen als je. Nicht Kritik, sondern Vertrauen ist jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges."

Kautsky hatte damals mit dieser Auffassung, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die ganze Partei auf seiner Seite gehabt. Wir im Parteivorstand haben einmütig diese Auffassung vertreten, ebenso der Parteiausschuß, auch eine Redakteurkonferenz im September 1914 hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Leider sind die guten Vorsätze recht bald in die Brüche gegangen. Die Gruppe in der Partei, die schon lange vor dem Krieg, schon seit Jahr und Tag zur Politik der Partei und zur Parteileitung im heftigsten Gegensatz steht, hat sich um den Burgfrieden in der Partei nicht gekümmert. Sie hat im Gegenteil den Krieg ausgenützt, um in schärfster Weise für ihre Taktik Propaganda zu machen. Wie diese Gruppe schon vor dem Kriege zur Partei gestanden hat, dafür nur ein Beispiel. Die „Bremer Bürger-Zeitung" vom 5. April 1913 brachte unter dem Titel: „Patriotismus und Sozialdemokratie" einen Artikel von Pannekoek. Da wird ausgeführt: „Wichtiger noch ist die Frage, was das Vaterland für die Arbeiterklasse bedeutet. Von revisionistischen Wortführern wird wiederholt hervorgehoben, daß auch die Arbeiter ein Interesse an der Unabhängigkeit des Vaterlandes haben, daß ihnen das Vaterland viel wert ist und daß die Arbeiter bereit sind, den nationalen Boden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen." Und an anderer Stelle: „Es ist aber klar, wie sehr dieser Standpunkt, der nur einen Überrest kleinbürgerlicher Anschauungen darstellt,

den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus erschwert." Ferner: „Die Arbeiter haben kein Vaterland" sagte schon das kommunistische Manifest. Aus seinem Geburtsort schon früh durch die Not verjagt, wandert der Arbeiter in der Welt herum; bald ist diese, bald jene Stadt sein Wohnort, und überall ist die Mietkaserne sein Heim. Kein eindringender Feind kann seine Wohlfahrt vernichten, denn er hat eigentlich keine Wohlfahrt; sie ist nicht an irgendeinen Besitz gebunden, sondern an Arbeitskraft und Arbeitsgelegenheit."

Das ist die glatte Ablehnung der Landesverteidigung. Pannekoek war einer der ersten, der nach dem Kriegsausbruch die ehrenrührigsten Vorwürfe gegen die Partei erhoben hat. Zu ihm gesellten sich bald die edlen „Lichtstrahlen", die damals in der gesamten Partei mit Hochdruck verbreitet wurden. Dazu kam dann die in Düsseldorf herausgegebene „Internationale", in der alles heruntergerissen und beschimpft wurde, was nicht auf die Meinung dieser kleinen Gruppe eingeschworen war. Insbesondere wird Kautsky dort arg mitgenommen. Seine Theorie sei eine „willfährige Magd der offiziellen Parteiinstanzen", sei die Theorie des „freiwillig übernommenen Eunuchentums". Die „Neue Zeit" sei „ein gefälliges Mädchen für alle". Gleichzeitig ist in der Auslandspresse eine wüste Hetze gegen die deutsche Partei und Parteipolitik organisiert worden. Das Zentralorgan unserer Schweizer Bruderpartei, zu der wir allezeit in treuer Kameradschaft gestanden haben, ist zum Sammelpunkt der schamlosesten Verleumdungen der Sozialdemokratie Deutschlands geworden, und sein Redakteur Grimm hat im Ausland Geld zusammengeschnorrt, um die Opposition zu unterstützen. Damals erschien auch von einem „führenden" deutschen Sozialdemokraten

im „Daily Citizen", dem Organ der britischen Arbeiterpartei, ein Bericht über das „Vorwärts"-Verbot. Eingeleitet wird der Bericht damit: „Die Sozialdemokratische Partei stimmte für die Kriegskredite am 4. August allein wegen einer Übereinkunft mit der Regierung, daß die sozialdemokratische Presse während des Krieges alle Freiheiten der übrigen Blätter genießen würde." Diese giftigen Vorwürfe und Verdächtigungen sind auch in unsere Parteiorganisationen hineingetragen worden. Bereits im August 1914 ist in einer großen Vertrauensmännerversammlung in Stuttgart gegen die Reichstagsfraktion in schlimmster Weise zu Felde gezogen worden. Alle Abgeordneten ohne jede Ausnahme sind Schurken, Schufte, Betrüger genannt worden. In einer späteren Sitzung im September wurde gesagt: „Um welchen Preis der Parteivorstand die Auflösung der Partei verhindert hat, darüber werden wir wohl noch näheres erfahren." Dieser Vorwurf des Verrats und Verkaufs der Partei kehrt in allen Versammlungen und Flugschriften der Opposition immer und immer wieder, er zieht sich wie ein roter Faden durch alle Auseinandersetzungen. Das Flugblatt „Unsere Blätter" vom 15. Juli 1916 bringt einen Artikel „Parteizerstörer", in dem unter anderem die Rede ist von „der Leibgarde von Parteiredakteuren und Parteisekretären, die sich der Parteivorstand im Parteiausschuß geschaffen hat" und von dem „hysterischen Chorus der Gewerkschaftsführer". In diesem Artikel heißt es: „Von August Bebel ist uns so oft Mißtrauen gegen die Führer gepredigt worden; wie notwendig es war, zeigt der schmähliche Versuch der Sozialpatrioten, die Partei an die Regierung und Kapitalklasse zu verkaufen." Also auch hier der Vorwurf des Verrats und Verkaufs der Partei. Selbstverständlich handelt es sich bei allen diesen Behauptungen um freche Ehr-

abschneiderei! Dennoch ist es notwendig, kurz näher darauf einzugehen. Richtig ist, daß die Partei vor dem Krieg und während des Kriegs vielfach Verhandlungen mit der Regierung geführt hat. Aber bei diesen Verhandlungen handelte es sich stets nur um die Vertretung von Arbeiterinteressen. Nie ist der Versuch einer Schacherpolitik gemacht worden, nie ist von uns von irgendeiner Seite so etwas wie Konzessionspolitik angeboten worden. Und nie ist dabei etwas gesprochen und verabredet worden, was nicht vereinbar wäre mit der Ehre der Partei. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit oder verleumdet! Wenn übrigens die Zustimmung der Partei zu den Kriegskrediten durch die Sicherung der Parteiorganisationen und der Parteipresse erkauft wäre, so hätte das doch vor dem 4. August geschehen müssen. Diese Verhandlungen aber hat die Regierung ausschließlich und allein mit Haase geführt. Den Schacher hätte also die Opposition auf dem Gewissen. Aber alle diese Verdächtigungen, in denen allerdings System liegt, sind ebenso ehrlos wie sinnlos.

Der erste größere Vorstoß der Opposition erfolgte mit dem Flugblatt vom 9. Juni 1915, das heuchlerisch in die Form einer Petition gekleidet war. Es strotzt förmlich von Verdächtigungen gegen Reichstagsfraktion und Parteileitung. Es hieß da, die Partei habe den „Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben", ein Teil der Reichstagsfraktion „sei für eine Politik hemmungsloser Völkerzerfleischung" und anderes mehr. Das Gegenteil hat die Fraktion immer im Reichstag erklärt. Und nicht allein das. Fast zur selben Zeit, als diese Behauptungen in die Welt gesetzt wurden, hat die Parteileitung bei der Regierung gegen jede Eroberungspolitik schärfsten Einspruch erhoben. Im Zusammenhang mit diesem

Vorstoß steht „das Gebot der Stunde". Sein Inhalt ist heute völlig überholt. Wenn ich darauf zurückkomme, so nur deshalb, weil die Sache damals in der Partei große Aufregung verursacht hat. In dem Aufruf hieß es, „die Stunde der Entscheidung sei gekommen, die gegenwärtige Gestaltung der Dinge rufe die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu tun, die leitenden Parteiinstanzen ständen am Scheidewege". Die Partei ist also in aller Form aufgerufen worden zu einem entscheidenden Schritt, zu einer entscheidenden Aktion. Und diesen Aufruf richtete damals der Vorsitzende der Partei gemeinsam mit zwei anderen Parteigenossen an die gesamte Partei, ohne auch nur die geringste Fühlung mit der Parteileitung zu nehmen oder auch nur einen Kollegen zu informieren. Das war das Entscheidende. Hinzu kam, daß Haase wußte, daß der Parteivorstand damals vor der Ausführung einer Friedensaktion stand, die durch sein Vorgehen gestört werden mußte. Das ganze Vorgehen forderte zum schärfsten Einspruch heraus. Fast die ganze Partei hat sich damals auf diesen Standpunkt gestellt.

Dazu kam eine Reihe anderer Vorgänge, auf die ich im einzelnen nicht eingehen kann, die keinen Zweifel ließen, daß es sich um ein wohlorganisiertes systematisches Vorgehen handelt, um ein Vorgehen, das alle Parteidisziplin gefährdet und zur Zerrüttung des gesamten Parteilebens führen muß. Auf die verworrene Gruppierung der Opposition will ich mich nicht einlassen. Sie haben heute früh ja ein kleines Bild davon bekommen. Dieser Tage ist mir von einem Sachkenner eine kleine Aufzeichnung vorgelegt, die neun verschiedene Spielarten aufweist. Diese Gruppierung erinnert sehr unangenehm an russische Parteiverhältnisse. Gemeinsam ist allen diesen Gruppen das Bestreben, Son-

derorganisationen zu schaffen, Organisationen in der Organisation zu bilden. Als wir heute morgen zusammentraten, ehe wir noch in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten waren, konnte Ledebour bereits im Auftrage von hundert Teilnehmern eine Erklärung abgeben. Das bestreite ich entschieden, auf keinem Parteitag ist so verfahren. Ich führe das an, um zu zeigen, daß die Organisation in der Organisation bereits da ist. Überall gründet man Ortsgruppen der Opposition. Man hält Kreis- und Bezirkskonferenzen ab, trifft sich auf internationalen Konferenzen und sitzt dort mit anderen Unverantwortlichen über die eigene Partei und ihre Politik zu Gericht. Bei dem Streit in der Opposition sind Einzelheiten über die Sonderorganisationen bekannt geworden, die recht bezeichnend sind. Am 9. März werden in einem Spartacusbriefe darüber nähere Mitteilungen gemacht. Da heißt es: „Die erwähnten Genossen, mit denen wir uns im Sommer 1915 zur Erledigung gewisser Angelegenheiten zusammengefunden hatten, beanspruchten, daß sie als die ausschließliche Vertretung der Groß-Berliner „Opposition" anerkannt würden, daß sie und sie ausschließlich durch Majoritätsbeschluß über alle Aktionen zu bestimmen hätten, daß keine selbständige Betätigung der verschiedenen unter ihnen vertretenen Anschauungen zulässig sei, auch dort nicht, wo es sich um wichtige und grundlegende Meinungsverschiedenheiten handelt; sie erachteten sogar die Zusammenkünfte unserer engeren Gesinnungsfreunde und ihre Verständigung über die großen politischen Probleme für unzulässig." Darauf haben dann im Namen der anderen Fakultät Hoffmann und Ledebour geantwortet in einem Flugblatt, worin es heißt: „Es ist nicht wahr, daß die Genossen, in deren Namen wir sprechen, verlangt hätten, ausschließlich durch Majoritätsbeschluß über alle Ak-

tionen zu bestimmen. Im Rahmen unserer Beratungen und Besprechungen, an denen die Spartacusleute vollberechtigte Teilnehmer waren, haben sie genau dieselben Rechte ausgeübt wie jeder andere Teilnehmer. Niemals ist der Versuch gemacht worden, ohne Zuziehung der Spartacusleute einen Beschluß zu fassen und ihnen aufzuzwingen. Es ist ferner nicht wahr, daß die selbständige Betätigung der verschiedenen unter den Teilnehmern an unseren Beratungen vertretenen Anschauungen für unzulässig erklärt worden sei. Es wurde vielmehr gegenüber derartigen Behauptungen auf das nachdrücklichste betont, daß keinem Teilnehmer verwehrt sein solle, zu reden oder unter seinem Namen zu schreiben und zu veröffentlichen, was er will ... Verlangt worden ist nur, daß anonyme Schriften, für die die gesamte Opposition verantwortlich gemacht werden könnte, von einigen Genossen, unter denen die Spartacusleute obendrein fast regelmäßig die Mehrheit bildeten, vor der Veröffentlichung nachgeprüft werden sollten."

Sie sehen also, eine Organisation in aller Form, die Beschlüsse faßt über Aktionen in der Partei, die anonyme Flugschriften nachprüft, die in der Partei verbreitet werden. An der Hand von Material könnte ich leicht den Nachweis bringen, daß auch Bezirkskonferenzen der Sonderorganisationen getagt haben, in denen man in ähnlichem Sinne verhandelt hat. Ich will nur noch auf die Reichskonferenzen hinweisen. Das Züricher „Volksrecht" hat darüber ziemlich genauen Aufschluß gegeben: „Die Mitte Februar zunächst für Berlin vollzogene Abstoßung derjenigen Personen, die auf dem Boden der „Leitsätze" (Spartacusleute) stehen, hat zu einer Scheidung der Opposition in ganz Deutschland geführt. Zur Besprechung der sich daraus ergebenden Fragen fand Mitte März in einem Orte

Mitteldeutschlands eine Zusammenkunft statt, die aus allen Teilen des Reiches beschickt war. Die hinter den „Leitsätzen" stehende Opposition Groß-Berlin (8 Wahlkreise) war durch 17 Genossen vertreten. Aus 20 Wahlkreisen des Reiches waren ebensoviele Genossen erschienen, von denen einzelne die Opposition mehrerer Kreise bezw. Bezirke vertraten."

Also ganz offen wird hier über eine Reichskonferenz der Sonderorganisation berichtet. Und welche Bedeutung in Oppositionskreisen diesen Konferenzen beigemessen wird, dafür hat der Braunschweiger „Volksfreund" ein treffendes Beispiel gegeben. Er hatte im März eine Auseinandersetzung mit dem „Hamburger Echo" über unsere Stellung zur Steuerfrage. Der „Volksfreund" vertrat die Auffassung, daß alle Steuern abzulehnen seien, direkte und indirekte. Dabei wird folgendes gesagt: „Der hier vertretene Standpunkt zur Steuerfrage ist der der Opposition, die sich um die Zeitschrift „Die Internationale" gruppiert und die sich in den Leitsätzen der „Spartacusbriefe" ihr taktisches und prinzipielles Programm gegeben hat. Eine aus allen Teilen des Reiches beschickte Konferenz dieses entschiedensten Flügels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, hat sich einmütig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt." Dann heißt es weiter: „Schließlich sei betont, daß die Opposition der bezeichneten Auffassung sich durch nichts gebunden erachtet, als durch ihr eigenes politisches Programm, das die Anwendung der sozialistischen Prinzipien auf die Fragen der Zeit darstellt."

In der Jugendbewegung ist die Spaltung der Organisation bereits offen durchgeführt. Man hat eine Sonderorganisation gegründet, die ein eigenes Organ herausgibt, dessen Aufgabe es ist, die von Partei und Gewerkschaften geschaffene Jugendbewegung und

deren Organ zu bekämpfen. Die Propaganda treibt man unter der Parole: „Politisierung der Jugend". Diese Art der Politisierung — Sie haben das Material ja erhalten — ist für die Reaktion ein gefundenes Fressen. An der Partei und der Jugendbewegung ist sie ein großes Verbrechen.

Aus diesen wenigen Beispielen sehen Sie, daß man dabei ist, eine Partei in der Partei zu bilden. Man schafft sich eigene Organisationen, in denen man in aller Form Parteiaktionen beschließt, gibt sich ein eigenes Programm, an das man sich allein gebunden erachtet, und schreit dann im ganzen Lande umher über angebliche Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse nicht halte. Das ist elende Heuchelei. Es ist die alte Spitzbubentaktik. Der Parteivorstand hat es allerdings als seine Pflicht betrachtet, allen Bestrebungen, die auf Parteizerstörung und Parteisprengung hinauslaufen, mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Und was nach der Richtung hin geschehen ist, jeder Schritt wird von uns voll verantwortet. Es ist nichts geschehen, was nicht im Einklang stände mit unseren Befugnissen und mit dem Organisationsstatut. Soweit Beschwerden gegen dieses Vorgehen des Parteivorstandes erhoben worden sind, sind sie von der Kontrollkommission abgewiesen worden. Dem ganzen Geschrei über Gewaltpolitik des Parteivorstandes fehlt jede tatsächliche Unterlage. Es ist lediglich demagogische Augenverblendung.

Noch ein Wort zur Schlammflut anonymer Flugschriften. Ist es an sich schon verwerflich, Parteiauseinandersetzungen in anonymen Flugschriften auszutragen, so übersteigt die dabei angewandte Methode an niedriger Gesinnung und Verleumdungssucht alles Dagewesene. Die Tendenz all dieser Sudeleien läuft

darauf hinaus, die im Vordergrunde der Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften und Personen zu verdächtigen, um sie unmöglich zu machen. Das ist ganz offen ausgesprochen worden in Zusammenkünften und Versammlungen. Das ist die Methode der persönlichen Verunglimpfung, die Methode des berüchtigten Reichsverbandes, von der selbst bürgerliche Kreise sich mit Ekel abgewandt haben. Die politische Brunnenvergiftung ist das System dieser Sudelschriften! Dabei hat keiner der Drahtzieher bisher den Mut gefunden, zu seinem Machwerk zu stehen. All diese grundsatzfesten Mannen waschen ihre Hände in Unschuld. Diese Art der Parteibekämpfung — so muß ich es nennen — wird der Partei noch recht lange zu schaffen machen. Die Gegner sind bereits dabei, dieses Material zu sammeln. Die München-Gladbacher haben dieser Tage eine Broschüre herausgegeben: „Fraktionsspaltung und Parteikrisis". Auf etwa 100 Seiten sind da alle diese Dinge bereits für die zukünftigen Kämpfe gegen unsere Partei zurechtgemacht. In den kommenden Wahlkämpfen werden die anonymen Flugschriften eine Fundgrube für unsere Gegner sein.

Auf eine dieser Flugschriften muß ich kurz eingehen. Es handelt sich um das Flugblatt „Mitteilung der Opposition Nr. 4". Wir haben uns zwar schon dieser Tage in der Presse erklärt. Es könnte aber mißdeutet werden, wenn ich hier stillschweigend daran vorbeigehen würde. Warum sind Parteivorstand und Generalkommission zu ihrer Warnung vor wilden politischen Streiks gekommen? Seit Wochen werden anonyme Aufforderungen zum politischen Streik verbreitet. Diese gewissenlosen Aufforderungen können nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern auch für unsere Organisation zur allergrößten Gefahr werden. Wie man dabei verfährt, dafür nur ein Beispiel: Ich

war vor einigen Wochen im niederrheinischen Industriegebiet. Da hat mir einer unserer Wahlkreissekretäre folgendes mitgeteilt: Vor einer Fabrik, in der 7000 bis 8000 Personen beschäftigt sind, von denen 120 gewerkschaftlich und 30 politisch organisiert sind, wurden Flugblätter verbreitet mit der Aufforderung zum Streik. Selbstverständlich sind die harmlosen Leute, die die Verbreitung vorgenommen haben, verhaftet worden. Die eigentlich Schuldigen sitzen natürlich im Schilf und schnitzen die Pfeifen.

Unglückliche Arbeiterfrauen sind mehrfach an uns mündlich und schriftlich herangetreten und haben sich bitter und jammervoll beklagt, daß man ihre Männer so leichtfertig ins Verderben treibe. Mir ist dieser Tage noch ein solcher Brief zugegangen. Ich will ihn Ihnen vorlesen, natürlich kann ich den Namen des Ortes und des Betreffenden nicht nennen: „Deine Vermutung — der Brief geht an eine bekannte Genossin — war richtig, es waren wirklich seine guten Freunde, die ihn ins Unglück gestürzt haben, doch noch anders als Du denkst. Des Mittwochnachmittags kam ... hier an und am nächsten Tage des Abends schon holten ihn die verfluchten Freunde ab, um eine Versammlung zu besuchen. Was sie aber wirklich vorhatten, sagten sie aber nicht hierbei, und so haben die drei denn Flugblätter angeklebt, worin die Munitionsarbeiter zum Streik aufgefordert werden. ... ist überrumpelt worden, aber er mußte doch wissen, was er zu tun hatte. — — Von mir und den furchtbaren Qualen der ersten Tage will ich gar nicht reden. Wer viel leidet, wird zuletzt noch stumpfsinnig."

Der Genosse, um den es sich hier handelt, ist tags zuvor von der Front auf Urlaub gekommen. Und nun, Parteigenossen, soll ich auf das Unsinnige dieser Flugblätter eingehen? In einer Zeit, in der die englischen

Munitionsarbeiter auf Feiertage und Sonntage verzichten, in der die ganze Welt mit äußerster Kraftanstrengung für die Entente Munition und Kriegsmaterial herstellt, in der die Entente ein Land nach dem andern in den Krieg hineinzwingt, in der alle feindlichen Staatsmänner grundsätzlich jede Friedensbereitschaft ablehnen und unsere Söhne und Brüder auf allen Fronten im furchtbarsten und mörderischsten Trommelfeuer liegen, in dieser Zeit sollen die deutschen Munitionsarbeiter streiken? Wäre das nicht Wahnsinn?

Auch ich bedaure. Ich habe es mir reiflich überlegt, ob ich auf diese Angelegenheit überhaupt eingehen sollte. Angenehm ist es ja nicht, diese Dinge zu erörtern. Aber es war meine Pflicht, das Vorgehen des Parteivorstandes zu rechtfertigen, nachdem dieserhalb in aller Öffentlichkeit gegen ihn die heftigsten und ehrenrührigsten Vorwürfe erhoben worden sind. Der Entschluß, den Brief vorzutragen, war ein augenblicklicher. Ich bin auf den Briefschreiber mit keinem Wort eingegangen, die Genossin Zietz hatte deshalb gar keine Veranlassung, sich gegen mich zu wenden. Ich habe lediglich gesagt, daß der Mann am Tage zuvor auf Urlaub von der Front zurückgekehrt war. Das ist richtig. Im übrigen spricht der Inhalt des Briefes für sich selbst.

Ich habe dargelegt, daß eine derartige Aktion politisch sinnlos ist. Aber selbst wenn man sie für richtig hält, so war es bei uns in Deutschland bisher doch nicht üblich, daß Aktionen von größter Tragweite von Leuten eingeleitet werden, die niemand kennt, die im Dunkel der Anonymität sitzen. Sowohl für die Gewerkschaften wie für die Partei bestehen dafür Beschlüsse, die für alle bindend sind. Für die Partei der Beschluß des Mannheimer Parteitages. Es war des-

halb nicht nur das Recht des Parteivorstandes, hier zu warnen, sondern seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Noch eins: Es wird behauptet, Parteivorstand und Generalkommission seien zu ihrem Vorgehen von der Militärbehörde veranlaßt worden. Ich erkläre auch an dieser Stelle, daß Generalkommission und Parteivorstand aus eigener und selbständiger Entschließung zu ihrem Vorgehen gekommen sind, daß weder von einer Militär- noch von einer Zivilbehörde weder direkt noch indirekt versucht worden ist, auf uns in irgendeiner Weise einzuwirken.

Zur Charakterisierung der anonymen Flugblätter gegen die Partei und Parteipolitik muß ich noch einen anderen Fall besprechen, das ist das Wallfisch-Flugblatt. In Dresden ist unser Geschäftsführer Wallfisch, der dort lange Jahre tätig war, kürzlich wegen Untreue zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Dieser traurige Vorfall ist in einem Flugblatt unter der Überschrift „Eine geborstene Mehrheits-Säule" für die Zwecke der Opposition ausgeschlachtet.

Es heißt da: „Aber ist nur der ein Fälscher und Betrüger, der Bücher fälscht, um Geld betrügt und sich an fremdem Gut bereichert? Kann man nicht auch politischen Betrug verüben, unehrliche Politik treiben, das Vertrauen der Wähler täuschen und die Interessen des Volkes verraten? Schaut euch die Freunde und Gesinnungsgenossen Wallfischs an! Fragt sie, mit welchem Einkommen sie durchhalten, warum sie nicht im Schützengraben ihr geliebtes Vaterland verteidigen, wer ihnen das Recht gibt, ihre volksverderbliche Politik eine sozialistische zu nennen! Sie predigen Sozialismus und treiben Imperialismus. Sie behaupten, eure Vertreter zu sein, und sind die Verbündeten des Kapitalismus. Sie lassen sich von

euch bezahlen und liefern euch euren Feinden aus! Der eine Wallfisch ist erledigt, aber es gibt noch viele Wallfische! Sagt ihnen, daß sie ebensolche Fälscher und Betrüger und Verräter sind, daß sie genau so auf die Anklagebank gehören und das Schuldig! Schuldig! verdienen."

Es genügt, dies Machwerk niedriger zu hängen.

Parteigenossen, ich bin der letzte, der die jetzigen Schwierigkeiten der Partei auf persönliche Zänkerei und verwerfliche Kampfesweise zurückführen will. Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten hat es in der Partei immer gegeben, das ist naturgemäß und wird wohl immer so bleiben. Der Krieg hat sie ja nicht allein für die deutsche Partei zur Folge gehabt, sie zeigen sich mehr oder weniger in allen sozialistischen Parteien. Dieser Meinungsstreit, der einen tiefen sachlichen Hintergrund hat, muß ausgefochten werden. Niemand will das hindern. Darum handelt es sich also nicht. Aber verderblich für die Partei und verhängnisvoll für das Proletariat ist es, wenn dieser Meinungsstreit in Methoden ausgefochten wird, die jeden parteigenössischen Geist vermissen lassen und jede Kameradschaft ertöten müssen. Zur Lähmung, zum Zusammenbruch der Partei muß es führen, wenn Disziplin und Vertrauen vernichtet und alle Grundlagen der Organisation zermürbt werden. Hier liegt die große Gefahr für die Partei! Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden. Das ist für die Partei eine Lebensfrage. Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird. Aber das steht fest: In den Kämpfen der Zukunft wird es ums Ganze gehen! Das Schicksal der Arbeiterklasse wird bei diesen Kämpfen auf Jahrzehnte hinaus entschieden werden. Alles hängt dabei von der Macht und Entschlossenheit der Arbeiterklasse ab. Und da soll der Bruderkampf die stolze deutsche Sozialdemo-

kratie von ihrem festen Weg zur Macht in Ohnmacht zurückschleudern? Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, das wäre der Triumph der Reaktion. Das darf nicht geschehen! Deshalb ist das Gebot der Parteipflicht: Festigung unserer Organisation, Sicherung der einheitlichen Kampffront!

1917.

BEWILLIGUNG DER KRIEGSKREDITE

Aus einer Reichstagsrede. 23. 2. 1917

Durch die Ablehnung der von Deutschland und seinen Verbündeten angebotenen Friedensverhandlungen haben die Regierungen der feindlichen Mächte die schwere Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich geladen. Sie wollen ihre nunmehr unverhüllt ausgesprochenen Eroberungsziele durchsetzen, die die Zertrümmerung und dauernde Niederhaltung der Mittelmächte bedeuten würden. Angesichts dieser Sachlage erklärt die deutsche Sozialdemokratie erneut ihre feste Entschlossenheit, auszuharren bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichernden Friedens. Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der wir uns zur Verteidigung unseres Landes bekennen, bringen wir aber auch heute wieder unsere Friedensbereitschaft zum Ausdruck. Wir erwarten, daß auch die Reichsleitung unbeirrt an der in ihrer Note vom 12. Dezember 1916 bekundeten Friedensgeneigtheit festhält und jederzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele eines Friedens, der die Lebensrechte aller Völker achtet und darum die Gewähr der Dauer in sich birgt. Aus diesen Erwägungen geben wir den geforderten Krediten unsere Zustimmung.

Meine politischen Freunde haben die Bewilligung der Kriegskredite nie als eine Frage des Vertrauens oder des Mißtrauens gegen die Reichsregierung angesehen; wir haben die Kriegskredite bewilligt, weil wir das als eine Pflicht gegen unser Land und gegen unser Volk betrachten. Ich lehne es ab, mich in diesem Augenblick auf eine Kriegszielerörterung einzulassen. Zur Erörterung dieser Frage und unserer Stellung zur Politik der Reichsregierung im Innern wird uns die in den nächsten Tagen vor sich gehende Etatsberatung ausreichend Gelegenheit geben. Meine Freunde werden bei dieser Debatte die wirtschaftlichen Interessen und politischen Rechte der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen wissen.

FELDPOSTBRIEF AN SEINEN SOHN

Berlin-Treptow, 1. 5. 1917

Mein lieber Georg!

Wir erwarten täglich mit großer Spannung Deine Mitteilungen. Du hast es nicht gut getroffen, daß Du gleich in das Gebiet der heftigen Kämpfe gekommen bist. Wir wissen zwar nicht, wo Du stehst, wir vermuten nur, daß Du in Nordfrankreich bist. Kannst Du uns nicht nähere Mitteilungen machen, wo ungefähr Deine Stellung ist?

Jedenfalls freuen wir uns, daß Du gesund und bei guter Stimmung bist. Hoffentlich sehen die Engländer und Franzosen bald ein, daß ihr Ansturm gegen unsere neuen Stellungen aussichtslos und alle weiteren Blutopfer Wahnsinn sind. Bei der Wucht des Ansturms sind sicher auch unsere Opfer groß. Unsere Truppen müssen dort Übermenschliches leisten und verdienen sich unauslöschlichen heißen Dank und Bewunderung

unseres ganzen Volkes. Daran ändern auch nichts die sinnlosen Streiks, die wir vor vierzehn Tagen in Berlin hatten. Sie sind wahrlich nicht übermäßig ernst zu nehmen. Der eigentliche Anlaß war die Kürzung unserer Brotration. Gewiß, eine tiefeinschneidende Maßnahme, die vermieden werden konnte, wenn durch schärferen Zugriff das Getreide mehr vor dem Verfüttern geschützt worden wäre. Gewissenlose Demagogen versuchten diesen Vorgang zu politischen Zwecken auszunutzen. Damit sind sie aber elend abgefallen. Nach einigen Tagen ist die Geschichte ohne Zusammenstoß und scharfes Eingreifen an dem gesunden Sinn der Arbeiter gescheitert. Freilich will alles den baldigen Frieden. Solche Narrenstreiche dienen aber nicht dem Frieden. Sie gefährden Euch draußen an der Front und steigern die Kampflust der Feinde. Aber wie gesagt, der Streich ist elend gescheitert.

Dem Frieden gehen wir sicher entgegen. Das russische Heer wird mehr und mehr desorganisiert, das russische Volk will den Frieden. Wir tun alles, um eine Verständigung mit den russischen Sozialisten herbeizuführen. Ich hoffe, daß uns das bald gelingt. Die Franzosen und Engländer werden dann auch folgen müssen.

Bei uns ist alles wohl. Fritz geht es gut. Auch an seiner Front wollen die Russen nicht mehr kämpfen.

Dir, mein lieber Junge, wünschen wir Glück, Gesundheit und baldiges Wiedersehen.

Herzlichste Grüße von uns allen Dein Vater.

Tabak geht morgen ab.

I.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. Annexionen: Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedelung gesichert werden.

Mit der Verwerfung aller gewaltsamen Annexionen ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrissener Kolonien gefordert.

2. Kriegsentschädigungen: Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der Opfer an Gut und Blut für beide Teile so gewaltig, daß schon

aus diesem Grunde eine Hinauszögerung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. Wiederherstellung: Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit, gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Kriege betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Vorstößen oder Rückzügen, zum Teil als mittelbare Maßnahme zur militärischen Sicherung erfolgt. Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsentschädigung in verschleierter Form.

Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück, läßt sich nicht ersetzen.

4. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Hinsichtlich Serbiens und der anderen Balkanstaaten schließen wir uns dem von unseren österreichischen Genossen Gesagten an.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei anderen fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Änderung erfahren hat. Hierher gehören: Irland, Ägypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre

Stimme zugunsten der Befreiung jener Nationen vom Druck der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. Autonomie der Nationalitäten: Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren weitherzigste Einräumung eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die Ansprüche unserer in Nordschleswig, Posen und Westpreußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Mitbürger dänischer, polnischer und französischer Muttersprache in Betracht. Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Muttersprache sowie sonstige Behinderung der freien Pflege ihrer besonderen nationalen Eigenart und Kultur, solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile anderer Nationen sollten nicht Hemmungen und Hinderungen wechselseitiger freundnachbarlicher Beziehungen bilden, sondern Verständigungsbrücken von Volk zu Volk, von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unseren österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

6. Elsaß-Lothringen: Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mit aufgezählte Elsaß-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsaß-Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstam-

nung und Sprache, ist die Bewohnerschaft Elsaß-Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 % der Bevölkerung sprechen Französisch als Muttersprache.

Elsaß-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsaß-lothringischen Gebiete sind neben anderen Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verbande des Deutschen Reiches herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Recht Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion und zudem größtenteils eine Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich. Sie ist somit gemäß dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Beschlußfassung des Jenaer Parteitages von 1913, die von elsaß-lothringischen Genossen eingebracht war, festgelegt. Mit der Regelung der elsaß-lothringischen Frage in diesem

Sinne bundesstaatlicher Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Kriege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Regelung entspricht außerdem den wiederholt und noch neuerdings kundgegebenen Willensäußerungen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsaß-lothringischen Volksvertretung.

Der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen.

Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, das künftige Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen. Aufgabe der kommenden Friedensjahre wird es dann sein, das Staatsrecht, das Arbeiterrecht, das bürgerliche Recht, das Handelsrecht international nach einheitlichen Grundsätzen auszubauen, mit dem Ziele, eine immer engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker zu schaffen.

1. Völkerrechtliche Bestimmungen: Bereits in den Kriegszielleitsätzen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Erstrebung eines durch internationale Rechtseinrichtung dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen sozialistischen Kongresses

von 1910 fordern wir im einzelnen durch die Friedensverträge die Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, dem alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten vorzulegen sind.

Zur Verhinderung der Verletzung völkerrechtlicher Verträge ist eine überstaatliche Rechtsorganisation zu schaffen.

2. Abrüstung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Das Ziel der Abmachungen muß die Schaffung eines Volksheeres sein zur Verteidigung des Landes gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückungen. Für die einzelnen Waffengattungen dieses Volksheeres ist die Dienstzeit durch internationalen Vertrag möglichst kurz zu bemessen.

Die im Kriege zulässigen Kriegsmittel sind vertraglich zu beschränken. Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen. Die Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist international zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu beseitigen. Die Bewaffnung von Handelsschiffen ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen.

Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Der Begriff der Bannware ist international festzulegen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Das Privateigentum ist gegen Eingriffe der Kriegführenden sicherzustellen. Der Postverkehr zwischen Kriegführenden und Neutralen und den Neutralen untereinander ist auch im Kriegsfalle zu sichern. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen.

3. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen: Damit die Wiederannäherung der Völker nicht gehemmt wird, sind in die Friedensverträge Bestimmungen aufzunehmen, die Sicherheit dagegen gewähren, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt wird.

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wiederhergestellt werden.

Das Schutzzollsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Verkehrsschranken bleiben.

Für die Kolonien ist die „offene Tür", das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung aller Völker, festzulegen.

Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem bekanntgegebenen Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. Abschaffung der Geheimdiplomatie: Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Durchführung der Ziele.

Wir beziehen uns auf unsere Darlegungen zu I und II. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern. Studienkommissionen können zweifellos wertvolle Vorarbeiten für fruchtbringende Auseinandersetzungen über die ökonomischen und nationalen Probleme leisten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es sich für den internationalen Sozialismus um die möglichst schnelle Herbeiführung des Friedens handeln

muß. Dieser kann nach unserer Überzeugung als ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" erreicht werden, ohne daß zuvor besondere Studienkommissionen eingesetzt werden.

IV. Aktion der Internationale.

Die europäischen Neutralen sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mitleidenschaft gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse am baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neuregelung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlamentsmehrheiten im bisherigen Verlauf des Krieges gemacht hat, wird deren Mitarbeit freilich nur dann kriegsverkürzend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend Mitarbeit der Internationale während der Friedensverhandlungen hinreichend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offizielle Friedenskonferenz muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.

Damit kommen wir zu der Frage, die auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen

noch hinzugefügt worden ist: Bericht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei zugunsten eines dauerhaften Friedens.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden", in denen die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen dargelegt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen anderen sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedensschluß seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andere Voraussetzung kennt, als die Bereitschaft auch der Gegner zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten Parlamentsreden, Aufrufen und Erklärungen hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reiches Friedensversammlungen abgehalten, auch im ganzen Reiche Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter strikter Ablehnung aller Eroberungspläne die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolge begleitet gewesen. Erfolglos dagegen waren leider die Versuche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzuknüpfen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das könnte geschehen und hätte unseres Erachtens längst geschehen müssen, ohne daß

auf der einen Seite von der anderen etwas verlangt worden wäre, was einer Preisgabe der Sache des eigenen Volkes gleichgekommen wäre. Wir sollten auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Pflicht haben, das eigene Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andere Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierungen zu züchtigen. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Sektionen in der von uns gewählten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten würden.

Von einer Erörterung der Schuldfrage, der wir nicht aus dem Wege gehen, können wir uns eine Förderung des Zwecks der Konferenz nicht versprechen. Es kann sich nicht darum handeln, über Vergangenes zu streiten, es muß sich vielmehr darum handeln, über das Zukünftige sich zu verständigen, nämlich über die möglichst schnelle Herbeiführung eines dauernden, unseren Grundsätzen und Idealen entsprechenden Friedens.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Minderheitsparteien an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands:

Fr. Ebert. Scheidemann. Herm. Müller. Molkenbuhr. Ed. David. R. Fischer. Sassenbach. G. Bauer. C. Legien.

BRIEF AN REICHSKANZLER BETHMANN-HOLLWEG

Berlin, 28. 6. 1917

Die Sorge um das Schicksal unseres Landes zwingt uns, der Reichsleitung folgende Darlegungen zu unterbreiten:

Wir unterzeichneten Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befinden uns fortdauernd in engster Fühlung mit der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches, vornehmlich mit den Schichten der unbemittelten Volksklassen. Wir sind durch zahlreiche Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft über die Lage des Volkes und über die Stimmungen, von denen es erfüllt ist, auf das genaueste unterrichtet. Unsere eigenen Beobachtungen sowie die uns von allen Seiten zugehenden Berichte nötigen uns die Überzeugung auf, daß die innere Widerstandskraft unseres Volkes sich dem Ende nähert. Angesichts dieser überaus ernsten Lage halten wir es für unsere Pflicht, das auszusprechen, was nach unserer Meinung zu geschehen hat, um Schlimmstes zu verhüten. Wir unsererseits wollen keine Verantwortung mittragen, wenn das versäumt wird, was allein unser Land aus dieser furchtbaren Not retten kann.

Die Ernährungsverhältnisse haben sich dauernd verschlechtert. Die Nahrungsmittel, die der Bevölkerung in den größeren Städten und in den Industriegebieten gegeben werden, sind längst nicht mehr hinreichend, die Menschen zu sättigen und ihre Kräfte zu erhalten. Viele Millionen leiden am quälenden Gefühle des Hungers. Zahlreiche Menschen sind stark abgemagert, die Gesichter sind welk und hohl geworden. Trotz der Bemühungen, die Schwerarbeiter reichlicher zu versorgen, ist deren Leistungskraft durch die

dauernde Unterernährung selbst in der Rüstungsindustrie so geschwächt, daß sie vielfach zu versagen droht. Auf die schwerwiegenden Folgen, die diese unzureichende Ernährung insbesondere auf die Frau und die heranwachsende Jugend ausübt, sei nur kurz, aber mit größter Eindringlichkeit hingewiesen. Die Stimmung der Bevölkerung ist durch die anhaltenden Entbehrungen aufs tiefste herabgedrückt. Zu dem Nachlassen der körperlichen und geistigen Spannkraft infolge der schlechten Ernährung treten die sonstigen zehrenden Sorgen des Krieges, die quälende Angst um das Schicksal der draußen kämpfenden Söhne und Brüder, Gatten, Väter und Ernährer, der Verfall des Familienlebens, die Furcht vor einer düsteren Zukunft in bitterster Armut und Not.

Die unzureichenden, meist verzögerten oder völlig verspäteten und dann auch noch in Halbheiten steckenbleibenden Maßnahmen der Behörden haben die Mißstimmung noch genährt. Macht sich doch auch gerade zur Zeit wieder ein geradezu verbrecherischer Wucher mit den Gemüse- und Obstpreisen unter den Augen der Behörden geltend. So ist denn nicht zu verwundern, daß Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, aber auch Erbitterung und Groll sich stets weiter ausbreiten und vertiefen. Die Bevölkerung mußte erleben, daß wohlhabende Kreise sich noch immer reichlich ernähren können, ja darüber hinaus reiche Gewinne aus Kriegsgeschäften und aus der Not ihrer Volksgenossen ziehen, während Millionen von Minderbemittelten ihre Existenz zusammenbrechen und sich der Verarmung und wachsenden Not ausgeliefert sehen.

Ein weiteres, die Stimmung verderbendes Moment liegt in dem Ausbleiben einer Neuordnung mehrerer innerpolitischen Verhältnisse auf der Grundlage glei-

chen Rechtes für alle. Hierdurch sind die breiten Schichten des Volkes, die in der Kriegszeit doch ihre ganze Kraft für das öffentliche Wohl eingesetzt haben, aufs tiefste erregt und mit heftigem Unwillen erfüllt worden. Zwar sind Anerkennungen für die tüchtige Leistung des werktätigen Volkes ausgesprochen und bedeutsame Zusagen gemacht worden, aber diesen Anerkennungen und Zusagen sind keine Taten gefolgt. Dagegen hat sich der Widerstand der bisher Bevorrechteten gegen eine freiheitliche Neuordnung immer schroffer geltend gemacht. So ist es erklärlich, daß in den Massen des Volkes das Mißtrauen nicht schwand, sondern der Gedanke mehr und mehr überhand nahm, daß die fortdauernde Hinausschiebung politischer Reformen schließlich mit einer schweren Enttäuschung endigen werde. Die günstige Wirkung der kaiserlichen Osterbotschaft konnte deshalb auch nicht von Dauer sein. Mißtrauen und Verärgerung fanden immer neue Nahrung, der Groll steigt von Tag zu Tag höher an.

Hinsichtlich der militärischen Verhältnisse wollen wir lediglich unsere Beobachtungen über die seelische Verfassung der Soldaten verzeichnen. Für die höheren Vorgesetzten ist es nicht leicht, zu einer wirklich zutreffenden Beurteilung der Soldaten in jetziger Zeit zu gelangen. Ihre autoritative Stellung erschwert es außerordentlich, daß sich ihnen gegenüber die innerste Meinung und Stimmung offen äußert. Auch bei den Truppen greift die Kriegsmüdigkeit um sich. Das ist erklärlich genug. Die Kette der an uns gelangenden Klagen über schlechte oder ungerechte Behandlung und namentlich auch über anstrengende, den vom Kampf übermüdeten Soldaten als zwecklose Quälerei erscheinende Exerzierübungen in den Ruhestellungen reißt nicht ab. Auch die bei zahlreichen Truppenteilen einseitig für die Mannschaften verschlechterten Er-

nährungsverhältnisse tragen dazu bei, Unzufriedenheit und Verdruß zu steigern. Aber schwerer noch fällt das durch lange Dauer des Krieges erzeugte allgemeine Verlangen nach Rückkehr in normale, friedliche Verhältnisse in die Wagschale. Der Mann im Felde sieht seine Zukunft im Ungewissen, seine seitherige Existenz ist im Kriege vielfach zusammengebrochen, immer schmerzlicher zehrt an den Familienvätern die Sehnsucht nach Heim und Herd, nach Frau und Kindern, die sie vielfach bei völlig unzureichenden Lebensverhältnissen wissen. Der Glaube an die Möglichkeit eines entscheidenden Sieges ist mehr und mehr erschüttert. So bemächtigt sich der Soldaten draußen ebenso wie der heimischen Bevölkerung das Gefühl, alle ferneren Opfer sind ja doch vergeblich, die Überlegenheit der Gegner an Zahl und materiellen Machtmitteln ist zu groß, je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird sich die Lage für uns gestalten.

Bei diesem Stand der Dinge droht das Auftreten und die skrupellose Politik der Alldeutschen vollends zur schwersten Gefährdung für unser Land zu werden. Die Agitation dieser Kreise, die mit großen, nicht zuletzt aus Kriegsgewinn stammenden Mitteln betrieben wird, erzeugt bei der Bevölkerung die Meinung, daß der Krieg um Eroberungen willen fortgesetzt wird, und daß die Schuld an dem Nichtzustandekommen von Friedensverhandlungen auch auf deutscher Seite liegt. Daher haben auch die Erklärungen zur Friedensbereitschaft, die die Reichsleitung abgab, eine beruhigende Wirkung nicht erzielen können. Diese Erklärungen stoßen auf Zweifel und Unglauben, weil die Regierung die Agitation für Landerwerbungen in Ost und West sowie für große Kriegsentschädigungen ohne entschiedene Gegenwirkung gewähren läßt, und weil zahlreiche zivile und militärische Behörden die alldeutsche Pro-

paganda offensichtlich unterstützen und bevorzugen. Mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg sind von alldeutscher Seite besonders starke Hoffnungen auf rasche Beendigung des Krieges in der Bevölkerung erregt worden. Aber der U-Bootkrieg, so große Einwirkungen er auch auf die wirtschaftlichen Zustände in den gegnerischen Ländern ausübt, erreichte doch nicht das der Bevölkerung verheißene Ziel, England in Bälde auszuhungern, oder es wenigstens friedensbereit zu machen. Dem Erfolg des U-Bootkrieges steht der Nachteil des Anschlusses Amerikas an die feindliche Koalition gegenüber. Auch in bezug auf Amerika wird der schwere Fehler der Unterschätzung der gegnerischen Pläne und Kräfte bereits offensichtlich. Zweifellos ist der Kriegswille unserer Gegner durch das Hinzukommen dieses überaus mächtigen Bundesgenossen außerordentlich gestärkt worden. Die Seesperre wird immer enger, der Druck auf die europäischen Neutralen wird bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Unsere Aussichten auf Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln aus neutralen Ländern schwinden damit fast völlig. Das Eintreten Amerikas in den Krieg bedroht uns mit seiner Verlängerung in den vierten Kriegswinter hinein und weit darüber hinaus.

Auch die Erwartungen, daß die russische Revolution uns dem Frieden näher bringen werde, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß das neue Rußland auch weiterhin der Entente Gefolgschaft leistet. Der Verdacht, daß Deutschland darauf ausgehe, mit Rußland nur deshalb jetzt zum Frieden zu gelangen, um dann desto größere Forderungen nach dem Westen durchsetzen zu können, hat nicht wenig dazu beigetragen, daß auch im russischen Arbeiter- und Soldatenrat starke Kräfte für die Fortsetzung des Krieges arbeiten. Die Beseitigung

dieses Verdachtes ist die Vorbedingung zur Förderung der Strömung in Rußland, die eine entschlossene Friedenspolitik will.

So droht uns ein vierter Kriegswinter. Die Schicksalsfrage erhebt sich: Kann das deutsche Volk ihn noch durchhalten? Kämen wir in ihn hinein, so würden die Leiden der Bevölkerung noch ungeheuer gesteigert. Sind jetzt schon Verzweiflungsausbrüche in verschiedenen Teilen des Reiches zu verzeichnen gewesen, wieviel furchtbarer würde es dann sein: Katastrophen wären unausbleiblich. Man zeihe uns nicht der Schwarzmalerei, und man wiege sich nicht in der Hoffnung, es werde noch so weiter gehen, wie es schon so lange gegangen ist. Die Dinge haben ihre Grenzen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Jahre hindurch alles aufgeboten, um die Widerstandskraft der Heimatbevölkerung aufrechtzuerhalten und an der Verteidigung des Landes nach bester Kraft mitzuwirken. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Kräfte unseres Volkes zu Ende gehen. Übermenschliches ist geleistet worden. Schneller als man denkt, kann die Stunde kommen, wo die Kraft und der Wille zum Widerstand versagen. Wenn die Belastung weiter steigt und nichts Durchgreifendes geschieht, dem drohenden Zusammenbruch vorzubeugen, so gehen wir der größten Gefahr entgegen.

Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um schlimmstes Unheil zu verhüten. Die Staatsumwälzung in Rußland bietet eine Anknüpfungsmöglichkeit, die nicht verpaßt werden darf. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Formel aufgestellt: Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen! Die Antwort Eurer Exzellenz im Reichstag war ebensowenig genügend, wie die spätere Erklärung in der „Nordd. Allg. Zeitung". Rußland wird in der Hand der Ententemächte bleiben, so-

lange die deutsche Regierung sich nicht entschließt, einen allgemeinen Frieden auf Grund der Petersburger Formel zuzugestehen. Das wird aufs neue bestätigt durch den jüngsten Beschluß des zur Zeit in Petersburg tagenden Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland, der zwar die möglichst schnelle Beendigung des Krieges als wichtigste Aufgabe proklamiert, zugleich aber auch den Gedanken eines Sonderfriedens oder separaten Waffenstillstandes ablehnt. Gibt die deutsche Regierung eine jeder Deutungskunst entzogene Erklärung ihrer allgemeinen Friedensbereitschaft im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrates ab, so würde das eine mächtige Förderung aller der Kräfte in Rußland bedeuten, die auf einen baldigen Frieden hinarbeiten. Ihren Widersachern und den Werkzeugen der Entente würde die wirksamste Waffe damit aus der Hand geschlagen. Die Entwicklung würde entweder zum Bruch zwischen Rußland und seinen Alliierten treiben, oder aber die letzteren würden sich gezwungen sehen, gleichfalls auf den Boden dieser Formel zu treten. Jede Unklarheit, jeder Schein, als wollten wir uns doch noch Türen offen halten für gewaltsame Gebietsaneignungen oder sonstige Vergewaltigungen der Lebensinteressen anderer Völker, muß beseitigt werden. Nur durch eine solche Politik erscheint es uns auch möglich, die Koalition der feindlichen Mächte aufzulösen und das höchste Kriegsziel, dauernd friedliche Verhältnisse in Europa und in der Welt, zu erreichen.

Durch das offene Bekenntnis der Reichsleitung zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen würde in allen Ententeländern die aus der Tiefe des Volkes kommende Friedensströmung, die schon durch das Friedensangebot der Zentralmächte sichtlich gefördert wurde, sehr gestärkt werden. Auch

die Wirkung einer solchen Erklärung auf die nach Frieden verlangenden Massen unseres Volkes würde die denkbar beste sein. Die Überzeugung würde allgemein und fest begründet werden, daß wir nicht um Eroberungen willen, sondern lediglich zur Verteidigung unserer eigenen Lebensrechte den Krieg führen, daß unsererseits einem baldigen Frieden der Verständigung nichts im Wege steht und daß, wenn trotzdem kein solcher Friede zu erlangen ist, die Schuld lediglich auf der Seite der Gegner liegt.

Die zweite, nicht minder bedeutsame Maßnahme zur Festigung der Stimmung unseres Volkes und zur Stärkung seines Willens zum Widerstand gegen die Bedrohung von außen ist die freiheitliche Neuordnung der Dinge im Innern. Das Volk in seinen weitesten Schichten muß die feste Überzeugung gewinnen, daß es wirklich zu seinem Recht im Reich, in den Bundesstaaten und den Gemeinden kommen soll. Die freiheitliche Fortentwicklung der Reichsverfassung in der Richtung auf eine auf die Volksvertretung gestützte und von ihr ausgehende Regierung darf nicht verzögert werden. Die im Wahlgesetz von 1869 vorgesehene Gleichhaltung des Reichstagswahlrechts durch Berücksichtigung der Bevölkerungsvermehrung muß schleunigst nachgeholt werden. Die Durchführung der verheißenen Reform des Wahlrechts in Preußen im Sinne eines gleichen, direkten und geheimen Wahlverfahrens muß unverzüglich erfolgen. Jetzt ist die rechte Stunde. Das ganze Volk würde freudig zustimmen, und die kleine Gruppe derer, die ihre bisherigen Vorrechte verlieren, muß das Opfer ihrer Sonderinteressen bringen für das Vaterland, das in schwerster Lebensgefahr ringt.

Es geht jetzt ums Ganze! Das Deutsche Reich und seine Zukunft stehen auf dem Spiel. Das Festhalten an

Kriegszielen, die über das eigene Recht und zugleich über das Erreichbare hinausgehen, verlängert den Krieg und führt uns dem Abgrund zu. Alle Welt soll wissen, daß das deutsche Volk um nichts anderes kämpft als um sein nationales Recht auf Leben und Entwicklung, und daß es zu jeder Stunde bereit ist, einen Frieden zu schließen, der ihm dieses sein Lebensrecht gewährleistet. Alles, was uns ihm näherbringt, muß schleunigst geschehen. Im Innern aber gilt es, dem staatlichen Leben die Formen zu geben, die, wie es in der Osterbotschaft heißt, „für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum geben". Nur wenn in den Massen des Volkes die Überzeugung fest verankert wird, daß das Vaterland, für das sie kämpfen und leiden, auch im Innern eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit ist, werden sie ihr äußerstes daran setzen und ihr letztes hingeben, um es zu verteidigen gegen jeden Versuch der Knechtung von außen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung ganz ergebenst

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Fr. Ebert. Ph. Scheidemann.

Molkenbuhr. M. Pfannkuch. Otto Wels. O. Braun. Ed. David. Fr. Bartels. H. Müller. G. Gradnauer. H. Krätzig. R. Fischer. A. Gerisch.

84
2

Date Due

FEB 7 -	MAY		

CAT. NO. 23 233 PRINTED IN U.S.A.

TRENT UNIVERSITY
0 1164 0108227 0

DD221 .E2 Bd. 1

Ebert, Friedrich.

Schriften, aufzeichnungen, reden.

DATE	ISSUED TO
	57306
FEB 7	

EBERT, FRIEDRICH

57306